



Crim.

96f in 4^o Penninger

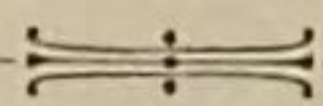
Entwurf
eines
Strafgesetzbuchs

für den
Kanton Uri

im Auftrage der Regierung ausgearbeitet
mit Motiven

von

Dr Heinrich Pfenninger,
Professor des Rechts an der Universität in Zürich.



Frauenfeld.
Verlag von J. Huber.
1894.

22/10 94



^c
Entwurf

eines

Strafgesetzbuchs

für den

Kanton Uri.



Entwurf

eines

Strafgesetzbuch

für den

Kanton Uri

im Auftrage der Regierung ausgearbeitet

mit Motiven

von

Dr. Heinrich Pfenninger,

Professor des Rechts an der Universität in Zürich.



Gravenfeld.

Verlag von J. Huber.

1894.



V o r w o r t.

Im Herbst 1890 erteilte mir Herr Ständerat G. Muheim, Justizdirektor und Landammann von Uri, den ehrenden Auftrag, den Entwurf eines Strafgesetzbuchs mit Motiven auszuarbeiten.

Seit den Entwürfen von 1851 und 1865 war man in Uri auf die Förderung des Strafrechts im Einzelnen angewiesen. Hervorzuheben ist namentlich die Errichtung einer wohleingerichteten Strafanstalt 1875 und die Verbesserung des Prozesses 1886. Die Verfassung von 1888 fordert den Erlaß mehrerer notwendiger und wichtiger Gesetze, welche mit dem Strafrecht in Zusammenhang stehen, und als 1889 der schweizerische Verein für Straf- und Gefängniswesen in Altdorf tagte, erklärte der vorsitzende Landammann, „daß man mit neuem Mute am Ausbau der Strafgesetzgebung arbeiten werde, auf daß sie durch eigene Thatkraft aus den Trümmern vergangener Bestimmungen bald mit neuem Leben und frischem Geist erstehet“. (Protokoll der Verhandlungen. Aarau, Sauerländer, 1890.)

Die Schlußsätze der geschichtlichen Ausführungen lauten: „Viele uralte Rechtsätze sind auf uns gekommen und die deutsche Rechtsitte hat in den Bergen des Urnerlandes immer noch eine Heimstätte. Den Rechtshistoriker mutet das an; unserer Zeit aber mißfallen solche Rechtsverhältnisse. Ich meine nun gleichwohl, Uri dürfte auch in seinem Strafrecht das gute und frisch gebliebene Alte ruhig bewahren, solle jedoch die vorhandenen bedeutenden und recht fühlbaren Lücken in nicht allzuferner Zukunft auszufüllen sich bestreben. — Unser Volk, obwohl nicht Freund einer stetigen Mehrung der Paragraphenzahl seiner Gesetzesammlung und, wie alle Gebirgsbewohner, den Bestrebungen abhold, welche

sein Thun und Lassen in den Rahmen strenger Vorschriften zwingen, würde eine tüchtig ausgearbeitete Gesetzesvorlage nicht ablehnen."

* *

Das Friedensrecht unserer alten Rechtsquellen, wie es im Landbuch von Uri zum großen Teil noch erhalten ist, beherrscht den vorliegenden Entwurf. Es erscheint in besondern Einrichtungen, — in den Thatbeständen der Verbrechen, — in den Strafzumessungsgründen, — in Strafmitteln und Strafdrohung. Aus den nächsten Verhältnissen des Einzelnen steigt es auf in gleichen Formen zur Grundlage des Staates; vom gebotenen und gelobten Frieden zu den einzelnen Frieden des Gerichts, des Rates, der Landsgemeinde, der Religion, des Hauses, Marktes und der gefriedeten Stätten und Dinge, zum ernstesten Gebot des Landfriedens bei öffentlicher Gewalt und Aufruhr.

Jener Frieden unseres alten Rechts ist aber darauf begründet, daß des Mannes Wort Geltung hat und daß darin seine Ehre liegt. Der Mann kann fehlen; aber vor Gesetz und Richter kommt es darauf an, ob er dabei ehrlich blieb oder unehrlich, wortbrüchig, hinterlistig, feig oder von niedriger Gesinnung. — Das Wort soll gelten, — auch des Richters Wort, das Urteil. — —

Vom Friedensrechte bestehen noch Bruchstücke in manchen Kantonen. Der Entwurf bindet es wieder zu dem Ganzen. Es hat sich bei uns länger erhalten als irgendwo, — und wird am besten da wieder Wurzeln schlagen, wo der Boden dazu vorhanden ist. Es bedarf aber der Pflege, ohne die das Beste selbst zu Grunde geht.

Wir besitzen darin ein Recht, worauf die Schweiz — wie uns Andere bestätigt haben — stolz sein darf. Nicht schweizerisches Volksrecht. Das Strafgesetzbuch ist nicht bloß ein Rechtsbrief für den Verbrecher, sondern ein Denkmal des Volksgeistes, in welchem eine ruhmvolle Geschichte der Selbständigkeit, — Denkart und Sitte, Ehre und Kraft und was dem Manne hoch und heilig und des höchsten Schutzes würdig ist, erscheinen.

* *

Aber nicht nur im Inhalt ist das alte Recht Vorbild gewesen, sondern auch für die Form. Seine Einfachheit, Kürze, Anschaulichkeit in Konstruktion und Ausdruck, — seine Richtung auf sinnfällige Erfassung der Merkmale, auf die äußere That, den Erfolg, — seine Art der Zusammenfassung neben der Heraushebung der konkreten Einzelheiten — sind

nachahmenswert. — Das alte Recht ist in vielen Stücken Ausgangspunkt gegenüber der abstrakten Richtung, der Begriffskünstelei und der zerstückelnden Paragraphenlust, — gegenüber auch dem spiritisierenden Grübeln über innere Zustände, wo nichts vorliegt als formgebundener Wortzwang des Gesetzes oder der Doktrin.

* * *

Jene Überführung unseres alten Rechts in neue Verhältnisse ist aber nur möglich durch zeitgemäße Anpassung an diese und neue Konstruktionen. Es ist nötig, Stellung zu nehmen zu den Forderungen unserer Zeit, zu den großen Fragen der Wissenschaft und Gesetzgebung. Diese Fragen sind nicht an engere Kreise oder die Grenzen der Schweiz gebunden, sondern sie gelten gemeinsam für alle Völker, die an der Kulturarbeit der Ausbildung des Strafrechts sich bethätigen. — Dies ist der Standpunkt, der ausführliche Begründung in den Vorarbeiten sowie auch in der Presse gefunden hat.

Ein Gesetzbuch für Uri darf nicht weniger beanspruchen als ein Gesetzbuch für die Schweiz oder für irgend ein anderes Land. Was in jenem Sinne landeseigen und zugleich von allgemeiner Bedeutung ist, hat im Entwurf Gestalt gewonnen.

* * *

Das Gesetz ist einfach und leicht zu handhaben. Es gibt dem Richter große Freiheit, wie er sie haben muß, um in jedem Fall gerecht zu richten. Es giebt ihm zugleich die Mittel zur Erfüllung der großen Aufgabe.

Das vornehmste der Mittel ist die Pflege der Grundsätze:

1. materiell in der Durchführung der Grundlage Gerechtigkeit;
2. formell in der Aufstellung einfacher Normen und aus dem Wesen zusammenfassender Artikel, welche den leitenden Grundsatz für die Einzelheiten herausheben.

Die Einsicht in die Grundsätze und in die Verfassung des Ganzen soll leiten in den Einzelheiten, denn diese stehen in allen Teilen nach Form und Inhalt im Zusammenhang.

Grundsätze und Zusammenhang entheben das Einzelne der Willkür, so daß bei aller Anpassungsfähigkeit im Kleinsten das Ganze steht. Nur das Grundsätzliche und Ganze hat die Kraft und den Anspruch, zu sein und zu dauern, ob es ein Staat sei oder ein Recht. — Die Hauptsache aber bleibt die Bewährung in der That als Gesetz und nicht der Streit der Meinungen.

Die beigegebenen Motive begründen das Gesetz, sie erschöpfen es nicht; nur das Gesetz ist maßgebend. Motive sind nach Art und Raum begrenzt und daher ist statt ausführlicherer Begründung oft Bezug genommen auf die Vorarbeiten zum Entwurf: Strafrecht der Schweiz 1890 (Berlin, Puttkamer & Mühlbrecht), cit. Strafrecht der Schweiz. — Grenzbestimmungen zur kriminalistischen Imputationslehre 1892 (Meyer & Zeller, Zürich), cit. Grenzbestimmungen. — Botum am schweizerischen Juristentag in Solothurn. September 1892. (Zeitschrift für schweizerisches Recht, Bd. 33, S. 579—618), cit. Botum.

P.

Ü b e r s i c h t.

Vorwort	Seite v
-------------------	------------

Der Entwurf.

Erster Teil.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1—21. Von der Anwendung des Gesetzes, von den Strafen, von der schuldhaften That und der Strafzumessung. Ausschluß der Strafe	3
--	---

Zweiter Teil.

Von den einzelnen Verbrechen.

Erstes Buch.

Art. 22—45. Von den Verbrechen gegen Leib und Leben, Freiheit, Ehre und Gut	11
---	----

Zweites Buch.

Art. 46—72. Von den Verbrechen gegen den Frieden, gegen die gemeine Sicherheit, gegen öffentliche Treu und Glauben, gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit, gegen das Land und die staatliche Ordnung	21
--	----

Anhang	34
------------------	----

Inhaltsverzeichnis	35
------------------------------	----

Motive zum Entwurf.

Grundsätze und Einrichtung des Gesetzbuchs.

A. Grundsätze	41
B. Einrichtung des Gesetzbuchs	45

Die einzelnen Artikel.

Seite

Erster Teil.

Tit. I.	Anwendung des Gesetzes	79
Tit. II.	Strafen	83
Tit. III.	Die schuldhafte That und die Strafzumessung	96
Tit. VI.	Ausschluß der Strafe	104

Zweiter Teil.

Erstes Buch.

Tit. I.	Verbrechen gegen das Leben	111
Tit. II.	Körperverletzung und Angriff	115
Tit. III.	Gefährdung Hülfbedürftiger	118
Tit. IV.	Verbrechen gegen die Freiheit	120
Tit. V.	Ehrverletzung	121
Tit. VI.	Verbrechen gegen das Vermögen	124

Zweites Buch.

Tit. I.	Von den Verbrechen gegen den Frieden	128
Tit. II.	Gemeingefährliche Verbrechen	136
Tit. III.	Verbrechen gegen öffentliche Treu und Glauben	140
Tit. IV.	Verbrechen gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit	143
Tit. V.	Verbrechen gegen das Land und die staatliche Ordnung	146

Straftafeln	151
-----------------------	-----



Strafgesetz

für den

Kanton Uri.

Entwurf.

Erster Teil.
Allgemeine Bestimmungen.

Von der Anwendung des Gesetzes, von den Strafen, von der schuldhaften That und der
Strafzumessung. Ausschluß der Strafe.

Tit. I. Anwendung des Gesetzes.

Art. 1.

Nach diesem Gesetze werden beurteilt:

- a) Verbrechen, welche von In- oder Ausländern auf dem Gebiete des Kantons Uri begangen werden.
- b) Verbrechen, welche von In- oder Ausländern außerhalb des Kantons begangen werden, wenn folgende Bedingungen zusammentreffen:
 - 1. Das Verbrechen muß gegen den Kanton oder einen Kantonsangehörigen (Bürger oder Einwohner) begangen sein.
 - 2. Es muß Urteil oder Strafe durch den andern Staat nicht erfolgt sein.
 - 3. Der Thäter muß in der Gewalt des Kantons stehen.
- c) Verbrechen, welche außerdem von Kantonsangehörigen außerhalb des Kantons begangen werden, wenn folgende Bedingungen zusammentreffen:
 - 1. Der Kantonsangehörige muß sich hieher geflüchtet haben und die Auslieferung verweigert worden sein.
 - 2. Der verletzte Staat muß hierseitige Beurteilung verlangt und seinerseits auf Bestrafung verzichtet haben.

Art. 2.

Mit Rücksicht auf die Rechtshilfe unter Kantonen gelten folgende Bestimmungen:

- a) Der Kantonsangehörige, der nach begangener That aus einem andern Kanton sich hierorts flüchtet, kann auf Zusicherung des Gegenrechts an den Thatort ausgeliefert werden.
- b) Wenn der Thäter in verschiedenen Kantonen mehrere Verbrechen begangen hat, die, abgesehen von der örtlichen Verschiedenheit, unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz stehen, so kann der Regierungsrat mit den andern Kantonen Verhandlungen eröffnen, um auf dem Wege des Konkordats oder der speciellen Vereinbarung
 - 1. die Beurteilung und Bestrafung des im Gebiet des Kantons Uri begangenen Verbrechens dem Richter des andern Kantons zu übertragen;
 - 2. ein auf dem Gebiet des andern Kantons begangenes Verbrechen gleichzeitig durch den hierseitigen Richter aburteilen zu lassen.
- c) Wenn sich mehrere Kantone in solcher Weise für die Beurteilung zusammentreffender Verbrechen (Konkurrenz) verschiedener Gebiete einigen, so übernimmt der Kanton, in dem die schwerste That geschah, die Aburteilung nach den Grundsätzen der Konkurrenz und sein Gesetzbuch (ergänzend das des andern Kantons) findet Anwendung auf alle Verbrechen.

Hat aber bereits successive Bestrafung solcher Fälle in einzelnen Kantonen stattgefunden, so kann, mit Rücksicht auf die Häufung der Strafen, das hiesige Gericht die mildeste Strafe des Verbrechens in Anwendung bringen.

Tit. II. Strafen.**Art. 3.****Zuchthaus.**

Die Zuchthausstrafe dauert

- a) lebenslänglich;
- b) zeitlich bis zu 25 Jahren in den vom Gesetz bezeichneten Fällen;
- c) zeitlich bis zu 15 Jahren in allen Fällen, wo bloß Zuchthaus gedroht ist. Die Mindestdauer beträgt 6 Monate. Bei Zuchthausstrafe muß auf Verlust der bürgerlichen Ehren und Rechte erkannt werden.

Vollzug. Der Zuchthaussträfling erhält zum Antritt der Strafzeit 10 Tage Dunkelarrest bei schmaler Kost; er verbüßt das erste Jahr in Einzelhaft, die ersten 3 bis 6 Monate mit Fußfesseln. Je auf den Jahrtag des Urteils wiederholt sich der Dunkelarrest des Antritts. Bei gutem Verhalten kann er von Jahr zu Jahr bis auf 3 Tage herabgesetzt werden. Der Zuchthaussträfling wird zu den schwersten Arbeiten verwendet, strenger Disciplin unterworfen und trägt schwarz und weiß gestreifte Zuchthauskleidung.

Art. 4.**Arbeitshaus.**

Das Arbeitshaus dauert höchstens 10 Jahre.

Ehrverlust kann damit verbunden werden.

Vollzug. Der Sträfling trägt Sträflingskleider und ist strenger Anstaltsdisciplin unterworfen. Die ersten 6 Monate werden in Einzelhaft verbracht. Wenn die Strafzeit 2 Monate übersteigt, so beginnt sie mit dreitägigem Dunkelarrest und schmaler Kost, bei mehrjähriger Strafzeit auf den Jahrtag des Urteils wiederholt.

Art. 5.**Besondere Bestimmungen über Ehrverlust.**

- a) Der Verlust der bürgerlichen Ehren und Rechte bewirkt:
1. Entsetzung von allen Ehrenstellen, Aemtern und öffentlichen Bedienstungen;
 2. Verlust der Stimm- und Wahlfähigkeit;
 3. Unwürdigkeit, für das Vaterland die Waffen zu tragen;
 4. Unfähigkeit zur Ablegung eines Eides oder Gelöbnisses an Eides Statt.
 5. Unfähigkeit, an politischen Versammlungen oder in Schützenständen zu erscheinen.
- b) Die Dauer des Verlusts der bürgerlichen Ehren und Rechte nach erstandener Strafe darf bei Zuchthaus 10 Jahre, bei Arbeitshaus 5 Jahre nicht übersteigen und nicht weniger dauern als ein Jahr. Der Richter bemisst dieselbe gewissenhaft nach den Umständen, dem Charakter der That, der Gesinnung des Thäters.

In keinem Falle wird die vom Richter erkannte Strafe abgeändert außer durch Begnadigung.

Art. 6.**Gefängnis.**

Das Gefängnis dauert höchstens 5 Jahre. Es besteht in bloßer Freiheitsentziehung. Ehrenentzug findet nicht statt.

Vollzug. Die ersten 3 Monate werden in Einzelhaft verbracht. Der Gefangene trägt eigene oder gewöhnliche Kleidung; er kann sich innerhalb der Schranken der Hausordnung selbst beköstigen und so weit möglich seine Arbeit wählen.

Art. 7.**Besondere Bestimmungen über den Vollzug der Freiheitsstrafen.**

- a) Einzelhaft, als erste Strafstufe, kommt bei allen Strafarten, wie vorsteht, zur Anwendung. Die Vollzugsbehörden können sie bei Arbeitshaus ausdehnen bis zu einem Jahr, bei Zuchthaus für die ganze Strafdauer.

Gemeinschaftshaft folgt als zweite Strafstufe; sie besteht in gemeinsamer Arbeit mit Schweigen. Nachts sind die Sträflinge in den Zellen abgeschlossen.

- b) Arbeit ist allen Gefangenen auferlegt; soweit möglich schwere Arbeit bei schwerer That. Nach den Verhältnissen wird Rücksicht genommen auf Beruf, Fortkommen und bei gutem Verhalten auf bezügliche Wünsche des Sträflings.
- c) Erziehung des Sträflings ist, wo die Dauer der Strafe es zuläßt, anzustreben, wie durch Arbeit und Zucht, so durch Unterricht, moralische und religiöse Einwirkung.

Im Rahmen der Hausordnung sind auf gutes Verhalten kleine Vergünstigungen und Anteil am Arbeitsertrag zulässig (dritte Stufe der Strafhaft).

- d) Im übrigen muß die vom Richter zuerkannte Strafe ganz vollzogen sein ohne Minderung, vorbehalten Art. 11.
- e) Schutzaufsicht und Fürsorge für ehrliches Fortkommen sind jedem entlassenen Sträfling gewährt. Der Regierungsrat kann in Verbindung mit Vereinen, mit Behörden anderer Kantone oder mit dem Bunde diese Fürsorge fördern (Kolonien, Asyle).
- f) Die Strafe jugendlicher Verbrecher wird in besondern Anstalten oder bis zum 20. Jahr in Einzelhaft vollzogen und der Regierungsrat kann, wie vorsteht, verfahren im Sinne von Art. 18.

Art. 8.

Geldstrafe.

- a) Sie darf, wo sie selbständig gedroht ist, die Summe von 10,000 Fr. nicht überschreiten.
- b) Als Zusatzstrafe kann sie mit jeder Freiheitsstrafe bis zur Höhe von 1000 Fr. angemessen verbunden werden.

Vollzug. Geldstrafe ist stets mit Rücksicht auf Vermögen und Einkommen des zu Bestrafenden festzusetzen und soll keine übermäßige Härte gegen die Familie des Bestraften enthalten. Sie kann bei Unvermögen durch Arbeit in oder außer dem Hause abverdient oder in Teilbeträgen entrichtet werden. Wenn der Verurteilte weder bezahlt noch Arbeit leistet, wird die Strafe in Gefängnis umgewandelt. Eine zu Lebzeiten des Thäters ausgefallte Geldstrafe wird in den Nachlaß nicht vollzogen.

Art. 9.

Verweis.

Der Verweis ist in erster Linie gegen Jugendliche anwendbar, dann gegen Erwachsene bei geringeren Vergehen unter mildernden Umständen, wo das Gesetz es gestattet.

Liegt in der Rechtsverletzung, welche den Verweis zur Folge hat, eine Drohung oder Gefährdung des Rechts oder der Person, so kann Friedensbürgschaft damit verbunden werden.

Strenge Folgen des Verweises sind:

1. Der Verweis gilt für jedes spätere Vergehen als Strafmerkmalsgrund der Vorbestrafung.
2. Ein zweiter Verweis kann innerhalb zwei Jahren nicht ausgesprochen werden, sondern es ist auf eine höhere Strafart zu erkennen.

Vollzug. Der Verweis wird vor versammeltem Gericht durch den Vorsitzenden förmlich erteilt, zu Protokoll genommen und mit seinen Folgen dem Thäter vorgehalten.

Art. 10.

Mit Freiheits- und Geldstrafen können wie folgt verbunden werden:

- a) Landesverweisung bis zu 10 Jahren gegen Ausländer wegen Verbrechen, die mit Zuchthaus oder Arbeitshaus über 2 Jahre bedroht sind. Wer solcher Weise eines andern Kantons verwiesen ist, ist es auch in Uri.
- b) 1. Amts- und Dienstentsetzung gegen öffentlich Bedienstete bis auf 10 Jahre;
2. Einstellung im Amte für die Amtsperiode und Verlust des Gehalts.
- c) Verbot, einen bestimmten Beruf zu betreiben, bis zu 5 Jahren, wenn das Verbrechen mit der Ausübung desselben zusammenhängt oder in solcher Ausübung Gefährde liegt.
- d) Wirtshausverbot bis zu 2 Jahren, wenn das Verbrechen aus Trunksucht, Händelsucht, Niederlichkeit entstanden ist.
- e) Konfiskation der Gegenstände, welche Mittel oder Erzeugnisse des Verbrechens sind. Werkzeuge, Fälschungen, Schrift- oder Drucksachen.

Art. 11.

Die nach Gesetz und Recht erkannte Strafe eines in Rechtskraft erwachsenen Urteils ist unabänderlich. Eine Ausnahme findet nur statt, wenn der Vollzug nicht möglich ist oder sich unvoresehen zu außerordentlicher Härte gestaltet, oder wenn der Staat selbst der Verletzte ist. In diesen Fällen kann,

- a) der Richter an Stelle der ersterkannten Strafe eine andere, die ein möglichst gleiches Maß enthält, ausfallen (Strafumwandlung). Die leichtere Strafart dauert um $\frac{1}{4}$ länger als die nächst härtere. Ein Tag Gefängnis entspricht 5 Fr. Geldbuße;
- b) die oberste Behörde die Strafe ganz oder zum Teil nachlassen (Begnadigung). Die Begnadigung wird nur in außerordentlichen Fällen gewährt, gemäß den Vorschriften des Gesetzes.

c) Bei politischen Verbrechen kann der Landrat

1. die bereits ausgesprochene Strafe aufheben (Begnadigung) und Restitution verfügen;
2. den Prozeß niederschlagen (Abolition) nach angehobener Untersuchung;
3. Vergessenheit (Amnestie) aussprechen, ehe eine Untersuchung angehoben ist;
4. die Beurteilung dem Bundesgericht überweisen.

Tit. III. Die schuldhafte That und die Strafzumessung.

Art. 12.

Das Verbrechen wird bestraft im ganzen Umfange der That vom Anfang der Ausführung an und an allen Beteiligten wie folgt:

- a) Verbrechen, ohne Vorsatz begangen (fahrlässig, unbesonnen), werden nur bestraft, wo das Gesetz es ausdrücklich bestimmt.
- b) Das angefangene aber nicht vollendete Verbrechen (Versuch) wird bestraft nach Maßgabe des Fortschreitens oder der Gefährlichkeit oder Bössartigkeit der Handlung.
- c) Die Teilnahme am Verbrechen wird bestraft nach Maßgabe der besondern Mitwirkung. Die schwerste Strafe trifft Thäter und Anstifter, — geringere die Gehülfen (mit Rat oder That).
- d) Die Begünstigung nach der That, wissentlich, zur Sicherung des Thäters oder seiner Vorteile des Verbrechens, wird geringer bestraft als Beihilfe.

Die Strafzumessung richtet sich nach Art. 15.

In geringfügigen Fällen des Versuchs, der Teilnahme und der Begünstigung kann der Richter auf Verweis und, wo Bedrohung vorliegt, auf Friedensbürgschaft erkennen.

Art. 13.

Das Gesetz begrenzt die strafbare Handlung und bestimmt deren Strafe.

Der Richter unterstellt die That dem Gesetz und mißt dem Verbrecher die verdiente Strafe zu, gemäß der Schuld, mit Ernst und Milde.

Der Richter sieht nicht bloß auf die Schwere der That, sondern auf alles, was nach Person und Umständen für den Schuldigen spricht.

Der Richter urteilt nach dem Wort und dem Geist des Gesetzes und nach seinem Gewissen in freiem Ermessen, dem Recht zur Ehr, dem Unrecht zur Wehr.

Das gerechte Urteil ist unbegsam — Gnade ausgenommen.

Art. 14.

Der Richter wertet die geschehene That auf Grund der Verhandlung als schwersten, mittleren oder leichten Fall nach Anleitung des Gesetzes.

Ist dies festgestellt, so bestimmt er die Dauer der Freiheitsstrafe nach den Umständen der That und der Person in freier Abwägung.

Er ist weiter, als bestimmt ist, nicht gebunden weder an ein Minimum, noch an zwingende Vorschriften betreffend das Maß nach Schwere, Art oder Zusammentreffen der Umstände, denn das Leben fügt sie stets aufs neue.

Art. 15.

Die Umstände der That und der Person, welche der Richter innerhalb der Straf- grenze des schwersten, mittleren oder leichten Falles würdigt, — soweit er es nicht schon gethan hat nach der besondern Art des Verbrechens, — sind:

- a) Erschwerend. — Unehrlüche Gesinnung, — verbrecherische Art und Neigung, — Vorbestrafung, — Verwegenheit, — Roheit, — Rachsucht, — Hinterlist, — Feigheit, — Verbrecherverbindung, — planmäßig, — Gefahr für dritte, — Verletzung besonderer Pflichten, — erheblicher Schaden, — und anderes.
- b) Erleichternd. — Jugend, — mangelhafte Erziehung, — große Noth und Armut, — guter Reumund, — Verführung, — Gelegenheit, — zusammentreffende besondere Umstände, — Verwirrung des Gemüths, — Anreiz, — Zornmut, — Schadenersatz, — lange Untersuchungshaft, — Ablauf langer Jahre seit der That, — und anderes.

Art. 16.

Mehrfache Vorbestrafung des Thäters hat zur Folge, daß der Richter die schwerste Strafe des Verbrechens zur Anwendung bringen kann, nach Maßgabe der Schwere der Handlungen, der Beharrlichkeit in gleicher Art und verbrecherischer Neigung.

Art. 17.

Hat der Thäter mehrere Verbrechen begangen (Zusammentreffen, Konkurrenz), so kann der Richter die schwerste Strafe des schwersten Verbrechens um ein Drittel überschreiten und insoweit die höhere Strafart wählen. Die Dauer der höchsten zeitlichen Zuchthausstrafe von 25 Jahren darf nicht überschritten werden.

Tit. IV. Ausschluß der Strafe.

Art. 18.

Die Strafe ist ausgeschlossen, wenn zur Zeit der That die Fähigkeit, das Verbrechen und seine Folgen zu erkennen, nicht vorhanden war,

- a) wegen dauernder oder vorübergehender Geistesstörung;
- b) wegen Jugend.

Bis zum 12. Jahre tritt Strafverfolgung nicht ein, wenn nicht die Bosheit das Alter erfüllt.

Vom 12. bis 16. Jahr ist besonders die Frage zu stellen, ob der Thäter die erforderliche Einsicht besaß.

Wenn Bosheit das Alter erfüllt oder bis zum 16. Jahr die erforderliche Einsicht vorhanden ist, so kann schwersten Falls nur auf Arbeitshaus erkannt werden, und die Strafe ist in Einzelhaft bis zum 20. Jahr oder in einer besondern Strafanstalt für Jugendliche zu vollziehen.

Tritt die Verfolgung nicht oder wegen mangelnder Einsicht die Freisprechung ein, so ist die Behörde ermächtigt, die Versetzung in eine Zwangs- und Besserungsanstalt zu verfügen.

Im weitern ist Jugend Milderungsgrund, vgl. Art. 15 und 7.

Art. 19.

Die Strafe ist ausgeschlossen, wenn der Wille des Thäters höchstem Zwange unterlag, indem er die That begangen unter Einwirkung unwiderstehlicher Gewalt oder Drohung oder zur Rettung aus größter Gefahr (Nothstand).

Art. 20.

Die Strafe ist ausgeschlossen,

- a) wegen Verteidigung gegen rechtswidrigen Angriff (Notwehr);
- b) wegen Erwiderung oder Abweisung einer starken Provokation oder eines rechtswidrigen Angriffs mit Wort oder That; — ausgenommen ist schwere Körperverletzung.

Wenn die Verteidigung oder Erwiderung maßlos überschritten wird, so steht die Strafe in des Richters Ermessen; er kann auf Straflosigkeit erkennen, wenn die Überschreitung der Notwehr aus Furcht oder Schrecken geschah.

Art. 21.

Die Strafe ist ausgeschlossen,

- a) wegen mangelndem Antrag, wenn der Berechtigte nicht Klage einlegt innerhalb 6 Monaten, seitdem er Kenntniss hatte, oder spätestens zwei Jahren seit der Begehung. Der Antrag ist unteilbar und unwiderruflich.
- b) wegen Verjährung der Klage, wenn das Vergehen mit keiner höhern Strafe als 14 Tagen Gefängnis belegt würde und seit der Begehung 2 Jahre klaglos verflossen sind. Schwerere Verbrechen verjähren nicht.

Gefälltes Urteil schließt Verjährung aus. Ablauf langer Jahre seit der Begehung bis zum Urteil ist Milderungsgrund. (Art. 15 b.)

Zweiter Teil.**Von den einzelnen Verbrechen.****Erstes Buch.**

Von den Verbrechen gegen Leib und Leben, Freiheit, Ehre und Gut.

Tit. I. Verbrechen gegen das Leben.

Wer einen Menschen mit oder ohne Vorsatz widerrechtlich des Lebens beraubt, macht sich des Verbrechens der Tötung schuldig.

Art. 22.

Wer einen Menschen vorsätzlich tötet, wird bestraft,

- a) wegen Mord, wenn die That mit Überlegung geschah.

Strafe: Lebenslängliches Zuchthaus.

Zuchthaus bis zu 25 Jahren unter mildernden Umständen.

- b) wegen Totschlag, wenn die That ohne Überlegung geschah.

Strafe: Zuchthaus bis zu 25 Jahren in schwersten Fällen.

Zuchthaus bis zu 15 Jahren in mittleren Fällen.

Arbeitshaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis in leichten.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn die Tötung eine schändliche oder unehrlische war, gegen die Pietät oder über Frieden geschah, bei Begehung eines andern Verbrechens (Raub, Notzucht) oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder Grausamkeit.

Geringe Strafe tritt ein bei vorgängiger, schwerer Provokation, schwerer Bedrohung, Betretung auf Schand und Laster im eigenen Haus, in Verteidigung des Friedens gegen den Friedbrecher.

Art. 23.

Besondere Bestimmungen über Tötung.

Es wird bestraft:

- a) Tötung eines Einwilligenden mit Arbeitshaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis.
- b) Tötung im Zweikampf mit Gefängnis.
- c) Tötung im Kaufhandel mit Zuchthaus für den Totschläger;
mit Arbeitshaus an Allen, welche den Erschlagenen mißhandelten; — an den andern am Streit Beteiligten mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder Geldbuße.

Schwere Strafe tritt ein nach vergeblicher dreimaliger Aufforderung zum Frieden.

- d) Kindsmord am unehelichen Kinde in der Aufregung des Geburtsaktes mit Arbeitshaus.
- e) Tötung oder Abtreibung der Leibesfrucht mit Arbeitshaus bis zu 5 Jahren;
mit Zuchthaus in schweren Fällen.

Schwerste Strafe tritt ein, wenn die Abtreibung von Dritten vorgenommen wurde, ohne Vorwissen der Schwangern, und wenn Schaden an der Gesundheit entstand.

Art. 24.

Wer einen Menschen unvorsätzlich tötet, wird bestraft,

- a) wegen Tötung infolge von Körperverletzung.
Strafe: Arbeitshaus, in leichten Fällen Gefängnis.
- b) wegen fahrlässiger Tötung, wenn Unbesonnenheit den Erfolg herbeigeführt hat.
Strafe: Gefängnis oder Geldbuße.

Art. 25.

Besondere Bestimmungen über unvorsätzliche Tötung.

Wenn eine Tötung ohne nachweisbare Tötungsabsicht in Begehung eines andern Verbrechens bewirkt wird, wie durch Brandstiftung, Überschwemmung, Explosion, oder

andere gemeingefährliche Verbrechen, — durch Notzucht, Abtreibung, Aussetzung, Raub, — oder in Verteidigung von Gestohlenem oder Geraubtem, oder zur Verdeckung eines Verbrechens oder Sicherung des Thäters, — so kann auf Zuchthaus bis zu 25 Jahren erkannt werden, nach Maßgabe der Schwere des Verbrechens, der Vorausssehbarkeit der Folgen, der Umstände der That.

Tit. II. Körperverletzung und Angriff.

Wer einen Andern erheblich verlegt, macht sich der Körperverletzung, und wer ihn feindlicher- oder schimpflicherweise angreift, der Mißhandlung oder des Angriffs schuldig.

Art. 26.

Wegen Körperverletzung wird bestraft, wer einem Andern zufügt

- a) bleibenden Nachteil, Verstümmelung, Verlust geistiger Fähigkeiten.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus.

- b) Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder eine Schwächung von Dauer.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis.

- c) Quetschungen, Verstauchung, Beulen, Blutrunn.

Strafe: Geldbuße, Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 14 Tagen.

In allen Fällen ist Wirtshausverbot auszusprechen, wo Trunk, Händelsucht, Unehrllichkeit vorliegen.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn die schwere Verletzung beabsichtigt war, wenn Verletzungen jeder Art zugefügt sind infolge eines andern Verbrechens, mit Messern oder gefährlichen Instrumenten, zur Nachtzeit, mit Aufschauern, über Frieden, von Mehreren, gegen Wehrlose oder Erdfällige, unehrlich oder feige. — Geringe Strafe tritt ein, wenn schwere Verletzung außer Verhältnis steht zu leichter Thätlichkeit, wenn der Verletzte Anfänger war mit bösen Worten oder Werken.

Art. 27.

Wegen Mißhandlung oder Angriff wird bestraft, wer einen Andern

- a) mißhandelt durch Schlag, Stoß, Wurf, Raufen, ohne daß körperliche Spuren zurückbleiben ;

- b) körperlich angreift, niederwirft (Erdfall), oder sonst feindselig oder schimpflich antastet.

Strafe: Geldbuße bis zu 50 Fr. oder Gefängnis bis zu 8 Tagen.

Art. 28.

Besondere Bestimmungen über Körperverletzung.

- a) Die schwere Verletzung wird bestraft,
1. wenn sie Folge eines andern Verbrechens ist, mit Zuchthaus oder Arbeitshaus;
 2. fahrlässig begangen, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren;
 3. im Raufhandel, — entsprechend den Bestimmungen bei Tötung im Raufhandel, — angemessen gemildert (Art. 23 und 26);
 4. im Zweikampf, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren.
- b) 1. Die leichte Verletzung im Zweikampf, im Raufhandel oder aus Fahrlässigkeit wird bestraft nach Art. 26 c.
2. Leichte Körperverletzung (Art. 26 c), Mißhandlung oder Angriff können zudem mit Friedensbürgschaft belegt werden.

Die Verfolgung der leichten Verletzung ist Privatsache. Amtsklage tritt ein, jedoch nur auf Antrag des Verletzten, wenn die Handlung als Friedbruch strafbar mehrfach oder erschwert ist. Gegenseitige Thätlichkeiten und Beschimpfungen kann der Richter nach Umständen an beiden oder dem einen strafen, oder unbeftraft lassen.

Tit. III. Gefährdung Hilfsbedürftiger.

Wer pflichtwidrig eine hilflose Person mit Gefährde verläßt; wer seiner Pflege anvertraute Personen gröblich verwahrloßt; wer in gemeiner Not, bei Lebensgefahr oder Hülfesruf nicht beispringt, macht sich der Gefährdung Hilfsbedürftiger schuldig.

Art. 29.

Wegen Aussetzung wird bestraft, wer eine hilflose Person aussetzt oder, wenn ihm die Obhut anvertraut ist, verläßt, um sich ihrer zu entledigen.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren in schweren Fällen.
Arbeitshaus bis zu 5 Jahren in mittleren,
Gefängnis bis zu 2 Jahren in leichten Fällen.

Wer Hilfslose, ohne eigene Pflicht zur Obhut, in Gefahr verläßt, wird mit Arbeitshaus oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Art. 30.

Wegen Verwahrlosung wird bestraft,

- a) wer körperlich oder geistig kranke Personen, deren Obhut er hat, verwahrlost oder verkommen läßt.

Strafe: Arbeitshaus in schweren Fällen,
Gefängnis bis zu 6 Monaten in leichten.

- b) wer Angehörige pflichtwidrig verwahrlost oder durch Viederlichkeit gröblich vernachlässigt.

Strafe: Gefängnis bis zu 14 Tagen.

Art. 31.

Wegen unterlassener Hülfe wird bestraft,

- a) wer bei gemeiner Not durch Elemente oder in öffentlicher Gefahr nicht Hülfe leistet, wenn dazu die Aufforderung ergeht oder die Bürgerpflicht es gebietet;
b) wer bei Hülferuf und drohender Gefahr für Leib und Leben nicht beispringt.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 6 Monaten in schweren Fällen.
Gefängnis oder Verweis in leichten Fällen.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Nachteil für die körperliche Gesundheit oder geistige Entwicklung eingetreten, oder besondere Pflichtvergeßlichkeit oder Gefühllosigkeit offenbar ist. Geringe Strafe tritt ein, wenn unverschuldete Armut, große eigene Gefahr oder Unvermögen vorhanden war.

Tit. IV. Verbrechen gegen die Freiheit.

Wer mit Gewalt, Arglist oder wider Recht einen Menschen der Freiheit beraubt oder zu einem Handeln oder Unterlassen zwingt, macht sich eines Verbrechens gegen die Freiheit schuldig.

Art. 32.

Wer mit Gewalt oder Arglist einen Menschen der Freiheit beraubt, wird bestraft,

- a) wegen Menschenraub, wenn die Freiheitsberaubung bezweckt, jemand über Meer, in fremde Kriegsdienste oder in öffentliche Häuser zu liefern.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus.

- b) wegen Entführung, wenn er auf jene Weise eine Frauensperson entführt, um sie zur Unzucht oder Ehe zu bringen.

Strafe: Arbeitshaus in schweren Fällen,
Gefängnis bis zu 2 Jahren in leichten Fällen.

Der Strafe der Entführung unterliegt, wer eine einwilligende Person unter 16 Jahren dem Schutz der Eltern oder Vormünder entzieht.

- c) wegen widerrechtlicher Freiheitsentziehung, wenn er jemanden gefangen gesetzt oder sonst der Freiheit beraubt hat.

Strafe: Arbeitshaus in schweren Fällen,
Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldbuße in leichten.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Mißhandlungen, schwere Entbehrungen oder nachteilige Folgen für Leben, Gesundheit oder Fortkommen mit der Freiheitsberaubung verbunden, wenn die Freiheitsberaubung als Mittel zur Begehung von Verbrechen oder Vergehen dient, wenn besondere Pflichten des Amtes oder des Vertrauens verletzt sind. Die Strafe ist gering, wenn erschwerende Umstände fehlen, wenn der verletzte Teil Genugthuung oder Ersatz erhielt. Wenn Gewalt und Dauer des Entzuges gering sind.

Wer ohne eigenes Verschulden, auch ohne besondere Pflichtverletzung der amtlichen Organe im Strafprozeß seiner Freiheit verlustig wird, hat Anspruch auf Entschädigung durch den Staat.

Art. 33.

Wegen Nötigung wird bestraft, wer wider Recht mit Gewalt oder Drohung oder Arglist (Suggestion) einen Andern zwingt zu einem Handeln oder Unterlassen. (Art. 37.)

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Jahren in schweren Fällen,
Gefängnis oder Geldbuße in leichten.

Tit. V. Ehrverletzung.

Wer beschimpft, Ehrenrühriges leichtfertig verbreitet oder einem Andern wider besseres Wissen die Ehre abschneidet, macht sich eines Verbrechens gegen die Ehre schuldig.

Art. 34.

Wegen Beschimpfung wird bestraft, wer einen Andern in seiner Ehre verletzt,

- a) durch Wort, Schrift, Bild;
- b) durch leichtfertige Nachrede oder Verbreitung ehrenrühriger, unbegründeter Gerüchte;

- c) durch Vorwurf oder Verbreitung wahrer Thatsachen, wenn dieselben nur Beschimpfung bezweckten.

Strafe: Geldbuße bis zu 100 Fr. oder Gefängnis bis zu 8 Tagen.

Die Strafe der Beschimpfung trifft auch denjenigen, der mit Verletzung des Amts- oder Berufsgeheimnisses Mittheilungen macht, die den Ruf schädigen.

Art. 35.

Wegen Verleumdung wird bestraft, wer Andern die Ehre abschneidet, indem er wider besseres Wissen Verbrechen vorwirft oder sonst unwahre Thatsachen behauptet oder verbreitet, die dem Verletzten zur Schande gereichen.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Monaten.

Geldbuße bis zu 500 Fr. in leichten Fällen.

In schweren Fällen kann auf Ehrverlust bis zu zwei Jahren erkannt werden.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn eine Ehrverletzung nach Widerruf oder mißlungenem Wahrheitsbeweis wiederholt wurde; wenn die Begehung hinterrücks, fortgesetzt, planmäßig ist, wenn der Vorwurf oder der Nachteil schwer sind. — Die Strafe ist gering, wenn die Verletzung nach Provokation (vgl. Art. 20), im Zorn, zum Schutze des Rechts geschah. — Hat die Ehrverletzung Verbreitung gefunden, so kann auf Veröffentlichung des Urteils erkannt werden.

Art. 36.

Besondere Bestimmungen über Ehrverletzung.

Strafe tritt nicht ein,

- a) wenn der Vorwurf wahr und aus ehrlicher Gesinnung mit rechtlichem Endzweck, nicht bloß zu Schimpf und Schaden, gemacht ist;
- b) wenn vor Zeugen und einer Amtsperson zu Protokoll Widerruf geleistet und zu Händen des Beleidigten bescheinigt wird. Zugleich ist über die Form einer allfälligen Veröffentlichung zu bestimmen;
- c) wenn Privatklage nicht gestellt wird. Die Schlußsätze des Art. 28 betreffend gegenseitige Beschimpfungen kommen zur Anwendung.

Leichte Ehrverletzung über Frieden wird als Friedbruch ernstlich bestraft. Schwere Ehrverletzung über Frieden ist als solche zu verfolgen, wobei der Friedbruch die Strafe schärft. Tritt in diesem Falle Freisprechung wegen Ehrverletzung ein, so kann der Friedbruch besonders bestraft werden.

Tit. VI. Verbrechen gegen das Vermögen.

Wer einem Andern Vermögen entzieht, um sich dasselbe anzueignen, sei es mit Gewalt, Drohung, dieblich, mit Lug und Trug oder durch Mißbrauch der Nothlage, desgleichen wer einen Andern schädigt durch sträflichen Bankrott, durch Untreue oder böswillige Schädigung des Eigentums, macht sich eines Verbrechens gegen das Vermögen schuldig.

Art. 37.

Wer mit Gewalt gegen die Person oder mit Drohung gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben fremdes Gut entzieht, um es sich rechtswidrig zuzueignen, wird bestraft,

- a) wegen Raub, wenn solcherweise eine Sache weggenommen wird;
- b) wegen Erpressung, wenn solcherweise ein Vermögensvorteil abgenötigt wird.

Strafe: Zuchthaus bis zu 15 Jahren in schwersten Fällen,
Zuchthaus bis zu 10 Jahren in mittleren Fällen,
Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Arbeitshaus in leichten.

Dem Räuber gleich ist, wer betäubt und hernach wegnimmt.

Wegen Erpressung wird mit Arbeitshaus bis zu 2 Jahren bestraft, wer mit geringerer Drohung oder mit Drohung künftiger Nachteile etwas abnötigt.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn die Gewalt eine schwere Verletzung zur Folge hatte (vgl. Art. 25), wenn die Bedrohung unter erschwerenden Umständen geschah (Waffen), wenn der Friede des Hauses, der öffentlichen Straße, der Nacht verletzt ist, oder wenn Mehrere sich bethätigen. Geringe Strafe tritt ein, wenn Verletzung oder Mißhandlung oder erschwerende Umstände fehlen und Milderungsgründe vorhanden sind.

Art. 38.

Wer ohne Gewalt oder Drohung eine fremde Sache entzieht, um sie rechtswidrig sich zuzueignen, wird bestraft,

- a) wegen Diebstahl, wenn er die Sache aus fremdem Gewahrsam nimmt;
- b) wegen Unterschlagung, wenn er die Sache im eignen Gewahrsam hat und dieselbe ableugnet, verpfändet, verkauft oder beiseite schafft.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus in schwersten,
Arbeitshaus bis zu 5 Jahren in mittleren,
Arbeitshaus bis zu 2 Jahren in leichteren Fällen.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn der Thäter eine besondere Pflicht des Amtes oder der Treue verletzt; wenn er besondere Gefährlichkeit zeigte durch mehrfache Begehung, Verbindung mit Andern, Gewalt an Sachen, List, Verwegenheit; wenn er zur Nachtzeit, bei gemeiner Not oder an gefriedeten Stätten oder Sachen die That begeht. Die Strafe richtet sich wesentlich nach dem Wert des entzogenen Gutes. — Geringe Strafe tritt ein, wenn der Wert gering ist oder ersetzt wird, wenn erschwerende Umstände fehlen oder besondere mildernde vorhanden sind.

Art. 39.

Besondere Bestimmungen über Diebstahl und Unterschlagung.

Es wird bestraft:

- a) Familiendiebstahl unter Angehörigen mit Arbeitshaus, Gefängnis oder Verweis.
- b) Diebstahl und Unterschlagung in unbedeutendem Betrag ohne Erschwerung mit Gefängnis bis zu 14 Tagen; Geldbuße oder Verweis in leichten Fällen ohne Wiederholung.
- c) Fundunterschlagung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldbuße nach Höhe des Betrags und Umständen.
- d) Rechtswidrige Verfügung über gepfändete, mit Arrest oder Retention belegte Sachen, oder böswillige Schädigung derselben mit Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Art. 40.

Wegen Hehlerei wird wie ein Dieb bestraft, wer um seines Vorteils willen Sachen, von denen er annehmen muß, daß sie durch ein Verbrechen erlangt sind, annimmt oder verwertet, oder aus Gewinnsucht den Thäter begünstigt.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn der Hehler gewerbmäßig hehlt oder wegen Eigentumsverbrechen vorbestraft ist.

Art. 41.

Wer mit Lug und Trug, um einen Vorteil zu erlangen, Andere schädigt, wird bestraft,

- a) wegen Betrug, wenn es geschieht durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Thatfachen.

Strafe des Diebstahls.

Strafzumessung: Schwerste Strafe tritt ein, wenn ein besonderes Verhältnis des Amtes, der Pflicht, der Treue verletzt wird. Wenn der Schaden ein großer oder die Art der Begehung eine abgefeimte war, wenn der Betrug mit Fälschung oder Gebrauch gefälschter Urkunden verübt wurde.

- b) wegen betrügerischem Bankrott, wenn Konkurs eröffnet oder Zahlungsunfähigkeit erklärt ist und sich ergibt, daß der Schuldner Vermögensstücke beseitigt, verheimlicht, erdichtete Schulden oder fingierte Geschäfte aufgestellt oder die Geschäftsbücher gefälscht, wahrheitswidrig geführt oder in täuschender Absicht beseitigt hat.

Strafe des Betrugs.

Art. 42.

Wegen leichtsinnigem Bankrott tritt Strafe ein, wenn nach eröffnetem Konkurs oder erklärter Zahlungsunfähigkeit sich ergibt, daß der Schuldner Andere geschädigt hat durch Verschleuderung an Geld oder Waren, übertriebenen Aufwand, gewagte Spekulationen, Börsenspiel, leichtsinniges Schuldenmachen, oder wenn er die Bücher nicht oder liederlich führte.

Strafe: Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren.

Die Unterlassung der Führung ordentlicher Geschäftsbücher durch die hiezu Verpflichteten wird gemäß Art. 877 und 878 des O.-R. bestraft mit Geldbuße bis zu 500 Fr.

Art. 43.

Wegen Untreue wird bestraft, wer, als Beistand, Vertreter oder durch Amt und Beruf verpflichtet zur Wahrung der Interessen Anderer, absichtlich diese Interessen verletzt und das Vermögen schädigt.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Jahren oder Geldbuße.

Art. 44.

Wegen Wucher wird bestraft, wer, insbesondere bei Gewährung oder Verlängerung von Kredit, unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit sich oder Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche nach den Umständen des Falles zu der Leistung in auffallendem Mißverhältnis stehen.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Jahren und Geldstrafe bis 5000 Fr.

Dieselbe Strafe trifft, wer wissentlich wucherische Ansprüche geltend macht.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, bei gewerbmäßigem Wucher, bei Begehung durch Beamte, Vertrauenspersonen oder mit Wechseln oder täuschenden Urkunden.

Art. 45.

Wegen böswilliger Eigentumsschädigung wird bestraft, wer ohne Anzeigungsabsicht das Vermögen Anderer schädigt durch Zerstörung oder Sachbeschädigung.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 5 Jahren in schweren Fällen.

Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldbuße in leichten.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Schaden oder Gefahr groß war, wenn die Schädigung wiederholt, hinterlistig, nachts oder am Viehstand verübt wurde. Leichte Strafe tritt ein, wenn der Schaden gering war, unbedachter oder mutwilliger Weise begangen und Genugthuung oder Schadenersatz geboten wurde.

Zweites Buch.

Von den Verbrechen gegen den Frieden, gegen die gemeine Sicherheit, gegen öffentliche Treu und Glauben, gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit, gegen die staatliche Ordnung und das Land.

Tit. I. Verbrechen gegen den Frieden.

Wer den gelobten oder gebotenen Frieden, den Frieden des Hauses, des Gerichts oder der Landsgemeinde bricht, desgleichen wer an Stätten oder Gegenständen der Ehrfurcht oder des öffentlichen Vertrauens frevelt oder den religiösen Frieden verlegt, macht sich eines Verbrechens gegen den Frieden schuldig.

Art. 46.

Wegen Friedbruch wird bestraft,

- a) wer bei drohenden oder begonnenen Thätlichkeiten oder bei Raufhandel den Streit nicht einstellt auf die dritte Aufforderung (Friedgebot): „Ich biete Frieden“;

- b) wer den vor dem Landammann gelobten oder auferlegten Frieden zum Schutze der Person oder des Rechtszustandes mit Worten oder Werken bricht.

Strafe: Geldbuße bis zu 100 Fr., Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 2 Monaten.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn der Friedbieter verletzt wird, der Friedbrüchige rückfällig ist. Rückfälligen im Friedbruch oder solchen, denen Wort und Ehre nicht anzuvertrauen, kann Real- oder Personalkaution auferlegt werden.

Jeder Landmann, der in seiner Person oder in seinem Rechte bedroht ist, kann Sicherheit verlangen durch Friedensbürgschaft. — Diese Friedbrüche werden auf Antrag von Amts wegen verfolgt und bestraft.

Art. 47.

Wegen Störung des Landfriedens oder Drohung wird bestraft,

- a) wer mit bewaffneter Hand in das Gebiet des Kantons oder aus demselben ins Nachbargebiet einfällt oder Mannschaft und Waffen zu diesem Zwecke sammelt; desgleichen wer sich mit Andern öffentlich zusammenrottet und gegen Personen oder Sachen Gewaltthätigkeit begeht (Landfriedensbruch).

Strafe: Gefängnis bis zu 2 Jahren oder Arbeitshaus.
Geldbuße in leichten Fällen.

Als Teilnehmer gilt, wer auf dreimaliges Gebot des Landfriedens, verkündet unter Trommelwirbel, nicht den Platz räumt oder sich zur Verfügung der gesetzlichen Gewalt stellt.

- b) wer mit Drohung von Mord, Brand, Explosion die Bevölkerung in Angst und Besorgnis versetzt (schwere Drohung).

Strafe: Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 6 Monaten.

- c) wer den Frieden des Einzelnen stört, indem er mittelst Wort, Schrift, Hand oder bedrohlichen Unternehmen Verbrechen droht, auflauert, Messer oder Waffen zückt (Drohung).

Strafe: Gefängnis bis zu 14 Tagen oder Geldbuße; in leichtern Fällen kann auf Verweis und Friedensbürgschaft erkannt werden. Die Schlußbestimmungen des Art. 28 finden auch hier Anwendung.

Art. 48.

Wegen Störung des Religionsfriedens wird bestraft,

- a) wer den Gottesdienst oder gottesdienstliche Handlungen durch Gewalt, Unfug oder Lärm stört;

- b) wer gegen eine vom Staat anerkannte Konfession, ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche oder Gegenstände ihrer Verehrung schimpflich schmähzt oder durch grobe Lästerung öffentliches Ärgernis giebt;
- c) wer dem Gottesdienst geweihte Gegenstände entweicht oder verunehrt;
- d) wer an geweihten Stätten, Kirchen, Friedhöfen, an Gräbern und Kreuzen frevelt oder schändet.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Monaten oder Gefängnis.

Art. 49.

Wegen Hausfriedensbruch wird bestraft,

- a) wer in Haus, Hof oder Wohnung eines Andern widerrechtlich eindringt oder gegen wiederholte Aufforderung zum Verlassen darin verweilt;
- b) wer zur Nachtzeit böswillig vor dem Hause Unfug treibt, schmähzt, aus dem Hause fordert, Steine wirft oder Schädigung verübt.

Strafe: Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 2 Monaten.

In geringeren Fällen Geldbuße bis zu 100 Fr.

Art. 50.

Wegen Störung des Gerichts- oder Landsgemeindes Friedens wird bestraft,

- a) wer Gewalt, Drohung oder Bestechung anwendet, um die Verhandlungen vor Gericht, Rat oder Landsgemeinde zu beeinflussen;
- b) wer den Gang der Verhandlungen bösslich stört durch Unterbrechung, Lärm, Unfug;
- c) wer vor Gericht, Rat oder Landsgemeinde einen Andern mit ehrverletzenden Worten oder thätlich angreift.

Strafe: Gefängnis bis zu 2 Monaten, oder Geldbuße bis zu 100 Fr.

Art. 51.

Wer an Personen, Gegenständen oder Orten, die gefriedet sind, eine für sich strafbare Handlung der Gewalt, Schädigung oder Entwendung, die nicht schon als Verbrechen gegen den Frieden bedroht ist, verübt, namentlich an Sachen der Armen, Witwen und Waisen,

wird aufs schärfste bestraft.

Das Gleiche gilt für den, der an Orten und Sachen, die im Schutz des öffentlichen Vertrauens stehen, an Märkten, Bahnhöfen, öffentlichen Sammlungen, Denkmälern, am Pflug im Felde, an Frucht oder Bleichestücken schädigt oder entwendet.

Tit. II. Gemeingefährliche Verbrechen.

Wer eine Mehrzahl von Menschen schädigt oder gefährdet durch Brand, Explosion, Überschwemmung; durch Gefährdung des Verkehrs oder der öffentlichen Sicherheit; durch Vergiftung oder Fälschung von Lebensmitteln, oder durch Verbreitung von Krankheiten, macht sich eines gemeingefährlichen Verbrechens schuldig.

Art. 52.

Wegen Brandstiftung wird bestraft, wer Andern zu Schaden oder Gefahr in Brand setzt,

- a) Pulvermagazine, bewohnte Gebäude oder Gegenstände, die das Feuer jenen mittheilen können.

Strafe: Zuchthaus bis zu 15 Jahren.

- b) unbewohnte Gebäude, welche zum zeitweiligen Aufenthalt dienen.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus.

- c) Gegenstände des gemeinen Nutzens, Wälder, Torfmoore, Getreidefelder, Brücken.

Strafe: Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Arbeitshaus.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Schaden oder Gefahr für Person und Eigentum groß ist; wenn die Brandstiftung nachts, in Verbindung mit Verbrechen oder zur Verdeckung solcher, wenn sie wiederholt, aus Rachsucht oder gemeingefährlichen Motiven geschah. — Geringe Strafe tritt ein, wenn erschwerende Umstände fehlen, Schaden und Gefahr unbedeutend sind.

Art. 53.

Besondere Bestimmungen über Brandstiftung.

Brandstiftung wird bestraft,

- a) wenn Tod oder schwere Verletzung die Folge sind, nach Art. 25, 28;
b) wenn fahrlässig begangen, mit Gefängnis;

c) wenn der Thäter löscht, ehe Schaden entstand, nach Art. 47, c.

Nicht als Brandstiftung gilt die Anzündung fremder Gegenstände anderer Art, oder eigener Gegenstände ohne Gefahr für Andere.

Art. 54.

Wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Verkehrs wird bestraft,

a) wer Schienenwege, Dampffahrzeuge zerstört, schädigt oder unsicher macht, oder bei besonderer Verpflichtung zur Sorgfalt in einen Zustand geraten läßt, daß Gefahr oder Schaden entsteht; desgleichen wer Weichen oder Signale verstellt oder sonst gefährdende Vorkehrungen trifft.

Strafe: Zuchthaus in schweren Fällen,
Arbeitshaus oder Gefängnis in leichten.

Dieselbe Strafe erleidet, wer an öffentlichen Dämmen, Wuhren, Gleiches begeht zu gemeiner Gefahr oder Schaden.

b) wer öffentliche Wege, Brücken, Schutzwehren schädigt und den Verkehr gefährdet oder an öffentlichen Orten widerrechtlich Explosivstoffe legt.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 6 Monaten,
Gefängnis oder Geldbuße in leichten Fällen.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Zusammenstoß, Entgleisung, Explosion, Überschwemmung, Verletzung von Menschen herbeigeführt ist. — Geringe Strafe tritt ein bei geringer Gefahr, und bei jugendlichen Thätern, wenn ausreichende häusliche Zuchtigung stattfand.

Art. 55.

Besondere Bestimmungen über Verbrechen gegen die Sicherheit des Verkehrs.

Sie werden bestraft,

a) wenn Tod oder schwere Verletzung die Folge sind, nach Art. 25 und 28;
b) wenn fahrlässig begangen, mit Gefängnis oder Geldbuße;
c) nach Bundesrecht, wenn Art. 67 des Bundesstrafrechts oder das Gesetz über die Bahnpolizei zutreffen.

Geringfügige Schädigungen ohne Gefahr und böse Absicht werden polizeilich bestraft.

Art. 56.

Wegen Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit wird bestraft,

- a) wer unter Menschen wissentlich ansteckende Krankheit verbreitet;

Strafe: Zuchthaus in schweren Fällen,
Arbeitshaus oder Gefängnis in leichten.

Anwendung findet das Bundesgesetz betreffend gemeingefährliche Epidemien vom 2. Juli 1886.

- b) wer Lebensmittel mit gefährlichen Stoffen wissentlich mischt, oder wissentlich verdorbene, schädliche feilhält oder zum Genuß giebt.

Strafe: Arbeitshaus.

Wenn Tod oder schwerer Nachteil die Folgen sind, kommen
Art. 25 und 28 zur Anwendung.

- c) wer tägliche Gebrauchsgegenstände, Koch- oder Eßgeschirr, Spielzeug, Stoffe oder Tapeten so herstellt, daß sie die Gesundheit gefährden, desgleichen wer wissentlich solche feilhält.

Strafe: Gefängnis oder Geldbuße.

Art. 57.

Es wird bestraft:

- a) wer Seuchen unter dem Vieh wissentlich verbreitet.

Strafe: Arbeitshaus in schweren Fällen,
Gefängnis oder Geldbuße in leichten.

Anwendung finden die Bundesgesetze und Verordnungen vom 8. Februar 1872, 19. Juli 1873, 3. Oktober 1873.

- b) wer Futtermittel oder Tränke wissentlich mit schädlichen Substanzen versetzt oder solche verkauft.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Jahren in schweren Fällen,
Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldbuße in leichten.

Wer unwissentlich auf solche Weise Schaden herbeiführt, während er Grund hatte, über die gefährliche Beschaffenheit sich Gewißheit zu verschaffen, wird bestraft mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldbuße.

Strafzumessung: Die Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit werden mit der schwersten Strafe belegt, wenn Ansteckung oder Vergiftung beabsichtigt, Nachsicht, Bosheit, Gewinnsucht die Motive waren oder der Schaden erheblich ist.

Tit. III. Verbrechen gegen öffentliche Treu und Glauben.

Wer falschen Eid schwört, falsches Zeugnis ablegt, falsch anklagt, wer Fälschung übt an Münzen, Stempeln, Urkunden oder Ausweispapieren; wer unredlich gegen öffentliche Treu und Glauben im Verkehr handelt, macht sich eines Verbrechens gegen öffentliche Treu und Glauben schuldig.

Art. 58.

Wer vor Gericht wissentlich Falsches bekundet, wird bestraft,

- a) wegen Meineid, wenn er Eid oder Gelübde falsch ablegt.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren.

- b) wegen falschem Zeugnis, wenn er als Zeuge oder Experte falsch aussagt.

Strafe: Arbeitshaus oder Zuchthaus.

- c) wegen falscher Anklage, wenn er eines Verbrechens, das mit Zuchthaus oder Arbeitshaus bedroht ist, beschuldigt und Untersuchung herbeiführt.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren,
Arbeitshaus in leichten Fällen.

Fahrlässige Begehung wird mit Gefängnis oder Geldbuße bestraft.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn dadurch ein Unschuldiger Strafe erlitt, wenn Komplott bestand, gefälschte Urkunden gebraucht wurden, Nachsucht, Gewinnsucht die Beweggründe, oder schwere Rechtsnachteile die Folge waren.

Art. 59.

Wegen Münzfälschung wird bestraft,

- a) wer inländisches oder ausländisches Geld nachmacht, um es in Kurs zu setzen, oder die In-Kurs-Setzung desselben oder des nachfolgend bezeichneten Geldes betreibt;
b) wer echtes Geld beschneidet, im Werte mindert oder ihm den Schein höheren Wertes gibt.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus,
Konfiskation der Gegenstände.

Banknoten, Inhaberpapiere, Obligationen sind gleichgestellt.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn das Falsifikat täuschend ist, größere Mengen gefälscht oder in Umlauf gesetzt wurden, oder eine Bande das Geschäft betreibt. — Geringe Strafe tritt ein, wenn die Nachahmung leicht erkennbar oder von geringem Wert war.

Art. 60.

Wegen Urkundenfälschung wird bestraft, wer Schrift, Druck, Zeichen, die zur Beurkundung dienen, um des Vorteils willen oder Andern zu schaden, fälscht, fälschlich anfertigt oder anfertigen läßt, oder von gefälschten wissentlich Gebrauch macht.

Strafe: Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus
bei öffentlichem Charakter der Urkunde,
Arbeitshaus bei privatem.

Fälschungen ohne die Absicht auf Vorteil oder Schaden werden mit Gefängnis bis 6 Monaten oder Geldbuße bestraft.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Schädigung eingetreten, jemand dadurch an Freiheit oder Ehre verletzt worden ist, oder der Thäter eine Amts- oder Vertrauensperson war.

Art. 61.

Wegen Verletzung von Treu und Glauben im Verkehr wird bestraft,

a) wer ohne Gefahr für die Gesundheit Waren oder Lebensmittel fälscht oder solche wissentlich feilhält.

Strafe: Gefängnis bis zu 6 Monaten, Geldbuße bis zu 5000 Fr.

b) wer rechtswidrig Fabrik- und Handelsmarken nachmacht oder fälschlich verwertet.

Strafe: Geldbuße oder Gefängnis gemäß Bundesgesetz, betreffend Schutz der Fabrik- und Handelsmarken vom 24. September 1890, vgl. Bundesgesetz über Erfindungsschutz und Muster- und Modellschutz.

c) wer schwindelhafte Anpreisungen, unwahre Liquidationen, Vorkauf an Märkten, künstliche Preissteigerung oder Täuschung betreibt, oder bei Ganten unredlich oder arglistig verfährt, oder Andere ungebührlich übervorteilt.

Strafe: Geldbuße bis 500 Fr.

d) wer unredlicherweise Fabrikgeheimnisse erschleicht oder unter Mißbrauch des Vertrauens verrät.

Strafe: Geldbuße bis zu 2000 Fr.,
Gefängnis bis zu 6 Monaten in schweren Fällen.

e) wer das öffentliche Vertrauen in das Amts- oder das Berufsgeheimnis zum Nachteil Anderer verletzt, oder das Briefgeheimnis durch Öffnung oder Aneignung fremder Briefe bricht.

Strafe: Geldbuße oder Gefängnis bis zu 14 Tagen.

Art. 62.

Besondere Bestimmungen über Fälschung.

Es wird bestraft,

- a) Fälschung oder Unterdrückung des Civilstandes, mit Arbeitshaus bis zu 5 Jahren in schweren Fällen, Gefängnis bis zu 14 Tagen oder Geldbuße in leichten;
- b) Fälschliche Anmaßung amtlichen Characters zum Nachteil Anderer, mit Gefängnis bis zu 14 Tagen;
- c) Fälschung von Ausweisschriften, Dienstbüchern, Zeugnissen, oder Benutzung solcher, mit Gefängnis bis zu 14 Tagen.

**Tit. IV. Verbrechen gegen die Reinheit der Familie
und die Sittlichkeit.**

Wer die Reinheit der Sitten und der Familie zerstört; wer ein Weib durch Gewalt, Mißbrauch, List oder Verführung entehrt; wer öffentliches Ärgernis gibt durch unsittliche Handlungen, Schriften oder Bilder, oder durch Vorschub zur Unzucht, macht sich eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit schuldig.

Art. 63.

Wer die Reinheit der Sitten in der Familie zerstört, wird bestraft,

- a) wegen Blutschande, wenn Blutsverwandte in aufsteigender oder absteigender Linie ganz oder halbbürtige Geschwister sich geschlechtlich vermischen.

Strafe: Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Arbeitshaus.

- b) wegen Verführung von Pflegebefohlenen, wenn Pflegeeltern, Geistliche, Lehrer anvertraute jugendliche Personen zur Unzucht verleiten oder Anstaltsbeamte mit anvertrauten Personen Beischlaf begehen.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 5 Jahren.

- c) wegen Ehebruch, wenn eine verhehelichte Person oder eine unverhehelichte mit einer als verhehelicht ihr bekannten die Ehe bricht.

Strafe: Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Die Verfolgung für Ehebruch tritt auf Klage des verletzten Theils ein oder von Amts wegen, wenn öffentliches Ärgernis entsteht.

Wer im Ehebruch ertappt und verletzt wird, hat es an sich zu tragen.

- d) wegen Doppelehe, wenn ein Ehegatte trotz bestehender gültiger Ehe eine zweite abschließt, oder wenn eine unverheiratete Person mit Wissen eine verheiratete ehelicht.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 5 Jahren.

Art. 64.

Wer mit Gewalt, Mißbrauch oder Verführung ein Weib entehrt, wird bestraft,

- a) wegen Notzucht, wenn er mit körperlicher Gewalt oder Drohung
1. den Beischlaf erzwingt oder durch Verletzung in willenlosen Zustand ermöglicht;
 2. eine junge Person unter 15 Jahren gewaltsam mißbraucht.

Strafe: Zuchthaus bis zu 15 Jahren.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein, wenn Mißhandlungen damit verbunden oder schwere Folgen für Gesundheit und Existenz zu befürchten sind.

Wie Notzucht wird bestraft der Mißbrauch von Kindern auch ohne Gewalt.

Die Strafe der Nötigung tritt ein, wenn die Person in schlechtem Ruf steht.

- b) wegen Schändung, wenn er ohne Gewalt
1. eine willenlose Person mißbraucht, ohne daß er diesen Zustand arglistig herbeiführte;
 2. eine junge Person unter 15 Jahren mit ihrem Willen mißbraucht.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 10 Jahren.

- c) wegen Verführung, wenn er mit arglistiger Täuschung, Benützung eines Irrtums, Ausbeutung einer Not- oder Zwangslage den Beischlaf erschlichen oder erzwungen hat.

Strafe: Arbeitshaus oder Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Art. 65.

Wer öffentliches Ärgernis giebt durch unzüchtige Handlungen, Schriften, Bilder, wird bestraft,

- a) wegen widernatürlicher Unzucht, wenn er den Geschlechtstrieb mit Mensch oder Tier wider die Natur befriedigt.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 5 Jahren.

- b) wegen Unzucht, wenn er an Kindern oder mit Gewalt an ehrbaren Frauen unzüchtige oder ärgerniserregende Handlungen, die kein schwereres Verbrechen sind, begeht oder sonst öffentlich durch unzüchtige Handlungen Ärgernis giebt.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 6 Monaten oder Gefängnis.

c) wegen Verbreitung von unzüchtigen Bildern oder Schriften.

Strafe: Geldbuße und Konfiskation,
Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 6 Monaten.

Wer solche Schriften oder Bilder öffentlich anzeigt, wird mit Geldbuße bestraft.

Art. 66.

Besondere Bestimmungen über Unzucht.

Es wird bestraft:

- a) die Kuppelerei oder gewerbsmäßige, eigennützige Vorschubleistung mit Arbeitshaus bis zu 6 Monaten;
- b) die gewerbsmäßige Prostitution mit Arbeitshaus bis zu 6 Monaten, in schweren Fällen verschärft nach Art. 4;
- c) das Konkubinat oder die wilde Ehe mit Gefängnis bis zu 14 Tagen.

Tit. V. Verbrechen gegen das Land und die öffentliche Ordnung.

Wer Verrat am Lande übt; wer mit Aufruhr oder Gewalt die innere Ruhe stört, oder Recht und Gericht sich widersetzt; wer die politischen Rechte des Bürgers verlezt, oder als Beamter gegen seine Pflicht handelt, macht sich eines Verbrechens am Staate schuldig.

Art. 67.

Wegen Landesverrat wird bestraft,

- a) wer bei Aufnahmen im Gebiet der Festungen betroffen wird oder Andere zum Verrat militärischer Geheimnisse wirbt oder benutzt;
- b) wer als Spion im Dienste des Auslandes zu Verbrechen reizt, wühlt.

Strafe: Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis.

Das Bundesstrafrecht Art. 36 ff. findet Anwendung.

Art. 68.

Wegen Aufruhr wird bestraft, wer mit Andern sich zusammenrottet und die Absicht an den Tag legt,

- a) gewaltsam die Verfassung zu ändern;
- b) die Behörden zu Verfügungen zu zwingen, oder den Vollzug ihrer Verfügungen gewaltsam zu hemmen.

Strafe: Gefängnis bis zu 5 Jahren in schwersten Fällen,
 Gefängnis bis zu 2 Jahren in mittleren,
 Gefängnis bis zu 14 Tagen oder Geldbuße in leichten Fällen.

Als Teilnehmer gilt, wer auf dreimaliges Gebot des Landfriedens und Trommelwirbel nicht den Platz räumt oder sich zur Verfügung der Behörden stellt.

Strafzumessung: Die schwerste Strafe tritt ein gegen Rädelsführer, wenn die Verfassung bedroht ist, wenn Gewalt oder Waffen gebraucht werden. Geringe Strafe tritt ein, wenn der Aufforderung Folge geleistet wird, wenn die Teilnahme von geringer Bedeutung.

Art. 69.

Wer Verfügungen von Gericht und Behörden zuwiderhandelt, wird bestraft,

- a) wegen Widersetzung, wenn er mit Gewalt oder Drohung den Verfügungen einer kompetenten Behörde Widerstand leistet.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 6 Monaten in schweren,
 Gefängnis in leichten Fällen.

- b) wegen Ungehorsam, wenn er den Verfügungen einer kompetenten Behörde trotz angedrohter Verweisung vor den Strafrichter nicht Folge leistet.

Strafe: Gefängnis bis zu 2 Monaten.

- c) wegen Befreiung von Gefangenen, wenn er solche befreit oder pflichtwidrig entweichen läßt.

Strafe: Arbeitshaus bis zu 2 Jahren in schweren,
 Gefängnis bis zu zwei Monaten in leichten Fällen.

- d) wegen Verweisungsbruch, wenn er als Verwiesener vor der Zeit zurückkehrt.

Strafe: Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu 6 Monaten.

- e) wegen Übertretung des Wirtshausverbots mit Geldbuße bis zu 50 Fr.

- f) wegen Ablösen oder Beschädigung amtlicher verwahrender Siegel, amtlicher Zeichen oder Anschläge.

Strafe: Gefängnis bis zu 14 Tagen oder Geldbuße.

Art. 70.

Wegen Verletzung der politischen Rechte wird bestraft,

- a) wer mit Gewalt oder Drohung die Vornahme einer gesetzmäßig angeordneten Wahl oder die Verhandlung einer gesetzmäßigen, zur Besorgung von öffentlichen Angelegenheiten berufenen Versammlung hindert. Vgl. Art. 50.

- b) wer Stimmzettel fälscht oder auf andere Weise durch sie das Wahlergebnis zu fälschen sucht;
- c) wer mit Gewalt, Drohung, Bestechung auf einen Bürger einwirkt, um die freie Ausübung seiner politischen Rechte zu beeinflussen, desgleichen wer Geschenke oder Versprechungen zu diesem Zwecke annimmt;
- d) wer wissentlich unberechtigt bürgerliche Rechte ausübt.

Strafe: Gefängnis bis zu 2 Monaten.

Art. 71.

Wer als Beamter eines Verbrechens sich schuldig macht oder gar sein Amt dazu mißbraucht, wird um so schwerer bestraft, als die höchste Rechtschaffenheit seine Pflicht ist.

Die schwerste Strafe tritt ein, wo das öffentliche Vertrauen untergraben, großer Schaden eingetreten oder Gewinn und Genußsucht oder Börsenspiel die Ursache sind.

Wer seine Amts- oder Dienstpflicht in anderer Weise absichtlich oder fahrlässig verletzt, oder seine Stellung mißbraucht, wird mit Gefängnis oder Geldbuße — womit Einstellung im Dienst verbunden werden kann — bestraft.

Art. 72.

Wegen Bestechung oder Beeinflussung wird bestraft,

- a) der Beamte, der Geschenke, Vorteile, Versprechungen unberechtigt annimmt für Amtshandlungen. (Bestechung.)

Strafe: Arbeitshaus und Entsetzung, wenn die Handlungen pflichtwidrig, Gefängnis, wenn sie es nicht sind.

- b) der Beamte, der zwar nicht für Amtshandlungen, jedoch während amtliche Beziehungen zwischen ihm und einem Andern bestehen, von diesem Geschenke annimmt. (Beeinflussung.)

Strafe: Geldbuße bis zu 1000 Fr.

- c) der Richter, der außer dem Verfahren von einer Partei Mitteilungen oder Belehrungen, Berichte annimmt. (Berichten.)

Strafe: Verweis, Geldbuße.

In allen Fällen der Bestechung oder Beeinflussung wird mit dem Beamten entsprechend der Teilnehmer oder, wenn jener unbestechlich ist, dieser allein bestraft.

Die Geschenke oder Vermögensvorteile werden den Armen zugewendet.

Anhang.

Nach den eidgenössischen Vorschriften wird die Übertretung folgender Bundesgesetze bestraft:

[illegible]

Inhalts-Verzeichnis.

Erster Teil.

Allgemeine Bestimmungen.

Tit. I. Anwendung des Gesetzes.

Artikel	Seite
1. Inländer. — Ausländer. — Auslandsverbrechen	3
2. Rechtshülfe unter Kantonen	4

Tit. II. Strafen.

3. Zuchthaus. — Strafvollzug	4
4. Arbeitshaus. — Strafvollzug	5
5. Besondere Bestimmungen über Ehrverlust	5
6. Gefängnis. — Strafvollzug	5
7. Besondere Bestimmungen über den Vollzug der Freiheitsstrafen: a) Einzelhaft und Gemeinschaftshaft. — b) Arbeit. — c) Erziehung und Besserungsmittel. — d) Schutzaufsicht über Entlassene. — e) Strafe jugendlicher Personen	5
8. Geldstrafe. — Strafvollzug	6
9. Verweis	6
10. Nebenstrafen. — a) gegen Fremde. — b) gegen Beamte. — c) gegen bestimmte Berufstreibende. — d) gegen Trinker und Raufbolde. — e) Konfiskation der Werkzeuge	7
11. Unabänderlichkeit der Strafe, Ausnahmen. — a) Strafumwandlung. — b) Begnadigung. — c) Amnestie	7

Tit. III. Die schuldhafte That und die Strafzumessung.

12. Das Verbrechen als Ganzes und als Teil: a) Das vorsätzliche Verbrechen. — b) Das versuchte Verbrechen. — c) Die Beteiligung vor, während, — d) nach der That	8
13. Das Gesetz. — Die Würdigung der That. — Das Urteil	8
14. Feststellung der Art und Größe der Strafe	9
15. Erschwerende und erleichternde Umstände	9
16. Vorbestrafung	9
17. Mehrheit der Verbrechen	9

Tit. IV. Ausschluß der Strafe.

18. Mangel des Wissens und Wollens. — a) Geistesstörung. — b) Jugend	10
19. Mangel des Willens aus Zwang und Notstand	10
20. Wehr gegen Angriff	10
21. Mangelnder Antrag. — Verjährung	11

Zweiter Teil.

Von den einzelnen Verbrechen.

Erstes Buch.

Von den Verbrechen gegen Leib und Leben, Freiheit, Ehre und Gut.

Tit. I. Verbrechen gegen das Leben.

Artikel		Seite
22.	Vorsätzliche Tötung. — a) Mord. — b) Totschlag	11
23.	Besondere Bestimmungen über Tötung. — a) Tötung eines Einwilligenden. — b) Tötung im Zweikampf. — c) Im Kaufhandel. — d) Kindsmord. — e) Abtreibung	12
24.	Unvorsätzliche Tötung. — a) Tötung in Folge von Körperverletzung. — b) Fahrlässige Tötung	12
25.	Besondere Bestimmungen über unvorsätzliche Tötung	12

Tit. II. Körperverletzung und Angriff.

26.	Körperverletzung	13
27.	Mißhandlung. — Angriff	13
28.	Besondere Bestimmungen über Körperverletzung. — a) Schwere Verletzung. — b) Leichte Verletzung	14

Tit. III. Gefährdung Hilfsbedürftiger.

29.	Aussetzung	14
30.	Verwahrlosung. — a) Kranke. — b) Familienangehörige	15
31.	Unterlassene Hilfe. — a) Bei gemeiner Not. — b) Bei Hülfseruf	15

Tit. IV. Verbrechen gegen die Freiheit.

32.	Freiheitsberaubung mit Gewalt oder List. — a) Menschenraub. — b) Entführung. — c) Gefangensehung	15
33.	Nötigung	16

Tit. V. Ehrverletzung.

34.	Beschimpfung. — a) Durch Wort, Schrift und Bild. — b) Leichtfertige Verbreitung ehrenrühriger Gerüchte. — c) Wahre Vorwürfe bloß zur Beschimpfung	16
35.	Verleumdung. — Ehrabschneiden wider besseres Wissen. Widerruf. — Beharrliche Kränkung. — Provocation	17
36.	Besondere Bestimmungen über Ehrverletzung. — a) Wahrheit, ehrliche Gesinnung und Absicht. — b) Widerruf. — c) Antrag	17

Tit. VI. Verbrechen gegen das Vermögen.

37.	Vermögensentzug mit Gewalt oder Drohung. — a) Raub. — b) Erpressung	18
38.	Vermögensentzug ohne Gewalt. — a) Diebstahl. — b) Unterschlagung	18
39.	Besondere Bestimmungen über Diebstahl und Unterschlagung	19
40.	Fehlerei	19

Artikel	Seite
41. Vermögensentzug mit Lug und Trug. — a) Betrug. — b) Betrügerischer Bankrott	19
42. Vermögensentzug durch leichtsinnigen Bankrott	20
43. Untreue	20
44. Wucher	20
45. Eigentumsschädigung	21

Zweites Buch.

Von den Verbrechen gegen den Frieden, gegen die gemeine Sicherheit, gegen öffentliche
Treu und Glauben, gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit,
gegen die staatliche Ordnung und das Land.

Tit. I. Verbrechen gegen den Frieden.

46. Friedbruch. — a) Friedgebot. — b) Gelobter Friede. — c) Friedensbürgschaft	21
47. Störung des Landfriedens, Drohung. — a) Landfriedensbruch. — b) Schwere Drohung. — c) Drohung	22
48. Störung des Religionsfriedens. — a) Störung des Gottesdienstes. — b) Beschimpfung der Konfession. — c) Entweihung. — d) Schändung geweihter Stätten	22
49. Hausfriedensbruch. — a) Eindringen. — b) Nächtlcher Unfug. — c) Ausforderung	23
50. Störung des Gerichts- oder Landsgemeindefriedens. — a) Mit Gewalt und Drohung. — b) Störung der Verhandlungen. — c) Angriff und Beschimpfung	23
51. Besondere Bestimmungen über Frieden	23

Tit. II. Gemeingefährliche Verbrechen.

52. Brandstiftung. — a) An bewohnten Gebäuden. — b) An unbewohnten. — c) An Gegenständen des gemeinen Nutzens	24
53. Besondere Bestimmungen über Brandstiftung	24
54. Verbrechen gegen die Sicherheit des Verkehrs. — a) Gefährdung von Schienenwegen, Dampffahrzeugen, gefährliche Verstellung von Weichen und Signalen. — b) Gefährdung öffentlicher Wege und Plätze	25
55. Besondere Bestimmungen über Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit	25
56. Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit. — a) Verbreitung ansteckender Krankheiten. — b) Gefährliche Fälschung. — c) Vergiftung täglicher Gebrauchsgegenstände	26
57. Verbreitung von Seuchen und Vergiftung des Futters	26

Tit. III. Verbrechen gegen öffentliche Treu und Glauben.

58. Falsche Befundung vor Gericht. — a) Meineid. — b) Falsches Zeugnis. — c) Falsche Anklage	27
59. Münzfälschung. — a) Nachmachen. — Beschneiden, Verändern	27
60. Urkundenfälschung	28
61. Verletzung von Treu und Glauben im Verkehr. — a) Fälschung von Waren und Lebens- mitteln. — b) Fälschung von Fabrik- und Handelsmarken. — c) Schwindel, Unehrllichkeit, Übervorteilung. — d) Erschleichung und Verrat von Fabrikgeheimnissen. — e) Mißbrauch von Amts- und Berufsgeheimnissen	28
62. Besondere Bestimmungen über Fälschung. — a) Fälschung des Civilstandes. — b) Fälsch- liche Annahme eines Amtes. — c) Fälschung von Ausweispapieren	29

Tit. IV. Verbrechen gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit.

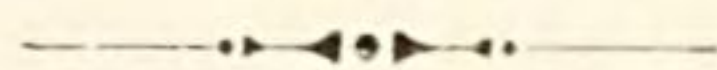
Artikel	Seite
63. Verbrechen gegen die Reinheit der Familie. — a) Blutschande. — b) Verführung von Pflēg- befohlenen. — c) Ehebruch. — d) Doppelsehe	29
64. Verbrechen der Gewalt, des Mißbrauchs, der Verführung. — a) Notzucht. — b) Schän- dung. — c) Verführung	30
65. Öffentliches Ärgernis. — a) Widernatürliche Unzucht. — b) Unzucht. — c) Verbreitung un- züchtiger Schriften und Bilder	30
66. Besondere Bestimmungen über Unzucht. — a) Kuppelei. — b) Prostitution. — c) Konfubinat.	31

Tit. V. Verbrechen gegen das Land und die staatliche Ordnung.

67. Landesverrat. — a) Verrat militärischer Geheimnisse. — b) Spione	31
68. Aufruhr. — a) Gegen die Verfassung. — b) Gegen amtliche Verfügungen	31
69. Widerhandlung gegen gerichtliche und amtliche Verfügungen. — a) Widersetzung. — b. Ungehorsam. — c) Befreiung von Gefangenen. — d) Verweisungsbruch. — e) Übertretung des Wirtshausverbots. — f) Verletzung amtlicher Siegel, Anschläge	32
70. Verletzung politischer Rechte. — a) Gewaltsame Störung von Wahlen und Verhandlungen. — b) Fälschung des Wahlergebnisses. — c) Beeinflussung des Stimmrechts. — d) Widerrechtliche Ausübung politischer Rechte	32
71. Verbrechen der Beamten und Verletzung der Dienstpflicht	33
72. Bestechung und Beeinflussung. — a) Bestechung. — b) Beeinflussung. — c) Berichten	33

Anhang.

Bundesstrafgesetze	34
------------------------------	----



Motive

zum

Entwurf des Strafgesetzes

für den

Kanton Uri.



Es ist absolut unerlässlich, — wenn die Aufgabe so gefaßt wird, wie sie im Vorwort entworfen und in den bezeichneten Arbeiten ausgeführt worden ist, — daß im Zusammenhang die Grundsätze dargelegt und Auskunft über die gesetzgeberischen Mittel, die Technik des Gesetzbuches gegeben werde. Es ist unerlässlich, Stellung zu nehmen zu den großen Fragen der Gesetzgebung und der Wissenschaft.

Der specielle Zweck von Motiven zum Entwurf auferlegte aber die größte Beschränkung und es war keine geringe Arbeit, aus den umfänglichen Untersuchungen, wie sie der systematische Zusammenhang in allen Teilen erforderte und wie dies jedem Kenner ersichtlich ist, in größter Kürze und in gemeinverständlicher Form alles zu sagen.

*

*

*

Demgemäß handelt dieser kurze Abschnitt über die Grundsätze und die Einrichtung des Gesetzbuches: Von der Gerechtigkeit. — Was folgt aus dem Grundsatz der Gerechtigkeit? — Von der Besserung und andern Zwecken der Strafe. — Von andern Maßnahmen und gemeinnützigen Bestrebungen. — Landrecht. Gesetzgebung und Wissenschaft. — Ein schweizerisches Strafgesetzbuch im besondern. — Wie solches zu erreichen ist. — Die Einteilung. — Verbrechen, Vergehen, Übertretung. — Die elf Normen oder Grundsätze. — Die Artikel und besondern Bestimmungen. — Die Formel des Gesetzes, Sprache und Wort. — Die äußere That, der Erfolg. Absicht und Innerlichkeit. — Die Strafdrohung. — Der Strafwert der Verbrechen. — Die Straffkala oder die Zahl der Strafwerte. — Die Freiheit des richterlichen Ermessens. Minima. — Die Strafzumessung. — Straftafeln.

*

*

*

Diese zusammenhängende Darstellung gestattet überdies bei einzelnen Artikeln des Gesetzes statt der Ausführungen den bloßen Hinweis, indem sie zugleich das Einzelne in der organischen Verbindung des Ganzen zeigt. Ein größerer Exkurs über die böse Absicht oder Vorsatz ist nicht zu umgehen gewesen, doch galt auch darin das Gesetz der größten Sparsamkeit. In der Doktrin, Gesetzgebung und in der Gerichtspraxis ist die Behandlung des bösen Vorsatzes stets noch schwankend. Man hängt an der Konstruktion des Dolus und praktisch an der Überschätzung des psychologischen Zustandes; man kann sich der Anerkennung nicht verschließen, daß die böse Absicht nur eine bestimmte sein kann — anderseits, daß die Annahme einer unbestimmten bösen Absicht nicht zu missen ist. — Gesetzgeber und Richter sind gleich in der Sache beteiligt. — Wie die „Grenzbestimmungen“ die Grundlage der Willensfreiheit in einer für den Entwurf maßgebenden Weise behandelten, so war hier in Anwendung auf das beabsichtigte Verbrechen die Auseinandersetzung mit dem speciellen Dolus nötig.

Grundsätze und Einrichtung des Gesetzbuchs.

A. Grundsätze.

I. Von der Gerechtigkeit.

Die Gerechtigkeit ist die Grundlage des gesunden Staates, Rechts, Strafrechts.

Man versteht darunter, daß jedem das Seine zukomme, Keiner dem Andern das Seinige nehme, sei es Leib, Leben oder Gut, und daß, wer solches thut, dafür bestraft werde, damit er an sich selber empfinde, was er Andern gethan hat.

Die Gerechtigkeit verlangt diesen Ausgleich durch die Strafe. Die Gerechtigkeit schützt aber zugleich denjenigen, der Übel oder Schaden zugefügt hat, indem sie bestimmt:

Strafe tritt nur ein, wenn das Verbrechen aus einem rechtswidrigen Willen oder in besondern Fällen aus sträflicher Fahrlässigkeit hervorgegangen ist; wenn der Thäter bei Sinnen war, freien Willens ohne Zwang zur Zeit der Begehung — mit einem Wort: Bestraft wirst du nur, wenn du schuldig bist der That; die Schuld begründet deine Verantwortlichkeit und deine Strafe als verdient.

Schuld ist nicht vorhanden, wenn der Erfolg ohne eine rechtswidrige Absicht, ohne sträfliche Fahrlässigkeit aus Zufall eintrat; wenn der Thäter geisteskrank, oder gegen seinen Willen gezwungen, oder ein unwissendes Kind war.

Die Gerechtigkeit bestimmt ferner, daß das Maß der Strafe der Größe der Schuld entspreche. Niemand soll ohne Schuld oder über seine Schuld bestraft werden, noch wenn er eines Verbrechens schuldig ist, ohne die gerechte Strafe bleiben.

Was Strafe sei, bestimmt das Gesetz, indem es die Strafmittel aufstellt, die Grundzüge des Strafvollzugs regelt und bei den einzelnen Verbrechen einen Strafwerth, eine besondere Strafandrohung festsetzt.

Das gerechte Maß der Strafe findet der Richter nach dem Gesetz aus den Umständen der Begehung und der Besonderheit der Person. Nur das Leben, die „Gestalt der That“, zeigt in Wirklichkeit die Schuld. Die verschiedenen Arten der absichtlichen wie der fahrlässigen That, die vollendete wie die versuchte, die Beteiligung in irgend einer Weise — zeigen ihren wahren Werth oder die Größe der Verschuldung, den Grad der Bösartigkeit, Gefährlichkeit, Verworfenheit erst vor dem Richter als besondere Begangenschaft mit allen ihren Umständen.

Der Richter soll Gerechtigkeit üben, indem er alle Umstände der Person und der That wägt und würdigt nach bester Einsicht in freiem Ermessen an Hand des Gesetzes vor Gott und seinem Gewissen. (Vgl. Art. 13.)

Das Gesetz leitet den Richter auf Schritt und Tritt. Es giebt ihm die Einzelheiten der verbrecherischen Handlung, ihren Strafwerth, die wesentlichen Umstände der Strafzumessung und grundsätzliche Normen.

Es zwingt den Richter nirgends zu ungerechtem Spruch auf ein Wort oder starren Begriff oder zu harter Strafe gegen die innere Überzeugung.

Dann aber soll das gerechte Urteil des Richters stehen bleiben und vollzogen werden, und weder Macht noch Willkür, noch feiler Nutzen, weder Schwäche noch Sophistik soll es brechen. Das ist Gerechtigkeit.

II. Was folgt aus dem Grundsatz der Gerechtigkeit für das Gesetz?

Es folgt daraus:

1. Daß das Gesetz sich fern hält von neuen Theorien und Vorschlägen, die man dem Strafrecht in der Schweiz als internationale empfohlen hat.

Diese Theorien lauten: Die Strafgerechtigkeit ist ein Wahn. Der Verbrecher hat keine Schuld und daher aus ihr keine Verantwortlichkeit, denn er ist ein notwendiges Ergebnis seiner Natur und der Verhältnisse; die Gesellschaft trägt die Hauptschuld. Der beklagenswerte Verbrecher darf nicht mit „Strafe“ getroffen werden, man darf ihn nur bessern oder unschädlich machen. — Anderseits darf sich der Staat in jeder Weise verteidigen, wie es sein Nutzen gebietet. Er darf dem Verbrecher die Strafe schenken, oder beliebig abkürzen, wenn derselbe Besserung hoffen läßt. Der Staat darf auch die Strafe willkürlich ausdehnen, abgesehen von der Schuld. Auf mindestens zehn Jahre aber soll verurteilt werden können, wer rückfällig ist oder nicht verbesserungsfähig scheint. Die Strafe selbst braucht kein Übel zu sein; die Strafanstalten sollen Besserungs- und Erziehungsanstalten werden.

Man nennt das Kriminalpolitik.

2. Daß nicht nur solche Theorien und Vorschläge abgelehnt werden, sondern daß man das Strafgesetz gründlich reinige von solchen kriminalpolitischen Bestandteilen, welche nach und nach in die Gesetzbücher eingedrungen sind.

Diese Reinigung des Strafrechts vollzieht sich auf dem Boden der Gerechtigkeit und des Grundsatzes: Das gerechte Urteil des Richters soll stehen bleiben und vollzogen werden.

In der Anwendung folgt daraus, daß Strafumwandlung „wegen Wohlverhalten“ mit dem Ersatzmittel der Landesverweisung unzulässig ist; daß die Begnadigung nicht zu einem ordentlichen Mittel für denselben Zweck verwendet werden darf; daß die bedingte Entlassung auf Wohlverhalten keinen Platz mehr findet; daß die Rehabilitation der Verbrecher nicht aufgenommen wird. Es giebt andere Mittel im Sinne des Rechts. In demselben Geiste wird der um sich greifende Unfug der Antragsverbrechen beseitigt, die Be-

handlung der Rückfälligen, der Jugendlichen, des Strafausschließungsgrundes, der Verjährung einheitlich durchgeführt.

Damit fällt nicht bloß kriminalpolitischer Unfug weg, sondern auch eine große Zahl doktrineller Sätze und Lehren zu Gunsten der Einfachheit des Gesetzbuches.

Das Wort muß gelten — auch des Richters Wort. (Landbuch, Art. 264.) Der Verbrecher soll wissen, daß er die Strafe auf sich zu nehmen hat als seine Pflicht und sein Recht zur Sühne und zur sittlichenden Reinigung. — ohne Umschweif und Markten.

Das Gesetz aber soll durch seine Grundsätze, seine Mittel und Einrichtungen dem Richter helfen, das gerechte Urteil zu finden und zu fällen.

III. Von der Besserung und andern Zwecken der Strafe.

Die Gerechtigkeit ist alleinige Grundlage des Strafgesezes und ihre Pflege das einzige, was der Richter nach bestem Vermögen anstreben muß. Das schließt nicht aus:

1. Daß der Richter den Menschen und seine That voll würdige, namentlich auch nach der Seite der Milderungsgründe. Gerechtigkeit ist nicht Härte;
2. daß Besserung, Genugthuung, Abschreckung und andere Zwecke durch die Strafe erreicht werden — wenn das Urteil nach Gerechtigkeit ausfällt.

Im Gegenteil kommt die gerechte Strafe nur dann heraus, wenn der Richter alles würdigt, was im Menschen und seinen Beziehungen und den Umständen liegt. Er würdigt den Menschen so wie er im Leben und vor Gericht steht; er urteilt nicht nach bloßen Formeln oder starren Begriffen. — Und die Strafe soll und wird an und für sich Folgen haben, die auch andern Zwecken dienen, namentlich kann sie die Frucht der Besserung tragen.

Allein der Richter soll nur die gerechte Strafe suchen und setzen. Er soll nicht aus der Vermutung, daß ein geringeres als das gerechte Strafmaß für die Besserung genügt, auf geringe Strafe erkennen, noch soll er freisprechen, wenn er dafür hält, daß das Verbrechen nicht wiederholt werde. Das Gesetz darf nicht der Besserung wegen die Strafe aussetzen, noch die erkannte Strafe reduzieren lassen, weil Besserung erzielt scheint; der Sträfling darf nicht frei werden, sobald er sich gebessert zeigt.

Dasselbe gilt von allen andern Strafzwecken. Jeder andere, außer dem Verbrecher und seiner Schuld liegende Zweck erniedrigt die Gerechtigkeit unter die Kriminalpolitik.

Es ist eine Beugung des Rechts, wenn Gesetz und Richter nach verschiedenen Zwecken und dem Nutzen schießen und danach die Strafe richten, — wenn sie um Nutzen die Gerechtigkeit verkaufen.

Die Strafe muß ein Übel sein und muß auch hart sein können. Die Gefängnisdisciplin muß aufrecht zu erhalten sein ohne Beugung des Urteils. Der Anfang aller Besserung, die nicht bloß Schein ist, muß die ehrliche Anerkennung der Verschuldung sein, das Bewußtsein, daß die Sühne erlitten sein muß, weil die Strafe verdient und gerecht ist, unbeugbares Gesetz, nicht Willkür, die der Verbrecher ändern kann durch Liebedienerei. Das ist der Ernst der Gerechtigkeit, die Wahrheit und der Anfang alles Guten.

Der Vollzug der Strafe wird nicht von der Besserung bestimmt, sondern von den Anschauungen, welche heutzutage die Menschen vom Strafübel und seinem Vollzug bei uns haben. Diese Anschauungen gehen dahin, daß der Sträfling nicht besser gestellt sein darf, als die Ärmsten der Freien im Volke, daß er der Freiheit beraubt sei, ein Strafknecht; daß er aber erhalte, was ohne direkte Schädigung der Gesundheit nicht verweigert werden kann. Und man betrachtet es als selbstverständlich, daß Bedacht genommen werde auf die Zeit wiedererlangter Freiheit, daß er auch geistig etwas erhalte, Belehrung und Arbeit, damit er nicht moralisch verkomme. Man gestattet im engsten Rahmen kleine Anregungen oder Besserungen, um ihm den Gedanken eines Fortschritts zu lassen.

IV. Von andern Maßnahmen und gemeinnützigen Bestrebungen.

Der Grundsatz der Gerechtigkeit, auf dem das Gesetz und der Richter stehen, verbietet, einen Menschen mit Rechtsstrafe zu belegen, wenn er kein Verbrechen begangen, keine Schuld auf sich geladen hat.

Er verbietet, Schuldige und Nichtschuldige unbestimmt lange zu verwahren, der Freiheit zu berauben oder nach Gutdünken längere oder kürzere Zeit in Haft zu halten, nach Willkür und allerlei Zwecken. Er verbietet ebenso, die Strafanstalt zu einer bloßen Erziehungsanstalt, einer staatlichen Versorgung zu machen.

Das Strafgesetz und der Strafrichter haben nichts zu thun mit Maßnahmen und Bestrebungen der Versorgung, der gemeinnützigen Fürsorge, der socialen Verwaltung und der Armenpolizei. Bestimmungen über Kleinfinderbewahranstalten oder Findelhäuser, über Erziehung verwahrloster Jugend, die kein Verbrechen begangen, über Wanderversorgung, Trinkerheilanstalten, Abstinenzbestrebungen, Irrenhäuser, Armenhäuser und Versorgungsanstalten für Viederliche und Vaganten gehören nicht ins Strafgesetzbuch, noch haben sie im Strafrecht Raum.

Als gemeinnütziger Mann kann man solche Bestrebungen nur billigen und unterstützen. Dieselben müssen aber von andern Grundsätzen geleitet sein: von der Liebe, Verzeihung, Hülfe, Besserung, und ihre kräftige Stütze ist frei schaltende Verwaltung und Polizei, geregelt, eingeschränkt und mit starken Garantien umgeben durch Specialgesetze.

Der Richter darf weder nach seinen Grundsätzen dies Gebiet dominieren, noch darf er dessen Grundsätze zu seinen eigenen machen in der Rechtsprechung. Es sind verschiedene Sachen, verschiedene Grundsätze und jedes Gebiet wird gründlich verdorben durch Vermischung mit dem andern. Daher gilt auch hier Trennung des Strafrechts und einer Kriminalpolitik, die sich zur Gemeinnützigkeit und Philanthropie verallgemeinert.

Die Grenze ist das begangene Verbrechen und die Zeit von der Untersuchungshaft beziehungsweise vom Urtheil bis zur erstandenen urtheilsmäßigen Strafe.

Vorher und nachher sind alle Bestrebungen gemeinnütziger Vereine zur Hebung der Volksmoral höchst verdienstlich und der Unterstützung durch den Staat und durch die freie Hülfe zu empfehlen, wie dies Art. 44 der Verfassung von Uri angeordnet hat; es bedarf erst nicht des begangenen Verbrechens.

Die Schutzaufsicht für entlassene Sträflinge, die Vorsorge für verwahrloste Jugendliche und Erwachsene und soweit möglich die Gewährung von Arbeit und Schutz für die Armen gehören zu den vornehmsten Aufgaben der Staatsverwaltung.

Im Gefängniswesen sind alle wünschbaren Verbesserungen der herrschenden Mängel erreichbar, ohne daß das Strafrecht selbst zerfällt oder aufgehoben wird. Das Strafrecht soll aufrecht bleiben und aller Fortschritt desselben ist möglich mit seinen eigenen Mitteln.

Auf diesem Boden steht unser Gesetz. Es hebt diese Gegensätze hervor, zieht die rechtlichen Folgerungen und läßt der Verwaltung freie Hand für ersprießliche Thätigkeit auf dem Boden der Fürsorge.

B. Einrichtung des Gesetzbuchs.

V. Landrecht. Gesetzgebung und Wissenschaft.

Jedes neue Strafgesetzbuch, ob es für einen Kanton oder für die Schweiz, oder für irgend ein Land errichtet werde, hat Landrecht darzustellen.

Das Landrecht hat sich aber gebildet zum Teil aus eigenem Sonderrecht, zum Teil aus Recht anderer Kantone oder Staaten, zum Teil unter der Einwirkung gemeinsamer Rechtswissenschaft. In gleicher Weise muß auch ein neues Gesetz wohl beachten, welche Fortschritte andere Kantone, Staaten, die Wissenschaft auf dem Gebiet der Gesetzgebung zur Zeit gemacht haben. Man soll das gute Eigene bewahren und ausbilden und sich nicht scheuen, von Andern zu lernen.

So haben alle Staaten, welche in der Neuzeit Strafgesetze aufstellten, die Gesetzbücher und die Wissenschaft anderer Staaten sich zu Nutzen gemacht, und unsere kantonalen Strafgesetzbücher haben die Gesetze und Entwürfe des Auslandes mehr oder weniger benützt bis in die neueste Zeit. Französisches, deutsches, österreichisches Recht sind auf einem Grundstock schweizerischer Rechtsbildung in merkwürdige Verbindungen getreten und wenn schweizerische Entwürfe und Gesetze in Berichten, Kommissionen, Räten besprochen wurden, ermangelte man selten, darauf hinzuweisen, daß sie auf dem Boden der Wissenschaft und fortgeschrittenen Gesetzgebung stehen.

Auch unser Gesetz muß auf diesem Boden bleiben und, indem es als eine Frucht schweizerischer Rechtsbildung erscheint, zugleich Zeugnis ablegen vom Stande und von den Bestrebungen der Wissenschaft.

Das Gesetz ist besonders für Uri in weiterer Bedeutung für die Urschweiz gedacht. Das Recht der Urschweiz, der kleinen demokratischen Kantone, ihre Landbücher und neuern Strafgesetze sind grundlegend gewesen.

Die Grundzüge schweizerischen Rechts, wie sie in einzelnen Rechtsinstituten, in der Bestimmung der Thatbestände der Verbrechen und in den Strafdrohungen, sowie in der

Form des Gesetzes aus der Geschichte hervorgegangen, sind im Entwurf ausgeprägt. Insofern soll derselbe auch andern Kantonen dienen können.

Indem er auf jenem Boden der strafrechtlichen Gesamtentwicklung und der Rechtsvergleichung steht und die heutigen Strebungen der Wissenschaft von Grund aus in Betracht zieht, soll er ein Beitrag schweizerischen Rechts sein zum großen Ganzen der Strafrechtswissenschaft und Gesetzgebung, Mitarbeit an den großen strafrechtlichen Aufgaben, die jedes Volk in seiner Weise zu lösen sucht. (Votum am schweizerischen Juristentag in Solothurn.)

Diese Aufgaben aber sind: Trennung von Strafrecht und Kriminalpolitik, — Einfachheit und Volkstümlichkeit des Gesetzes, — Veränderung der gesetzgeberischen Technik. (Grenzbestimmungen zur krim. Imputationslehre.)

Es ist aber ebenso unmöglich, ein Strafgesetzbuch nach einer wissenschaftlichen Aufgabe zu entwerfen, als Landrecht mit Einrichtungen fremder Gesetze organisch zu verbinden.

Das schweizerische Strafrecht wird nicht gemacht, es will aus dem Gewordenen geschaffen sein. Es muß gerade das, was geschichtlich aus dem Landrecht in eigener Art herauswächst, so gestaltet werden, daß es jene wissenschaftlichen Aufgaben fördert und in den gesetzgeberischen Arbeiten anderer Völker seine Bestätigung findet — ohne Nachahmung aus sich selbst heraus.

So stimmt der Entwurf überein mit französischer und deutscher Art; der Begriffe und der Konstruktion; er verbindet altes mit neuem Recht, ältere Modifikationen mit neuen Gesetzbüchern. Das Friedensrecht in der Schweiz findet seine Anlehnung in eigener Art an germanisches Recht und an englische und italienische Einrichtungen. Die Friedensbürgschaft, die Verletzung der körperlichen Integrität, die maßgebende Hervorhebung des Hinterlistigen, Feigen, die mehrfache Strafe des Angreifers sind im mexikanischen Strafgesetzbuch von 1871 im gleichen Geiste behandelt wie in unserm Entwurf; die konsequente Beseitigung der Minima als Ergebnis unserer Rechtsgeschichte und entsprechend unsern Gesetzbüchern, findet sich verwirklicht im niederländischen Strafgesetzbuch von 1881; die steinerne Kürze und die spezielle Form der Strafdrohung im brasilianischen Strafgesetzbuch von 1834 u. s. w.

Und dabei ist alles ureigenes Recht und steht im strengen Gefüge des Historischen und des Systematischen.

Die großen Aufgaben der heutigen Strafgesetzgebung und Wissenschaft sind gerade solche, wie sie vor allem ein schweizerisches Strafrecht sich setzen muß, denn es sind ja Einfachheit und Volkstümlichkeit, — ernste Auffassung der Strafgerechtigkeit — und besonders einfache Mittel und Formen des Gesetzes wesentliche Seiten unsers Staats- und Volkslebens und sie haben in der geschichtlichen Entwicklung unserer Strafgesetzgebung bereits positiv-rechtliche Gestalt gewonnen. (Strafrecht der Schweiz.)

VI. Ein schweizerisches Strafgesetzbuch im besondern.

Wie ein schweizerisches Strafgesetzbuch, — ob es für einen Kanton gelte oder für alle —, nicht sein soll, ist schon im vorstehenden angedeutet.

Welche Aufgabe es sich stellen muß, ist bestimmt und es ist zu sehen, wie im

besondern Landesrecht und allgemeine Aufgabe Hand in Hand gehen und nach Inhalt und Form Ausdruck finden im Gesetz.

Der Entwurf giebt altes Recht wieder, wie es in den Landbüchern der Urschweiz am längsten bestand und in alter Zeit gemeines Recht war in der Schweiz — altschweizerisches Volksrecht nach Geist und Einrichtungen in neuer Gestalt.

Er zieht die Summe aus dem Zusammenwirken französischen und deutschen Rechts in den schweizerischen Gesetzbüchern seit dem Beginn des Jahrhunderts. Rechtsauffassungen des einen wie des andern sind verbunden oder treten gesondert auf nach Wert und gesetzgeberischem Bedürfnis.

Namentlich im französischen Recht findet sich vieles, was dem eigenen alten Bestand sich trefflich anpaßt, und wenn uns die anschauliche konkrete Erfassung des Thatbestandes und die bezeichnende und einschränkende, in Einzelheiten ausgedrückte Behandlung des französischen Rechts mit seinem gemessenen gebietenden Ausdruck musterhaft erschien, so gewannen wir doch das Beste in neuer Form vom deutschen Recht: das grundsätzliche Zusammenfassen aus dem Wesen der strafrechtlichen Begriffe, die systematische Behandlung.

Erst die Verbindung beider Elemente macht es möglich, größte Klarheit mit größter Kürze, den grundsätzlichen leitenden Geist im Gesetze mit der Beschränkung der Einzelheiten in Einfachheit zu vereinigen.

Von unserm alten Recht wollen wir nur einige Punkte hervorheben:

Das Friedensrecht besteht zum Teil noch. Das Landbuch von Uri enthält dessen Grundzüge, das Friedgebot, den gelobten Frieden und die Friedensbürgschaft, die besonderen Frieden und den allgemeinen Landfrieden. Nachdem diese Rechtseinrichtung lange geschlummert, sucht man heute die Friedensbürgschaft in manchen Staaten wieder einzuführen und als internationales Rechtsinstitut zur Geltung zu bringen.

Ein schweizerisches Strafgesetzbuch muß das Friedensrecht wieder zu Ehren ziehen, und zwar nicht bloß in den Formen des gebotenen und gelobten Friedens. Es kommt aber alles darauf an, wie dies geschieht und daß die Einzelbestimmung im innern organischen Zusammenhang der Teile und des Ganzen stehe. (Strafrecht der Schweiz, S. 838.)

Im Entwurf ist beides geschehen. Einerseits hat das alte Institut eine Form gewonnen, welche es für alle Kantone praktisch brauchbar macht, anderseits ist der Frieden wieder als breite Grundlage der Verbrechen gegen das gemeine Wesen gesetzt worden. (II. Teil, zweites Buch, Tit. I.). Staat, Religion, Gericht und Landsgemeinde, öffentliche Ruhe und Sicherheit Aller und der Einzelnen sind wieder wie einst auf die Grundlage des Friedens gestellt.

Aber noch mehr! Der Rechtsbegriff des Friedens beherrscht das ganze Gesetz. Er begründet selbständige Thatbestände, andere modifiziert er, und in zahlreichen Fällen ist er besonders wichtiger Strafmehrungs- oder qualificierender Grund. Das Friedensrecht ist ferner gebaut auf die Ehre.

Wort und Ehre, Ehrlichkeit, Mannhaftigkeit sind die Grundlagen desselben und es springt dieser Zusammenhang überall aus dem alten Rechte hervor. Ohne dies ist die Wiederbelebung des Friedensrechts verlorene Mühe und daher ist dies das leitende und gestaltende Motiv für das Ganze unseres Gesetzes und die einzelnen Bestimmungen. Es

springt überall heraus, in Strafmitteln, Strafdrohungen, Strafzumessung und in den Thatbeständen.

Der sittliche Gehalt des alten Rechts ist eine vollbezeugte Thatsache. Es genügt, wenigstens hervorzuheben? Die Unterscheidung des ehrlichen und unehrlichen in Strafmitteln und Verbrechensbegriffen, der Gesinnung, Offenheit, Heimlichkeit, Heimtücke, Feigheit —, die gesetzliche Bestimmung der That und ihrer Strafwürdigkeit aus diesen Gesichtspunkten und die vorwiegende Berücksichtigung dieser ethischen Bestandteile in der Rechtsprechung. Damit verbunden ist aus innerem Zusammenhang heraus eine strengere Auffassung der Sittenreinheit oder Sittlichkeit im engeren Sinne und der religiösen Gefühle.

Unsere Zeit kennzeichnet sich durch Bersezung nach allen diesen Richtungen, und Gesetz und Rechtsprechung und Vollzug helfen dazu.

Die alten Rechtsquellen bieten aber auch lehrreiche Muster für die Art und für die Mittel, wie einfache volkstümliche Strafgesetzgebung zu erreichen ist, wenngleich das Gold nicht leichtthin zu Tage liegt und oft der Reinigung bedarf im Prozeß fortgeschrittener Wissenschaft. Entstehung und Bildung dieser Begriffe im Zusammenhang des öffentlichen Lebens sind beachtenswert.

Wenn ein schweizerisches Strafrecht auf diesem Boden entsteht, dann gehen das besondere Landesrecht und allgemeine Aufgaben Hand in Hand. Einfachheit und Volkstümlichkeit sind dann notwendige Ergebnisse, organisch begründet und mit solchen Mitteln entwickelt.

Der Gesetzesentwurf giebt nach Inhalt und Form eigenartiges Volksrecht, niedergelegt in 11 oder 12 Sätzen, die der Geringste begreift, die in der Schule lehrbar sind, und ausgeführt in 72 Artikeln.

Aus jeder Gruppe von Verbrechen müssen Norm und Schuld und Strafe — „ein kategorischer Imperativ“ — heraustreten und die Unbeugbarkeit von Gesetz und Urteil verkünden.

VII. Wie solches zu erreichen ist.

Nichts scheint einfacher, leichter — als einfach, volkstümlich zu sein im Gesetz. „Das ist ganz einfach.“

Und doch ist nichts schwerer nach dem heutigen Stande der Wissenschaft und Gesetzgebung. Es erfordert „eine gründliche Veränderung der gesetzgeberischen Technik“, eine ausgearbeitete Theorie der Mittel.

Die rechte Einfachheit wird nur durch Vertiefung gewonnen.

Was zumeist am Entwurf ins Auge fällt, ist die Form desselben: die Einteilung, — die Zusammenfassung der Verbrechen, — die geringe Zahl der Artikel, — die übersichtlichen Grundsätze oder Normen an der Spitze jeder Gruppe, — das hervorspringende Verhältnis von Schuld und Strafe, — die durch das ganze Gesetz herrschende stets gleiche Form des Ausdrucks, — die äußerst kurze Sprache, — das Fehlen der Minima, — die Art der Strafdrohung und Strafzumessung — — es ist die Veränderung der gesetzgeberischen Technik.

Die Form des Gesetzes ist das notwendige Ergebnis der zusammenwirkenden Mittel. Keines der angewendeten Mittel ist für sich allein wirksam; eines muß das andere unterstützen und insofern ist jedes für das Ganze notwendig, jedes mit dem andern im engsten Zusammenhang, auch wo dieser nicht auf der Hand liegt. (Zeitschr. f. schweiz. Recht, N. F., Bd. XI., S. 590, 384, 385. Votum.)

Grundsatz ist, Gesetz mit Freiheit zu verbinden, indem die Aufgabe des Gesetzes und des Richters auseinandergehalten und jedem das Seine gegeben wird. Das Gesetz kann und soll nicht alles bestimmen wollen, was nur der einsichtige und erfahrene Richter nach der Lage des Falles bestimmen kann. Auf der Verfeinerung des Satzes beruht die doktrinelte Überladung des Gesetzes und sein tötender Formalismus, anderseits das Schwanken des Richters zwischen sophistischen Auslegungskünsten und schablonenhaftem Rechtsprechen.

Damit das Gesetz mit Einfachheit seine Aufgabe erfülle, ist erforderlich:

1. Ausscheidung von doktrinellen und solchen Bestandteilen, die nicht strafrechtlicher Natur sind.
2. Vereinfachung der Begriffe und Beseitigung künstlicher Unterscheidungen, vieler Qualifikationen und gesuchter Specialfälle.
3. Zusammenfassung nach wesentlichen, sinnfälligen und volkstümlichen Gesichtspunkten.
4. Sparsamkeit in den Mitteln, so daß mit dem Vorhandenen und Geschichtlichen die Lösung neuer Aufgaben auf dem Boden des Strafrechts unternommen wird.
5. Größte Sparsamkeit in Sätzen oder Paragraphen und in Worten.
6. Die komplizierte Rechnung mit willkürlichen und genau scheinenden Strafgrößen und Strafdrohungen ohne sachliche Bedeutung muß aufhören und eine einfache und klare Straffkala an Stelle treten.
7. Die Vereinfachung der Straffkala, die Beseitigung der Minima und eine andere Lösung „des Problems der Strafzumessung“ bewirken, daß manche Begriffe, die nur durch besondere Strafdrohungen, oder abgezirkelte Minimal- und Maximaldrohungen, oder selbst absolute Strafsätze gestützt sind, dahin fallen, oder mit verwandten Begriffen sich verbinden.
8. Das Gesetz muß neben ausgeprägten Einzelbegriffen dem Richter die leitenden Prinzipien geben, welche sie beherrschen. Dafür genügt aber nicht bloß die Form der ältern zu allgemeinen Sätzen geneigten Gesetzgebung.
9. Endlich darf das Gesetz nicht vereinfachen, um alles der Praxis zuzuschieben, sondern es soll Bestimmtheit mit der Freiheit verbinden, — im systematischen Zusammenhang die genannten und andere Mittel verwenden, um den Richter mit Sicherheit zu leiten im Geiste der Gerechtigkeit und nach Grundsätzen, welche die Deliktgruppen und die einzelnen Bestimmungen beherrschen.

VIII. Die Einteilung.

Ein Gesetzbuch kann zwei Wege einschlagen. Der eine heißt: systematische Ordnung, der andere: freie Nebeneinanderstellung der Verbrechen oder Ver-

brechensgruppen ohne Systemzwang. Beide sind von der schweizerischen Strafgesetzgebung benutzt worden; die bedeutendsten Gesetzesbeispiele der Neuzeit sind: für den ersten Weg das italienische Strafgesetzbuch, für den zweiten das deutsche.

Für unsern Entwurf ist eine systematische Ordnung zu Grunde gelegt, jedoch nicht in der scholastisch zugespitzten Weise, die eine große Zahl von Abteilungen und Unterabteilungen setzt; denn je weiter dies getrieben wird, umso verwirrender und anfechtbarer wird die Unterordnung der einzelnen Verbrechensbegriffe.

Die Einteilung soll einfach und übersichtlich sein. So haben wir für den ersten allgemeinen Teil vier Titel. — Der zweite Teil enthält zwei Bücher.

Das erste Buch von sechs Titeln umfaßt die Verbrechen, welche sich unmittelbar um die Person bewegen.

Das zweite Buch mit fünf Titeln umfaßt die Verbrechen gegen die öffentlichen Güter.

Es braucht wohl nicht ausgeführt zu werden, daß die Einwände, welche gemacht werden können, wohl erwogen worden sind; doch ist diese Einteilung die einfachste und natürlichste und ich verweise darauf, daß die Zusammenstellung „an Leib und Leben, Ehre und Gut“ sich schon ohne systematische Verwendung in unsern alten Rechtsquellen findet. (Landbuch von Uri und Nidwalden: „nach gemeinem Rechte an Leib, Leben, Freiheit, Ehre und Gut gestraft werden“.) Die widerrechtliche Verfügung über die freie Bewegung des Körpers eines Andern schließt sich aus dem Wesen heraus an die Verletzung des Körpers an. Ist doch die Freiheitsstrafe von Mittelstätt in ihrer ursprünglichen und wesentlichen Bedeutung mit Recht als eine andere Form der Körperstrafe bezeichnet worden.

Im gleichen Sinne darf das zweite Buch mit seiner Einteilung gerechtfertigt erscheinen. Der ehrwürdige Friedensbegriff, das alte Friedensrecht bildet die Grundlage; wir stellen nicht die Staatsverbrechen an die Spitze. Es paßt besser für unsere republikanischen Institutionen. Dann gehören zu den Grundlagen die Familie und Sittlichkeit, öffentliche Treue und Glauben und gemeine Sicherheit.

IX. Verbrechen, Vergehen, Übertretung.

Die Unterscheidung dieser drei Stufen, wie sie das französische Recht — zwar nicht zuerst aufgestellt, jedoch entscheidend — zur Anerkennung gebracht hat, ist als allgemeine Abschätzung ganz richtig; allein sie ist als Grundlage und zur Einteilung des Gesetzbuchs nicht verwendbar. Niemand kann einen festen Unterschied für diese Begriffe angeben; man kann bloß sagen, Verbrechen sind schwere, Übertretungen sind leichte Rechtsverletzungen. Aber ein dem Begriffe nach schweres Verbrechen ist gegebenen Falles unendlicher Abstufung fähig, so daß es in concreto als Vergehen oder Übertretung erscheinen kann. Wir müssen aber die Einheit des Begriffs und der Handlung dem Gesetze zu Grunde legen. Raub, Diebstahl, Körperverletzung sind Verbrechen, gleich wie der Versuch und die Teilnahme daran — wie auch immer nach dem vorliegenden Fall Milderungsgründe vorhanden sein mögen. Diese bestimmen eine geringe Strafe, aber nicht den Verbrechensbegriff. Dieser Begriff muß dem Gesetze zu Grunde liegen. Im übrigen ist die Verwendung der drei

Bezeichnungen für die Abstufung der Schwere der Fälle frei, und man könnte wohl im Anschluß an die grundlegenden Straftafeln exakter als es sonst möglich ist, die Bezeichnung verwenden.

Die ältern Strafgesetzbücher haben eine Einteilung nach jenen Unterscheidungen durchgeführt und sind dadurch sehr schwerfällig geworden, indem sie z. B. Diebstahl in der Abtheilung der Verbrechen, der Vergehen, der Übertretungen dreifach behandeln mußten. Aber auch dann, wenn eine Trennung in dieser Weise nicht stattfindet und die Höhe der angedrohten — oder ausgesprochenen Strafe — (letzteres ohnehin schwer anwendbar) zum unterscheidenden Merkmal gemacht wird, ist die Durchführung im Gesetz mit großen Schwierigkeiten verbunden. Sie ist praktisch und wissenschaftlich unbefriedigend und wird kompliziert durch die Verbindung mit Versuch, Teilnahme u. a.

Anderere Fragen sind die der Gerichtsordnung oder des dreifachen Instanzenzugs und der Aufstellung eines besondern Polizeistrafgesetzes betreffend Übertretungen lokalen Charakters, bei welchen andere Grundsätze und ein summarisches Verfahren zur Anwendung gelangen können.

X. Die elf Normen oder Grundsätze.

Das vornehmste Mittel zur Schaffung eines einfachen Gesetzbuchs ist die Verbindung von zusammenfassenden Sätzen, welche das gemeinsame Grundsätzliche herausheben — mit den Einzelbestimmungen, welche den verbrecherischen Thatbestand bestimmen und begrenzen.

Diese Methode, welche in der Geschichte der Strafgesetzbücher und in der vergleichenden Strafgesetzgebung ihre festen Ausgangspunkte hat, ist dem Entwurf konsequent zu Grunde gelegt und tritt hervor in der Systematik des Gesetzes, in den Normen und in den Artikeln.

In den Normen findet es den höchsten Ausdruck.

Die elf Sätze oder Normen,*) welche an der Spitze der Titel stehen, geben den Inhalt des ganzen Gesetzbuches über die Verbrechen. Sie sind so einfach, selbstverständlich und jedermann so bekannt, fast wie der Inhalt der zehn Gebote. Niemand, der zurechnungsfähig ist, wird sagen können, daß er nicht wisse, mit Begehung der in der Norm bezeichneten Handlung mache er sich eines Verbrechens schuldig. Das Wissen derselben kann ein Maßstab sein für die Zurechnungsfähigkeit, ein Gegenstand der Kenntniss für die Volksschule zu geeigneter schlichter Erklärung durch den Lehrer.

Sie setzen die Schuld als den Grundstein des Strafrechts und Gesetzes und sichern den grundsätzlichen Ernst für Volk, Richter und Gesetzgeber gegen modische Verneinung.

Sie geben jedem Mann im Volke den unmittelbaren augenfälligen Überblick über den Inhalt des Gesetzbuchs.

*) Schon das Strafgesetzbuch von St. Gallen von 1807 sagt von den allgemeinen oder grundsätzlichen Bestimmungen, welche dem Gesetz selbst vorangehen, „sie sollen die Normen geben, an welche sich der Richter zu halten hat in Fällen, wo der bindende Buchstabe des Gesetzes ihn verläßt und seinem Ermessen eine gewisse Willkür gestattet“.

Sie haben aber namentlich für den Richter eine leitende, auslegende, den Geist der Einzelbestimmungen beherrschende und Specialfragen entscheidende Bedeutung. Beispielsweise sei nur auf die Norm bei Tötung, Körperverletzung und Ehrverletzung, Verbrechen gegen die Freiheit, gegen das Vermögen, hingewiesen und auf den ersten Satz des Artikels 12, der nur aus formellen Gründen der Form ermangelt, welche die Normen des speciellen Teils haben.

Die Norm giebt das Grundsätzliche der Gruppe; nicht in abstrakten Sätzen, sondern in Einzelheiten und wesentlichen Gesichtspunkten: Sie hat nicht die Bestimmung, eine bloße Übersicht der Delikte der Gruppe zu sein (Entwurf eines St.-G.-B. von New-York, offic. Ausgabe von 1864), sie hebt nicht alles, sondern nur das Wesentliche und das Charakteristische hervor, und dem entsprechend ist auch die Sprache und die Verbindung der Delikte. Die Norm muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt, ein kraftvoller, unmittelbar wirkender Appell sein, der Worte des sittlichen Urteils und des Volksrechtes spricht. Hierin ist vom alten Recht noch viel zu lernen. Die Norm über die Verbrechen gegen das Vermögen hat sogar ihr Vorbild in einer alten Sage.

Daher muß die Norm formell die Stellung haben, welche ihr der Entwurf unter der Titeliüberschrift anweist, außerhalb der einzelnen Artikel, welche sie beherrscht. Es ergibt sich, daß sie leitet, aber nicht bindet, wie die Merkmale der speciellen Thatbestände, und es darf nebenbei erwähnt werden, daß diese einfache Form ein System voraussetzt und der Wissenschaft und Fortbildung die höchsten Aufgaben stellt. Neue Gesichtspunkte, Einteilungsgründe, gemeinsame wesentliche Merkmale, eine Neuprüfung des dogmatischen Bestandes in den wichtigsten Begriffen und die Entwicklung einer Logik des Rechts und der Rechtssprache müssen aus ihrer Kultur hervorgehen.

XI. Die Artikel.

Es ist für Uri und die Urkantone wohl bezeugt, daß das Volk paragraphenreiche Gesetzbücher mit Mißtrauen aufnimmt, „daß es einer stetigen Mehrung der Paragraphenzahl seiner Gesetzesammlung abhold ist und nicht gern sein Thun und Lassen in den Rahmen strenger Vorschriften zwingen läßt“. (Ständerat G. Muheim in Altdorf, 1890. Dr. Franz Schmid. Strafrecht der Schweiz, S. 635.)

Dasselbe Bestreben ist im „Strafrecht der Schweiz“ für das ganze Land konstatiert worden mit wenigen Ausnahmen. Die schweizerischen Entwürfe und Gesetze enthalten viel weniger Paragraphen — die Hälfte, ein Drittel — als ihre ausländischen Vorbilder und stets verlangten die Räte kurze Strafgesetzbücher.

Die neuern Strafgesetze der kleinern demokratischen Kantone sind darin in mancher Hinsicht mustergültig und zeigen mit ihrer Einfachheit die fruchtbaren Ansätze zur Fortbildung und Entwicklung bestimmter Mittel, nämlich: Ausschluß von Schulfragen und kasuistischen Ausführlichkeiten, — Zusammenfassung von verwandten Thatbeständen, — Behandlung der Qualifikation als Strafzumessungsgrund, — Sparsamkeit in Wort und Strafsätzen — alles ermöglicht und gefördert durch die im Gesetz gegebene Freiheit des richterlichen Ermessens

und die vom Richter geübte entscheidende Berücksichtigung des vorliegenden Falles und seiner Umstände.

Auf diesem gegebenen Boden baut der Entwurf weiter.

Wenn er nur 72 Artikel zählt, so muß erklärt werden, daß das Bestreben, die Artikelzahl möglichst zu reduzieren, nicht ausschlaggebend war, denn mit 10 oder 20 Artikeln mehr wäre es dennoch ein kurzes Gesetzbuch.

Es ist vielmehr die wissenschaftlich ausgebaut Methode jener, in den schweizerischen Gesetzbüchern angewandten gesetzgeberischen Technik. Es ist die begründete Richtung, welche die Anlage des Gesetzbuchs und die Anwendung der Normen zur Folge hatte.

Die Vergleichung der vergangenen und gegenwärtigen Gesetzbücher der Schweiz und des Auslandes läßt keine Regel, keinen bewußten Grundsatz erkennen, der bei der Aufstellung der Paragraphen leitend gewesen wäre. Nicht nur die Verbrechensbegriffe, die einzelnen Fälle oder wichtigen Nebenbestimmungen erhalten besondere Artikel, sondern rein willkürlich jeder beliebige Satz oder Strafdrohung. Andererseits finden wir in dem einen Gesetzbuch zusammengefaßt, was im andern in mehreren Paragraphen verteilt ist. Der Begriff ist für die Paragraphierung nicht entscheidend, noch die Selbstständigkeit der Thatbestände.

Die juristische Gepflogenheit der Paragraphenmanier führt in ihren Konsequenzen zu Gesetzen von 2000—3000 Paragraphen und jedenfalls verschuldet sie die Zerrissenheit des Stoffs und die Pflege der ausnehmenden und ausführenden Sonderbestimmungen, der Einzelfälle und schulmäßigen Unterscheidungen, Abteilungen und Unterabteilungen, — die Wortverschwendung und übermäßige Bedeutung jedes Paragraphen. (Strafrecht der Schweiz, S. 699, 700.)

Der Entwurf hat hier zu Grunde gelegt: die verbindende Idee, den herrschenden Gesichtspunkt, die wesentliche Übereinstimmung der zusammengefaßten Bestandteile in einem strafrechtlich wichtigen Punkte. — Es tritt damit ein systematisches und prinzipielles Moment abermals in Thätigkeit in der Zusammenfassung des Artikels, ähnlich wie in der Norm. (Art. 12 oder Art. 71 u. a.)

Diese Zusammenfassung zwingt aber — ein strenger Formzwang — zu kurzer und bezeichnender Redaktion, zur äußersten Sparsamkeit mit dem Wort, mit Sonderbestimmungen und Einzelfällen. Diese eignen sich dann entweder zur völligen Ausscheidung oder zu summarischer Zusammenstellung in „besondern Bestimmungen“.

Besondere Bestimmungen. — Aus dem eben bezeichneten Grunde enthält der Entwurf bei den Hauptthatbeständen einen Artikel „Besondere Bestimmungen“, welcher summarisch Einzelfälle, verwandte Delikte mit einfachem Thatbestand, Nebengriffe oder Fälle von geringerer Wichtigkeit, Seltenheit oder Strafwert aufzählt, oder specielle Bestimmungen zu den Hauptthatbeständen giebt. Hier ist der Gegenstand schon zu einfacher Behandlung geeignet und diese Form zwingt ihn auf ein Maß des unerläßlich Nötigsten, das seiner Essenz gleicht und keine Anhaltspunkte für scholastische Behandlung liefert. Auch hierfür bietet die Gesetzgebung der Schweiz und des Auslandes interessante Stützpunkte.

XII. Die Formel des Gesetzes, Sprache und Wort.

Einfachheit, Kürze, Klarheit des Gesetzes können durch die bezeichneten Mittel herbeigeführt werden. Es bedarf aber noch etwas mehr, um sie zur vollen Anschauung und Wirksamkeit zu bringen.

Von welcher Bedeutung die Formel ist, in welcher der Inhalt des Gesetzes erscheint, welche Tragweite die Wahl des einen oder andern Wortes, die Stellung desselben — scheinbar gleichgültig — in Verbindung und Beziehung zu andern hat, — das ist bekannt, aber weder voll gewürdigt, noch entsprechend verwertet in der Gesetzgebung.

Der Code pénal, die deutschen Partikularrechte, das italienische Strafgesetzbuch, das deutsche Strafgesetz, die zahlreichen schweizerischen Strafgesetzbücher stehen darin gleich. Es soll nicht die Rede davon sein, was an manchen Partikularrechten getadelt wurde, daß die Gesetzesprache unverständlich sei. Das deutsche Strafgesetzbuch ist von bemerkenswerter Deutlichkeit und Einfachheit, zugleich aber von einer Freiheit der Bewegung und leicht gewandten Eleganz, die sich in der Mannigfaltigkeit stets wechselnden Ausdrucks und neuer Wendungen zu gefallen scheint.

Das Strafgesetz soll seine Art auch in der Form zeigen. Als man in eiserne Tafeln grub, sparte man die Worte und den Reichtum der Wendungen, und das Gesetz erschien auch im Ausdruck hart, wortfarg, in einer strengen Form, die stets wiederholt als Verkündung einer Regel sich ins Gedächtnis eingrub und in solcher Form verstanden und behalten wurde.

Das strebt auch unser Entwurf an.

Jedes Wort zuviel ist im Gesetz ein Übel und Sparsamkeit in Worten ein strenges Gebot. Denn jedes Wort soll im Gesetz wesentlich sein, jedes ist der Auslegung unterworfen, erschwert die Subsumption des konkreten Falles, giebt Anlaß zu Streitfragen oder ruft beschränkenden oder erweiternden Ausführungen im Gesetz. Die Norm, Schuld und Strafe springen aus dem Gesetz hervor mit ihrem strengsten, kürzesten Ausdruck.

Die verwandten Verbrechen sind einheitlich und zusammenfassend, jede Wiederholung in den Einzelthatbeständen vermeidend, in knapper Form in einen Artikel gefaßt und verbindende oder gemeinsame Momente sind ein für allemal gegeben.

Hiefür ist eine bestimmte Fassung oder Formel nötig, und dieselbe muß zugleich so sein, daß sie als Grundform für das ganze Gesetz in stets gleichem Wortlaut wiederkehrt. Jeden Thatbestand in diese Form zu gießen, muß möglich sein und sie muß geeignet sein, die wichtigsten und volkstümlichen Verbrechenbezeichnungen an den Kopf der Thatbestandsbestimmungen zu stellen.

Von allen möglichen Formen entsprach nur eine all diesen Anforderungen. Diese Grundform ist: Wegen wird bestraft — Strafe. — Nur in wenigen Fällen der Zusammenfassung mehrerer Thatbestände ist die Form verwendet: Wer wird bestraft a. b. c. wegen oder bei den „besondern Bestimmungen“: Es wird bestraft a. b. c. . . . mit

Stand diese Form fest, um jenen Zweck zu erreichen, so mußte sich die weitere sprachliche Formulierung des Thatbestandes danach richten. — Damit war eine besondere

Schwierigkeit verbunden. Wegen regiert den Genitiv und im Volksmund den Dativ. Nun bringt aber die stehende Wiederholung des Genitivs eine solche Häufung häßlicher, zum Teil unmöglicher*) Schlußkonsonanten ds, gs, ffs, ts, rs, ß', chs — das eingeschobene *e* bessert wenig und wird mundartlich so wenig wie das *s* gesprochen — daß nur die Wahl blieb, entweder auf die Form zu verzichten oder den Terminus rein ohne Flexion zu setzen. Ich habe das letztere gewählt — aus dem Recht, 1) den technischen Ausdruck rein zu setzen (auch ohne Gänsefüßchen), 2) damit die schweizerisch-mundartliche Form für ein schweizerisches Gesetzbuch zu verwenden, 3) der grammatischen Freiheiten, welche man sich in anerkannter Weise mit der Anhängung des *s* im Genitiv nimmt.

Die Sprache des Gesetzes ist an zahlreichen Stellen, ohne Altertümliches zu suchen, der alten Rechtssprache entnommen, nämlich da, wo sie Begriffe, Sachen treffend charakterisiert oder, im Gefühl und sittlichen Urteil begründet, auf gegenwärtige Verhältnisse zutrifft.

Die Weise alter Satzungen, die noch in neuern Gesetzen Uris zu finden ist, das Ding mit seinem rechten Namen zu nennen, und dadurch, allgemein verstanden, etwas zu bezeichnen, was kein juristisch-technischer Ausdruck besser geben kann, ist an seinem Ort zur Geltung gelangt. Gibt doch schon Cicero den Rat, sich solcher Worte zu bedienen, um unmittelbar zu wirken.

XIII. Äußere That und Erfolg. Absicht und Innerlichkeit.

I. Das Nachfolgende ist nicht eine bloß theoretische Erörterung. Es handelt sich um Grundverhältnisse, welche das Gesetz, die Thatbestände bestimmen; — um Grundsätze, welche der Richter beobachtet und von denen die Rechtsprechung im einzelnen Fall abhängt.

Nichts ist wichtiger als die Absicht, die verbrecherische, der Dolus. Denn nach der Absicht wird bestimmt, nicht nur welches Verbrechen begangen sei, sondern ob in der geschehenen That ein Verbrechen liege und daher der Urheber mit Strafe zu belegen sei. Wenn die Absicht fehlt, kann ein unsträflicher Zufall vorliegen oder auch nur eine leicht zu ahndende Fahrlässigkeit, oder es kann der Thäter freigesprochen werden, weil die erforderliche bestimmte Absicht nicht bewiesen ist und der Thatbestand eines andern Verbrechens nicht vorliegt. Es sei beispielsweise nur erinnert an den Fall Gatti und an die höchst bemühenden Hindernisse, die dem Gang der Justiz in den Weg gelegt wurden, um ein anderes Verbrechen, als objektiv in der äußern Erscheinung der That lag, vermittelt einer andern möglicherweise vorhandenen Absicht zu konstruieren. Das Gleiche wiederholt sich oft in der Praxis in schweren wie in leichten Fällen.

Die fundamentale Bedeutung der Absicht wird niemand verkennen, und doch führt ihre Überkultur im Strafrecht zu Irrtümern und zur Verkennung der Thatfachen.

Es geht von dieser Überkultur der Innerlichkeit die weitgehende Bestrafung bloßer Äußerungen des Willens aus, die für sich strafrechtlich unerheblich sind; die Bestimmung

*) Das Volk spricht: wegen Mord, wegen Totschlag, wegen Angriff. — Geradezu unmöglich ist die Verbindung mit einem rein volkstümlichen Begriff, wie Friedbruchs oder Landfriedensbruchs, Religionsfriedensbruchs, Hausfriedensbruchs oder Bruchs des Hausfriedens.

der Verbrechensthatbestände nach schwer festzustellenden, innern Zuständen — mit einem Wort die subjektive Theorie. Aus ihr ergiebt sich für das Gesetz die Vernachlässigung der äußerlichen Merkmale der That, und an deren Stelle die Einstellung von anschauungslosen, der Spekulation entnommenen Unterscheidungen, die sich auf Zustände und Beschaffenheit der möglichen Absicht beziehen. Mit ihr verbunden ist die abstrakte, verallgemeinernde Konstruktion und Sprache des Gesetzes.

II. Das alte Recht legte auf die Thatseite und auf den Erfolg das größte Gewicht. Zwar ist unsern Rechtsquellen die Bestrafung der absichtslosen Missethat, wo Strafe und Entschädigung in der Buße zusammenfließen, schon in weite Ferne gerückt; Zufall und Fahrlässigkeit werden von der gewollten Missethat unterschieden. Aber doch stehen die äußere That und der Erfolg im Vordergrund, was sich nach jeder Seite der Konstruktion wie der Strafbarkeit zeigt, besonders im Vergleich mit dem heutigen Strafrecht.

Es stand die That voran, der Erfolg, die äußere Erscheinung mit sinnfälligen Merkmalen, welche die That in sich aufnahm als Einzelheiten, die erfahrungsgemäß stets sich wiederholten; als Merkmale, welche die That zugleich nach ihrer innern Beschaffenheit charakterisierten. Darum ist auch die Sprache der alten Satzungen sachlich, anschaulich und bestimmt charakteristisch. Oft ist eine Bezeichnung beigefügt, welche einen sittlichen Wert ausdrückt in gemeinverständener Weise, so daß im gegebenen Fall jedermann unmittelbar erkannte, ob die Bezeichnung, jenes Merkmal zutreffe oder nicht.

Und diese unmittelbare volkstümliche Kennzeichnung hat ihren Vorteil, denn jedes Wort, welches zu erläutern bestimmt ist, hat zugleich die Eigenschaft, die Bestimmung zu eng oder zu weit zu fassen und insofern in Anwendung auf den gegebenen Fall zu Schwierigkeiten zu führen. — Merkmale der bezeichneten Art sind z. B.: ehrlich, unehrlich, schändlich, dieblich, heimlich, Ehrabschneiden, Zornschnelle hinterrücks, unter Augen u. a. m. Man stellte einzelne bestimmte Scheltworte als schimpflich hin und bezeichnete allgemein „die verdeckte Rede“, deren Charakter nur aus den Umständen des vorliegenden Falles sich als strafbar ergab; man nannte einzeln und anschaulich den Schlag, den Stoß, den Wurf, das Zucken, den Herdfall, trockene Schläge, Blutrunz, Lähmung. Man bestrafte den Schlag, das Wort, das Warten, das nach den wirklichen Umständen verdächtige Betreten — nicht den Animus; die That nach dem Charakter der bezeichneten Umstände — nicht die unergründliche Absicht; die Drohung an sich, den Angriff, den Friedbruch — nicht die Vorbereitung nach der Richtung der Absicht.

In Versuchsfällen kam die That in ihrer konkreten Erscheinung mit allen ihren Umständen und der hieraus sich ergebenden Gefährlichkeit und Schlechtigkeit zur Strafe ohne die Konstruktion des Versuchs. Die Strafbarkeit war nicht bestimmt von der Idee eines möglichen oder beabsichtigten nicht eingetretenen Erfolges, — sondern die That, so wie sie sich ereignet hatte mit dem ihr innewohnenden Charakter der Schwere und Schuld aus allen Umständen, bildete die positive Grundlage der Strafe.

Hierbei liegen zwei feste Punkte zu Grunde: die That in ihrer äußern konkreten Erscheinung; — die Einheit der Handlung vom Anfang der Ausführung bis zu ihrem Schluß, deren strafrechtliche Beurteilung aus der Summe aller Umstände sich ergiebt.

Damit bleibt der feste Grund des Strafrechts gesichert und die mystisch-dialektische Untersuchung der Absichtsmöglichkeiten ausgeschlossen. Segeffer bemerkt in seiner Rechtsgeschichte, Bd. IV, S. 602: „Diesem System (des alten Rechts) ist der Dolus ein ganz sekundäres Element des Verbrechens. Die Hauptsache ist der objektive Thatbestand, das Dasein der Verletzung.“

III. Die neuere Gesetzgebung, Doktrin und Rechtsprechung steht auf anderem Boden. Nicht die äußere That, sondern die innere Vorherbestimmung derselben, die Absicht auf die That, wird zur Hauptsache gemacht. Demgemäß werden die auf Erkenntnis der Seele gestellten subjektiven Theorien ausgebildet. Die Absicht wird der Kern der Strafbarkeit und daher schon die entfernte Kundgebung derselben in unbedeutenden Handlungen strafbar. Die Absicht bestimmt, ob das Verbrechen Tötung, Körperverletzung oder Ehrverletzung sei, ob diese strafbar sei auf Grund eines animus injuriandi oder einer objektiven Verletzung.

Die Absicht entscheidet alles. Der Thatbestand einzelner Verbrechen, die Vollendung derselben werden vom Boden der fertigen That und einer bestimmten Wirkung, Erfolg, Schaden, verlegt auf das Gebiet des Willens, in Handlungen des Versuchs oder gar der Vorbereitung (Betrug, Staatsverbrechen). Die Absicht wird nicht nur im allgemeinen Teil des Strafgesetzes in stets ansehnlicher Weise bestimmt und in einzelne Formen ausgeführt, wie dies schweizerische und deutsche Strafgesetzbücher gethan haben, sondern die einzelnen Thatbestände, namentlich die Verbrechen der Tötung und Körperverletzung, werden nach den Schulbegriffen der Doluslehre aufgestellt. Da auch dies zur gesetzlichen Feststellung der entscheidenden Absicht nicht genügte, wurde das Gesetz weiterhin überladen mit objektiven Merkmalen, aus denen die Absicht erkennbar sein sollte, wie z. B. über absolut und relativ tödtliche oder gefährliche Wunden, Waffen, Werkzeuge, Begehungsarten.

Die Doktrin hatte der Gesetzgebung den Weg gewiesen. Sie stellte die Arten der verbrecherischen Absicht, des Dolus, auf. Lemme, Lehrbuch des schweizerischen Strafrechts, S. 140 ff., charakterisiert sie folgendermaßen: „Der direkte Dolus hat den Tod direkt gewollt.“ „Wer vorsätzlich eine Verletzung zufügt, aus der ohne Zufall der Tod erfolgt, hat, wenn auch indirekt, die Absicht zu töten gehabt, indirekter Dolus.“ — Dieser indirekte Dolus (indirekte böse Absicht) reicht weiter als der direkte; er macht in weiterem Umfange gerade so verantwortlich, wie der direkte, — wenn überhaupt die schädigende Absicht in der Handlung liegt und diese so beschaffen ist, daß daraus der Tod notwendig erfolgt.

Hieran knüpften in der Doktrin weitere Erörterungen in Bezug auf die Einsicht in den kommenden Erfolg, ob diese Einsicht vorhanden war, — sein konnte — oder vorhanden sein mußte, — ob der Erfolg als möglich — oder wahrscheinlich — vorausgesehen war, vorauszusehen sein mußte oder vorausgesehen werden konnte.

Damit wurde die Seelenforschung kompliziert und praktisch begnügte man sich meist, statt solche Untersuchungen zu pflegen, mit der einfachen Zurechnung zum indirekten Dolus, mit andern Worten, die zum Thatbestand erforderliche Absicht war vorhanden, wenn im allgemeinen indirekter Dolus vorlag.

Ein weiterer Schritt der Entwicklung geschah durch die Aufstellungen Grossmanns

und Feuerbachs. Jener machte geltend, daß die Absicht nur eine sein könne, indirektes Wollen sei nicht möglich. Diese eine verbrecherische Absicht liege in dem Einsehen und dem Wollen der Ungesetzlichkeit (Illegalität). — Feuerbach wendete dagegen ein, daß das Wollen einer Rechtsverletzung nicht in sich schließe: das Wollen des als möglich erkannten und wirklich eingetretenen Erfolgs, und er kam wieder zurück auf die Spaltung der Absicht in eine bestimmte und eine unbestimmte (*dolus indeterminatus*). Jene ist unmittelbar und ausschließlich auf den entstandenen Erfolg gerichtet, — diese auf eine Art oder Gattung von Rechtsverletzung, die in der Richtung des thätigen Willens liegt, ohne daß der spezielle Erfolg bestimmt gewollt war. Darin lag einige Verbesserung des Begriffs der indirekten Absicht (indirekter Dolus), indem nicht schon der allgemeine rechtsverletzende Wille genügte, sondern der Wille oder die Absicht auf eine Verletzung begrenzter Art und Schwere erforderlich war. Praktisch lag die Sache so, daß auch in jenen Fällen, wo ein bestimmter Dolus nicht vorlag, dennoch das erforderliche Merkmal des Thatbestands, die Absicht, erbracht war, wenn dieselbe auch nur die Richtung hatte, auf Begehung des einen oder andern Erfolgs.

Es war damit die notwendige Erweiterung des bestimmten oder speciellen Dolus wiederhergestellt und zugleich einige Beschränkung oder Begrenzung gegeben. Außerdem stellte Feuerbach den Begriff der von der Absicht bestimmten Fahrlässigkeit (*culpa dolo determinata* — Fall des Zusammentreffens von Vorsatz und Fahrlässigkeit) auf und entsprechend der Vermutung der Zurechnungsfähigkeit des Thäters — die Vermutung des Dolus oder bösen Vorsatzes (*praesumptio doli*). Von der letztern ist er später wieder zurückgekommen.

Diese Unterscheidungen sind aus den Gesetzbüchern verschwunden und die Doktrin bewegt sich wieder in andern Formen. Es liegt aber in jener Entwicklung der Dolusarten eine wertvolle Auseinandersetzung mit dem gegenseitigen Verhältnis von äußerer That und Innerlichkeit oder Absicht. — Denn entweder wird die äußere That zur Grundlage gemacht oder die Absicht; — vorläufig von den Vermittelungen abgesehen. Die Absicht aber kann ihrem Wesen nach nur die bestimmte sein (direkter, bestimmter Dolus). — Ist die bestimmte Absicht Thatbestandsmerkmal des Verbrechens, so ist ein Verbrechen nicht vorhanden, wo die bestimmte Absicht auf die Begehung, Erfüllung der Thatbestandsmerkmale fehlt oder nicht nachgewiesen ist. — Nun existiert aber in Wirklichkeit die bestimmte Absicht auf die Erfüllung der gesetzlichen Merkmale des Verbrechens in vielen Fällen nicht, und dann wird vom Boden der Absicht die Annahme der unbestimmten Absicht praktisches Bedürfnis.

Das ist die Klippe, an welcher der bestimmte Dolus scheitert, und alle Versuche von Carpzow an zu Feuerbach und bis auf diesen Tag haben nur die Aufgabe, den in der Anwendung zu engen und daher praktisch unbrauchbaren bestimmten Dolus zu erweitern, andere Dolusformen zu konstruieren, welche die Verantwortlichkeit für die äußere That auf eine Form des Dolus begründen lassen.

Die Rechtsprechung auf Grund der alten Satzungen kannte so wenig wie das Recht selbst jene Vertiefung in die Geheimnisse der Absicht. Die äußere That sprach mit allen ihren Umständen.

Wenn aber die Erforschung der Absicht die Hauptsache wird, und damit die Prüfung aller jener Feinheiten, dann verliert die Rechtsprechung den festen Boden und wird in vielen Fällen ein Würfelspiel, wenn sie nicht die theoretischen Fragen praktisch entzweischneidet.

Gerade in jenen kritischen Fällen, wo eine bestimmte, d. h. bestimmt ausgesprochene Absicht nicht vorliegt, und in Wirklichkeit ein solcher, hellsehender Zustand des Thäters nicht vorhanden ist, oder wo die Absicht nach Momenten der That wechselt, der Sachlage, dem Gefühl sich anpassend, bald die eine, bald die andere ist, — da befindet sich die Rechtsprechung in einer fatalen Lage. Entweder muß Freisprechung erfolgen oder die bestimmte Absicht, die nicht zu finden ist, muß hineingelegt, unterschoben werden, oder man schneidet die Bedenken entzwei, indem man sich an die äußere Erscheinung hält.

Wie häufig dies vorkommt, weiß jeder, der sich mit Strafakten beschäftigt. Lang ausgesponnene Untersuchungen lassen als roten Faden das Bemühen des Inquirenten erkennen, einen bestimmten Dolus herauszubekommen, und oft erkennt man, daß er hineingelegt ist. Das Ergebnis der Untersuchung wird in vielen Fällen abhängig vom Belieben des Thäters, der sich sehr bald aus dieser Richtung der Fragen merkt, daß er jenes Ergebnis nach seinem Willen und Interesse formen kann.

Der öffentliche Ankläger präpariert sich den ganzen Fall in den faktischen Unterlagen und in Gang und Einzelheiten seiner Beweisführung mit Rücksicht auf das künstliche Ergebnis des Inquirenten oder dessen, was er an bestimmter Absicht bedarf, um den Fall durchzubringen.

Der Richter wiederholt in seinen Erwägungen denselben Gang, der mit Konsequenz wieder zurückführt zu der Beachtung der dargelegten Dolusformen, — zu Entscheidungen, die widersprechend sind vom Standpunkt der Theorie, und Lösungen vom Boden der äußern Erscheinung.

Während nicht selten Inquirent, Ankläger, Richter mit solchen Konstruktionen sich behelfen müssen, um den Fall zu beherrschen, wo der Glaube an die Zweifellosigkeit derselben nicht stimmt mit der Sicherheit ihrer Vertretung — geben Geschworne etwa die sachlich richtige Lösung ohne jene formal juristischen Erwägungen vom Boden der äußern That.

Selbst die Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe bezeugen jene Verlegenheiten.

Je mehr aber die Gesetzgebung sich entwickelt in Einzelheiten, je zahlreicher die Thatbestände, Einzelfälle und kunstreichen Unterscheidungen werden, womit gleichzeitig die entsprechende Spezialisierung der Absichten fortschreitet, — um so schwieriger werden jene Verhältnisse für Gesetzgebung, Doktrin und Rechtsprechung. Man muß dann wieder zurück zur Erweiterung des Dolus im Sinne Feuerbachs — oder vorwärts zum Aufbau auf der äußern That.

Ein entschiedener Fortschritt in letzterer Richtung liegt in der Aufstellung des Dolus aus den Umständen (*dolus ex re*). Die böse Absicht soll nicht mehr in der bezeichneten Weise aus dem Innern des Thäters zum Geständnis erforscht, sondern objektiv aus allen äußern Umständen vor, während, nach der That, aus den Motiven, Mitteln erschlossen werden. Daraus ergibt sich dann die bestimmte böse Absicht, und soll die unbestimmte,

welche eine bloße Vermutung an Stelle des alleinberechtigten Bestimmten setzt, ausgeschlossen sein.

Dieser objektive Standpunkt ist sicher und richtig, insofern das Hauptgewicht auf die äußere Erscheinung der That gelegt wird; aber dies geschieht doch nur insoweit, als damit die feste Grundlage für eine bestimmte Absicht hergestellt wird. Es bleiben genau betrachtet doch die Fragen bestehen, welche zur Aufstellung eines unbestimmten Dolus führten, was sich daraus ergibt, daß Doktrin und Rechtsprechung auch heute noch mit dem unbestimmten Dolus rechnen.

Es ist nämlich leicht, den Dolus aus den Umständen zu erschließen, wo derselbe deutlich ausgesprochen in den Umständen liegt. Aber in solchen Fällen hat man nie etwas Anderes als einen direkten oder bestimmten Dolus gesetzt. Schwierigkeit bereiten aber immer noch die Fälle, wo der Dolus fraglich ist.

Es ist unbestreitbar, daß die Absicht nur eine bestimmte sein kann — soweit sie sich offenbart. Es giebt aber in der verbrecherischen Handlung Seelenzustände des Thäters, die sich nicht bestimmen lassen als bestimmte Richtung des Wollens und Wissens auf Verwirklichung des gesetzlichen Thatbestandes. Für solche Fälle wurde eben der Begriff des unbestimmten Dolus aufgestellt. Wie schwierig ist es, einen bestimmten, auf die Erfüllung willkürlicher Merkmale des gesetzlichen Thatbestandes gerichteten Dolus herzustellen?

Wenn nun in solchen Fällen um jeden Preis ein bestimmter Dolus aus den Umständen gesetzt wird, so hat man nur die scheinbare Sicherheit und in Wirklichkeit eine verdeckte Unwahrheit, eine *praesumptio doli*. Es werden Fälle des unbestimmten Dolus als solche mit bestimmter Absicht aus den Umständen ausgelegt.

Die Aufstellung der bestimmten Absicht aus den Umständen ist ein Fortschritt auf dem Wege zur vermehrten Anerkennung der äußern Erscheinung der That, aber sie bleibt auf halbem Wege stehen. Sie hebt die Schwierigkeiten nicht und läßt eine Weiterentwicklung nicht zu. Dies tritt namentlich aus zwei Punkten hervor: erstens läßt sie die Bestimmung der gesetzlichen Verbrechensthatbestände nach innerlichen Merkmalen unverändert und zweitens bleibt sie, wie die andern Konstruktionen der Absicht, ein Grundstein für die auf der Innerlichkeit beruhenden subjektiven Theorien im Strafrecht.

IV. a) Die Überkultur der Innerlichkeit zurückzudrängen und die äußere Erscheinung der That wieder bestimmend in den Vordergrund zu rücken, ist für Gesetz und Rechtsprechung eine Hauptaufgabe.

Es handelt sich nicht darum, auf den Standpunkt der Bestrafung der absichtslosen Missethat oder der Präsumptionen zurückzukehren, sondern die beiden Grundlagen zu trennen und in Einzelheiten den Anteil, der jeder zukommt, zu bestimmen.

Die Ergebnisse der Doktrin, Gesetzgebung, Rechtsprechung haben gezeigt, daß die Bedeutung, welche der bösen Absicht im Strafrecht gegeben wurde, nicht haltbar ist, mit andern Worten: die Bedeutung der bösen Absicht ist nur in einem beschränkten Kreise anerkannt. Wir fassen jene Ergebnisse zusammen in folgende Sätze:

1. Recht haben die Autoren, welche sagen: Die Absicht muß eine bestimmte sein, es giebt keine unbestimmte.

2. Doktrin, Gesetzgebung, Rechtsprechung zeigen, daß man dem Leben, der äußern Erscheinung gegenüber mit der ausschließlichen Grundlage der bestimmten Absicht nicht auskommt, denn in vielen Fällen verlangt das Geschehene Strafe, wo ein bestimmter Dolus nicht vorliegt oder nicht zu erweisen ist.
3. In solchen Fällen ist nur zweierlei möglich: entweder sieht man ab von der bestimmten Absicht und richtet nach der äußern Erscheinung; — oder man läßt die Absicht als Grundlage stehen und erweitert dieselbe zur unbestimmten.

Das Letztere in allen möglichen Formen oder Konstruktionen zu bewerkstelligen, bildet den Inhalt der Geschichte dieser Begriffe.

Wenn aber die Absicht nur eine bestimmte sein kann, und eine solche nicht haltbar ist oder erweitert werden muß, so wird damit die Absicht selbst in ihrem Wesen als bestimmte Absicht aufgehoben.

b) Es ist nun Aufgabe, zu bestimmen, in welchem Umfange die Absicht anzuerkennen ist und in welchem Verhältnis sie steht zur äußern Erscheinung in Gesetz und Rechtsprechung.

Die böse Absicht ist für den Thäter, den Verletzten, den Staat in zweifacher Beziehung wichtig.

1. Die meisten Fälle von Rechtsverletzungen sind gewollte, beabsichtigte. Es liegt dies im Begriff der Handlung. Dies ist derart Regel, daß im gemeinen Verkehr die Vermutung der Absicht in der That gilt und Feuerbach steht mit der *praesumptio doli* insofern auf dem Boden eines tatsächlichen Verhältnisses, gerade wie mit der Vermutung der Zurechnungsfähigkeit. Die meisten Fälle — nicht alle! und darin liegt die Schwäche dieser wie aller andern gesetzlichen Präsumptionen. Die ungewollten Verletzungen, Schädigungen, Erfolge von Handlungen interessieren zwar durch den Erfolg, aber sie sind selten im Vergleich mit jenen.
2. Die Verletzung, welche gewollt, beabsichtigt ist, ist erst die gefährliche, schwere; denn sie zeigt im Willen und in der That des Verbrechers seine Art, Richtung und Beschaffenheit und damit die Gefahr und die Schuld. Sie ist für den Verletzten der Grund der Unsicherheit und Bedrohung, denn für ihn liegt die Anfechtung nicht im zufällig schädlichen Ereignis, sondern in der feindlichen, angreifenden, zur Verletzung bereiten Beschaffenheit des Willens des Thäters. Hiegegen bedarf er des Schutzes.

Der reale Grund der strafrechtlichen Bedeutung der Absicht liegt im gefährlichen, schweren Charakter der Handlung. Subjektiv liegt die Gefahr in der ausgesprochenen Feindschaft, welche die absichtliche Verletzung kundgibt. Objektiv in der Art der absichtlichen Handlung, denn die Absicht macht die Handlung zweckmäßig, für den Erfolg geeignet. Die Absicht wählt die Mittel, die Umstände das Ziel.

Darum ist ohne jegliche Theorie und genauere Erkenntnis zu allen Zeiten der Unterschied der absichtlichen oder zufälligen That in und außer dem Strafrecht gemacht worden — trotz nicht näher zu erörternden Abweichungen. Auf jenem Boden gilt es fortzubauen.

Es ist nach jeder Richtung des Thäters, Verletzten, Staates etwas Anderes, ob die Handlung oder der Erfolg absichtlich fahrlässig, zufällig geschah, und die Unter-

scheidung ist so einfach und natürlich, daß selbst Kinder sich deren bedienen; ihre Kenntniß reicht zurück ins graue Altertum, trotzdem der Erfolg zur Buße verpflichtete.

Es ist also in diesem Sinne, die böse Absicht anzuerkennen, als maßgebend. Es ist damit die unterscheidende Grenze gesetzt: Wo eine Absicht zu verletzen, zu schaden und damit jene feindliche, angreifende Richtung nicht besteht, da fällt die schwere Verantwortlichkeit und Strafe weg; wo sie besteht, sind die angeführten Gründe vorhanden zur vollen Anwendung des Strafschutzes.

Nun ist aber die Frage:

1. Soll die böse Absicht, die feindliche, schädigende, wenn sie nur in Handlungen leichterer Art sich äußert, für jeden Erfolg, der daraus entspringt, verantwortlich machen, die erforderliche Schuld oder die zureichende böse Absicht begründen? — Alsdann wäre für die volle Verantwortlichkeit für den Erfolg nur nötig, daß nicht Zufall oder Unachtsamkeit vorliege, sondern der Wille, irgendwie zu verletzen.
2. Muß die böse Absicht vielmehr ausschließlich auf denjenigen Erfolg gerichtet sein, der wirklich eintritt, um für diesen voll verantwortlich zu machen?

Es ist sofort erkennbar, daß wir auch von dieser Seite wieder zu den beiden Grundfragen der Doktrin gelangen.

Einerseits kann man sagen: Der Wille des Angriffs, der Schädigung, die feindliche Richtung, die zu Thaten schreitet, genügt für die volle Verantwortlichkeit für den Erfolg, der verursacht wird. Sobald der Thäter die feindliche Handlung begeht, hat er die Folgen nicht mehr in seiner Hand, der Stein ist geworfen, der Thäter voll verantwortlich für die Folgen, die aus dem Angriff und dem rechtswidrigen Willen hervorgehen. (Darin liegt die Begründung des unbestimmten Dolus.)

Anderseits kann man sagen: die That ist doch in dem Maße gefährlicher, strafwürdiger, als die Absicht auf schweren Erfolg ging, auf Tod oder schwere Verletzung, nicht bloß auf leichten Schlag oder Stoß.

Für das Eine wie für das Andere haben sich die Wissenschaft und die verschiedenen Gesetzbücher ausgesprochen.

Und zwar enthalten die Gesetze nicht bloß direkte Bestimmungen hierüber, namentlich die ältern, sondern es zeigt sich die Stellungnahme nach der einen oder andern Seite auch in den Thatbeständen. Der Thatbestand eines Verbrechens kann nach der Absicht bestimmt werden, und dies ist Regel; oder noch nach den schweren Folgen oder der Gefahr, wie z. B. bei gemeingefährlichen Verbrechen, bei Tötung und schwerer Körperverletzung. Bei der letztern ist der Thatbestand nach der Schwere der Verletzung erfüllt, auch wenn die Absicht darauf nicht ging, sondern nur auf eine leichte. Das Strafgesetzbuch von Appenzell bestimmt heute noch nach der Art der ältern Gesetzbücher und wie das österreichische, daß einen Totschlag begeht, wer auch ohne die Absicht zu töten, einen Andern so verletzt, daß er infolge davon stirbt.

In andern Fällen ist die Absicht auf den Erfolg zwar nach dem Gesetz gefordert, aber der Erfolg wird schon auf den Anfang der Handlung verlegt, so daß derjenige für den schweren Erfolg bestraft wird, dessen Absicht bloß gerichtet war auf die Begehung der

leichten Anfangshandlung. So bestand lange Streit über das tatsächliche Merkmal der vollendeten Brandstiftung und allgemein bezeichnet man es heute als das „in Brand setzen“. Wer diese an sich unter Umständen recht ungefährliche Handlung in irgend einer Weise begeht und wenn seine Absicht nicht weiter geht als auf diese nächste Handlung des Anzündens, der hat das schwere Verbrechen der Brandstiftung begangen. Er wird daher, wenn das Haus niederbrennt und Menschen dabei den Tod finden, dem Begriffe und der Strafdrohung nach wegen Brandstiftung bestraft — als hätte er die Absicht der Niederbrennung direkt gehabt. Der Erfolg fällt ihm vollständig zur Last und es ist mehr nicht erforderlich, als daß seine Absicht gerichtet war auf die nächste und geringfügige Handlung des Anzündens. So verhält es sich auch bei andern Thatbeständen und man darf daher nicht annehmen, daß stets, um die Strafe des Verbrechens zu begründen, der verbrecherische Erfolg die Absicht auf diesen Erfolg voraussetze.

Die Absicht kann ein Thatbestandsmerkmal sein, dann ist dieses zwingend und ausschließend, wenn auch in engeren oder weiteren Grenzen, als bestimmt oder unbestimmt. Die Absicht kann die Aufstellung von Einzelfällen und Qualifikationen begründen; sie kann aber auch nur als Strafzumessungsgrund frei zur Würdigung gelangen, wenn bloß die äußere That, der Erfolg, zum Thatbestand gehört. Namentlich bestimmt die Absicht die Strafzumessung bei Zwischenformen von Absicht und Fahrlässigkeit.

In keinem Fall kann man sagen, es geschehe Unrecht, es werde nicht gemäß der Schuld bestraft, wenn die Absicht in der Strafzumessung in Betracht fällt und nicht im Thatbestand. Unrecht würde erst dann geschehen, wenn die Absicht gar nicht die zugemessene Strafe bestimmte, wenn mit einem auf den Erfolg gestellten Thatbestand eine absolute Strafdrohung oder ein Minimum verbunden wäre, welches die Berücksichtigung der Absicht nicht gestattete. So lange mit dem Thatbestand nicht eine absolute Strafe oder eine zwingende Minimalstrafe verbunden ist, so daß der Richter frei nach den Umständen das innere Moment würdigen und die Strafe zumessen kann, ist es gesetzgeberisch zulässig, nach dem Erfolg, nach der äußern Erscheinung zu konstruieren, statt ausschließlich nach der Absicht.

Es ist damit im Gesetz und in der Rechtsprechung die Möglichkeit gegeben, auf der äußern Erscheinung zu fußen, ohne die Rücksicht auf die Schuld zu vernachlässigen oder ein Mißverhältnis zwischen Schuld und Strafe herzustellen. Der Gesetzgeber kann die konkreten Merkmale der That zur festen Grundlage seiner Begriffe und Konstruktionen setzen, statt mit unbestimmten Absichten zu operieren, und der Richter hat nicht die Schwierigkeiten, daß er, um schuldig zu sprechen, eine specielle Absicht, welche die willkürlichen Merkmale künstlicher Thatbestände umfaßt, ebenso künstlich herstellen muß, oft nur durch schlecht verdeckte Präsumptionen.

c) Für den Entwurf sind folgende Sätze leitend gewesen:

1. Die bestimmte Absicht soll maßgebend sein, soweit Absicht und Erfolg sich decken, soweit die That ihren bestimmten verbrecherischen Charakter durch die Absicht empfängt, wie dieselbe aus den Umständen hervorgeht, z. B. vorsätzliche, unvorsätzliche Tötung.
2. Wo die Absicht hinter dem Erfolg zurückbleibt, soll der Erfolg entscheiden, wenn derselbe nicht außer allem Verhältnis und Voraussiehbarkeit steht.

3. Wo die Absicht weiter geht als der Erfolg, kann für den Thatbestand der Erfolg bestimmend sein oder die Absicht. Dem letztern Standpunkt entspricht die Versuchsformel. Gegen die Überschätzung der Absicht im Versuch ist die Auffassung desselben als Anfang der Ausführung der einheitlichen Handlung festzuhalten, mit den Konsequenzen des französischen Rechts.
4. Wo die Absicht im gegebenen Fall unbestimmt ist, oder eine andere Absicht behauptet wird, als dem Erfolg entspricht, da ist der Erfolg maßgebend.
5. Der Begriff des Verbrechens und die Verantwortlichkeit des Thäters wird bestimmt in erster Linie vom Erfolg. Die Absichtenerforschung muß zurücktreten und die objektive Entscheidung aus den Umständen des Falls hervor.

Wenn zum Beispiel eine schwere Verletzung den Tod herbeiführt und die Begehungsart und das Mittel zur Verletzung schwere sind, dann ist auf Totschlag zu erkennen, trotz der Behauptung, es sei bloß schwere Verletzung beabsichtigt gewesen („genug geben“). Wenn schwere Körperverletzung erfolgt oder leichte, und es ist die Frage zu entscheiden, ob Versuch der Tötung oder Körperverletzung vorliege, so sind entscheidend die That mit allen ihren Umständen, die Art der Begehung, die angewandten Mittel. Wer dem Andern ein Messer oder einen Hirschfänger in den Leib stößt, eine Kugel in die Brust schießt, mit einem Spaten, einer Harke den Schädel zerschmettert, der hat, wenn der Tod die Folge ist, getötet, Totschlag verübt, und wenn der Tod nicht eintrat, die Handlung aber mit Bewußtsein erfolgte, Totschlag versucht, denn jedermann weiß, daß solche Handlungen tödlich sind und nicht bloß Verletzungen des Körpers. — Nicht selten verletzen formalistische Urteile und entsprechende Strafen, gestützt auf die Absicht und das Gesetz, das unmittelbare Rechtsbewußtsein des Volkes und schwächen das öffentliche Verantwortlichkeitsgefühl für die Art der Handlung und die Mittel. „Man darf es darauf ankommen lassen.“

Das Resultat auf Grundlage der äußern Erscheinung oder der konkreten Umstände vom Anfang der Ausführung bis zum Erfolg stimmt ganz überein mit dem, was Doktrin, Gesetzgebung und Rechtsprechung bereits, wenn auch mit wechselnden Standpunkten, ergeben haben. Nur die Anwendungsformen variieren. Die Doktrin bildete daraus die Schuldformen; — die Gesetzgebung die Kasuistik der Mittel und der Verletzungen; — die Rechtsprechung trotz der Anerkennung, daß es nur bestimmten Dolus giebt, — die praktische Erweiterung des unbestimmten Dolus.

Eine Frage ist noch aufzuwerfen. Es ergibt sich eine Ausdehnung der Verantwortlichkeit für den Erfolg.

Es soll keine Berufung darauf stattfinden, daß die gesteigerte Verantwortlichkeit einen Zug der Zeit in der modernen Rechtsentwicklung bildet, aber das kann erklärt werden, daß die Aufstellungen die Grenzen desjenigen nicht überschreiten, was bereits bis heute geübt wurde. Und wenn die Gerechtigkeit das richtige Verhältnis von Schuld und Strafe ist, so bietet das richterliche freie Ermessen und die Beseitigung absoluter Strafen und der Minima dem Richter die Mittel, durch die Strafzumessung das gerechte Maß der Strafe zuzuerkennen, welches der Schuld entspricht.

Die Schuld ergibt sich aus der Summe aller thatsächlichen Umstände. Diese sollen

die unmittelbare Grundlage für das Erkenntnis bilden, nicht das unsichere Ergebnis der Seelenforschung. Die Absicht erschöpft nicht alles, oft nicht einmal das Schwerste.

In vielen Fällen ist die Bezeichnung der „Absicht“ oder die Charakterisierung der Handlung als „absichtlich“ bloß ein verallgemeinernder Ausdruck für eine Anzahl einzelner Handlungen bestimmter Art, in denen die Richtung auf den verbrecherischen Erfolg äußerlich ausgesprochen ist. Statt sie einzeln zu nennen, sagt das Gesetz allgemein: Handlungen, worin die Absicht zum Ausdruck kommt. — Daraus ergibt sich, daß es richtig ist, auf die konkrete Erscheinung zurückzugehen, statt sich an das abstrakte Sammelwort zu halten und dasselbe in die Verbrecherseele hinein zu konstruieren. —

V. Die Grundlage der äußern That ist im Entwurf namentlich in folgenden Punkten durchgeführt:

1. Im Gesetz tritt überall die objektive Theorie, welche auf festem sachlichen Boden steht, hervor, und die subjektive, welche auf schwer bestimmbare Seelenvorgänge der Vorstellung und des Willens im Thäter abstellt, findet nur in engbestimmten Grenzen Berücksichtigung.
2. Die Thatbestände der Verbrechen werden nach äußern, sinnfälligen Merkmalen bestimmt, ohne daß die kasuistische Methode des französischen Rechts befolgt wäre; vielmehr ist das Typische und Anschauliche herausgegriffen, wie im alten Recht. In derselben Weise sind die Abstufungen der Verletzung behandelt.
3. Wo das Übergewicht der Rücksicht auf die Innerlichkeit dazu geführt hat, die Vollendung mancher Verbrechen auf den Anfang der Ausführungshandlung zu verlegen und Vorbereitungshandlungen zu bestrafen, da ist der Vollendungspunkt wieder auf die abgeschlossene Handlung und den Erfolg verlegt.
4. Der Versuch ist in diesem objektiven Sinne gefaßt und daraus ergibt sich aus sachlicher Notwendigkeit die Uebereinstimmung mit dem französischen Recht (Motive zu Art. 12, b) mit allen Konsequenzen aus der engen Begrenzung und Einheit der Verbrechenshandlung. Die Strafdrohung muß diesem Standpunkt ebenfalls entsprechen und die Einwendungen, welche hier dem französischen Recht gemacht werden, fallen nach dem Entwurf fort, wegen der Beseitigung absoluter Strafen und der Minima.
5. Die Teilnahme wird ebenfalls von der objektiven Auffassung beherrscht. Maßgebend für die Teilnehmer ist die That des Thäters, der verbrecherische Erfolg, nicht das, was sich Jeder dabei wirklich oder möglicherweise gedacht hat, wofür die Strafzumessung Raum zur Berücksichtigung bietet.
6. Tötung als Erfolg bestimmt den Begriff der Tötung infolge von Körperverletzung, auch wenn die Absicht nur auf Verletzung gerichtet ist.
7. Schwere Körperverletzung wird bestimmt nach dem Erfolg, die Absicht mehrt oder mindert die Strafe.
8. Körperverletzung und Ehrverletzung werden nicht auf Grundlage der Absicht getrennt, sondern wie im französischen und im alten Recht nach dem äußern Merkmal des körperlichen Eingriffs oder Angriffs.
9. Ehrverletzung wird nicht entscheidend von der Absicht (*animus injuriandi*) bestimmt, sondern nach der objektiven Bedeutung der beschimpfenden Rede.

10. In Duell und Raufhandel tritt der Erfolg bestimmend hervor, die Absicht zurück.
11. Bei Raub, Brandstiftung, Notzucht und andern Verbrechen heben die Gesetzbücher den Fall der erfolgten Tötung einer Person ohne Tötungsabsicht hervor mit besonderer höchster Strafe. Der Erfolg entscheidet. Der Entwurf faßt in Art. 25 diese Fälle aus dem gemeinsamen Gesichtspunkt zusammen.

Für die Rechtsprechung ist derselbe Grundsatz maßgebend. Es soll nicht eine künstliche Formel von bestreitablem Wert über Zustände, die nicht bestimmbar sind ihrer Natur nach oder nach den besondern Umständen, den Richter zum Entscheid gegen seine Überzeugung oder zu sophistischen Begriffskünsteleien zwingen.

Wo die „bestimmte Absicht“ oder die Fahrlässigkeit nach der einen oder andern Definition den faktischen, nach allen Umständen als strafbar erkannten Thatbestand nicht erfassen, da soll die Sache entscheiden und eine erweiterte Verantwortlichkeit für den Erfolg bis an die Grenzen der Fahrlässigkeit oder der „indirekten Absicht“ gehen. Im Entwurf ist dies zum Ausdruck gelangt in der negativen Bestimmung des Art. 12 a und in der Zwischenform „wissentlich“ bei gemeingefährlichen Verbrechen.

Die sachliche Auffassung und Beurteilung nach der äußern That, der Wirklichkeit, im Gegensatz zu den ausgesprochenen Absichten und Möglichkeiten, ist auf demjenigen Gebiete, wo man streng auf das Wesen der Dinge achtet — im Verkehr unter Staaten anerkannt der allein richtige. Die Auffassung des Staatsmannes stimmt ganz überein mit dem Denken und Handeln unserer Bergleute und dem Strafrecht in der Schweiz steht es wohl an, nach Landesart und alter Sage den Grund zu legen: Die That voran.

XIV. Die Strafdrohung.

In den alten Landbüchern finden wir eine äußerst einfache Art der Abschätzung der Schwere der strafbaren Handlung und der Strafe (Bot. 592): Die Bestimmung nach schweren, leichten und mittlern Fällen, z. B. „auf gelindeste Art nachsagen“; — „auf mittelfte Art nachsagen“, — „auf schärfste Art nachsagen“, (zahlt zwei Kronen); oder „wird auß allerhöchste — schärfste — auf mittlere Art bestraft“ — oder bloß „ernstlich“. Dasselbe ist wieder vorhanden in unsern neuen Strafgesetzbüchern; ich nenne nur diejenigen von Glarus, Appenzell, Zürich. Oft ist in jedem andern Paragraphen jene Bezeichnung zu finden, während sie im deutschen Strafgesetzbuch, welches zwar auch die Drohung in drei Stufen, jedoch im System der erschwerenden und mildernden Umstände hat, nicht vorkommt. Dieses System mit den mehrfachen Strafsätzen kompliziert das Gesetz, es hat seine besondern Gründe in der Anlage des Gesetzbuches, es ist mit großen Übelständen verbunden und liegt außer den Grundlagen unseres Entwurfs. Dort wollte man den Richter befreien und band ihn.

Die Geschichte der Strafgesetzgebung ist aber von der Bindung zur Befreiung fortgeschritten und zur Vereinfachung der Strafdrohung.

Die Drohung absoluter Strafen ist längst als unhaltbar erkannt. Die Strafrahmen innerhalb Minimum und Maximum sind im Laufe der Entwicklung zu Gunsten des freien

richterlichen Ermessens stets erweitert worden. Schließlich wurden die Minima ganz oder zum größten Teil beseitigt. Sehr häufig ist in den Gesetzbüchern nur die Straftat gedroht. Zumeist ist nur die härteste, das Zuchthaus, mit einer Minimalgrenze versehen, während auf Arbeitshaus und Gefängnis bis zu einem Tag im Minimum erkannt werden kann. Die bloße Drohung der Straftat ist aber, durchweg angewendet, zu unbestimmt.

Im Anschluß an jene einfache Weise der Strafdrohung in schweizerischen Gesetzen verfährt auch der Entwurf, indem er verbindet:

1. Bestimmtheit, ein bestimmtes Maß, eine zahlmäßige, dreifach abgestufte Strafgröße, Strafwert des Verbrechens;
2. weitgehende Freiheit des richterlichen Ermessens nach Gestalt der Sache;
3. leitende Anhaltspunkte für die Anwendung der Strafdrohung auf den gegebenen Fall. Strafzumessung.

Das Verbrechen wird im gegebenen Fall bestimmt als schwerer, mittlerer, leichter Fall und für jede Stufe wird eine Strafgröße, ein Maximalsatz aufgestellt. — Nicht bei allen Delikten, weil es bei solchen geringerer Art oder von engbegrenzter Strafwürdigkeit nicht nötig ist. Aber die Art der Abschätzung der Schwere ist für alle Verbrechen die gleiche. Das Weitere ist bei Art. 14 zu sagen.

Wo das Gesetz zwei Freiheitsstrafen alternativ droht, gilt die zeitliche Dauer für beide gleich, wie für die eine bestimmt ist; z. B. 6 Monate Arbeitshaus oder Gefängnis bedeutet 6 Monate auch für Gefängnis; es findet keine Berechnung des Verhältnisses statt.

XV. Der Strafwert der Verbrechen.

Das Verbrechen hat verschiedenen Wert. Es kann leicht oder schwer sein, je nach dem angegriffenen Gut, Leben, Vermögen, Ehre; — oder nach der Art der Begehung mit Gewalt, List, Vorbedacht; — oder nach den besondern Umständen der That und der Ruchlosigkeit des Thäters im gegebenen Fall.

Als Strafwert eines Verbrechens kann bezeichnet werden:

1. Der Strafsatz, welcher mit dem Gattungsbegriff verbunden wird. Dieser Wert bestimmt das Verhältnis zu den andern Hauptverbrechensbegriffen im Strafgesetzbuch und richtet sich in erster Linie nach dem Wert des Rechtsgutes und der volkstümlichen Wertschätzung, z. B. Diebstahl, Körperverletzung, Verbrechen der Gewalt, der List.
2. Der Strafsatz, welcher den Specialfällen, Unterthatbeständen, schweren, leichten Fällen gegeben wird. Diese Ansätze sind solche der Abstufung zum Zweck der Abmessung des Einzelfalles innerhalb und unterhalb des erstgenannten Strafwerthes nach der Schwere. Sie setzen Verhältnisse unter den Specialitäten der Gattung, während sie weiterhin wieder in ein gegenseitiges Wertverhältnis zu andern Unterbegriffen des Gesetzbuches treten.

Über beide geben die Straftafeln übersichtliche Auskunft.

3. Die Strafe, welche der Richter mit dem Verbrechen verbindet, so wie es sich im gegebenen Fall darstellt: der Strafwerth der konkreten Handlung. Diese kommt hier nicht weiter in Betracht, sie fällt aber stets unterhalb des gesetzlich bestimmten Maximums, jedenfalls nie über diese Grenze, so lange es sich um das eine Verbrechen handelt.

Soweit das Strafgesetz über den Werth der Verbrechen für die Rechtsordnung bestimmt, ist dieser Werth ausgedrückt in der Art und Größe der angedrohten Strafe.

Die angedrohte Strafe bezeichnet also das Verhältniß des einen Verbrechens zum andern, den Werth oder die Werthschätzung desselben, soweit sie durch Strafe auszudrücken sind.

Der Begriff des Strafwerthes der Verbrechen ist wichtig. Er führt zurück auf den Grund der verschiedenen Bewertung, der in der Volksansicht ruht. — Andererseits führt er zur Kritik der zahlreichen künstlichen Strafgrößen, die mit ebenso künstlichen Verbrechensbegriffen willkürlich verbunden werden. — Er führt zur Zusammenfassung in Gruppen und zur Vereinfachung der Strafdrohungen.

Welches ist nun der Strafwerth eines Verbrechens, wenn das Gesetzbuch mehrere Strafgrößen setzt? Bei absoluter Strafdrohung ist es die bestimmte Größe. Wie aber wenn absolute Strafen nicht gedroht sind, wenn nur die Strafart oder mehrere Strafarten oder ein Maximum und ein Minimum angesetzt sind? Ist es die Maximalstrafe oder die Durchschnittsstrafe zwischen Maximum und Minimum, beziehungsweise eine Strafgröße, welche dem Durchschnitt der wirklich ausgefallten Strafen entspricht, den Durchschnittsfällen, wie sie am häufigsten vorkommen und meist in gewisser Höhe bestraft werden? Wie wäre jener Durchschnittswert zwischen Maximum und Minimum zu bestimmen, z. B. bei einem Maximum von 12 Jahren und einem Minimum von einem Jahr? Auf 6 Jahre, — oder als mittleres Drittel bei Graden von 1—4, 4—8, 8—12 Jahren?

Der Strafwerth ist nur das Maximum. Der Strafwerth muß eine bestimmte Zahl sein oder eine bestimmte Größe. Wo bei geringern Delikten nur die Strafart gedroht ist, bildet der Höchstbetrag derselben den Strafwerth. Es soll aber den wichtigsten Verbrechensbegriffen ein bestimmter Strafwerth angesetzt werden, denn es geht doch zu weit, allzu oft nur die Strafart zu drohen, wie dies manche Gesetzbücher thun, obgleich mit drei Strafarten, mit ihrer Stellung und Verbindung und mit Nebenstrafen eine ziemliche Mannigfaltigkeit zu erreichen ist.

Der Strafwerth als Maximum gestattet dann eine übersichtliche Abstufung für alle Verbrechen und eine Zusammenstellung derselben nach Verwandtschaft und Strafwürdigkeit.

Es ist nun die Frage: wie kann der Strafwerth eines Verbrechens gefunden und als bestimmte Größe in das Gesetz eingestellt werden? Es giebt dafür drei Quellen. Erstens die bestehenden Gesetzbücher; aus ihnen ist der Strafwerth für das specielle Delikt abzuleiten. Es sind die Gesetzbücher aber sehr verschieden und wohl zu beachten ist Art und Vollzug der Strafen. — Die zweite ist die Gerichtsübung; auch die Justizstatistik, sei es auf Grund eines bestehenden Gesetzes oder ohne solches; namentlich aber ist es die Volksansicht über Charakter und Schwere der Strafen für besondere Verbrechen oder Verbrechensgattungen. Die dritte ist das systematische Verhältniß des Einzelnen im

Gesetz; denn der Strafwert des einzelnen Verbrechens wird mitbestimmt vom organischen Verhältnis der Begriffe und der Strafen und des Vollzugs.

Die Festsetzung des Strafwerthes für die einzelnen Verbrechen im Entwurf ist auf dieser Grundlage errichtet.

Zuerst wurde für die Verbrechensgruppen, nach Maßgabe der Hauptdelikte, ein Strafwert aufgestellt, welcher nach dem Wert der angegriffenen Güter und dem Charakter der Handlung ein allgemeines Wertverhältnis herstellte. Dann wurde ein Verhältnis gesucht durch Ansetzung verschiedener Strafwerthe für die Unterbegriffe.

Da zeigte sich bald, daß das gewohnte System, jedem Verbrechensbegriff einen besondern Strafwert beizulegen, größtenteils auf Künstelei und Schein hinausführt, namentlich in Anbetracht der zahlreichen Schulbegriffe und der gründlichen Veränderung nach den Umständen des Falls.

Zweitens ist der so gesetzte Strafwert verglichen und berichtigt worden nach den Strafanfängen, welche für diese Verbrechen die Gesetzbücher der Schweiz und des Auslandes geben. Dabei kommt es wesentlich darauf an, wie diese Strafmittel im Zusammenhang des Gesetzes und im Vollzug sich ausnehmen. Denn die angedrohte Strafart und die Dauer derselben kann trotz äußerlicher Übereinstimmung in der Bezeichnung und zeitlichen Dauer sehr verschieden sein als Strafübel, je nach der Art des Vollzugs und dem Verhältnis zu den andern Freiheitsstrafen im System eines jeden Gesetzbuches. Die Zahl der Jahre entscheidet nicht allein und die Nachahmung hat sich dem Plan des eigenen Gesetzes unterzuordnen. — Es kommen aber auch unsere ältern Gesetzbücher in Betracht und wissenschaftliche Gesichtspunkte; alte Erfahrungen und neue Anforderungen können entscheidend werden. Ich nenne nur als Beispiel den nachgeahmten Höchstbetrag der zeitlichen Zuchthausstrafe, der in der Beschränkung auf 15 Jahre nicht gerechtfertigt ist, weder durch die schweizerische Gesetzgebung, noch durch die Erfahrungen eines milden Vollzugs. Die Lücke zwischen 15 Jahren und lebenslänglicher Strafe ist zu groß.

Aus dieser umfassenden Vergleichung der Strafdrohungen verschiedener Gesetzbücher für die einzelnen Verbrechen ergibt sich als Resultat, daß jeder Strafwert, den der Entwurf gesetzt hat, auch positiv-rechtlich begründet ist.

Drittens ist für die Ansetzung des Strafwerths maßgebend gewesen die Rücksicht auf volkstümliche Wertschätzung, wie dies schon der Organisation der Strafmittel zu Grunde liegt und der Aufnahme einzelner Delikte.

Es bestehen Gegensätze zwischen den Kantonen, Gegensätze hergebrachten Rechts (französische, deutsche Gruppe, die Gruppe der Urschweiz und der kleinen demokratischen Kantone). Gegensätze zwischen vorwiegend städtischer und ländlicher, industrieller, handeltreibender, alpwirtschaftlicher Bevölkerung. Die Schätzung von Verbrechen gegen den Körper, das Eigentum, gegen Sitte, Sittlichkeit und Religion sind verschieden. Der Entwurf hat in Strafdrohungen wie Thatbeständen, in der Gruppierung wie im Ausdruck für die Verhältnisse der Urschweiz, Uri's normiert.

Dabei ist nicht außer Auge gelassen worden, daß wir ein Ganzes in Freiheit bilden und daß, was gut sein soll, über die engen Grenzen hinaus gut sein muß. Es dürfen namentlich nicht außerordentlich harte Strafdrohungen aufgestellt werden, für Ver-

gehen, welche mit Meinungsverschiedenheiten und Grundfreiheiten in Beziehung stehen. Sowohl der Strafwerth als die vom Richter verhängte Strafe, müssen im Verhältniß bleiben zu Strafwerth und Strafe anderer Verbrechen; es sei z. B. auf die Vergehen gegen den religiösen Frieden hingewiesen. Die systematische Stellung derselben, der Thatbestand, die Strafart und Strafdrohung sind des Gegenstandes würdig, ohne daß ein übermäßiger Strafwerth angesetzt ist. — Dasselbe gilt von den Sittlichkeitsdelikten, die ernst und streng gehalten sind, ohne daß ihnen Thatbestände beigegeben wurden, welche in ein Sittenmandat oder Polizeigesetz vielleicht gehören.

Die unverhältnismäßig harten Strafdrohungen werden in Wirklichkeit auch nicht angewendet, sie stehen auf dem Papier und können ohne Verletzung des Rechtsbewußtseins auf das Maß reduziert werden, welches in Wirklichkeit erkannt wird.

Das aber ist notwendig: 1. daß der Strafwerth hoch genug sei, um die schwersten Fälle angemessen treffen zu können; 2. daß das Gesetz so sei, daß leichte Fälle leichte Bestrafung finden können. — Denn dadurch wird das Volksurteil verletzt, wenn das Gesetz den Richter hindert, eine schwere Strafe auszusprechen, oder nötigt, statt einer leichten eine harte aufzulegen. Das freie Ermessen nach Grundsätzen wird ein Hauptmittel sein, kantonale Ungleichheiten zu überwinden.

XVI. Die Strasskala oder die Zahl der Strafwerthe.

Streng genommen hat jeder Verbrechensbegriff für sich und in seinem Verhältniß zu andern einen besondern Strafwerth. Es liegt nahe, diesen Strafwerth in einer besondern Art und einer Zahl auszudrücken, welche die Dauer der Freiheitsstrafe bestimmt. Die beschränkte Zahl der Strafarten reicht aber dafür nicht aus, selbst wenn man dieselben — wie manche Gesetze thun — zu einer komplizierten Musterkarte entwickelt.

Schweizerische wie ausländische Gesetzbücher haben denn auch aus jenem Bestreben heraus eine große Zahl von Strafansätzen für die einzelnen Verbrechen aufgestellt. Selbst das deutsche St. G. B. (Motive zu demselben S. 33—44) hat deren eine verwirrende Menge, trotzdem das Bemühen sich kundgiebt, auf gewisse Normalsätze sich zu beschränken. — Das Strafgesetzbuch von Zürich, obgleich viel belobt, ist doch in mancher Beziehung das Muster eines Gesetzbuches, welches schlecht und recht „nach dem neuesten Standpunkt der Wissenschaft und Gesetzgebung“ mit Fleiß in zahlreichen Sitzungen und Fickungen zu einem brauchbaren Gesetz gemacht wurde. Es fehlt ihm aber auch hier Gründlichkeit der Vorbereitung und sichere Grundlegung oder auch nur der freie Wurf des Gesetzes von 1835. Die Art der Strafdrohung ist eine willkürliche und oft geradezu der ausgesprochenen Absicht des Gesetzgebers widersprechend.

Die Vielheit von Strafgrößen, entsprechend den vielen Verbrechensbegriffen, erweckt zwar den Schein der Genauigkeit und Sorgfalt. In Wirklichkeit aber ist sie willkürlich und täuschend und giebt manchem Schulbegriff Selbständigkeit und eine Stütze, ohne welche er glücklich verschwunden wäre.

Auch hier, wo der Strafwerth eines Verbrechens nach schweren und leichten Fällen

abgestuft wird, ist es geboten, diese Größen auf ein einfaches Schema zu reduzieren, und so liegt es dem Entwurf zu Grunde.

Der Entwurf hat 5 Hauptstrafmittel, Zuchthaus, Arbeitshaus, Gefängnis, Geldstrafe, Verweis und 5 Nebenstrafen, beziehungsweise 7, welche damit verbunden werden können. Das gestattet zahlreiche Kombinationen.

Die Zuchthausstrafe wird fünffach abgestuft: lebenslänglich, 25, 15, 10, 5 Jahre; das Arbeitshaus sechsfach: 10 Jahre, 5 Jahre, 2 Jahre, 6 Monate, 2 Monate, 14 Tage; das Gefängnis sechsfach: 5 Jahre, 2 Jahre, 6 Monate, 2 Monate, 14 Tage, 8 Tage.

Das muß und kann vollständig ausreichen, um für alle Verbrechen, Einzelfälle, Qualifikationen, schwere und leichte Fälle die nötigen und angemessenen Strafgrößen oder Strafwerte zu liefern, und man soll darauf verzichten können, diese Größen zu vermehren, indem noch Zwischensätze von 3 Wochen, 4 Wochen, 1 Jahr, 3 Jahre, 6, 8, 12 Jahre u. aufgenommen werden in das Gesetz.

Der Richter hat ja alle Freiheit, unterhalb des angesetzten Maximums auf die ihm gutscheinende Dauer zu erkennen, das Gesetz aber muß eine feste Form haben, die ausreicht.

Stellt man die sämtlichen Strafdrohungen nach diesen schematischen Größen zusammen, so zeigt sich unter den Delikten und den Gruppen derselben Strafdrohung eine bemerkenswerte Zusammengehörigkeit und wesenhafte Übereinstimmung.

XVII. Die Freiheit des richterlichen Ermessens. Minima.

Die Strafgesetzgebung im Anfang des Jahrhunderts wird beherrscht und im Einzelnen gestaltet aus einem Grundsatz: Die Unbestimmtheit und Willkür in Gesetz und Rechtsprechung soll beseitigt werden, das Gesetz soll auf das genaueste und umfassend die strafbaren Handlungen in Begriffen festlegen und damit, ebenso genau abgestuft, feste Strafen verbinden. Der Richter ist streng gebunden an Wort und bestimmte Strafe. So wurden die Gesetze abgefaßt und der Satz an die Spitze gestellt: keine Strafe ohne Strafgesetz.

Die Erfahrungen vor Gericht und die Prüfung durch die Wissenschaft lieferten aber das Ergebnis, daß die wirklichen Fälle und stets veränderlichen Umstände der Handlung und der Personen — auf welche es gerechterweise entscheidend ankommt — sich nicht einfür allemal nach der Schablone beurteilen und bemessen lassen und daß eine Gesetzgebung jener Art zu großer Härte und Ungerechtigkeit und zum Verkennen des Lebens und der wirklichen Schuld führte.

Daher wurde ein Fortschritt angebahnt, indem die absoluten Strafdrohungen verboten oder beschränkt wurden. Man drohte nunmehr, wie namentlich das sächsische Strafgesetzbuch von 1838, eine Höchst- und Mindeststrafe, Maximum und Minimum, innerhalb welcher der Richter die Freiheit hatte, die Strafe nach den Umständen des Falles zu bemessen. Allein auch dieses erwies die Praxis aus den gleichen Gründen als ungenügend, indem die zahlreichen, oft hohen Minima zur Härte führten und die Gesetzgebung zu vielen besondern und einschränkenden Sätzen nötigten. Derselbe Übelstand wurde in den Kantonen oft gerügt, wo solche Minima die Gesetze und den Richter beengten. — Infolge

der hohen Minimalsätze kam man nicht bloß zu zahlreichen Ausnahmegesetzbestimmungen und zu Strafmilderungsgründen im Gegensatz zu Minderungsgründen, sondern zu einem ausgebildeten „System der mildernden Umstände“.

Die Mängel dieses Systems wurden erkannt und das Bedürfnis, das richterliche Ermessen noch freier zu gestalten, verschaffte sich Ausdruck in der Beseitigung der meisten Minima oder in dem grundsätzlichen Ausschluß derselben, in der häufigen Androhung der Strafe. Wo aber die Strafarten selbst mit Maximal- oder Minimalätzen begrenzt sind, da wird der Übelstand nicht beseitigt.

Es giebt dagegen nur ein Mittel: grundsätzliche Beseitigung der Minima in den Strafdrohungen — alternative Drohung der Strafarten. Das Beste so, daß wenn für die schwerste Freiheitsstrafe, Zuchthaus, eine Minimalgrenze von einem oder einem halben Jahr angesetzt wird, für leichtere Fälle neben dem Zuchthaus das Arbeitshaus als Strafe gedroht und Arbeitshaus selbst nach unten nicht beschränkt wird. Für ganz schwere und entehrende Verbrechen ist eine Zuchthausstrafe von 6 Monaten in keinem Fall zu hoch.

Für beides bietet die Gesetzgebung gute Vorbilder. Die Geschichte, die Erfahrungen der Gesetzgeber und Richter führen zu dem gleichen Resultat, daß absolute Strafdrohungen und hohe Minimalsätze im konkreten Fall Härte und Ungerechtigkeit oder unwahre Scheinkünfte der Auslegung zur Folge haben, — daß sie im Gesetz zu Weiterungen, Ausnahmegesetzbestimmungen, Ergänzungen, ja zu besondern Formulierungen der Thatbestände der Verbrechen oder gar zu komplizierten Hilfsmitteln und eigenen Instituten den Grund abgeben.

Beispiele hiefür finden sich zahlreich in der Art und besondern Gestaltung der Strafmittel, in einzelnen strafmildernden Umständen, in der Behandlung der Strafzumessungsgründe, im Thatbestand, im System der mildernden Umstände, in den Strafausschließungsgründen, im allgemeinen Teil der Gesetze; ferner in der Fassung und Ausdehnung des Begriffs und der Strafe des Versuchs, der Teilname und Begünstigung. Die Ausdehnung, welche Antragsverbrechen, Verjährung, Rehabilitation u. a. gefunden haben, liegt wesentlich in dem Bestreben, Härten zu vermeiden, zu welchen der Richter durch das Gesetz gezwungen ist.

Nun kann man ja sagen, daß Ausnahmegesetzbestimmungen nicht erspart werden dadurch, daß die Beseitigung des Minimum den Richter befähigt, eine allermildeste Strafe zu erkennen, denn es handle sich darum, mit der Ausnahmegesetzbestimmung festzustellen, daß in dem besondern Fall, eben gar keine Strafe ausgesprochen werde. Es soll ein spezieller Ausnahmesthatbestand aufgestellt werden, wie z. B. in der Ausnahme der nächsten Angehörigen von der Strafe der Begünstigung, oder der Anzeigepflicht, oder in der Straflosigkeitserklärung des Rücktritts u. a.

Allein selbst in solchen Fällen wird meist der Gesetzgeber bestimmt, von der Anschauung, es sei die Anwendung der gesetzlichen Strafe mit einem Minimalatz der Strafart oder der Strafdrohung zu hart. Und wie der Richter etwa ein Nichtschuldig ausspricht und auf die Zweifelhaftigkeit eines Merkmals oder eines Umstands begründet — während ihn nur die Härte der Strafdrohung dazu bringt —, so schließt dann oft der Gesetzgeber für solche Fälle die Strafe ganz aus mit kriminalpolitischer Begründung.

Daß aber eine grundsätzliche Behandlung nicht vorliegt, zeigen die Strafgesetzbücher, welche teils Ausnahmegesetzbestimmungen ganz weglassen, teils solche aufnehmen und geringere

Strafe festsetzen, teils die Strafe ganz ausschließen. Der Gesetzgeber aber hat allen Grund, zu überlegen, ob wirklich eine Ausnahmebestimmung nötig sei, wenn das Gesetz zu keiner Härte zwingt.

Aber nicht nur verursachen die Minima jene Weiterungen, welche das Gesetz komplizieren, sondern ihre konsequente Anwendung übt, wie auf den Richter, so auf die Gesetzgebung und Doktrin einen üblen formalistischen Zwang. Jeder solcherweise zwischen Maximum und Minimum abgesperrte Begriff ist starr und selbständig und widerstrebt der Zusammenfassung und Vereinfachung, welche die Anwendung auf das Leben gebietet.

Je mehr die Begriffe gehäuft und gegenseitig umschrieben werden, um dem Leben ein formales Gerüst zu unterstellen, um so mehr wird die Operation mit diesen Begriffen die Hauptsache, und das Leben selbst, der konkrete Fall, die besondern Umstände der That und der Person treten zurück. Die dialektische Prüfung, ob die Begriffe erfüllt sind, tritt an Stelle der direkten Anschauung und unmittelbaren Würdigung der That.

Aus diesen Gründen setzen wir keine Minima. Die Beseitigung der Minima ist aber nur ein Glied in der Kette von Mitteln, welche Verwendung gefunden haben, um ein einfaches und praktisches, dem Leben zugewandtes Strafgesetz zu errichten.

Die Frage: Ist dem richterlichen Ermessen nicht zu große Freiheit gegeben, findet ihre Beantwortung darin, daß das Ermessen nicht nur befreit — sondern befestigt und geleitet wird durch organische Bestimmungen und den Geist des Gesetzes: der Geist der Gerechtigkeit ist lebendig im Ganzen und im Einzelnen. Einheit und Ernst sprechen aus jedem Artikel. Die Normen führen den Richter ein in die Grundsätze und die Bedeutung des Einzelnen. Die Strafzumessung begleitet ihn durch das ganze Gesetz. Festbestimmte Strafwerte geben ihm Proportion und Grenzen. Größte Einfachheit und Übersichtlichkeit mit Ausschluß aller doktrinen Belastung erleichtern ihm die Entscheidung. Er kann das Recht finden in der Freiheit.

Zum Schlusse der Erörterung über die systematische Bedeutung der Minima und ihre Stellung in der schweizerischen Gesetzgebung (vgl. Strafrecht der Schweiz) sei noch erwähnt, daß der kühne Schritt, den das Solothurner Strafgesetzbuch vor Jahrzehnten gethan hat, in Übereinstimmung mit andern schweizerischen Gesetzbüchern, vom niederländischen Strafgesetzbuch vom 3. März 1881 — gewiß ganz unabhängig, — ebenfalls mit aller Konsequenz unternommen worden ist.

Mit einer Konsequenz und Selbständigkeit, die nicht hoch genug zu schätzen sind, hat es durchweg selbst bei den schwersten Verbrechen bloß Maximaldrohungen, keine Minimalsätze und es hat damit den Grund gelegt zur Entwicklung des Begriffs des Strafwertes und der Fortbildung der Strafzumessung.

XVIII. Die Strafzumessung.

Was von der Bedeutung der Norm für das Strafgesetz ausgeführt wurde, das findet auch Anwendung auf die „Strafzumessung“. Die Strafzumessung durch den Richter ist von größter Bedeutung für die Gesetzgebung und für den Inhalt des Gesetzes im Einzelnen.

Das Gesetz giebt den Thatbestand des Verbrechens und bestimmt die Strafe. Der Richter erkennt in der eingeklagten Handlung das Verbrechen nach den Merkmalen des Gesetzes und spricht die gesetzliche Strafe aus.

Wenn nun diese Strafe vom Gesetz nicht absolut oder nach Strafart und Zeit bestimmt angedroht ist, mit andern Worten, wenn das Gesetz dem Richter die Wahl läßt, verschiedene Strafarten auszusprechen oder die Dauer der Strafe länger oder kürzer zu bemessen, nach den Umständen des Falles, so wendet er nicht bloß ein gesetzliches Fixum an, sondern er mißt mit Freiheit die Strafe zu.

Diese Strafzumessung steht mehr oder weniger im Gegensatz zur festen Strafdrohung des Gesetzes. Was ideal betrachtet das Gesetz bestimmen sollte: für jeden Fall die bestimmte Strafe mit Ausschluß aller Willkür, darauf verzichtet es. Es stellt nur Umrisse auf und giebt so weite Strafdrohungen, daß die verschiedenartigsten Verbrechen nach ihrer besondern Erscheinung gegebenen Falls mit derselben Strafe getroffen werden können oder getroffen werden.

Es ist nicht mehr ausschließlich die Verschiedenheit der Begriffe mit dem entsprechenden Strafwerth entscheidend — sondern das Leben, die That in Wirklichkeit, so wie sie die besondern Umstände herausstellen, und wie der urteilende Richter allein sie erkennen, würdigen und die gerechte Strafe zumessen kann. — Die Umstände, welche die Strafzumessung bestimmen, die Strafzumessungsgründe, sind sehr zahlreich, verschieden, wie die subjektiven und objektiven konkreten Verhältnisse. Die Strafgesetzbücher variieren in großer Zahl oder sie führen gar keine Zumessungsgründe an, weil gerade ihre Zahl unendlich groß und die Auswahl willkürlich sei und abwende von der frischen Würdigung des vorliegenden Falles.

Die Strafzumessung umfaßt sonach zweierlei Faktoren und verschiedene Arten von Gründen.

a) Faktoren vorwiegend subjektiver Art, welche eigentliche „Strafzumessungsgründe“ genannt und in manchen Gesetzbüchern beispielsweise aufgezählt werden, — um den Richter aufmerksam zu machen auf allgemeine Umstände, welche innerhalb Minimum und Maximum die Strafe erhöhen oder mindern.

b) Faktoren der erstbezeichneten thatbeständlichen Art, welche in den Gesetzbüchern zu Specialfällen mit besonderm Thatbestand, Unterbegriffen mit besonderer Strafdrohung, qualifizierten Fällen ausgebildet wurden. Später in vereinfachter Gesetzgebung verloren sie diese Stellung, wurden nicht mehr angeführt, indem man dem Richter überließ, vorkommenden Falls die Specialität innerhalb eines erweiterten Strafrahmens nach den Umständen zu würdigen. Sie sind in die Stellung einfacher Strafzumessungsgründe zurückgetreten.

Sowohl jene als diese sind zahlreich und die Strafgesetzbücher sind ganz willkürlich in der Aufnahme derselben. Trotz der Verschiedenheit zwischen beiden sind sie ihrer Natur nach doch so verwandt, daß die allgemeinen Strafzumessungsgründe (a), je nachdem sie bei einem Verbrechen besonderer Art hervortreten, einen Specialfall und besondern Thatbestand bilden können.

Affekt und Überlegung bei Begehung eines Verbrechens sind allgemeine Straf-

zumessungsgründe. Bei Tötung werden sie begriffbildend. Der Wert der Sache, Absicht, Erfolg, Vollendung sind Momente des Thatbestandes von Verbrechen. — Er bedarf nur eines andern Standpunktes, eines andern Gesetzbuches und die Thatbestandsmerkmale werden zu solchen der Strafzumessung.

In unsern schweizerischen Gesetzbüchern namentlich werden die wichtigsten Merkmale des Thatbestandes, Einzelfälle und Qualifikationen einfach als Strafzumessungsgründe behandelt. Die komplizierte Behandlung des Diebstahls, die zu großen Schwierigkeiten führenden Unterscheidungen des ausgezeichneten und einfachen Diebstahls und des Wertes als Qualifikationsgrund sind im Strafgesetzbuch von Appenzell glücklich beseitigt, indem in einem Artikel über Diebstahl jene Qualifikationen als einfache Strafzumessungsgründe bezeichnet sind.

Viele Specialfälle der Tötung, welche die alten Gesetzbücher ausführlich entwickelten, sind in den neuern verschwunden und werden vom Richter vorkommenden Falls als Strafzumessungsgrund in Betracht gezogen. — Die herkömmlichen Fälle oder Unterbegriffe der Körperverletzung, schwere, leichte, mittlere, sind nach ihren wesentlichen Merkmalen von der Gesetzgebung so verschieden behandelt, daß dort als Thatbestandsmerkmal besteht, was hier bloß Strafzumessungsgrund ist. Im Begriff der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang ist die Absicht begriffbestimmend; der Erfolg, die Tötung, fällt erst in zweiter Linie in Betracht. Der Fall könnte ebensowohl in der Weise konstruiert werden, daß der Erfolg als Strafzumessungsgrund die höchste Strafe der Körperverletzung begründet — oder daß der Fall als Tötung gefaßt wird, wobei die Absicht der bloßen Verletzung als Strafzumessungsgrund ein geringes Maß der Strafe rechtfertigt. Manche Gesetzbücher nehmen Totschlag an oder fahrlässige Tötung. Bei schwerer Körperverletzung ist der Erfolg für den Begriff entscheidend und die Absicht bestimmt nur die Strafzumessung.

Daselbe ist der Fall bei Körperverletzung und Injurien. Das eine Recht bildet aus der Absicht den Begriff, das andere aus der äußern That. Die ältere Gesetzgebung stellte bei Körperverletzung, Kindsmord und andern Verbrechen, nach Überlegung, Vorbedacht, besondere Specialfälle mit eigenem Strassatz auf — heute fallen jene Merkmale nur noch als Strafzumessungsgrund in Betracht. — Für den Betrugsbegriff ist Erfolg und Schaden nach der einen Gesetzgebung thatbeständlich, nach der andern nicht. Wo das Erstere gilt, mindert der mangelnde Erfolg die Strafe vermittelt der Versuchsformel. Die Gewalt oder ihre Grade sind teils Begriffsmerkmale im Thatbestand, teils Zumessungs- oder Qualifikationsgründe.

Es ergibt sich, daß die Strafzumessung und ihre Faktoren von größter Wichtigkeit sind. Das Verhältnis von Gesetzesbestimmung und richterlichem Ermessen bildet den Angelpunkt der Strafgesetzgebung. So war es seit dem Anfang des Jahrhunderts in reicher Geschichte. Namentlich seit 1848 hat die Ausdehnung des richterlichen Ermessens, die Bedeutung der Strafzumessung zugenommen, während gleichzeitig die Strafgesetzbücher ihre Kasuistik und detaillierten Bestimmungen einbüßten.

So ist es auch heute, und der Entwurf bildet nur eine konsequente Weiterentwicklung des geschichtlichen Prozesses, begünstigt durch die besondere Entwicklung in der Schweiz. Denn gerade hier mußte aus Gründen der Rechts- und Staatsgeschichte, aus Gründen des

Vollsstaats und populärer Gesetzgebung und Rechtsprechung das Schwergewicht auf die Strafzumessung fallen. Die Gesetzbücher begünstigten das freie richterliche Ermessen, indem sie gleichzeitig von zahlreichen Sonderbestimmungen und Straffsätzen sich erleichterten.

Das Problem der Strafzumessung ist aber auch das wichtigste der Fortentwicklung und hier ist der Boden, auf dem eine fruchtbringende Veränderung der gesetzgeberischen Technik erwachsen kann.

Es ist möglich, durch Veränderung des Standpunkts und der Technik nach der bezeichneten Richtung zahlreiche strafrechtliche Begriffe, welche die Doktrin zu unnützen oder unwichtigen Streitfragen herausfordern und welche die Rechtsprechung verwirren und den strafwürdigen Fall abhängig machen von Zufall und Silbenstecherei — zu beseitigen oder zu vereinfachen.

Ausdehnung des richterlichen Ermessens und systematische Verwertung der Strafzumessungsgründe beider bezeichneten Arten ermöglichen dem Gesetzgeber, die Zahl der Begriffe und Thatbestände zu reduzieren, verwandte, strafbare Handlungen zusammenzufassen, nach Hauptgesichtspunkten einfach zu gruppieren, die Thatbestände auf ihren kürzesten Ausdruck zu bringen — mit einem Wort die Gesetzbücher zu vereinfachen.

Damit aber nicht der Gesetzgeber vereinfache, indem er auf die Praxis abladet, wo er sie leiten und stützen soll, ist es allerdings nötig, die Strafzumessung systematisch zu entwickeln und in Verbindung zu setzen mit dem Ganzen des Gesetzes und einer Reihe gleichlaufender specieller Maßnahmen.

Es geht nicht an, bloß die Thatbestände und Strafdrohungen zu erweitern, Specialfälle zu eliminieren und ohne Leitung und Grenzen dem Richter die einzelnen Fälle zu überlassen. Die Specialfälle können verschwinden, aber sie müssen in der Strafzumessung namhaft gemacht und auf bestimmte Stufen oder Grade der Strafe bezogen werden, wie dies im Entwurf geschehen ist.

Damit ist zugleich festgesetzt, daß diese Umstände der Strafzumessung den Richter begleiten müssen durch das ganze Gesetz. Unerläßlich ist ihre Anführung jedoch nur da, wo ein allgemeiner Thatbestand gesetzlich bereits in eine Anzahl Unterthatbestände und Begriffe mit besondern Strafdrohungen entwickelt wurde, wie dies bei den Hauptverbrechen der Fall ist.

Daraus ergibt sich dann die Notwendigkeit, das Verhältnis näher zu bestimmen, in welches die zu solcher Bedeutung erhobene Strafzumessung zu den Thatbeständen und zu den Qualifikationsgründen tritt.

Die Strafzumessung gewinnt mit der veränderten Bedeutung und Aufgabe andern Begriff und andere Wirkungen. Sie muß den Charakter der Freiheit bewahren und doch Bestimmtheit erhalten, wie sie den Qualifikationen zukommt.

Der Gang der geschichtlichen Entwicklung hat bereits wichtige Grundbegriffe aufgelöst; denn der Unterschied von Minderungsgründen und Milderungsgründen hört auf, sobald die Minima beseitigt und alternative Strafdrohungen mit Strafrahmen, die nach unten nicht begrenzt sind, eingeführt werden.

Ähnlich verhält es sich mit den Qualifikationen. Es wird nach dem Entwurf möglich,

die qualifizierten Fälle hervorzuheben mit einem besonders hohen Strafwert — ohne daß die Übelstände einträten, welche sich in der Praxis ergeben haben aus dem Zwang auf Zuerkennung einer unverhältnismäßig harten, durch ein Minimum begrenzten Strafe.

Es ist nun die erste Frage: Wie können Merkmale des Thatbestandes oder Thatbestände einzelner Fälle übergehen in Merkmale der Strafzumessung, da doch Merkmale des Thatbestandes und solche der Strafzumessung grundverschieden sein sollen wie Thatbestand und Strafzumessungsgründe? Der gesetzliche Thatbestand ist mit seinen Merkmalen ausschließend und zwingend. Fehlt ein solches Merkmal im faktischen Thatbestand, so ist kein Verbrechen begangen. Erst muß der Thatbestand des Gesetzes erfüllt sein, dann können Gründe der Strafzumessung das Maß der Strafe bestimmen. — Dagegen sind die Merkmale oder Umstände, welche die Strafzumessung bestimmen, frei. Sie können im konkreten Fall vorhanden sein oder nicht. — Der Thatbestand des Verbrechens, unabhängig davon, ist doch vorhanden, nur das Maß der Strafe wird näher bestimmt.

Jedes Thatbestandsmerkmal im Gesetz ist allerdings absolut und zwingend — aber nur in diesem bestimmten Gesetzbuch, nach diesem bestimmten Partikularrecht. Die Partikularrechte sind aber, wie die Meinung der Gelehrten, nach Standpunkt, Auffassung, veränderlich und verschieden in der Feststellung der Thatbestände. Es kann daher dem einen Gesetz ein Merkmal wesentlich und thatbeständlich erscheinen, welches im andern Gesetz als unwesentlich weggelassen und durch andere ersetzt wird.

Es besteht sonach in gewissem Maße Freiheit, ein Thatbestandsmerkmal ausfallen zu lassen und dadurch den Thatbestand zu vereinfachen — indem dasselbe unter die Gründe der Strafzumessung aufgenommen wird.

Man gelangt auf dem Wege grundsätzlicher Anwendung dieses Verfahrens zu einem vereinfachten eisernen Bestand von Thatbestandsmerkmalen und gleichzeitiger Würdigung mancher Merkmale, die thatbeständlich sind oder sein könnten, als Strafzumessungsgründe.

Hervorragend wichtig wird aber diese Umsetzung bei denjenigen Thatbeständen, welche als Specialfälle oder qualifizierte Fälle, oder als besondere milde Fälle mit specieller Strafdrohung bei den wichtigsten Hauptverbrechen aufgeführt werden.

Hier können meist im erweiterten Thatbestand und Strafrahmen die Specialitäten als Faktoren der Strafzumessung auf den kürzesten Ausdruck gebracht werden.

Das Ergebnis des Verfahrens, nur die notwendigsten Erfordernisse in den eisernen Bestand des gesetzlichen Thatbestandes aufzunehmen, hat die Folge: erstens eine größere Übereinstimmung unter den Gesetzen herbeizuführen, — was auch den Bestrebungen zur internationalen Annäherung in den Verträgen entgegenkommt, — zweitens den gesetzlichen Thatbestand zu vereinfachen und zugleich praktisch leichter anwendbar zu machen. Denn je zahlreicher, willkürlicher, komplizierter die Merkmale im Thatbestand sind, je mehr derselbe überladen wird, um so schwieriger ist die Anwendung, um so enger das Anwendungsgebiet, um so notwendiger sind Erweiterungen und die dialektischen Mittel, um das Ausgeführte zu beschränken, zu beschreiben und zu deuten. Es tritt mit jener Methode doppelt die Vereinfachung heraus: Entlastung und Vereinfachung der Thatbestände — einmalige Verwendung gemeinsamer Merkmale als Faktoren der Strafzumessung.

Wenn auf die bezeichnete Weise die Thatbestände vereinfacht und auf eine geringere Zahl zurückgeführt werden, so verändern die Merkmale, welche in die Strafzumessungsgründe übergehen, ihren Charakter; sie sind nicht mehr zwingend wie im Thatbestand, sondern frei wie Strafzumessungsgründe. Sie sind nicht mehr absolut festgesetzte Bedingungen, welche in jedem einzelnen Fall vorhanden sein müssen, sondern sie sind Faktoren, welche vorkommenden Falls die Strafe bestimmen.

Die „Strafzumessungsgründe“, wie manche Gesetzbücher dieselben anführen, sind nicht ausschließlich, sondern beispielsweise genannt. Dies trifft zu auch im Entwurf, wo Art. 15 ausdrücklich beifügt: und andere. Es sind die Zumessungsgründe, die vorstehend mit a) bezeichnet worden sind.

Etwas verschieden sind die Zumessungsgründe, welche bei den einzelnen Verbrechen jene Thatbestandsmerkmale, Einzelfälle, Qualifikationen aufzunehmen bestimmt sind (b). Sie stehen unter den Artikeln.

Gleich den andern sind diese letztern nicht ausschließend, denn andere giebt es und wären noch leicht aufzufinden, die nicht genannt sind und die doch dieselbe Bedeutung und Berücksichtigung beanspruchen könnten. — Sie sind aber auf gleichartige beschränkt.

Sie können allgemeiner Natur sein, wie sie Art. 15 aufstellt; aber bei den speciellen Verbrechen angeführt, haben sie die besondere Bedeutung, die schweren oder die leichten Fälle zu bezeichnen. Sie sind ohne den Zwang der Thatbestandsmerkmale nach der Natur der Strafzumessungsgründe und stehen daher im Entwurf außer dem thatbeständlichen Text durch den Druck ausgezeichnet.

Sie haben den besondern Charakter, welcher der veränderten Aufgabe der Strafzumessung im Gesetz und der Art der Strafdrohung entspricht: es soll das Ermessen zwar befreit, aber auch geleitet werden durch specielle Angaben, und die einfache Strafdrohung soll doch nicht eine allgemeine, unbeschränkte, weite sein, sondern eine abgestufte.

Daraus ergab sich die Nothwendigkeit einer besondern Konstruktion. Die bei den Artikeln angeführten Merkmale der Strafzumessung sind — ihrem Inhalt entsprechend und bezogen auf die abgestufte Strafdrohung — eine Verbindung von freier Strafzumessung und gebundener Qualifikation.

Es soll Freiheit mit Bestimmtheit verbunden werden. Die Nachteile der qualifizierten Fälle, welche namentlich in gebundener Strafart und Minimum bestehen, sowie in der oft schwierigen und zufälligen Unterordnung des konkreten Falles als einfachen oder qualifizierten — sind vermieden. Andererseits ist das freie Ermessen nicht ohne Maß und Leitung.

Wo das Gesetz in schwerste, mittlere, leichte Fälle abstuft, da bezeichnet die angefügte „Strafzumessung“ als schwerste Fälle diejenigen, welche mit schwerster Strafe bedroht sind, und solche gleicher Art. Ebenso sind leichte Fälle die mit leichter Strafe bezeichneten. Mittlere Fälle sind solche, die weder erschwert noch besonders leicht sind. Es ist aber auch möglich, daß schwerste und leichte Faktoren sich verbinden zu einem mittlern Ergebnis. Der Richter wird leicht den vorwiegenden Charakter bestimmen. Es dürfte nach der Prozeßverhandlung irgend eines Falles nicht die geringste Schwierigkeit haben, daß in kürzester Frist die Richter sich einigen, ob ein schwerer oder leichter Fall oder ein mittlerer vorliegt.

Selbst bei solchen Verbrechen, deren Strafwürdigkeit auf den engen Raum von wenig Jahren oder Monaten oder zwei Strafarten beschränkt ist, und wo unmittelbar aus der Summe der Urteilsgründe die eine Strafgröße aufgestellt wird, könnte dasselbe Verfahren Anwendung finden, mit Zugrundelegung der Frage: Liegt ein schwerer oder leichter Fall vor, und das Ergebnis wäre die Begrenzung der auszusprechenden Strafe auf Stufen, welche je einen Drittel ausmachen.

Wie verhält es sich da, wo ein allgemeiner Verbrechensthatbestand aufgelöst ist in die gebräuchlichen drei Unterthatbestände, wie z. B. bei Körperverletzung, Brandstiftung? Da kommen die speciellen Strafzumessungsgründe bei jedem einzelnen zur Anwendung, wenn sie sich mit einem dieser Thatbestände verbinden.

Erster Teil.

Allgemeine Bestimmungen.

Tit. I. Anwendung des Gesetzes.

Art. 1. Er behandelt die drei Fälle, welche die meisten Gesetzbücher in derselben Weise aufstellen. Das Gesetz findet Anwendung auf:

- a) alle im Kanton begangenen Verbrechen (In- und Ausländer);
- b) Verbrechen im Ausland gegen Staatsinteressen (Schutz des Staates und seiner Angehörigen gegen In- und Ausländer);
- c) Verbrechen im Ausland durch Kantonsangehörige, deren Auslieferung verweigert wird.

Diese Sätze sind einigen Bedingungen unterworfen.

Satz a). Dieser wird zu Gunsten der Rechtshülfe und gerechten Rechtspflege unter den Kantonen eingeschränkt, wie Art. 2 näher bestimmt. Es wird dadurch ein oft gerügter, schwerer Mangel der kantonalen Zersplitterung beseitigt. Souveränitäts-Bedenken fallen weg, da Konfordat und Gegenseitigkeit die Grundlage sind.

Satz b). Die Anwendung unseres Rechts auf Verbrechen, die außer unserem Gebiet sich ereigneten, rechtfertigt sich nur aus besondern Staatsinteressen: wenn das Verbrechen gegen den Kanton gerichtet ist oder gegen einen Angehörigen desselben.

Den gedruckten Entwurf sandte ich kurze Zeit vor der Ablieferung der Motive an Professor Dr. Gretener in Bern mit der Bitte, mir seine Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln zu machen. Ich wollte den Abschluß nicht setzen, ohne zuvor die Äußerungen des hochgeschätzten Fachgenossen zur abschließenden Nachprüfung vernommen zu haben. Dieselben haben mir zu einigen weiteren Ausführungen in den Motiven Anlaß gegeben und soweit es anging hat auch der Entwurf darauf Rücksicht genommen; ich spreche hiemit meinen Dank aus.

Zudem ist die Anwendung beschränkt: das Ausland muß in dieser Sache das Recht verweigert haben, Urteil oder Strafe darf noch nicht erfolgt sein, und der Thäter muß in unserer Gewalt stehen. Urteile ins fremde Gebiet sind Übergriffe.

Es war die Frage, ob dieser Schutz nicht ausgedehnt werden sollte auf die Schweiz und Schweizer. Es würde nicht schaden, aber unterblieb aus drei Gründen: das Bundesrecht trifft zum Teil Fürsorge (Bundesstrafrecht Art. 1, Satz 2). Die meisten kantonalen Strafgesetzbücher berücksichtigen es nicht (dagegen Neuenburg), oder nur in der Weise des Entwurfs; die Anwendung ist selten.

Die Frage, ob Auslandverbrechen von uns bestraft werden sollen, wenn sie nicht gegen den Kanton, noch gegen einen Angehörigen oder von einem hierorts flüchtigen Inländer begangen sind, ist zu verneinen. Gegen Ausländer findet alsdann Auslieferung statt; gegen Angehörige [nach c) 1 und 2] an Stelle der Auslieferung die Bestrafung infolge des Begehrens des verletzten Staates.

Satz c). Der Angehörige wird nicht ausgeliefert, ist ein feststehender Satz nach internationalem Recht und dem Auslieferungsgesetz der Schweiz. Daraus ergibt sich die Pflicht, den flüchtigen Angehörigen für das im Ausland begangene Verbrechen nach unserem Gesetz zu bestrafen. Voraussetzung ist, daß der verletzte Staat die Bestrafung verlange und seinerseits auf Bestrafung verzichte.

Es kommen hier die Bestimmungen des Auslieferungsgesetzes vom 22. Januar 1892 und das Bundesgesetz vom 24. Juli 1852 zur Anwendung.

Der Entwurf spricht nicht vom Verhältnis des Gesetzes zum Auslandsrecht und Gerichtsspruch in Fällen, wo das Verbrechen von einem Inländer im Ausland begangen wurde oder der Ausländer gemäß Satz b) hier bestraft werden soll; er normiert nicht über den Ausschluß der Verfolgung bei Verjährung, Straferlaß, mangelndem Antrag.

Die Erledigung solcher Fragen geschieht, wenn sie in den Fällen b) und c) auftauchen sollten, grundsätzlich.

Maßgebend ist der Satz an der Spitze des Art. 1: „Nach diesem Gesetze werden beurteilt.“

Das Gesetz unterscheidet zwei Fälle.

1. Satz b). Hier sagt lemma 2: Daß nach unserm Gesetz Beurteilung eintritt, wenn der Auslandsstaat nicht Recht erteilt, wenn er kein Urteil fällt. Es muß ein Urteil streng genommen vorliegen, ein rechtskräftiges, wie auch das deutsche Strafgesetzbuch verlangt. Es ist um so mehr Grund vorhanden, diese strenge Forderung zu stellen, als die Staatsanwaltschaft und bloße Gerichtsbeschlüsse nicht die genügende Sicherheit und Aufklärung des Falles bieten und es sich um Staatsinteressen handelt. Liegt kein solches Urteil vor, so kommt unser Gesetz zur Anwendung.

Das Gesetz anerkennt hier also das Urteil des fremden Gerichts in aller Form. Damit ist auch die Freisprechung anerkannt.

Dagegen ist nicht anerkannt, was nach fremdem Recht sich ergeben kann, ohne Urteil in Bezug auf Verjährung und Antrag, die wir selbst aufs äußerste beschränkt haben aus wichtigen Gründen; hier gilt „nach diesem Gesetze wird beurteilt“, Verjährung, Antrag kommen nur soweit in Betracht, als unser Gesetz anerkennt.

2. Satz c). Der Angehörige flüchtet sich hieher, ohne bestraft zu sein, oder nach teilweise erstandener Strafe. — Hier anerkennen wir fremdes Recht nicht, sondern nur das eigene. Zudem ist die Sachlage eine andere und Verfolgung würde ja nicht eintreten, wenn Verjährung oder mangelnder Antrag oder Strafnachlaß nach dem Rechte des begehrenden Staates stattgefunden hätte. Selbständig vorzugehen, liegt aber kein Grund vor, da die Verfolgung abhängig ist vom Begehren des verletzten Staates.

In diesem Falle ist nur unser Recht maßgebend. Der Verbrecher muß nach unserm Recht strafbar sein (wie das Auslieferungsgesetz bestimmt) und alle Vorschriften unseres Rechts, also auch betreffend Verjährung, Antrag gelten. Sie gelten auch, wenn das Auslandsrecht anders oder milder ist. Es ist ausschließlich unser Recht über unsern Angehörigen auf unserm Territorium maßgebend und daneben das dem andern Staate zugestandene Recht, von uns Verfolgung zu begehren, wenn das Verbrechen bei uns strafbar ist. Dagegen soll unser Richter erstandene Strafe und die andern Umstände als mildernde würdigen. Das Gesetz läßt ihm die größte Freiheit, alles zu berücksichtigen und gerecht die Strafe zuzumessen.

„Der verletzte Staat.“ — Es kann sowohl der Staat sein, auf dessen Territorium das Verbrechen begangen wurde, als der Staat, dessen Angehöriger das Opfer des Verbrechens ist, denn es ist denkbar, daß unter Umständen der Staat der begangenen That sich gleichgültig verhält gegenüber dem Angehörigen eines dritten Staates und Bestrafung des Flüchtigen nicht verlangt. Das ausschließliche Recht des Orts der begangenen That wäre hier Unrecht gleich.

Art. 2. Dieser Artikel ist bestimmt, große Mängel der kantonalen Strafjustiz zu beseitigen und Vereinheitlichung der Rechtspflege unter bestehenden Verhältnissen herbeizuführen. Der Weg ist bereits in den Kantonen beschritten. Vorbild ist das Strafgesetzbuch von Neuenburg vom 12. Februar 1891, Art. 91.

Die Kantone, deren Strafgesetzbücher alle in großer Übereinstimmung auf neuem Boden stehen, sollten durch gegenseitiges Übereinkommen auf Grundlage gleicher Interessen dazu gelangen können, daß Auslieferung der Kantonsangehörigen an den Kanton der begangenen That und Beurteilung mehrerer gemeiner Verbrechen als Konkurrenzfall möglich wird. Ein Kanton hat genau dieselben Rechte und Pflichten wie der andere.

Es läßt sich kein Grund erkennen, der diesen Fortschritt hemmen könnte. Selbst die Todesstrafe bildet kein Hindernis, denn es hat ja auch das internationale Recht hier Vorbehalte gemacht in den Auslieferungsverträgen. Für geringfügige Vergehen ist eine Regelung möglich und bereits durch Gesetz und Konkordate begründet. Bei Rechtsverletzungen, die ein besonderes Interesse politischer oder sozialer oder ethischer Natur haben, bei Ehrverletzungen, Religions-, Sittlichkeitsdelikten und andern, sind besondere Vereinbarungen möglich. Selbst prozessualische Einungen, um die Rechtsprechung im gegebenen Fall zu sichern, sind wohl denkbar und auch konkordatsweise schon getroffen worden.

Die Sätze des Art. 2 beruhen auf der Freiheit. Freiheit der Gesetzgebung. Freiheit der Regierung. Freiheit des Richters. Der Art. 2 sagt überall: kann. Die Vereinbarung spricht dann ein soll.

Der Artikel bahnt anerkannten Fortschritt an in folgenden Punkten:

Satz a). Unter Kantonen soll auch der Kantonsangehörige wegen gemeiner Verbrechen an den Thortort ausgeliefert werden können.

Satz b) und c). Die Grundsätze der Konkurrenz sollen Anwendung finden, auch wenn die konkurrierenden Verbrechen auf mehreren Kantonsgebieten begangen wurden. Nach den allgemein anerkannten Grundsätzen über Konkurrenz wird für mehrere unbestrafte Verbrechen die schwerste Strafe des schwersten Verbrechens geschärft, ihr Höchstmaß um einen Teil überschritten.

Die Häufung der Strafen (Kumulation), welche eintritt, wenn jedes Verbrechen für sich abgeurteilt wird, kann dazu führen, daß mehrere zusammentreffende geringere Verbrechen bestraft werden wie die allerschwersten. Daher ist die Kumulation fast überall aufgegeben.

Sind nach dem gegenwärtigen Zustand mehrere Verbrechen in einem Kanton begangen, so tritt nur jene Schärfung ein. Sind dieselben Verbrechen aber zufällig über verschiedenen Kantonsgrenzen vorgefallen, so kommt jene im eigenen Gesetz nicht anerkannte Kumulation zur Geltung. Darin liegt ein Widerspruch und große Härte oder doch ungleiche Behandlung.

Dagegen giebt es zwei Hilfsmittel. Das eine besteht darin, daß in Fällen, welche unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz stehen (abgesehen von den Kantonsgrenzen) derjenige Kanton, der später den Verbrecher übernimmt und beurteilt, Rücksicht darauf nimmt, daß und welche Strafe für die Konkurrenzfälle bereits erfolgte. Es würde dann praktisch die Konkurrenz Berücksichtigung finden. Dieses Auskunftsmittel ist im letzten Satz des Art. 2 vorgesehen.

Das andere ist, daß die Kantone unter sich vereinbaren, die Aburteilung aller konkurrierenden Fälle demjenigen Kanton zu überlassen, auf dessen Gebiet das schwerste Verbrechen begangen wurde.

Ein Hauptvorzug dieses Mittels ist, daß alles in einem Prozeß abgethan werden kann. Das ist einfach, rationell, dem staatlichen Verhältnis der Bruderkantone und einer fortgeschrittenen Gesetzgebung angemessen.

Es giebt keine Schwierigkeiten oder Hindernisse, die nicht zu überwinden wären, „auf dem Wege des Konkordats oder der speciellen Vereinbarung“.

Nur einiges sei noch erwähnt.

Es können die Staatsanwälte der beteiligten Kantone zur Verhandlung herangezogen werden. — Es kann der Richter verpflichtet werden, von der Zusammensetzung der Gesamtstrafe, von der Berücksichtigung der einzelnen Delikte Rechenschaft zu geben.

Es kann namentlich auch bestimmt werden, daß die ausgesprochene Strafe ganz vollzogen sein muß. Denn dem Strafanspruch des auf eigene Beurteilung Verzicht leistenden Kantons würde in der That nicht Folge gegeben, wenn der Abgeurteilte nach $\frac{2}{3}$ oder $\frac{3}{4}$ der abgelaufenen Strafe entlassen werden könnte wegen Wohlverhalten oder „eingetretener Besserung“.

Es entspricht dem Grundgedanken, daß der urteilende Kanton den Vollzug vollständig ohne ökonomische Beteiligung der andern Kantone übernimmt. — Das Gesetz des urteilenden Kantons ist maßgebend für sämtliche zur Aburteilung gelangenden Verbrechen. Man darf

es als Regel betrachten, daß damit alle Verbrechen getroffen werden können. Damit aber die einheitliche Beurteilung keine Schwierigkeiten finde in Fällen, wo das Gesetz des urteilenden Kantons die strafbare Handlung, die im andern begangen wurde, nicht enthält, wie dies namentlich zwischen Kantonen französischen und deutschen, neuern und ältern Rechts der Fall sein kann, so bestimmt der Entwurf, daß in solchen Fällen ergänzend das Gesetz des andern Kantons, der begangenen That, zu Grunde gelegt werden soll.

Tit. II. Strafen.

Die Todesstrafe.

Über die Aufnahme dieses Strafmittels entscheidet der Wille des Volkes. — Fest steht, daß sie nur mit größter Beschränkung angedroht werden darf. Die Strafe wird, soweit neuere Gesetzbücher in Betracht kommen, auf das schwerste Verbrechen gegen das Leben gesetzt.

Aus vielen Gründen darf sie nicht absolut gedroht und auf einen Begriff „Mord“ abgestellt werden, der von jeher sehr verschieden gefaßt wurde, heute noch nicht übereinstimmend festgestellt ist, noch jemals so festgestellt werden wird. Die Merkmale des Mordes und die einzelnen Fälle können sehr verschieden sein. Verlangt das Volk die Strafart, so müßte die Drohung lauten: Tod oder lebenslängliches Zuchthaus. Wo der Richter durch das Gesetz gezwungen ist, auf eine absolute Strafe zu erkennen, da hilft er sich erfahrungsgemäß mit Auslegungskünsten. Er soll aber mit Freiheit in den schwersten Fällen auch die schwerste Strafe vor seinem Gewissen verantworten können und in keinem Falle gezwungen sein, gegen seine Überzeugung darauf zu erkennen.

Die Freiheitsstrafen.

Art. 3—8. Die Freiheitsstrafe ist die Grundlage des Strafgesetzes, — eines jeden Strafgesetzbuches, seitdem die Strafen an Leib und Leben abgeschafft sind. Sie ist unter heutigen Verhältnissen das durch andere Mittel und Surrogate nicht zu ersetzende Hauptmittel. In ihr liegt der volle Zwang über den Leib und den Willen des Verbrechers — die physische Gewalt über den sonst freien Menschen, ernst selbst in der kürzesten Anwendung.

Die Freiheitsstrafe ist im weitesten Maße teilbar und abgestuft nach der Härte und nach dem Charakter der Strafart, in der die Gesinnung, das Ehrliche oder Unehrliche der That erscheint.

Die kurzzeitigen Freiheitsstrafen bilden weitaus die Mehrzahl der ausgefallten Strafen und sind unersetzlich. Nachteile derselben können gehoben werden durch Einzelhaft, Arbeit und andere Mittel. Geldstrafe ist nur bedingt Ersatz, denn ihre Wirksamkeit hört auf gegen Arme, die nicht bezahlen können, und gegen Reiche, die sie nicht empfinden.

Die Gestaltung der Freiheitsstrafen ist für das ganze Gesetzbuch, dessen Inhalt, Form, Thatbestände, Strafdrohung, Einfachheit und Übersichtlichkeit grundlegend. Alles kommt darauf an, wie die Arten der Freiheitsstrafen gefaßt und in Vollzug gesetzt werden. (Bot. S. 584/86 und 590.)

Ein Gesetzbuch, welches den Anforderungen, die gestellt werden müssen, entsprechen soll, muß hier feste Grundlinien haben, und wenn es bestehende Gefängnisanstalten vorfindet, kann es sich nicht nach diesen bilden, sondern es ist nötig, auch in kleinen Verhältnissen, so gut es geht, die Anstalt nach dem Gesetz zu richten, und dies ist möglich.

Es müssen drei Stufen der Freiheitsstrafe sein. (Bot. 589.) Schwere Strafen für schwere Verbrechen, leichte Strafen für leichte Verbrechen, mittlere Strafen für Verbrechen, die weder leicht noch besonders erschwert sind. — In der Strafart muß die Art und der Charakter der That als ehrlich oder unehrlich zum Ausdruck kommen, eventuell geschärft durch die Verbindung mit dem Ehrenentzug. Die Schwere der Strafart findet Ausdruck in der Bezeichnung derselben, in der höchsten und geringsten Zeitdauer, im Vollzug und dessen Erschwerungen, in der Anwendung auf Verbrechen schweren Charakters.

Es giebt Hauptstrafen und Nebenstrafen.

Die Arten der Freiheitsstrafe sind, anschließend an bestehende Gesetze: Zuchthaus — Arbeitshaus — Gefängnis.

Das Zuchthaus.

Art. 3. Diese Strafe ist lebenslänglich, oder zeitlich, in letzterm Falle dauert sie höchstens 25 Jahre. Wo nur Zuchthaus gedroht ist, ist das Höchstmaß 15 Jahre, Minimum 6 Monate.

Die Höchstdauer von 25 Jahren ist für außerordentlich schwere Fälle, die das Gesetz besonders nennt. Folgende Gründe bestimmten diesen Ansaß:

1. Die Kluft zwischen lebenslänglicher und höchster zeitlicher Strafe von 15 Jahren ist zu groß.
2. 15 Jahre ist für manche Verbrechen zu wenig.
3. Die nachteiligen Folgen 15jähriger Haft treten in unsern Anstalten in gleicher Schwere nicht hervor, wie sie in Deutschland bei strenger Einzelhaft bereits nach 10 Jahren sich äußern. (Motive zum Reichsstrafgesetzbuch.)
4. Manche kantonale Strafgesetzbücher haben 20, 25, 30 Jahre (Bundesstrafrecht), Appenzell sogar „bis lebenslänglich“. (Italien ebenfalls 25 Jahre; die Niederlande ähnlich wie der Entwurf, 15 Jahre, und für außerordentliche Fälle 20 Jahre, Art. 10.)
5. Fälle der Konkurrenz, Grenzfälle zwischen Mord, Totschlag, qualifizierte Tötungen, verlangen höhere Dauer und entsprechend angrenzende Strafen.

Die Schwere dieser Strafart findet überdies Ausdruck im Vollzug und in den Ehrenfolgen, die stets damit verbunden sind.

Das Arbeitshaus.

Art. 4. Diese Strafart ist das Mittelglied zwischen dem schweren, unbedingt entehrenden Zuchthaus und der in keinem Fall entehrenden Freiheitsentziehung im Gefängnis. Sie ist notwendig, soll nicht der Charakter der andern Strafarten verwischt und die Grundlage des Gesetzes unsicher werden.

Das Arbeitshaus ist nicht in jedem Fall mit Ehrverlust verbunden, in jedem Fall aber hat Arbeitshaus die Bedeutung, daß nicht bloß ein leichtes Vergehen vorliegt. Auf Arbeitshaus wird erkannt, wo Unehrllichkeit, niederträchtige Gesinnung oder Gemeinheit vorliegt; in schweren Fällen tritt Ehrverlust hinzu.

Die Dauer ist höchstens 10 Jahre. Ein Minimum ist nicht gesetzt, entsprechend dem Gefängnis. Gründe:

1. Es giebt geringfügige Handlungen, die innerlich grundgemein sind und nur mit geringer Freiheitsstrafe belegt werden können; ferner mindere Fälle gemeiner Deliktarten, Unterschlagung, Wucher; endlich Fälle, die nach der Deliktart nicht gemeinen Sinn voraussetzen, die aber unter Umständen ihn offenbaren, z. B. Friedbruch, Körperverletzung. Da ist Arbeitshaus die angemessene Strafart, auch wenn die Dauer nur nach Tagen sich bemißt. Die strengere Strafart ist sogar geeignet, die längere Dauer zu ersetzen.
2. Wo in der Handlung dieser Charakter liegt und die Vermögensverhältnisse des Schuldigen vorzügliche sind, da kann die kürzere, energische und kennzeichnende Strafart verhängt und ergänzend eine schwere Geldstrafe damit verbunden werden, wie dies das Gesetz besonders berücksichtigt, z. B. bei Wucher, Unterschlagung, Betrug und andern Vermögensverletzungen.
3. Da wo ein Minimum von 6 oder 3 Monaten für Arbeitshaus besteht, ergiebt sich die Notwendigkeit, die gemeinsten Verbrechen, wenn die Strafdauer tiefer liegt, dem Gefängnis zuzuweisen, das ganz andere Leute aufnehmen soll. Dadurch werden die Anlage des Gesetzes, die Bedeutung der Strafarten und die einzelnen gesetzlichen Vorschriften geradezu verkehrt, wie dies gegen die ausgesprochene Absicht des Gesetzgebers im Strafgesetzbuch von Zürich liegt.

Wichtig ist die Bestimmung über Vollzug, wonach die Erschwerung der Strafe, welche für die Strafart charakteristisch ist, erst eintritt, wenn die Strafzeit 2 Monate übersteigt.

Es ist also in leichtern Fällen, wo auf ein Minimum von Arbeitshaus erkannt werden soll, möglich, ohne Erschwerung das Strafmittel angemessen anzuwenden.

Das Gefängnis.

Art. 6. Es besteht in bloßer Freiheitsentziehung, hat niemals Ehrenfolgen und entsprechend ist auch der Vollzug. Dauer bis 5 Jahre ohne Minimum.

Die zeitlichen Grenzen der drei Strafarten sind abgestuft von 5 zu 5 Jahren, wie dies die Mehrzahl der Gesetze hat. Die Strafdauer greift insoweit von der einen Strafart hinüber in die andere. Es ist dies notwendig an sich und für die Grundlage des Gesetzes; denn wie es gemeine Verbrechen giebt, die Arbeitshaus oder selbst Zuchthaus von geringer Dauer rechtfertigen, so giebt es Verbrechen, denen keine unehrliche Gesinnung

zu Grunde liegt und die doch eine längere Freiheitsstrafe des Gefängnisses verdienen. Um den Strafarten ihren bestimmten Charakter gemäß dem Gesetz zu erhalten, müssen sie zeitlich übergreifen.

Ehrverlust.

Art. 5. Der Ehrverlust, mit Zuchthaus stets verbunden und mit Arbeitshaus in schweren Fällen, charakterisiert diese Strafmittel. Im alten Recht hatte die Ehre und ihr Verlust grundlegende Bedeutung. Die Sätze des Art. 5 entsprechen dem Landbuch, Art. 256: Jedes als Malesiz bestrafte Vergehen macht ehrlos. Bei andern Strafurteilen über Kriminalfälle soll beigefügt werden, ob der Bestrafte der Ehre entsetzt sein solle oder nicht und für wie lange (Landratsbeschuß von 1814). Nachtrag von 1823: Keiner, der gesetzlich der Ehren beraubt ist, soll schießen mögen. — Ehrenentzug macht unwürdig, für das Vaterland die Waffen zu tragen; (M. S., Bd. IV. 1842, S. 9); schließt vom Stimmrecht aus. (Verfassung Art. 23.) Zeugnisunfähigkeit ist nicht für alle Fälle auszusprechen.

Der Entwurf beschränkt die Dauer des Entzugs nach der Schwere der Strafart auf 10 Jahre bei Zuchthaus, auf 5 Jahre bei Arbeitshaus. Mindestens dauert er ein Jahr. Das Gesetz soll dem Richter alle Freiheit lassen, nach Lage des Falles von einem bis zu 5 oder 10 Jahren zu gehen. Speciell bestimmt es bei den einzelnen Verbrechen nicht. Nur bei unehrlichem Ehrabschneiden in schweren Fällen sagt es ausdrücklich, daß dem Ehrabschneider die Ehre auch genommen werden kann. Namentlich ist es zulässig bei schweren Friedbrüchen. Das alte Recht hat den Friedbrüchigen als ehrlosen Mann gehalten und bestraft. Unser Gesetz weist den Richter an, gewissenhaft zu prüfen. Der Entzug beginnt selbstverständlich mit der Entlassung aus der Strafanstalt.

Die Rehabilitation.

Art. 5 bestimmt, daß die vom Richter erkannte Strafe in keinem Falle abgeändert wird, außer durch Begnadigung.

Das ist ein Grundsatz, der unerschütterlich sein muß. Wir begegnen ihm wieder in Art. 7 d und in Art. 11 und 13. — Ohne diesen Grundsatz fällt das Strafrecht stückweise zusammen und man gelangt am Ende dahin, wohin man nicht wollte. Dieser Grundsatz des ganzen Gesetzes findet also auch Anwendung auf die Rehabilitation.

Da das französische Institut der Rehabilitation durch das helvetische Strafgesetzbuch weite, wenn auch nicht allgemeine Verbreitung in den Kantonen (Landsgemeinde-Erkenntnis von 1842) gefunden hat, so ist es nötig, näher zu begründen.

Der Ehrenentzug hat den Sinn, daß der wegen eines gemeinen Verbrechens mit Zuchthaus oder mit Arbeitshaus in schweren Fällen Bestrafte nicht sogleich nach erstandener Strafe sich neben dem aufrechten und ehrenfesten Bürger in Ausübung der Bürgerpflichten und öffentlichen Ehren bethätigen darf. Nach dem ältern Recht hatte er sich für immer dessen unwürdig gemacht, falls nicht Begnadigung eintrat. Es liegt darin ein achtungswerthes Volksurteil. Der Unbestrafte hält auf seine persönliche und Bürgerehre gegenüber dem bestrafte Verbrecher. Der Grundgedanke der Rehabilitation ist, daß selbst der wegen schwerer Verbrechen Bestrafte, nach erlittener Strafe, nicht auf immer der bürgerlichen

Ehre beraubt bleiben dürfe, sondern daß er nach längerer Probezeit in der Freiheit wieder in den Besitz der bürgerlichen Ehren und Rechte gelangen könne.

Stellt man sich auf diesen Boden, der dem modernen Rechtsbewußtsein entspricht, so ist noch gar nicht gesagt, daß damit auch die Einrichtung der Rehabilitation anerkannt sei. Diese Stellung nimmt auch das deutsche Strafgesetzbuch ein.

Die Rehabilitation mag am Platze sein, wenn das Strafgesetz Ehrverlust für immer ausspricht oder auf unbestimmte Zeit. Die Rehabilitation ist dann ein Gnadenakt, der die Härte des Gesetzes korrigiert.

Die Rehabilitation ist aber nicht am Platze, wenn das Strafgesetz ganz im modernen milden Geiste den Ehrenentzug zeitlich einschränkt, nach der Strafart, und wenn dem Richter alle Freiheit gelassen wird, je nach dem Charakter der That und des Thäters auf ein Minimum von Verlust zu erkennen, selbst auf ein Jahr bloß.

Dann soll auch hier gelten und bleiben, was ein gewissenhafter Richter nach mildem Gesetz gesprochen hat. Nach Ablauf der urteilsmäßigen Zeit tritt der Verbrecher wieder in seine Rechte. Den Ausweis hierüber giebt das Urteil oder eine einfache gerichtliche Bestätigung. Wenn aber der Gesetzgeber findet, trotz der Freiheit des richterlichen Ermessens sei das Maximum von 10 Jahren für die schwersten Verbrechen und von 5 Jahren bei Arbeitshaus zu viel — dann soll er im Gesetz die Zahl reduzieren. Es ist aber das Maximum nicht zu hoch, weil eben in allen Fällen der Richter viel tiefer gehen kann.

Das ist auch der Standpunkt des alten Urner Landbuchs, Art. 256 (Landratsbeschuß von 1814). Die spätere Änderung von 1842, daß das Urteil bestimmen soll, wann Rehabilitation nachgesucht werden könne, ist nicht glücklich.

Wenn wir aber die zahlreichen, in allen Punkten verschiedenen Straf- und Strafprozeßgesetze der Schweiz übersehen, so hat die Rehabilitation eine solche Menge von Beschränkungen und willkürlichen Bestimmungen, daß ein Grundsatz nicht erkennbar ist.

Man könnte noch einwenden, daß gerade das Gesuch um Rehabilitation, die Erkundigung, die feierliche Wiederherstellung wertvoll sei. Allein all dies würde eine Änderung des Urteils nicht aufwiegen. Es hat aber auch wenig auf sich in Wirklichkeit. Gerade die verschiedenen kantonalen Bestimmungen und besonders die Vergleichung mit dem Originalgesetz bringen dies zur Überzeugung. Das helvetische Gesetzbuch ließ die Rehabilitation nicht zu, ehe nicht 10 Jahre nach dem Urteil oder nach erstandener Strafe in tadellosem Wandel verflossen waren. Es trat sowohl in der Aberkennung der bürgerlichen Ehre als in der Wiedereinsetzung des Bürgertum der Republik mit einer Wucht, Feierlichkeit und Unmittelbarkeit auf, die Größe hatten in Form und Sprache. (Helvet. Penal. Gesetzbuch, § 30 und 56, 64—67.)

Die Rehabilitation ist aber zu einem kriminalpolitischen Reizmittel geworden, welches durch einen bureaukratischen Akt abgeschlossen wird.

Vollzug der Freiheitsstrafen.

Art. 3, 4, 6. Die Grundlinien des Vollzugs der Freiheitsstrafen gehören ins Strafgesetz; denn Charakter und Bedeutung erhält die Strafe zuerst durch die Anlage der Strafmittel, dann durch deren Vollzug.

Diese Artikel geben dem Vollzug der Zuchthausstrafe, der Arbeitshaus- und Gefängnisstrafe eine bestimmte Form und Schwere, so daß auch im Vollzug die Verschiedenheit der Strafarten hervortritt. Ein Hauptübelstand in Gesetz und Vollzug ist heute, daß die verschiedenen Freiheitsstrafen charakterlos ineinanderfließen. Selbst das Zuchthaus wird als Versorgungsanstalt begehrenswert, und schließlich bleibt für alle Sträflinge ein gemeinsamer Speisezettel, eine Normalzelle und Normalkleidung mit stufenweisen persönlichen Vergünstigungen übrig.

Der Entwurf giebt der schwersten Strafe für eine kurze Zeit die Fußfessel wieder — weniger zur Pein, denn als schwersten Ausdruck der Freiheitsentziehung. Die Bedeutung der schweren Freiheitsstrafe muß von Anfang an anschaulich und empfindlich vor die Sinne der Verbrecher treten. Schwere That — schwere Strafe — das ist gerecht.

Demselben Grund und Zwecke dient der kurze Dunkelarrest bei schmaler Kost. Wir geben nicht mehr „Willkomm und Abschied“, aber von Anfang an den Ernst der Strafe und Anregung zur Einker mit der Beugung des verbrecherischen Trozes.

Die Wiederholung des Dunkelarrestes auf den Jahrtag des Urteils — nicht der That — soll das Bewußtsein wecken, daß eine Schuld zu büßen ist.

Unter „strenger Disziplin“ ist die strenge Handhabung der Hausordnung verstanden.

Das Gesetz sieht einen progressiven Strafvollzug vor. Derselbe ist aber nicht bloß durch gesteigerte Vergünstigungen bei ohnehin verflachter Strafe möglich, sondern ebenso sehr durch allmähliche Reduktion der Erschwerungen, wie dies vorgesehen ist.

Für wesentlich ist die Bezeichnung der Zuchthauskleidung zu achten. Anderes gehört in Reglement oder Hausordnung. Die schwarz und weiß gestreifte Zuchthausjacke ist ein sinnfälliger Ausdruck für die Strafe und sitzt fest in der Volksanschauung, gerade wie die Bezeichnung „Zuchthaus“ oder die Bezeichnung des Strafortes für die Strafart. Es ist nicht bloß praktisch gegen die Entweichung. — Im Gegensatz dazu darf der Gefängnishäftling bürgerliche Kleidung tragen und die Kleidung des Arbeitshäuslers ist von jener verschieden.

Man darf nicht alle Formen verwischen. Die Volksanschauung hatte Formen. Die Vorstellung knüpft daran an und der Volksmund spricht es aus. Für die Phantasie hat es eine abschreckende Bildlichkeit. Namentlich das alte Recht ist reich an solchen Formen und es ist gerade die Kleidung, durch welche Strafe und Degradierung verschiedenster Art zum Ausdruck gelangten. Das ist mehr wert als eine Menge ausgeflügelter Gefängnispraktiken (Masken, Marken und dgl.).

Die Arbeitshausstrafe wird von denselben Gesichtspunkten bestimmt, jedoch die Fessel fehlt. Der Dunkelarrest ist beschränkt auf schwere Fälle und auf kurze Dauer und alles ist gemildert. Es hat aber die Strafart einen ausgesprochenen Charakter entsprechend den Handlungen, auf welche sie Anwendung finden soll, und ihrer Stellung im Strafsystem.

Der Vollzug im Gefängnis charakterisiert sich als einfache Freiheitsentziehung.

Art. 7. Zu den Grundlinien des Vollzugs, welche im Strafgesetz gezogen werden müssen, gehören die einfachsten Sätze über die heute gemeingültigen Vollzugsformen: Einzel-

haft, Gemeinschaftshaft, Arbeit, Erziehung. Dies ist umsomehr nötig, als heute über die Gefängnisverbesserung — die Verbesserung der Verbrecher durch Erziehungsanstalten gestellt wird. Aus demselben Grunde ist nötig, die Sätze d), e) und f) aufzustellen.

Satz a), b) und c). Es genügt zunächst, darauf hinzuweisen, daß eine ernste Strafe, die als Übel erscheint, nicht unverträglich ist mit Arbeit, Disciplin, Besserung und einer planmäßigen Progression, welche streng gezogene Grenzen nicht überschreitet. Arbeiten soll auch der Gefängnishäftling. Kurzzeitige Freiheitsstrafen werden in Einzelhaft verbüßt.

Die besonderen Verhältnisse des Kantons ins Auge fassend, muß man ja erklären, daß eine rationelle Durchführung der berechtigten Ansprüche nur in großen Anstalten vollkommen erreichbar ist. Das kann aber nicht hindern, daß auch für kleinere Verhältnisse bewährte Grundzüge aufgestellt werden, und daß nicht der Versuch gemacht werde, danach zu verfahren. Das Anzustrebende ist weder unerreichbar, noch mit besondern Kosten verbunden. Die Praxis wird das Richtige finden und die Zukunft manches bringen.

Satz d), e) und f). Von Wichtigkeit sind die Bestimmungen, welche das verwandte Gebiet der Kriminalpolitik und die besondere Strafe der Jugendlichen berühren. Die heutige Lage der Gesetzgebung nötigt dazu, im Gesetz Stellung zu nehmen. Es sei vorab verwiesen auf die vorstehenden „Grundsätze“ und die Ausführungen „von andern Maßnahmen und gemeinnützigen Bestrebungen“. — Strafrecht und Kriminalpolitik müssen getrennt werden nach den Marksteinen: Schuld — Strafe, welche dem Strafrecht gesetzt sind. (Bot. S. 597, 598, 613 ff. — Grenzbest. S. 56, 61, 62.)

Es ist daher im Entwurf nicht die Rede von allen möglichen Verwahranstalten außerhalb dieser Grenzen. Er läßt hier der Regierung freie Hand, sich gemeinnützigen Bestrebungen der Kantone oder des Bundes anzuschließen und durch Specialgesetze solches zu ordnen nach besondern Grundsätzen. (Fürsorge für verwahrloste und erziehungsbedürftige Jugend (Zwangserziehung); für verwahrloste liederliche Erwachsene, Arbeitscheue, Trunkenbolde; Versorgung von Irren; Kolonien, Asyle u. a.)

Das Strafgesetz nennt nur die bisher allgemein geübte Schutzaufsicht, die keine Strafe ist, wie die Polizeiaufsicht.

Für ein Specialgesetz, welches jene bessernden und fürsorgenden socialpolitischen Maßnahmen zum Inhalt hat und nach Verwaltungsmaximen bemessen ist, gelten doch andere Grundsätze, und man wird einem solchen Gesetz ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, damit nicht die Staatsgewalt Übergriffe in die Freiheit der Bürger, in die Rechte der Familie und in die Grundrechte der Verfassung begehe, unter der heiligen Fahne der wohlgemeinten Kriminalpolitik. Es ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß, wie in Amerika, die Besserungsmanie um sich greift und eine staatliche Erziehungspolizei sich bildet, welche am Ende die „Zwangserziehung“ von den Jugendlichen auf die Erwachsenen ausdehnt.

Die bedingte Entlassung.

Satz d) des Art. 7 geht wieder von dem Grundsatz aus, daß das richterliche Urteil nicht geändert werden darf. Die Strafe muß ganz vollzogen sein. Dieser Grundsatz ist ein Eckpfeiler des Strafrechts und des Gesetzes. Er richtet sich gegen die bedingte Entlassung.

Wenn bisher in den Kantonen die Übung herrschte, den verurteilten Verbrecher vor Ablauf der Strafzeit auf Grund guten Verhaltens zu begnadigen oder demselben ein Drittel bis ein Viertel der ohnehin milden Strafe zu schenken in der Form der bedingten Entlassung, so muß dies als ein Mißbrauch bezeichnet werden, als ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit und den Ernst des Urteils. Der Grund dieses Verhaltens macht die Sache nicht besser. Ursprünglich wollte man sich der Strafpflicht entziehen, die Gefängnisse entlasten, die Gefängnisdisciplin fördern, die „Besserung“ unterstützen. Als es zur Übung geworden war, dachte man sich gar nichts mehr dabei und hielt es am Ende für Recht. — Die bedingte Entlassung ist ein verwerflicher Auswuchs der englischen Deportation, unrecht in ihrem Ursprung und verhängnisvoll in ihren Folgen. (Vgl. Bot. S. 598—602.)

Die Geldstrafe.

Art. 8. Dieses Strafmittel ist in der neuern Zeit stark in den Vordergrund getreten, um die Freiheitsstrafen zu reduzieren. Die Verwendung desselben in den schweizerischen Strafgesetzbüchern ist eine ausgedehnte, zumeist im Strafgesetzbuch von St. Gallen. Es ist unwirksam gegen Arme und in beschränktem Maße angewendet gegen Reiche. Daher muß der Richter mehr als bei irgend einem andern Strafmittel hier den persönlichen Verhältnissen Rechnung tragen und zu dem Ende große Freiheit haben. Geldstrafe soll als Strafmittel, nicht als Fiskalmittel gebraucht werden.

Die Geldstrafe wird in den Gesetzbüchern

1. allein oder alternativ gedroht in der Bedeutung eines mildern Strafmittels;
2. in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe als Zusatzstrafe oder Schärfung, entweder zwingend, z. B. „Gefängnis und Geldbuße“, oder frei: „Gefängnis, womit Geldbuße verbunden werden kann.“ Das Letztere ist namentlich sehr häufig. — Nach dem Entwurf kann je nach Umständen der Richter neben der Freiheitsstrafe in beschränktem Maße auf Geldstrafe erkennen. Es tritt nicht eine Häufung der Strafen ein, sondern nach den Verhältnissen eine gewisse Ausgleichung; darin liegt eine vorzügliche Kombination von großer Anpassungsfähigkeit und es ist nur als Regel gesetzt, was im Einzelnen bereits geübt worden ist.

Die Geldstrafe gewinnt dadurch einen doppelten Charakter:

1. als selbständiges Strafmittel, da wo sie ausdrücklich selbständig gedroht ist, sei es für sich allein oder mit Freiheitsstrafe, wenn der Betrag höher ist als 1000 Fr.;
2. als eine Art Zusatzstrafe zu den Freiheitsstrafen. Als solche ist sie ohne besondere Androhung unterhalb des genannten Betrages angemessen anwendbar.

Einen Grundsatz in der Anwendung oder Beschränkung auf bestimmte Freiheitsstrafen oder bestimmte Verbrechenarten sucht man in den Gesetzbüchern vergeblich. Nur da, wo lebenslängliche Freiheitsstrafe dem Verbrecher eine gleichzeitige Geldstrafe nicht als weiteres Übel erscheinen läßt, ist dieselbe nicht gedroht.

Der heutige Verkehr, die Anhäufung großer Vermögen, der geringere Wert des Geldes haben insgesamt eine höhere Grenze setzen lassen; 10,000 Fr. ist nicht das Höchste. (Bundesstrafrecht 10,000, Zürich 15,000.) Als Zusatzstrafe ist sie auf den zehnten Teil beschränkt.

Die Wechselbeziehung und Ausglei chung zwischen beiden Strafmitteln, Freiheits- und Geldstrafe, wird sich so gestalten, wie es bisher geübt wurde, da, wo beide ergänzend gedroht waren. Grundsatz ist, daß Freiheitsstrafe nicht abzukaufen ist durch Geld. Namentlich bei schweren Verbrechen ist die Freiheitsstrafe die Hauptsache. Innerhalb der zulässigen Grenzen eines Mehr oder Weniger kann aber der Richter die mildere Freiheitsstrafe durch Auflage einer schweren Geldstrafe ergänzen, namentlich bei Vermögensverbrechen.

Dabei hat der Richter zu beachten, was unter den Bestimmungen über den Vollzug dieser Strafe bemerkt ist in Bezug auf Mittel, Familie, Härte. Viele unserer Gesetzbücher haben solche Bestimmungen. Er hat auch Rücksicht zu nehmen auf den Geschädigten, insofern, als er diesem nicht die Entschädigung als Strafe vorwegnehmen soll, da unter solchen Umständen der Hauptanspruch des Staates auf Freiheitsstrafe geht. Absorbiert die Entschädigung die Mittel des Thäters, so hat der Staat den Anspruch auf die Freiheitsstrafe. Im Adhäsionsprozeß ist diese Rücksichtnahme einfach, und im getrennten Verfahren nicht schwer.

Das Abverdienen und die Zulässigkeit von Teilzahlungen entspricht bestehendem Recht in Uri. Damit kann aber nicht gemeint sein, daß der Vollzug der Strafe in das Belieben und in die Bequemlichkeit des Verurteilten gestellt sei, und es wäre zu viel verlangt, wenn erst umständliche Betreibung erforderlich wäre. Die Vergünstigung ist nur für solche, welche den ernstlichen Willen zur Abtragung derselben kundgeben, durch Zahlung oder Arbeitsleistung auf Verlangen oder gemäß der Verpflichtung. Erfolgt auf Verlangen oder gegen die besondere Verpflichtung die Leistung nicht, so tritt ohne weitere Umtriebe die Umwandlung in Gefängnis ein. Das Landbuch, Art. 262, sieht Frist von einem Monat vor. (Das niederländische Strafgesetzbuch setzt fest, daß die Buße durch Haft ersetzt werde, wenn nicht nach zwei Monaten von der Urteilsfällung an bezahlt sei.)

Die Güte und praktische Handhabung dieser Bestimmungen ist abhängig von den Landesverhältnissen, Arbeitsverhältnissen und von der verständigen, dem Fall angemessenen Anwendung durch den Richter. Landbuch Art. 265 und Erläuterung vom 28. Dezember 1856. A. S., Bd. VI, 188. (Vgl. Thurneisen in Zeitschrift für Schweiz. Strafrecht 1893, S. 379 ff.)

Die Vollstreckbarkeit der Geldstrafe in den Nachlaß, wie manche unserer Gesetzbücher (auch Reichsstrafgesetzbuch Art. 30) sie annehmen, ist in Übereinstimmung mit dem Landbuch Art. 263 ausdrücklich ausgeschlossen worden.

Der Verweis.

Art. 9. Der Verweis ist ein altes Strafmittel. Es ist möglich, dasselbe in einer Weise zu gestalten und zu verwenden, daß es eine wichtige Stelle einnimmt.

Als mildeste Strafe ist er besonders gegen Jugendliche anwendbar, gegen Erwachsene bei geringern Vergehen unter mildernden Umständen. Beides nur, wo das Gesetz es gestattet.

Der Verweis ist Strafe und um diesen Charakter festzuhalten, giebt ihm der Entwurf bestimmte feierliche Form und ernste Folgen. Da er weiter nicht beschwert, ist er in vielen Fällen das geeignete Mittel, wo eine an den Begriff gebundene Freiheitsstrafe als Härte

erscheint. Er macht zuweilen die Aufnahme besonderer Bestimmungen überflüssig und er leistet praktisch den Dienst des vielangerufenen „Damoklesschwertes“.

Der so gestaltete Verweis hat aber gar keine Verwandtschaft mit dem Unbegriff der „bedingten Verurteilung“ oder dem kriminal-politischen Erlass der Strafe als „Aussetzung des Vollzugs“ unter der Bedingung guten Verhaltens — weder im Ursprung noch im Wesen, noch in der Konstruktion oder in der Tragweite. Mit dem Verweis stehen wir auf dem gegebenen Boden in juristischer Begrenzung und fester Gestalt.

Um dem Verweis den Charakter eines Strafmittels zu sichern, ordnet das Gesetz folgendes an:

1. Feierliche Erteilung und Vorhalt der Folgen. Ausdrücklich heißt es: „es wird zu Protokoll genommen.“ Denn im Volksmund ist das „am Protokoll stehen“ eine recht bedenkliche Sache. Das an eindrucksvollen Formen reiche helvetische Strafgesetzbuch hebt das an Protokoll nehmen auch ausdrücklich hervor.
2. Der Verweis gilt als Vorbestrafung (Art. 9 und Art. 15) und ist als erschwerend besonders hervorgehoben. Bei Erteilung des Verweises ist der Bestrafte darauf aufmerksam zu machen, daß gemäß dem Gesetz jedes künftige, auch nur leichte Vergehen, eine erhöhte Strafe nach sich zieht. Weitere Folge des Verweises ist, daß er innerhalb zweier Jahre nur einmal erteilt wird. Es muß für jedes folgende Vergehen, auch wenn es nur leicht ist, selbst unter mildernden Umständen auf eine schwerere Strafart erkannt werden.

Der Richter wird in Fällen, wo die verwiesene Handlung eine Gefährdung oder Bedrohung der Person enthält, als Folge des Verweises hervorheben, daß weitere Angriffe oder Bedrohungen den Angreifer dem Angegriffenen gegenüber in eine nachteilige und gefährliche Stellung bringen. Es kann auch in solchen Fällen nach dem zweiten Satz des Art. 9 Friedensbürgschaft verhängt werden.

Nach dem Entwurf ist die Anwendung des Verweises beschränkt auf folgende Fälle:

1. geringe Eigentumsvergehen, wenn dieselben erstmalig sind; Familiendiebstähle (Art. 39);
2. leichte Fälle unterlassener Hülfe (Art. 31);
3. Berichten (Art. 72);
4. einfache Drohung (Art. 47 c);
5. geringfügige Fälle des Versuchs, der Teilname und der Begünstigung.

Die Anwendung dieses Strafmittels oder eines schwereren liegt im Ermessen des Richters; er wird vom erstern Gebrauch machen, namentlich bei jugendlichen Thätern und mildernden Umständen, gemäß Art. 9.

In allen bezeichneten Fällen handelt es sich um geringfügige Delikte; teils sind es vollendete, teils durch besondere Umstände entschuldbare Handlungen des Versuchs, der Teilname oder der bloßen Begünstigung.

Für solche Rechtsverletzungen haben die Gesetzbücher oft besondere Artikel aufgestellt, durch welche sie die an den Verbrechensbegriff gebundene Strafe entweder ganz aufheben, Straflosigkeit für solche Handlungen aussprechen, oder eine andere Strafdrohung milderster Art festsetzen, oder dem Richter die Freiheit geben, daß er auf Strafe erkennen kann. Dies geschieht z. B. in Bezug auf Versuchshandlungen, die wenig gefährlich erscheinen, sei

es, weil der Thäter zurücktritt oder thätige Reue entwickelt, sei es, weil die Art der Begehung oder das Objekt relativ wenig geeignet erscheinen, oder endlich, weil der Versuch in „entfernten“ Handlungen stecken blieb. Es geschieht ferner bei Verbrechen, welche aus Rücksicht auf die Familie einer besonders milden Strafe unterstellt oder ganz von der Strafe befreit, oder unter kriminalpolitischen Gesichtspunkten als Antragsverbrechen behandelt werden. Eigentumsdelikte in der Familie, Begünstigung Familienangehöriger, negative Teilnahme durch Nichtanzeige u. a.

Namentlich ist in den bestimmten geringfügigen Fällen ein bloßer Verweis dann angemessen, wenn unehrliche Motive nicht vorliegen oder selbst ehrliche, wie Familiensinn, Aufopferung, Ehrliche zu Teilnahmehandlungen bestimmen. Die Zulässigkeit des Verweises in solchen Fällen giebt aber nicht bloß ein geeignetes Strafmittel an die Hand, wenn der gesetzliche Thatbestand zwar erfüllt, der Rechtsbruch jedoch minim ist, sondern durch dieses Mittel erzielt man zugleich gesetzgeberisch und praktisch große Vorteile.

1. Kann der Gesetzgeber nach dem Ergebnis der Vergleichung der Gesetzbücher eine erhebliche Zahl von besondern Artikeln ersparen, die doch nur eine zufällige Daseinsberechtigung haben. Solche Artikel sind oft ganz willkürlich gesetzt oder sie fehlen ohne Nachteil. Das Strafmittel dient somit auch der Einfachheit der Gesetzgebung.

2. Gerade die genannten Fälle sind es, welche im Gesetz zu besondern Bestimmungen Anlaß geben, die auch der Wissenschaft die häufigsten und unfruchtbaren Streitfragen liefern. Sie verwirren die Doktrin und sind ein Kreuz für die Rechtsprechung — jene Grenzfälle, wo die Gebundenheit und Starrheit von Begriff und harter Strafe zur Ausnahmebestimmung und Streitfragen führen, um welche die Wissenschaft umsonst sich bemüht hat, feste Regeln aufzustellen und in der Gesetzgebung für den Richter zur Geltung zu bringen.

Ist der Richter durch absolute Strafandrohungen und hohe Minima nicht gebunden und hat er ein geeignetes Strafmittel für solche Fälle, wie es im Verweis liegt, dann wird jener Scholastik der Boden entzogen.

Es bleibt noch die Frage zu beantworten, ob denn damit nicht Handlungen strafbar würden, welche Theorie, Gesetzgebung, Rechtsprechung vorwiegend von der Strafbarkeit ausgeschlossen haben?

Vorwiegend! nicht durchweg — und bei genauerem Zusehen sind solche Handlungen teils als selbständig strafbar erklärt im Gesetz, teils hat sie die Rechtsprechung durch ausdehnende Interpretation unter Strafe gezogen — selbst unter der Herrschaft eines Gesetzes und einer Doktrin, welche dem Begriffe nach sie ausschloß.

Zum Zweiten könnte darauf hingewiesen werden, daß die Frage an Bedeutung verliert, angesichts des Streites, ob der Verweis denn eine Strafe sei, sowie der geringfügigen Fälle und der Beschränkung, mit welcher er Anwendung findet.

Allein das Angeführte soll nicht einmal entscheidend sein. Wir sagen direkt, daß in Bezug auf jene entfernten Versuchshandlungen grundsätzlich und begrifflich Strafe nicht eintreten soll. Kommt ein solcher Fall vor Gericht, so ist die Frage zu lösen. Liegt ein Versuch nach der Bestimmung und dem Geist des Gesetzes vor, ist Anfang der Ausführung vorhanden? Wenn ja, dann ist die Handlung strafbar — wenn nein, straflos.

Da es aber der Wissenschaft trotz aller Versuche noch nicht gelungen ist, zu bestimmen, wo die Grenze des strafbaren Versuchs und der straflosen Vorbereitungshandlung liegt, so kann der Richter in leichten Fällen auf Verweis erkennen, ohne daß er sich in die Abgründe unerforschter Tiefen stürzt. Er wird auch mit einem Verweis kein hartes oder ungerechtes Urteil sprechen.

Wenn aber in solchen Handlungen eine Bedrohung oder ein Angriff liegt, so konkurrieren die Bestimmungen des Art. 47 c und Art. 27, und Verweis und Friedensbürgschaft treten gleichfalls in Wirkung.

Die Nebenstrafen.

Art. 10. Das Gesetz faßt sie zusammen. Es ist kurz und übersichtlich, während eine Aufzählung von 12 oder 15 Strafmitteln — eine verwirrende Musterkarte bietet.

Sie finden Anwendung gegen bestimmte Tätergruppen: Ausländer, öffentlich Bedienstete, bestimmte Berufstreibende, Trunkenbolde und Viederliche; dazu kommt die Konfiskation der Gegenstände des Verbrechens.

Satz a). Landesverweisung. — Dieses Mittel ist namentlich für die Schweiz unerlässlich, um sich der zuströmenden Völkerhefe von Verbrechern zu entledigen, nachdem sie die Strafpflicht gegen dieselben erfüllt hat. Keine internationale Pflicht gebietet, solche Elemente im Lande zu behalten, und das fortschreitende internationale Recht wird dafür sorgen müssen, daß Landesverwiesene übernommen und daß an denselben die geeigneten Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vom Heimatlande geübt werden.

Anderseits darf die Landesverweisung kein Mittel sein, eine verschuldete Freiheitsstrafe nicht oder zum kleinsten Teil zu vollziehen und den Verbrecher mit Verweisung über die Grenze zu bringen. Die Freiheitsstrafe soll vollständig auferlegt werden. Die Verweisung hernach stellt sich unter diesem Gesichtspunkte vielmehr als Sicherungsmittel und als Schutzmittel gegen Anhäufung bestrafter Verbrecher dar.

Man darf sie aber auch als speziell angemessene Zusatzstrafe betrachten, nicht bloß als polizeiliche Maßnahme. In Zumessung der Landesverweisung Fremder, nach erlittener Freiheitsstrafe, soll der Richter streng sein.

Er entzieht kein Recht, er verhängt weder Freiheits- noch Vermögensstrafe, er entzieht nur das mißbrauchte Recht des Aufenthalts.

Die Thatsache der sehr häufigen Verurteilung zu Landesverweisung beweist das Bedürfnis für dieses Strafmittel und die andere Thatsache, daß der Verweisungsbruch sehr häufig ist, verlangt energische Mittel dagegen.

Solche Mittel sind:

1. gemeinsame strenge polizeiliche Kontrolle durch die Kantone für die ganze Schweiz nach einheitlichem Plane;
2. strenge Bestrafung des Verweisungsbruches. Art. 69 d) erlaubt, bis auf 6 Monate Gefängniß oder in schweren Fällen, namentlich gegen Rückfällige, auf Arbeitshaus von gleicher Dauer zu erkennen. Damit verliert eine mehrmonatliche Gefängnisversorgung in der schönen Schweiz die Anziehungskraft.

Beschränkung der Landesverweisung auf schwerere Verbrechen ist jedoch geboten; der Entwurf legt den Strafwert zu Grunde. (Siehe Tafeln. Verbrechen, deren Strafwert Zuchthaus oder Arbeitshaus über zwei Jahre beträgt.)

Gleichwie Landesverweisung für geringe Vergehen nicht ausgesprochen wird, so wird eine interkantonale Verpflichtung, die von andern Kantonen ausgesprochene Landesverweisung zu vollziehen, auch nur für die bezeichneten schwereren gemeinen Verbrechen übernommen, denn bei diesen besteht das gemeinsame Interesse, welches fehlt bei geringern oder gar politisch komplizierten Vergehen. In diesem Sinne bestimmt der Schlußsatz des Art. 10 a). (Vgl. die polizeiliche Verweisung, Art. 45 d. V.-V. und Bericht des eidg. Justizdepartements von 1893 betreffend Entscheid vom 13. April 1880 und 3. Juni 1881.)

Satz d). Wirtshausverbot. — Uri, Verordnung vom 13. Januar 1844. N. S. IV. S. 35, 110. Verschärfung der Folgen. Landbuch Art. 183. Verfassung Art. 23.

Strafumwandlung, Begnadigung, politische Verbrechen.

Art. 11. Der erste Satz des Artikels trägt an der Spitze der drei engbegrenzten Ausnahmen a, b und c den Grundsatz der Unabänderlichkeit des in Rechtskraft erwachsenen Urteils. Dieser Satz ist gerade durch die Zusammenfassung der Umwandlung und Begnadigung sehr wichtig, indem er den üblichen Mißbrauch mit der Strafumwandlung und Begnadigung bei Wohlverhalten ausschließt.

Wenn dies bisher aus „praktischen“ Gründen anders gehalten wurde, muß doch der Grundsatz an der Spitze wieder Anerkennung finden. Es liegt auch im Landbuch, Art. 264, der Gedanke in Beziehung auf die Kompetenz der Behörden ausgesprochen: „Wenn einer vor Gericht, Rat oder Landsgemeinde bestraft ist, solle kein ander Gewalt, ihm etwas nachlassen können oder ihn dafür anhören.“

Der gemeinsame zusammenfassende erste Absatz des Art. 11 beschränkt die Ausnahmen auf Fälle der Unmöglichkeit des Vollzugs oder unvorhergesehener außerordentlicher Härte oder der in Satz c) genannten politischen Verbrechen.

Satz a). Strafumwandlung kann nur den Sinn haben, daß bei Unmöglichkeit des Vollzugs oder außerordentlicher Härte ein Strafmittel anderer Art an Stelle tritt, welches unter bestehenden besondern Umständen ein annähernd gleiches Maß in anderer Art zuteilt.

Ein Wertverhältnis für die Umwandlung muß in einfachster Weise gegeben werden.

Satz b). Begnadigung ist im gleichen Geiste behandelt. Sie soll nicht ein ordentliches Strafänderungsmittel werden und nur in außerordentlichen Fällen zur Anwendung kommen. Näheres ist an andern Orte zu bestimmen. (Verfassung Art. 59, Art. 11 des Reglements vom 17. Juni 1889 für den Landrat.)

Satz c). Zu Gunsten besonderer Satzungen für Begnadigung politischer Verbrecher sprechen viele Gründe und zahlreiche schweizerische Strafgesetzbücher haben bezügliche Bestimmungen. Satz c 4 entspricht dem von Neuenburg adoptierten Verfahren. Vgl. Bericht des eidgenössischen Justizdepartements über das Jahr 1892, S. 88. Eröffnung des Staatsrates von Neuenburg betreffend Art. 115 des Strafgesetzbuches und Anwendung des Art. 33 des Organisationsgesetzes vom 27. Juni 1874. Heute kommen die Artikel 106, 107 des Organisationsgesetzes vom 22. März 1893 in Betracht.

Der Wunsch, in solchen Fällen einer Bundesinstanz den Spruch zu unterstellen, ist schon so oft aufgetreten und das Verlangen nach einem unbefangenen höchsten Richter bei kantonalen schweren Wirren ist so begreiflich, daß die Aufnahme eines solchen Satzes als ein Fortschritt erscheint. Eingriff in die kantonalen Befugnisse ist nicht zu befürchten, denn es heißt kann.

Tit. III. Die schuldhafte That und die Strafzumessung.

Die Sätze über die schuldhafte That fassen das Verbrechen als eine Einheit zusammen. Zuerst kommt der Thäter in Betracht, nach seinem Willen; Zufall ist von Strafe ausgeschlossen, Fahrlässigkeit nur ausnahmsweise strafbar. — Dann folgt die strafbare Handlung, die erst angefangen oder schon vollendet sein kann und zum dritten: die Beteiligung an der That (in engerem Sinne Teilnahme und Begünstigung). Die Beteiligung an der That kann vor derselben, während derselben, oder nachher stattfinden. (Standpunkt Feuerbachs.)

Die Sätze über die Strafzumessung handeln von den Schuldmomenten, welche im gegebenen Fall nach Lehre und Erfahrung in der Person oder den Umständen zumeist von Wichtigkeit sind und daher die Schuld und die Zumessung bestimmen. Die Strafzumessungsgründe sind Merkpunkte für den Richter. Dieselben bestimmen aber auch je nach der Art des Verbrechens die Begriffe und es ist daher wohl berechtigt, die schuldhafte That und die Strafzumessung auf Grund der Schuld in einem Titel zu behandeln.

Beides gehört zusammen und dieser Zusammenhang ist in mancher Beziehung für das Gesetz von Wichtigkeit.

Die Strafzumessung darf als ein Angelpunkt der strafrechtlichen Entwicklung bezeichnet werden.

Vorsatz, Fahrlässigkeit, Versuch, Teilnahme, Begünstigung.

Art. 12. Gleiche Erwägungen, wie sie der Zusammenfassung des Titels zu Grunde lagen, haben die Zusammenfassung im Art. 12 bestimmt. Es liegt die durch das ganze Gesetz beobachtete Methode vor und nicht etwa die Tendenz, einen oder zwei Artikel zu gewinnen, denn dies wäre ebenso äußerlich als außerordentlich leicht zu ändern.

Somit ist nötig gerade hier, wie an einem Beispiel auf die Begründung einzutreten. Die Zusammenfassung ist begründet:

Erstens durch gemeinsame wichtige Bestimmungen für alle genannten Begriffe. Diese gemeinsamen Bestimmungen machen es möglich:

- a) alle nach einem wichtigen Gesichtspunkt auf einmal zu behandeln, — einheitlich — statt in mehrfachen Wiederholungen oder verschiedenen Sonderbestimmungen;
- b) zahlreiche Fragen des Versuchs der Teilnahme vermöge des leitenden Prinzips grundsätzlich zu entscheiden, statt eine Reihe von weitem Artikeln zu setzen oder Streitfragen zu veranlassen.

Die gemeinsamen Bestimmungen sind:

1. Der einleitende Satz (eine Norm), welcher die That, ihre Einheit für alle Beteiligten im ganzen Umfang des Verbrechens voranstellt;
2. die Bestimmung über die Strafzumessung;
3. die Bestimmung über geringfügige Fälle von Versuch, Teilname, Begünstigung und die Anwendung des Verweises und der Friedensbürgschaft.

Zweitens ist die Zusammenfassung begründet durch die erzielte Kürze des Ausdrucks. Schon durch die bloße streng geschlossene Form des Artikels ist es unmöglich gemacht, sich in doktrinaire Zusätze einzulassen. Die Form zwingt zur größten Konzentration und Sparsamkeit, wogegen die Methode der Paragraphierung jedes Begriffs, jedes Falles, jeder Unterscheidung, namentlich im allgemeinen Teil (Dolus, Culpa, Versuch, Teilnahme) zu einem Kreuz der Kriminalisten geworden ist.

Drittens ist sie begründet durch die Verschiedenartigkeit der Behandlung, welche den hier zusammengefaßten Begriffen nach der Gesetzgebung verschiedener Staaten zu teil wird. Keiner dieser Begriffe ist gemeingültig, in jeder Gesetzgebung aufgestellt; sie sind vorhanden oder fehlen nach Willkür:

Vorsatz und Fahrlässigkeit, in der ältern Gesetzgebung umständlich ausgeführt, werden mit Recht von der Mehrzahl der neuern Gesetze nicht mehr definiert. (Deutsches Strafgesetzbuch.)

Dasselbe ist von der Vollendung zu sagen.

Der Versuch ist als selbständig und allgemeingültig teils nicht anerkannt, teils fragwürdig. Das alte Recht hatte dafür einzelne strafbare Handlungen, das helvetische Gesetzbuch kannte ihn nicht. Das Strafgesetzbuch von Schweden von 1864 enthält keine allgemeine Bestimmung über Versuch, sondern es erwähnt die Strafbarkeit von Versuchshandlungen bei einigen Verbrechen im speciellen Teil. Andere grundsätzliche Verschiedenheiten der Gesetzgebung lassen der Konstruktion freie Hand.

Teilnahme und Begünstigung, früher verbunden, dann getrennt, sind im Strafgesetzbuch von Schwyz auf einen äußerst einfachen Ausdruck gebracht und in einem Paragraphen behandelt.

Wenn die genannten Begriffe in der Gesetzgebung teils zusammengefaßt, teils nicht besonders behandelt werden, dann ist Grund gegeben, zu prüfen, ob sie einer speciellen Behandlung weiter bedürfen, und wenn man die übermäßige Kultur, die jenen zu teil wird, beschränken und sie unter einen gemeinsamen prinzipiellen Gesichtspunkt zusammenfassen kann, indem man sie zugleich auf ihren kürzesten Ausdruck bringt, dann soll es geschehen.

Der gemeinsame grundsätzliche Gesichtspunkt der That als Einheit bestimmt entscheidend über die Schuldformen, über Versuch und Teilnahme.

Der erste Satz des Art. 12.

Dieser Satz stellt eine gemeinsame Norm auf, welche die Einzelbestimmungen beherrscht. Er stellt das Verbrechen dar, als eine Einheit. Diese umfaßt die That vom Anfang der Ausführung bis zur Vollendung; den Thäter und alle an der That Beteiligten. (Strafrecht der Schweiz 782. Bot. 603, 605, 607.)

Daraus folgt:

1. In Bezug auf Versuch die Auffassung des französischen Rechts, sowohl im Begriff als in der Strafe und in den Fragen der Vorbereitungshandlungen und der untauglichen Versuche. Vom Anfang der Ausführung bis zum Abschluß ist eine bestimmte Verbrechenshandlung.

Der Satz b) spricht nicht ausdrücklich eine mildere Strafe aus. Einerseits, weil es in der Regel als selbstverständlich erscheint, daß der ausbleibende Erfolg als strafmildernd berücksichtigt wird, anderseits, weil es Versuche giebt, welche eine Strafe wie für ein vollendetes Verbrechen rechtfertigen. Das Ausbleiben des Erfolges kann Zufall, die Ruchlosigkeit und Gefahr eine außerordentliche sein. Dynamitattentate. Auf diese Weise wird die Rechtsauffassung des französischen und deutschen Rechts verbunden.

Die ausdrückliche Hervorhebung der mildern Strafe ist da notwendig, wo absolute Strafen gedroht sind oder hohe Minima zur Härte zwingen, oder die Strafe des Versuchs zwischen bestimmten Bruchteilen der Strafe des vollendeten Verbrechens eingeflemmt ist. Unser Gesetz hat keine Minima, alternativ gedrohte Strafarten, und nur in wenigen schweren Fällen ist Zuchthaus allein gedroht, wo das Minimum von 6 Monaten in keinem Fall zu hoch scheint, für vorgerückte Versuche. Immerhin würde die absolute Drohung der Todesstrafe nötigen, hinzuzufügen „wird milder bestraft“ oder „der Richter kann zu einer mildern Strafart übergehen“. — Ist die Todesstrafe aber alternativ gedroht, so kann man hievon absehen. Die Höhe der Strafe wird nicht nur bestimmt vom Fortschritt des Versuchs zur Verwirklichung, sondern ebensosehr von der Gefährlichkeit und Bössartigkeit d. h. von Strafzumessungsgründen des Art. 15.

Rücktritt vom Versuch ist grundsätzlich straflos. Der Thäter ist zwar eingetreten in die verbrecherische Handlung, aber die Handlung erfordert ernstlichen und konstanten Willen, und wo dieser fehlt und es durch Rücktritt kundgegeben wurde, ist die Handlung als Ganzes unfähig, verwirklicht zu werden, wie bei absolut untauglichem Mittel (französische Rechtsanschauung). — Liegt in dem Unternehmen eine Drohung, so giebt das Gesetz die bezüglichen Friedensbestimmungen.

2. (Satz c.) Es folgt aus der gemeinsamen Norm in Bezug auf Teilnahme die Geltung der objektiven Theorie, das heißt: die That des Thäters bestimmt das Verbrechen für alle Beteiligten; sie ist ein Ganzes, eine Einheit, wie im Versuch, so in der Teilnahme. (Bot. S. 607, 609.)

Es wird ferner in Gesetzgebung und Rechtsprechung zu großes Gewicht gelegt auf unbestimmbare Seelenvorgänge. Es sollen aber die äußerlich leicht erkennbaren objektiven Momente entscheiden. Oft muß der Richter Rechtsbegriffe, die auf jene gestellt sind, in den Thäter hineinlegen oder er wird abhängig von berechneten Vorspiegelungen. (Birkmeyer, die Lehre von der Teilnahme und die Rechtsprechung des Reichsgerichts 1890, S. 145, 155, 287.)

Daraus folgt:

1. Daß die vom Thäter begangene Handlung maßgebend ist für alle Teilnehmer; was sie sich dabei gedacht haben oder gedacht zu haben vorgeben, kann für die Höhe der Strafe bestimmend sein.

2. Anstiftung und Beihilfe sind accessorischer Natur, sie sind nur strafbar in Verbindung mit der That, nicht selbständig oder abgelöst von der That. Es giebt also keine strafbare Anstiftung oder Beihilfe, wenn die That nicht geschehen ist, noch liegt darin ein Versuch einer strafbaren That. Ferner giebt es keine Bestrafung für den Teilnehmer, wenn für den Thäter Freisprechung erfolgte, denn die That ist eine Einheit. Der Thäter kann aber unter Umständen das unsträfliche Instrument des Teilnehmers sein; darum soll der Richter den Fall betrachten und nicht die Fesseln einer Theorie tragen.

Der erste Satz des Art. 12 entscheidet also die wichtigsten Fragen grundsätzlich und erspart zugleich eine Anzahl von Artikeln doktrinen und streitigen Inhalts. Über die Form der Teilnahme im Strafgesetzbuch von Schwyz, Art. 40, vgl. Strafrecht der Schweiz, S. 806, 807, 793, 804, 484.

Der letzte Satz des Art. 12. Es giebt von manchen Verbrechen vollendete Begehung in so leichter Gestalt, daß die geringste gesetzlich zulässige Strafe angemessen ist, z. B. kleine Diebstähle. Auch der Versuch dieser ist strafbar, weil eben die verbrecherische Handlung begangen ist. Unser Gesetz mit der Grundlage der Einheit der That kennt die Dreiteilung nicht und nicht die Ausnahme der Strafe des Versuchs für Vergehen und Übertretungen, die dem Begriffe nach Verbrechen sind.

Daher ist es nötig, für solche Fälle nicht nur das Minimum der Strafe zuzulassen, sondern selbst durchweg eine leichtere Strafart zu ermöglichen.

Dieser Grund, dessen Gerechtigkeit einleuchtend ist, wird unterstützt durch einen andern — nicht minder wichtigen:

Geringfügige Handlungen des Versuchs der Teilnahme der Begünstigung können als Bedrohung oder Gefährdung erscheinen, welche die Anwendung eines geeigneten und speciellen Strafmittels rechtfertigen. Ein solches ist gegeben im Verweis, womit Friedensbürgschaft verbunden werden kann. Es tritt in Zusammenhang mit den Bestimmungen über Drohung und entspricht dem alten Recht. Derselbe Gedanke hat Ausdruck gefunden im Strafgesetzbuch von Appenzell, wo Drohung neben Versuch (§§ 26, 27) aufgestellt ist.

Voraussetzung ist: es müssen begriffsmäßige Handlungen des Versuchs, der Teilnahme, Begünstigung vorliegen. Vorbereitungshandlungen und innere Akte sind jedenfalls ausgeschlossen; sie können unter Umständen als ernstliche Bedrohung erscheinen. Es ist aber einleuchtend, daß der theoretische Streit um Grenzfälle zwischen Anfang der Ausführung und Vorbereitungshandlung an praktischem Wert vermöge dieses Mittels verliert und in gleicher Weise Gerechtigkeit und Sicherung berücksichtigt werden können.

Die Begünstigung (Satz d) wird wieder unter den Begriff der Teilnahme gebracht (indirekte Teilnahme; Kohler, Studien aus dem Strafrecht, 1891).

Endlich gestattet die Vorschrift des letzten Satzes von Art. 12, Umgang zu nehmen von besondern Bestimmungen, welche Ausnahmen von der Regel der Bestrafung festsetzen, wie z. B. Begünstigung des Thäters durch nächste Angehörige, denn ein Verweis wird in keinem Falle als zu harte Strafe erscheinen.

Zum Schlusse genügt eine kurze Bemerkung über Vorsatz und Fahrlässigkeit. Es empfiehlt sich, keine Definition darüber aufzunehmen, denn jede führt zu Schwierigkeiten und Streitfragen. Von Vorsatz ist nur in negativer Form die Rede.

Art. 13—15. Die Artikel über die Strafzumessung richten sich in erster Linie an den Richter, der die Strafe zumißt.

Art. 13 giebt die Grundlagen der Gesetzesanwendung.

Art. 14 enthält die Anweisung, wie der Richter die Strafdrohung handhabt.

Art. 15 giebt die Strafzumessungsgründe, welche als Merkpunkte der Richter besonders beachtet. Die Gesetzbücher zählen deren viele und verschiedene auf.

Art. 13 giebt die Grundlagen, wie sie in der Einleitung „von der Gerechtigkeit“ dargelegt sind. — Er ist zugleich ein Appell an den Richter, wie ihn das englische und französische Recht besitzen, in der Instruktion, darin von großen und edeln Dingen im Menschen und im Recht mit gewichtigen Worten die Rede ist.

Art. 14. Die einfachen Sätze dieses Artikels sind das Ergebnis eingehender Untersuchungen und Versuche über das „Problem der Strafzumessung“. Leichte Anwendbarkeit durch den Richter ist erste Bedingung. Es handelte sich darum, im Zusammenhang mit den Grundlagen und der Technik des Gesetzbuches eine einfache, bestimmte und doch das freie Ermessen des Richters nicht beschränkende Anwendung desselben zu sichern.

Vgl. vorstehend: Strafdrohung S. 66. Strafwert S. 67. Freiheit des richterlichen Ermessens S. 71. Strafzumessung S. 73.

Dazu sind einige Ausführungen über die Art, wie das Gesetz und wie der Richter die Strafe mit dem Verbrechen verknüpfen, nötig.

Der Thatbestand eines Verbrechens im Gesetz kann auf zwei verschiedene Weisen bestimmt und entsprechend mit Strafe bedroht werden.

1. Er wird ohne Unterscheidung von Hauptfällen oder Unterbegriffen umfassend aufgestellt und ebenso mit einem weiten Strafrahmen versehen, unter Androhung verschiedener Strafarten. Das richterliche Ermessen hat weiten Spielraum.
2. Er wird gespalten in schwere und leichte Fälle mit besondern Strafdrohungen (qualifizierte, privilegierte Fälle, Specialfälle mit eigenem Thatbestand und Strafdrohung). Das richterliche Ermessen wird an diese speciellen Voraussetzungen gebunden.

In beiden Fällen ist die strafzumessende Thätigkeit des Richters dieselbe:

Ist der Thatbestand des Verbrechens von ihm nach den gesetzlichen Merkmalen festgestellt, so wendet er nach dem Ergebnis der Verhandlung für ernstere Fälle die schwerere Strafart an — oder die leichtere in zeitlich längerer Dauer. In leichten Fällen kommt nur die leichtere Strafart zur Anwendung. Gleichzeitig paßt der Richter dem Charakter des Verbrechens als ehrlich oder unehrlich die entsprechende Strafart an, so daß er selbst auf geringe Zeit die schwere Strafart verfügen kann.

Schon darin liegt eine Summe von rechtlichen und faktischen Erwägungen, innerhalb welcher bereits Erschwerungs- oder Milderungsgründe zur Geltung gekommen sind. Diese Art der Verbindung von Verbrechen und Strafe findet namentlich nach einem Gesetzbuche statt, welches, wie oben sub 1 bemerkt, umfassende Begriffe und weite Strafrahmen hat und weder Strafzumessungsgründe im Gesetz aufzählt, noch Einzelfälle, qualifizierte, privilegierte Fälle auszeichnet. — Der Richter kann aber auch, nachdem er aus dem Ergebnis der Verhandlung Strafart und Dauer festgesetzt hat, die Strafzumessungsgründe in besonderer

Prüfung in Betracht ziehen und danach die allgemein oder vorläufig nach dem Gesamteindruck gesetzte Strafe corrigieren.

Dies wird namentlich da eintreten, wo das Gesetz eine Anzahl erschwerender oder strafmildernder Umstände im Einzelnen besonders hervorhebt und den Richter veranlaßt, dieselben besonders zu würdigen.

Wie stellt sich nun die Sache dar nach einem Gesetzbuch, welches die Methode verfolgt, umfassende Begriffe und weite Strafdrohungen nicht zu setzen, sondern die Begriffe zu spalten und die Strafen demnach zu specialisieren und abzugrenzen? Hier liegt eine Mehrzahl von Unterthatbeständen, Einzelfällen vor. Es sind außerordentlich schwere Fälle, solche mit mildernden Umständen neben Durchschnittsfällen hergehoben, alle mit besondern Strafdrohungen. Es sind mehrfach neue Thatbestände mit besondern Strafen gesetzt.

Der Inhalt aller einzelnen Aufstellungen ist aber kein anderer, als der Inhalt des einen umfassenden Thatbestandes.

Was in jenen Einzelfällen, Qualifikationen ausdrücklich hervorgehoben ist, dasselbe kommt innerhalb des gemeinsamen, umfassenden Thatbestandes zur Geltung in Gestalt eines Strafzumessungsgrundes. Dieser bestimmt in gleicher Weise die Strafe innerhalb des weitem Strafrahmens. Und die in concreto ausgefallte Strafe wird ganz dieselbe, oder kann dem Falle angemessen dieselbe sein, ob sie auf der Würdigung als Strafzumessungsgrund oder als Einzelfall, Qualifikation beruhe.

Es können zum Beispiel bei den Verbrechen der Tötung oder Körperverletzung eine größere Zahl von Specialfällen und Qualifikationen schwerer und leichter Art im Gesetz aufgestellt werden mit besondern Strafsätzen, wie die ältere Gesetzgebung in großer Mannigfaltigkeit ausgeführt hat. Die neuere hebt nur noch wenige Fälle ohne Übereinstimmung heraus oder sie verzichtet ganz auf diese Specialitäten, die in einem umfassenden Thatbestand aufgehen; der Richter würdigt sie dennoch vorkommenden Falls erschwerend oder mildernd, jedoch frei.

Während bei umfassenden Thatbeständen die Würdigung nach dem wirklichen Leben in unmittelbarer Erfassung und freier Berücksichtigung aller bestimmenden Nebenumstände geschieht, — ist sie bei zahlreichen und engbegrenzten Unterbegriffen, definierten Thatbeständen und abgezirkelten Strafen eine gebundene, vielmehr eine formelle als lebenswahre.

Diese Methode macht zudem die Anwendung für jeden Einzelfall abhängig gerade von dem Merkmal, welches der Gesetzgeber mehr oder weniger willkürlich in dem einen oder andern der gespaltenen Thatbestände glaubte aufnehmen zu müssen, und trotz dieser Begriffsspaltung und der Hervorhebung der Einzelfälle liegt die Willkür in diesen Aufstellungen. So lehrt die Verschiedenheit der Gesetzgebungen und der Meinungen. Der Richter kann nicht umhin, immer noch andere strafbestimmende Faktoren zu würdigen. In keinem Fall wird damit jenes Maß von Vollständigkeit und Sicherheit erreicht, welches man auf diesem Wege anstrebt — wohl aber sind damit schwere Übelstände verbunden und wird die Anwendung des Gesetzes kompliziert.

Nach der andern Seite der Normirung mittelst weiter Thatbestände und Strafrahmen ohne Anleitung des Richters für Specialfälle und ohne Abstufung der Straf-

drohungen ist die Einwendung begründet, daß die in bestimmtem Maße notwendige und berechnete Freiheit des richterlichen Ermessens zu weit ausgedehnt sei.

So ist denn Aufgabe des Gesetzgebers, sich eingehend Rechenschaft zu geben, ob und wie er die eine oder andere Art der Bestimmung der Thatbestände und der Strafdrohung verwende und wie es möglich werde, durch die Konstruktion die eigentümlichen Mängel zu vermeiden.

Das richterliche Ermessen muß frei sein und zugleich muß dieses freie Ermessen durch das Gesetz die bestimmte Leitung erhalten und gemessene Abstufung und feste Strafwerte.

Das kann erreicht werden durch die Reihe der bereits bezeichneten Mittel in ihrem Zusammenhang, namentlich durch die geeignete Entwicklung der Strafzumessung in Verbindung mit der Strafdrohung und die Umsetzung thatbeständlicher Merkmale in solche der Strafzumessung.

Die im Entwurf durchgeführte und in Art. 14 aufgestellte Lösung läßt in ihrer Einfachheit die Erwägungen und Schwierigkeiten der Fragen nicht leicht erkennen, es ist aber Sache der Motive, zu zeigen, daß das Leichte und Einfache nicht von schnellfertiger Willkür oder von Zufall bestimmt ist, sondern daß gerade diese bestimmte Fassung eine gesetzmäßige ist.

Es muß dem Richter leicht fallen, auf Grund der Verhandlungen zu sagen, ob das Verbrechen ein schwerer Fall sei — ein leichter — oder ein mittlerer.

Welche Fälle als schwerste gelten, welche als geringe, das bezeichnen die unter Strafzumessung den Artikeln beigelegten Umstände.

Dieselben sind nicht ausschließend, jedoch beschränkt auf gleichartige. Das positive Recht anerkennt die Ausdehnung spezifizierter Mittel auf gleichartige.

Dagegen sind die allgemeinen Strafzumessungsgründe des Artikel 15 völlig freie Beispiele, welche von jeher die Gesetzgebung beliebig nach Zahl und Bedeutung aufgestellt hat.

Die dreifache Abstufung des Strafwertes bei den wichtigern Verbrechen bindet nur als Maximum, weil kein Fall denkbar ist, der, selbst wenn die Umstände vorhanden sind, welche die Anwendung der schwersten Strafe rechtfertigen — nicht andere Umstände aufweisen könnte, welche in dem gegebenen Fall eine Strafe rechtfertigen, die unter das Maximum mittlerer oder selbst geringer Fälle herabgeht. Es werden außerordentliche Fälle sein — aber das Gesetz darf nicht zwingen, auf sie eine Strafe anzuwenden, die in concreto hart und ungerecht wäre. Dieses Prinzip hat das niederländische Strafgesetzbuch mit voller Konsequenz und ist bei den schwersten Verbrechen und im ganzen Gesetz durchgeführt.

Der Schlußsatz des Art. 14 giebt diesem Verhältnis und der Bedeutung zusammenfassender Umstände Ausdruck in den Worten: „denn das Leben fügt sie stets aufs neue“. Es liegt darin nicht eine bloß überflüssige Begründung, sondern ein maßgebender und leitender Satz für die Strafzumessung, ein Grenzzeichen gegen den Formalismus.

Der Satz ist ja von einleuchtender Wahrheit und doch wird er häufig verkannt. Wie wäre es sonst möglich, die Strafzumessungsgründe zu einem Rechenexempel zu machen, wie z. B. das Strafgesetzbuch von Tessin thut. Freilich ist anzuerkennen, daß dieses Gesetz

nur die konsequente Folgerung aus dem gesetzgeberischen Formalismus darstellt, aus der Tendenz, alles zu bestimmen, zu zergliedern, besonders zu bedrohen. Es wird das Leben nach Schulbegriffen zugeschnitten im Gesetz, — und nach der Schablone spricht der Richter.

Gesetzgebung und Rechtsprechung können nicht oft genug sich gegenwärtig halten, daß in seinem persönlichen Kern nach den lebendigen Umständen jeder Fall ein neuer ist. — Die Gesetze stellen nur die aus der Erfahrung gewonnene, mehr oder weniger gelungene, logische Form her.

Die Richter, der gezwungen ist, wegen der Starrheit der Form eine bestimmte harte Strafe auszusprechen, gegen die besondere Natur und Strafwürdigkeit des konkreten Falles, wird eben nach Formen unrecht richten.

Nur der Richter kann hier das Rechte finden, als ein Mann von Wissen und Erfahrung, Gesetzes- und Menschenkenntnis. Das Gesetz soll ihn leiten und nicht in formalistische Fesseln schlagen.

Art. 15. Er enthält die Strafzumessungsgründe allgemeiner Natur. Ihr Verhältnis zu denjenigen, welche bei den einzelnen Verbrechen angeführt sind, ist bereits bezeichnet. Diese Gründe können beliebig vermehrt werden, weshalb ausdrücklich beigefügt ist „und anderes“. Hier findet auch die Vorbestrafung ihre Stelle, die äußerst beschränkte Verjährung und, völlig ausreichend, die erlittene Untersuchungshaft.

Art. 16. Vorbestrafung. — Sie ist allgemeiner Erschwerungsgrund nach Art. 15. Es können verschiedenartige Verbrechen und Strafen (Verweis) vorstehen. Vorbestraft ist, wer schon eine Strafe erlitten hat; dazu gehört auch der erste Rückfall. Die Strafe für das zweite Verbrechen wird also bloß erhöht unterhalb des angesetzten Maximums; z. B. wird der zweite Diebstahl, wenn er ein leichter ist, nicht höher bestraft, als die Grenze für leichte Fälle geht, und die Vorstrafe fällt — mit besonderer Rücksicht auf die gleiche Art des Verbrechens — straherhöhend ins Gewicht.

Mehrfache Vorbestrafung ist mindestens die dritte Bestrafung auf Grund des Strafgesetzbuches. Sie hat zur Folge, daß der Richter die schwerste Strafe des Verbrechens in Anwendung bringen kann — d. h. er ist nicht gebunden, durch die Strafstufen des Verbrechens, er kann nach mehrfacher Vorbestrafung das neue Verbrechen als schwersten Fall behandeln.

Der Richter wird die Schwere der verbrecherischen Handlungen in gerechte Würdigung ziehen. Namentlich wird er von der Möglichkeit, die schwerste Strafe zu verhängen, nur in schweren Fällen Gebrauch machen, wenn Beharrlichkeit in gleicher Art und Neigung vorliegt. — Gleiche Art und Neigung — nicht gleiche Verbrechen. Aufzählungen sind nicht nötig.

Die Möglichkeit, die schwerste Strafe des Verbrechens auszusprechen, ist völlig ausreichend, denn die frühern Verbrechen sind bestraft.

Nichts rechtfertigt eine gleiche Behandlung wie bei dem Zusammentreffen noch unbestrafter Verbrechen (Konkurrenz). Es ist Thatsache, daß die Richter auf Rückfall nicht das volle Maß der gesetzlich zulässigen Strafe anwenden — und zwar deswegen nicht, weil sie

es als ungerechte Härte empfinden. Dies hat auch das Gesetz zu achten und daher sind drakonische Ausnahmegesetze und entsprechende Theorien zum Zwecke der Unschädlichmachung abzulehnen.

Eine andere Frage ist die nach administrativen Schutzmaßnahmen (die nicht Strafe sind) für entlassene Sträflinge (Kolonien, Asyle).

Art. 17. Konkurrenz. Hier ist Überschreitung des Maximums angemessen. Ein Drittel dürfte genügen. Wo bloß Zuchthaus gedroht ist, wäre $15 + \frac{1}{3} = 20$ Jahre zulässig. In keinem Fall darf die Höchstdauer von 25 Jahren überschritten werden; auch dann nicht, wenn es sich um mehrere Verbrechen handelt, von denen eines bis zu 25 Jahren bedroht ist. Wenn die Höchstdauer einer Strafart bei Konkurrenz überschritten wird, so ist das Mehr unter entsprechender Verkürzung der Dauer in die höhere Strafart umzusetzen. Hat der Richter die Wahl zwischen mehreren Strafarten, so wird er in solchem Falle nur die schwerere Strafart aussprechen.

Tit. IV. Ausschluß der Strafe.

Art. 18—21. Der Titel gliedert sich nach dem Grundsatz der Zusammenfassung in vier Artikel. Art. 18 behandelt den Strafausschluß wegen mangelnder Fähigkeit des Wissens und Willens; a) Geistesstörung — b) Jugend. — Art. 19. Strafausschluß wegen Mangel des Willens. — Art. 20. Strafausschluß bei Verteidigung oder Erwidern. — Art. 21. Strafausschluß aus Prozeßgründen.

Art. 18. Satz a). Geistesstörung schließt die Fähigkeit, das Verbrechen und seine Folgen zu erkennen, aus. Die gleiche Wirkung kann die geistige Unreife, das jugendliche Alter haben.

Die Fähigkeit, das Verbrechen und seine Folgen zu erkennen, ist der normale Zustand, in welchem ein nicht geistesgestörter oder geistig nicht unreifer Mensch erkennt, daß die That wider Recht und Gesetz ist, verbrecherisch, daß er eine strafbare Handlung begeht, eine Handlung, welche Strafe nach sich ziehen kann oder muß. Der Verbrecher aus politischem, socialen oder religiösem Wahn täuscht sich nicht darüber, daß er dem Richter verfällt, daß er widerrechtlich handelt. Wird trotz dieser Einsicht die Handlung begangen und diese erfüllt den Thatbestand eines Verbrechens, so ist die Schuld begründet und auf sie die Strafe. Die That ist gegen bessere Einsicht gewollt und begangen und verdient darum nach dem Gesetz Strafe. Geistesstörung von dauernder oder vorübergehender Art umfaßt alle Zustände, welche die Fähigkeit, das Verbrechen und seine Folgen zu erkennen, ausschließen: also Blödsinn, Wahnsinn, Raserei und Zustände der Bewußtlosigkeit, Sinnverwirrung aller Art. Die ältern Gesetzbücher haben die Zustände einzeln angeführt, doch erwiesen sich diese Bestimmungen als ungenügend und die Wissenschaft hat die Formen solcher Störungen in so großer Zahl aufgestellt, daß kein Gesetzbuch auch nur annähernd

sie erschöpfen könnte. Da empfiehlt sich, wie im französischen Recht, ein zusammenfassender kurzer Ausdruck; das Hauptgewicht fällt auf die Untersuchung im einzelnen Fall, ob jene Fähigkeit zu erkennen, zur Zeit der Begehung vorhanden war oder nicht.

Satz b). Jugend steht unter demselben Grundsatz. Ist das jugendliche Alter so unreif, daß die Einsicht nicht vorhanden ist, so schließt dies die Strafe aus. Ist Einsicht zwar vorhanden, aber die geistige Entwicklung gering, so ist dies Strafmilderungsgrund.

Eine erhebliche Zahl von Rücksichten und Einrichtungen zu Gunsten der Jugend kann im Gesetz, in der Rechtsprechung, im Vollzug getroffen werden, um jeden berechtigten Einwand zu berücksichtigen. — Aber die Grundsätze müssen feststehen und es soll nicht der verbrecherischen Jugend, welche eine steigende Kriminalität aufweist, nach allen Seiten ein Privilegium des Verbrechens erteilt werden. Die Zahl schwerer und raffinierter jugendlicher Verbrecher ist groß und die auch für die erwachsenen Missethäter beliebte „Besserung“ darf nicht die ernste Strafe ersetzen.

Es ist unhaltbar, zu Gunsten der Jugendlichen die geistige Fähigkeit zu spalten nach reifer Einsicht und unreifer Willensfestigkeit. Die Letztere ist bei jugendlichen schweren Verbrechen oft in hohem Grade vorhanden, während sie einer großen Zahl bejahrter Verbrecher fehlt. Wäre dies Strafausschließungsgrund, so dürfte man gleichfalls die alten Verbrecher in zahlreichen Fällen nicht bestrafen.

Auf jenem Boden der Grundsätze des Strafrechts nimmt das Gesetz folgende Rücksichten auf die Jugend und giebt Einrichtungen, die allen Ansprüchen genügen.

1. Die Prüfung und Entscheidung muß im einzelnen Fall bei dem Richter stehen; er kann auf Ausschluß der Strafverfolgung oder der Strafe erkennen, oder er kann die Strafe weitgehend mildern nach den Verhältnissen des Falles.
2. Er hat zu unterscheiden zwischen schweren Verbrechen und leichten und besondern Verbrechenarten. Für einzelne derselben ist die Einsicht nicht vorhanden, z. B. für kleine Diebstähle oder fahrlässige Brandstiftung, für andere ist sie vorhanden, wie für Tötungen, Raubankfälle u. dgl.; für dritte Verbrechen endlich ist der Jugendliche zur Begehung gar nicht fähig. Das Gesetz muß dem Richter die Freiheit dieser Unterscheidungen lassen.
3. Das Gesetz nimmt als Grenze 12 Jahre an mit Rücksicht auf die Zeit der erfüllten 6 Jahre Alltagsschule, auf die nach unsern Landesverhältnissen erlangte Reife und auf eine große Zahl von Gesetzbüchern, welche diese Grenze setzen. Italien setzt 9 Jahre, Tessin, Genf deren 10.

Unter diesem Jahr tritt Verfolgung nicht ein, wenn nicht der Fall ein schwerer ist, „Bosheit das Alter erfüllt“. — Damit ist auch die Schwierigkeit überwunden, daß der Richter wegen einem Tag strafen oder die Strafe erlassen muß.

4. In jedem Falle zwischen 12 und 16 Jahren hat der Richter die gesetzliche Pflicht, besonders die Fähigkeit und Einsicht zu prüfen, wie wenn eine Präsomption für Unzurechnungsfähigkeit vorhanden wäre.
5. Wenn Einsicht vorhanden ist oder wenn in schweren Fällen die Bosheit das Alter erfüllt, darf der Richter auf die schwerste Strafart nicht erkennen und er ist selbst an die Höchstdauer von 10 Jahren gebunden.

6. Der Vollzug findet in besondern Anstalten oder bis zum 20. Jahre in Einzelhaft statt.
7. Über 16 Jahre bis zum 20. findet ebenfalls ein besonderer Vollzug statt in Einzelhaft (Art. 7 f) und die Jugend ist Milderungsgrund.
8. Der Strafprozeß hat für Jugendliche ein besonderes Verfahren vorzusehen (nicht Jury), wie es in England summarisch mit Nutzen angewendet wird.
9. Der Richter ist durch keine absolute Strafdrohung oder hohes Minimum gezwungen, ein hartes, auf Jugendliche angewendet, ungerechtes Urteil zu sprechen, noch nötigen ihn doktrinaire Unterscheidungen und qualifizierte Fälle (namentlich bei Diebstahl) zur Härte. Der Junge, der für seine Kaninchen einige Kohlblätter nimmt, wird so wenig wegen ausgezeichnetem Diebstahl bestraft, als der Erwachsene, der ein paar Zündhölzchen einsteckt, wegen einfachem Diebstahl.

Es muß nach alledem erklärt werden, daß der Entwurf die Jugend in ausreichendem Maße berücksichtigt. Dabei bleibt die Grundlage erhalten und Gerechtigkeit in Ernst und Milde.

Der jugendliche Vaternörder und Raubmörder, Einbrecher und Räuber wird bestraft, und wenn er zwischen 16 und 20 Jahren ist, so kann der Richter nach Lage des Falles die Jugend als Strafmilderungsgrund berücksichtigen. (Vgl. Bot. 615.) 16 Jahre bilden einen markierten Abschnitt (Eintritt der Mannbarkeit, Konfirmation, Ende der Schulzeit oder Lehre), 17, 18, 19 Jahre sind willkürliche Ansätze).

In Bezug auf die Versorgung jugendlicher Verbrecher, die nicht weiter verfolgt oder wegen mangelnder Einsicht freigesprochen werden, sagt das Gesetz nur: Die Behörde ist ermächtigt. (Vgl. Art. 7 f und vorstehend „Von andern Maßnahmen und gemeinnützigen Bestrebungen“.) Hierüber bestimmen besondere Gesetze. Immerhin soll die Anstalt für solche Thäter den Charakter der „Zwangs-Besserungsanstalt“ haben, nicht bloß denjenigen einer Versorgung, wie für Arme, Verwahrloste, die nichts Sträfliches begangen haben. (Bot. S. 617.)

Kürzere Gefängnisstrafen werden in Einzelhaft verbüßt. Die Institution der Schulgefängnisse ist als Verbindung von Schule und Gefängnis nicht empfehlenswert. Das Strafgesetzbuch von Zürich giebt in der Behandlung der Jugendlichen ein Beispiel wohlwollender, aber nicht wohlüberlegter Bearbeitung.

Art. 19. Gewalt, Drohung in hohem Grade, und der Zustand größter Not (Notstand) nehmen der That die Freiheit und schließen daher die Strafe aus. Das französische Recht anerkennt dies und faßt die Fälle zusammen mit dem Strafausschließungsgrund der Geistesstörung. (Art. 64.) Unser Gesetz hält beide Fälle auseinander in Art. 18 und 19. Einige schweizerische Gesetzbücher führen die Trennung weiter in mehreren Paragraphen.

Strafausschließung darf in solchen Fällen nur stattfinden, wenn der Zwang von höchster Bedeutung ist (*force à laquelle il n'a pu résister*). Dann ist aber auch nicht nötig, daß derjenige Zustand nachgewiesen werde, der die Fähigkeit, das Verbrechen und seine Folgen zu erkennen, aufhebt.

In minder ernsten Fällen ist bloß ein Strafmilderungsgrund vorhanden;

es könnte sogar, wenn das Gesetz weder absolute Strafen noch Strafminima hat, der Art. 19 wegfallen und sein Inhalt in Art. 15 aufgehen.

Das Gesetz spricht daher von „höchstem Zwang“, „unwiderstehlicher Gewalt“, „größter Gefahr“. Gefahr für Leib und Leben ist nicht ausschließlich erforderlich; auch Eigentumsgefährdung kann die Anwendung des Artikels begründen. Ablehnen muß man die allgemeine Übertragung der Notstandstheorie auf Diebstahl aus Not oder Armut.

Es ist Sache des Richters, die Merkmale des Gesetzes nach der Lage des einzelnen Falles zu wägen. Keine Ausführung ist im stande, das erforderliche Maß der Gewalt oder Gefahr und Not für den einzelnen Fall näher festzusetzen. Die Entwicklung der Notwehr, die sich von gleichen beschränkenden oder näher bestimmenden Merkmalen reinigte, zeigt den Weg für den Notstand. Es ist sehr gefährlich, die Annahme des Notstandes zu weit auszudehnen und daher nimmt es der Entwurf strenge, indem er zugleich dem Richter Freiheit giebt, alle entschuldbaren Umstände zu würdigen. Ergänzend treten Entschädigung und Privatabkommen in den meisten Fällen ein.

Art. 20. Notwehr und Erwiderung. Der Inhalt des Artikels ist eine Rückkehr zum alten Recht unserer Landbücher. Er anerkennt in weitem Umfang das Recht der Wehr in Not, das Recht der Verteidigung, und darüber hinaus das Recht, dem Angreifer, Anfänger, dem widerrechtlichen Herausforderer entgegenzutreten und ihm die Gefahr und die Beschwerung der Urhah aufzuerlegen.

Satz a) behandelt die Notwehr, wie allgemein bestimmt (deutsches Strafgesetzbuch § 53, Zürich § 48) als Verteidigung gegen rechtswidrigen Angriff.

Die ältere Gesetzgebung hat die Notwehr nach allen Seiten beschränkt und verklausuliert aus dem polizeistaatlichen Gesichtspunkte. Die Retorsion wurde als altes Herkommen, widersprechend der Rechts- und Staatsauffassung, verworfen. Die schweizerischen Gesetzbücher haben vorwiegend und in ihren besten Erzeugnissen diesen Weg nicht beschritten, und die modernen Gesetze dehnen nach jeder Richtung die Notwehr wieder aus in Annäherung an das alte Recht. So thut auch der Entwurf; er hat keine Einschränkungen in Bezug auf die Art des Angriffs oder der Abwehr oder der Mittel, noch selbst der Zeit der Abwehr.

Satz b) geht weiter, indem er nicht nur das Recht der Verteidigung anerkennt, sondern das Recht, jedem Angreifer, Anfänger, Beleidiger oder Provokanten entgegenzutreten, auf die Gefahr hin, damit den Angreifer zu verletzen — mit Maß. — Maßloser Exceß ist in jedem Falle strafbar nach Umständen.

Der Angreifer soll, auch wenn sein Angriff nicht zur Verteidigung nötigt, die Folgen seines widerrechtlichen Angriffs tragen, wenn sie das Maß nicht überschreiten. Das alte Recht war hierin sehr feinsüßig. Der widerrechtliche Angriff wird mit der Gefahr der berechtigten Abwehr des Angegriffenen umstellt. Das Recht wird bewehrt im einzelnen Mann. Der Angreifer mußte nach altem Recht sogar doppelte Buße bezahlen und den Schaden an sich tragen, schwere Verletzung ausgenommen, deren Bestrafung im Ermessen des Richters stand.

Die Erwiderung ist gebunden an die sofortige Reaktion („Erwiderung“, „Ab-

weisung"), wie dies im Begriff liegt; es darf nicht eine Kette von gegenseitig straflosen Angriffen sanktioniert werden. Das Friedensrecht greift auf diesem Punkte ein. Das Recht der Erwiderung ist beschränkt auf Ehrverletzung und leichte Körperverletzung — „schwere Körperverletzung ausgenommen“. (Vgl. Art. 28, 36 c.) Bei diesen beiden Delikten ist die Retorsion allgemein anerkannt. Der Art. 20 bringt einheitlich einen alten Rechtsgedanken im frühern Umfange wieder zur Geltung: Gegen den Angriff wider Recht, ausgedehntes Recht der Wehr mit der Belastung des Anfängers, Friedensstörers.

Art. 21. Die Strafe ist ausgeschlossen wegen mangelndem Antrag des Berechtigten und wegen Verjährung. Beide Einrichtungen sind grundsätzlich aufs äußerste beschränkt und eine große Zahl doktrinelles und kriminalpolitischer Bestimmungen ausgeschieden.

Satz a). Antragsverbrechen. — Man kann der Ansicht sein, daß ihre Behandlung in den Prozeß gehört. Die Strafgesetzbücher halten sich aber größtenteils nicht daran.

Das Übermaß der Antragsverbrechen in der neuern Gesetzgebung ist eine Frucht der kriminalpolitischen Bestrebungen seit langer Zeit und solche Erwägungen bestimmen auch die einzelnen Sätze. Ein Grundsatz ist darin nicht erkennbar und namentlich ist nicht abzusehen, warum nicht eine Reihe geringfügiger anderer Rechtsverletzungen ebenfalls als Antragsverbrechen erklärt werden sollen.

Unser Gesetz bestimmt den Grundsatz der Beschränkung der Antragsdelikte zu Gunsten der regelmäßigen Strafverfolgung näher dahin: Die Antragsverbrechen sind zu beschränken auf wenige geringfügige Fälle, welche die Intimität der Familie und der Person berühren. Entsprechend ist festgesetzt:

1. Antragsverbrechen sind Ehrverletzung, leichte Körperverletzung und Ehebruch. Das letztere Delikt (Art. 63 c) beruht zu sehr auf dem beidseitigen Verhältnis und dem Interesse des verletzten Teils und die Folgen sind zu eingreifend, als daß der Staat offiziell, durch Dritte veranlaßt, einschreiten dürfte. Fortbestand der Ehe und Kinder kommen in Betracht. Immerhin ist bei öffentlichem Skandal amtliche Verfolgung, nach dem Vorbild einiger Gesetze, zulässig. — Notzucht darf nicht Antragsdelikt sein.
2. Der Antrag ist unteilbar. Wird er gestellt gegen den einen Teilnehmer, so müssen alle mitverfolgt werden.
3. Ist der Antrag eingereicht, so muß die Sache verfolgt werden. Zurückziehung der Klage ist nicht mehr zulässig. Nur wo Privatklage geführt wird, bewirkt die Einstellung derselben die Einstellung des Verfahrens. Landbuch von Uri, Art. 268. „Eine angegebene Klage mag nicht mehr zurückgenommen werden, sondern solle gerechtfertigt und nach Satz und Ordnung fürgeföhren werden.“

Manche leichte Fälle, z. B. Eigentumsvergehen, leichte Verletzung des Hausrechts u. a., die als Antragsverbrechen nach den hiefür maßgebenden Gesichtspunkten geeignet sein möchten, sind nicht als solche aufgenommen, weil sie praktisch ohnehin nicht zur Bestrafung gelangen, da der Verletzte keine Klage stellt. Es bedarf nicht erst einer gesetzlichen Sanktion, die bei der Menge dieser und anderer geringfügigen Vergehen eine sehr weitgehende sein müßte. Wenn es vorzüglich scheint, Familiendiebstahl als Antragsverbrechen auszuzeichnen, so

ist darauf hinzuweisen, daß gerade hier in den meisten Fällen die Klage unterbleibt, weil keine Anzeige stattfindet, und daß, wenn der Familiendiebstahl Vorzug oder Milde verdient, das richterliche Ermessen und die Anwendung des Art. 39 b) hierfür ausreichen.

Zu unterscheiden ist prozessualisch: die Klage, welche die Partei durchführt, die Privatklage, bei Ehrverletzung und kleinen Körperverletzungen, Angriffen. — Die öffentliche Klage, welche der Staatsanwalt führt, jedoch nur, wenn die verletzte Partei den Antrag stellt; dies tritt ein bei erschwerten leichteren Verletzungen oder Friedbrüchen. In allen andern Fällen führt der Staatsanwalt die öffentliche Klage von sich aus auf Anzeige von irgendwem. Außerdem kann eine Klage der Partei zugelassen werden in Fällen, wo der Staatsanwalt sich weigert, die öffentliche Klage zu führen, dann tritt die Partei in die Stellung des Privatklägers auf eigene Kosten.

Für die öffentliche Klage in geringern Fällen empfiehlt sich ein summarisches Verfahren.

Satz b). Verjährung. Auch hier gilt, was bei den Antragsverbrechen bemerkt ist. Die Verjährung wird aufs äußerste beschränkt aus prinzipiellen Gründen, aus den Ergebnissen der Geschichte, des geltenden Rechts und aus Gründen der veränderten gesetzgeberischen Mittel.

Als Grundsatz muß hier wie überall gelten: Das Verbrechen muß bestraft werden. — Das gefällte Urteil muß vollzogen sein. — Das schließt Verjährung aus, jedenfalls für schwere Verbrechen und jedenfalls die Verjährung der Strafe.

Die Gründe für Verjährung sind, daß nach vielen Jahren die That im Gedächtnis des Menschen ausgelöscht und der Thäter ein anderer Mensch geworden, — daß der Beweis für die That nach vielen Jahren nicht mehr zu erbringen ist, daß es eine große Härte sei, nach Verfluß von Jahrzehnten einen Menschen, der sich seit der Unglücksstunde tadellos geführt habe, mit dem Tode oder lebenslänglichem Kerker zu bestrafen.

In Bezug auf den ersten Punkt ist zu bemerken, daß es nicht weniger das Rechtsgefühl verletzt, wenn ein schwerer Verbrecher unbestraft die Früchte des verjährten Verbrechens genießt. Es steht dem Richter zu, alle Umstände der That, des guten Verhaltens, des Ablaufs langer Jahre zu würdigen. Zeit tilgt keine Schuld, nur Strafe tilgt sie. — Bringt nach langen Jahren „die Sonne ein verborgenes Verbrechen an den Tag“, so geht, wenn die Strafe eintritt, eine heilige Scheu durch die Massen und sie erkennen darin das unerschütterliche Walten der Gerechtigkeit.

Der zweite Punkt, die Schwierigkeit des Beweises, kommt nur bei der Klageverjährung in Betracht. Diese wird sogar als berechtigt von solchen anerkannt, welche die Strafverjährung ausschließen. (Binding, Handbuch I, 828.) Allein die Beweisschwierigkeit kann sie nicht begründen, denn die Klageverjährung tritt auch dann ein, wenn der Beweis unzweifelhaft erbracht werden kann.

Die Klageverjährung ist ein jüngerer Produkt des französischen Rechts, welches prinzipiell nicht von entscheidender Bedeutung sein kann. Es ist grundsätzlich unzulässig, Verjährung der Strafe zu verwerfen und Verjährung der Klage zu anerkennen.

Beweisschwierigkeiten entscheiden hier nicht, denn es ist vorkommenden Falls einfach die Frage: Ist der Beweis erbracht oder nicht? Wenn er nicht erbracht ist, wegen Ablauf

vieler Jahre, so kommt ohnedies der Vorteil dem Angeklagten zu. Ist er aber erbracht, so kann der Richter alle Gründe und namentlich den Ablauf langer Jahre als Straf-milderungsgrund in Betracht ziehen. Ablauf „langer Jahre“ (Art. 15) ist eine Verhältnisbestimmung. Ist das Verbrechen weniger schwer, so bedarf es nicht erst vieler Jahre. Doch soll auch nicht schon der bloße Ablauf von Jahren in allen Fällen privilegiert werden.

Es mochten solche prozessualische Bedenken noch am Platze sein, — und damit kommen wir auf den dritten Punkt, — als der Richter, durch eine formale Beweistheorie gebunden, zu Urteilen genötigt war, die zu seiner innern Überzeugung in Widerspruch sich stellten.

Das kann aber nur vorkommen, wenn er auf Grund eines formalistischen Gesetzes und schwer anwendbarer doktrinellem Begriffe urteilen muß und eine Strafe von absoluter Bestimmtheit auszusprechen hat. Ein solcher Zustand des Strafgesetzes und Prozesses nötigte — entweder zu unverantwortlich harten Urteilen oder zur Freisprechung nach bloßer Form. Dadurch wurde von Anfang an das ganze Procedere schwankend und meist zur Ergebnislosigkeit verurteilt.

Unter solchen Zuständen mochte die Verjährung der Klage ein praktisch gerechtfertigter Schritt sein. — Heute fehlen alle Voraussetzungen und alle Gründe. Die Mittel unseres Gesetzes: Einfachheit, Milde und Freiheit des richterlichen Ermessens, lassen die Prinzipien des Strafrechts wieder zur Anwendung kommen, so daß kriminalpolitische Praktiken entbehrlich sind. Das Verbrechen muß bestraft werden, — das gefällte Urteil soll gelten. (Grenzbestimmungen S. 61, 62.)

Das alte Recht kennt Verjährung der Verbrechen nicht. (Landbuch von Uri, 267: „Bei Kriminalvergehen hat Verjährung nicht statt.“) Nur Frevel mußten innerhalb Monats- oder Jahresfrist zur Klage gebracht werden, aus verschiedenen Gründen.

Der Entwurf anerkennt eine Verjährung der Klage nur für geringe Fälle von persönlichem Interesse, Bagatellsachen. Die Bestimmung des Strafwerts solcher Fälle ist aus der Schwere des Falls in concreto genommen.

Es ist heute zu oft die Rede vom Damoklesschwert der bedingten Verurteilung; — die schwebende Unverjährbarkeit der Schuld ist viel gefährlicher und wirksamer.

Die Partikularrechte Deutschlands haben die Verjährung teils verworfen, teils mit Beschränkungen aufgenommen. Die schweizerischen Strafgesetzbücher anerkennen teils beide Formen der Verjährung, teils lassen sie die Verjährung der Strafe nicht zu, teils verwerfen sie auch die Klagverjährung oder sie versehen dieselbe mit vielen Beschränkungen, welche nur jenes Prinzip bestätigen, mit andern Worten die Bedeutung der Verjährung aufheben. Es werden als Bedingung genannt: gutes Verhalten, Ersatz des Schadens; sie wird ausgeschlossen durch angehobene Untersuchung oder durch jeden Untersuchungsakt, so daß es möglich wird, selbst geringe Vergehen nicht zur Verjährung gelangen zu lassen. Wie verlegend ist es, wegen der Zufälligkeit einer Stunde oder eines Tages der Verjährungsfrist die That zu bestrafen oder straflos zu lassen.

Mit der Beseitigung oder Beschränkung der Verjährung entfällt eine Menge von doktrinellen Sätzen und Streitfragen.

Zweiter Teil.

Von den einzelnen Verbrechen.

Erstes Buch.

Von den Verbrechen gegen Leib und Leben, Freiheit, Ehre und Gut.

Tit. I. Verbrechen gegen das Leben.

Art. 22—25. Die Norm umfaßt die Tötung eines Menschen. Sie ist bestimmend für die nachfolgenden Begriffe.

Die äußere That, der Erfolg einer mit oder ohne Vorsatz widerrechtlich verursachten Tötung bestimmt die Begriffe:

- a) der Tötung infolge von Körperverletzung (Art. 24);
- b) der Tötung eines Menschen infolge der Begehung eines andern Verbrechens (Art. 25).

Die Absicht macht die Tötung nicht zur bloßen Körperverletzung. War aber die Absicht zweifellos auf bloße Verletzung gerichtet, so ist die Strafe der Tötung nach dem Gesetz und der richterlichen Würdigung eine geringere. In manchen Fällen ist aber die Beschaffenheit des bösen Willens, die specielle Absicht unbestimmt und meist wird die Absicht der Körperverletzung vorgeschützt, um die schwere Folge der Tötung zu umgehen.

Deshalb ist der Specialfall der Tötung in körperverletzender Absicht von der Gesetzgebung als besonderes Verbrechen hervorgehoben. Statt aber das Gewicht auf die Absicht zu verlegen, stützt es unser Gesetz auf die That. Die Auffassung als Tötung ist die ältere und sie ist in der schweizerischen Gesetzgebung heute noch vertreten. Die Konsequenz wäre streng genommen, den Fall unter Tötung zu stellen und die Absicht auf Körperverletzung als Strafmilderungsgrund zu behandeln, allein die Selbständigkeit des Falles in Doktrin und Gesetzgebung spricht für die Fortexistenz des Specialfalls.

Dieselbe Tragweite der Norm erscheint in Art. 25. Die Tötung steht voran und der Artikel faßt zusammen, was in den Gesetzbüchern bei Brandstiftung, Raub, Abtreibung u. a., welche Tötung zur Folge haben, als besonderer Fall mit außerordentlicher Strafe herausgehoben ist. Vgl. vorstehend XIII.

Die Norm sagt nicht vorsätzlich oder „fahrlässig“, sondern — „ohne Vorsatz“. Die negative Form ist lückenlos umfassend, wie „mit Überlegung — ohne Überlegung“ in der Bestimmung von Mord und Totschlag. — In Bezug auf Fahrlässigkeit wird es von besonderer Bedeutung, Art. 12, „ohne Vorsatz“. Darauf beruht ferner die Gruppierung der Tötungsverbrechen in vorsätzliche — und unvorsätzliche, sowie die Nebeneinanderstellung der beiden Arten unvorsätzlicher Tötung a) und b) in Art. 24.

Mit der Trennung der Fälle in vorsätzliche und fahrlässige ist die Wirklichkeit nicht erschöpft und wenn gar die beiden Begriffe noch definiert werden, so muß man gegebenen

Falls, in Verkennung des wirklichen Zustandes, die Strafbarkeit ausschließen, weil der Fall in der Definition nicht aufgeht, oder man muß ihn trotzdem zwangsweise in die Schablone der Definition der beiden Begriffe hineinpresse. Aus diesen Gründen hat der Entwurf die Form „mit Vorsatz“, „ohne Vorsatz“; darunter ist auch das „wissentlich“ im Titel „Gemeingefährliche Verbrechen“ begriffen.

Das Merkmal „widerrechtlich“ bedarf als selbstverständlich in der Regel keiner besondern Hervorhebung; hier schließt es den Zufall von der unvorsätzlichen Begehung aus.

Art. 22. Mord und Totschlag sind die Grundformen absichtlicher Tötung. Kein anderes Verbrechen ist nach seinen Merkmalen in Lehre und Gesetzgebung so entwickelt worden. Die Tötung ist das Normalverbrechen.

Begriff. — Unter den zahlreichen Bestimmungen, welche die Gesetze aufgestellt haben, ist eine, welche vermöge ihrer Einfachheit, praktischen Verwendbarkeit und gelungenen Form zu internationaler Anerkennung gelangt ist: die Bestimmung von Mord und Totschlag nach dem einzigen Merkmal der Überlegung. Das Kennzeichen des Totschlags, der Affekt, wird nicht hereingezogen. Denn gerade hier zeigt sich, zu welchen Weiterungen und Schwierigkeiten ein Wort mehr — ein an sich richtiges Merkmal im Gesetz führt. — Die einfachste Bestimmung ist die beste und die negative Form „ohne Überlegung“ ist lückenlos vollkommen.

Es ist daher diese internationale Formel in das Gesetz aufgenommen. Die sittliche Würdigung der That nach „geheiß“, Übereilung, Zorn, anderseits nach Vorbedacht, überlegter That, ist schon im altdutschen Recht begründet und die C. C. C. hat nur die längst bekannte Unterscheidung festgestellt. Der Code pénal aber hatte die moderne Formulierung gegeben. Jene Bestimmung von Mord und Totschlag ist dogmatisch und geschichtlich wohl begründet und sie kann nicht ersetzt werden dadurch, daß Mord als schändliche oder unehrliche Tötung erklärt oder die gemeinrechtlichen Einzelfälle ausgeführt werden.

Verhältnis von Mord und Totschlag. — Wie die Unterscheidung der beiden Arten absichtlicher Tötung auf dem Vorhandensein oder Mangel eines Merkmals beruht, der Überlegung, so grenzen sie lückenlos aneinander in der Strafdrohung.

Es giebt Fälle von Mord, welche unter besondern Umständen eine geringe Strafe verdienen, und es giebt schwere Fälle von Totschlag, welche bis an die Grenze der Strafwürdigkeit des Mordes gehen. Daher ist auf Mord absolute Strafe nicht gedroht, sondern die Drohung ist alternativ und die Strafe bei mildernden Umständen grenzt im Maximum an die höchste Drohung des Totschlags. Es darf als anerkannt bezeichnet werden, daß eine absolute Drohung, namentlich wenn Tod gedroht wird, von Übel ist und daß diejenigen Gesetzbücher, die, wie z. B. Zürich, Appenzell, bei Mord eine geringere Strafe zulassen, die Sache richtig behandelt haben. Damit stimmt auch das niederländische Strafgesetzbuch überein. Es normiert fast wie unser Entwurf. Mord: Gefängnis auf Lebenszeit oder bis zu 20 Jahren; Totschlag in Begehung eines andern Verbrechens: dasselbe. Totschlag: Gefängnis bis zu 15 Jahren. Ein Minimum ist in keinem Falle gesetzt. Mindestdauer des Gefängnisses ein Tag.

Setzen wir zwei Fälle. Das kleine Mädchen eines Ehrenmannes ist von einem

Wüstling geschändet, Gesundheit, Ehre und Zukunft vernichtet. Der Vater wartet, bis er den Thäter an einem bestimmten Orte treffen kann, und erwürgt ihn dort. Er begeht einen Mord. Es zeigt sich im Prozeß, daß jener Schandbube schon mehrmals wegen gleicher Verbrechen mit geringen Strafen von einigen Monaten Arbeitshaus davon kam oder daß er mit Geld die Sache unterdrücken konnte. Der rächende Vater hat gemordet, — er hat die Unschuld gesichert, welche das Recht und milde Strafen preisgegeben hatten. Soll er dafür als Mörder mit dem Tode bestraft werden oder mit lebenslänglichem Zuchthaus? Nein! in solchem Falle wäre die mildeste Strafe, welche das Gesetz und die Strafart zulassen, genug zur Sühne der Gewaltthat. — Zweiter Fall. Ein verkommener Bursche erschlägt in der Wut eines Familienstreits seine Eltern. Es ist Totschlag und der Fall ist schwerer als jener Mord und ist mit der höchsten Strafe angemessen gesühnt.

Wo das Gesetz nicht darauf Rücksicht nimmt, da wird eben durch Auslegung das Gesetz umgangen, oder es geschieht nach dem Gesetz das Unrecht, und die Begnadigung muß der lahmen Justiz als Krücke dienen.

Diesem Verhältnis der Begriffe giebt Art. 22 Ausdruck, indem er

1. auf ein Merkmal reduziert, die beiden Begriffe unmittelbar nebeneinander stellt, in einem Artikel vereinigt;
2. die Strafwerte beider Verbrechen aneinander grenzen läßt.

Die Strafe. — Mord darf wohl als das einzige Verbrechen bezeichnet werden, auf welches die Todesstrafe Anwendung finden kann. Soll dieses Strafmittel im Gesetz stehen, so muß es jedenfalls alternativ neben andern gedroht werden. — Das Schlimmste wäre, mit einem starren Begriff die schwerste absolute Strafe zu verbinden. Nach unserm Gesetz hat der Richter die Wahl, und wo mildernde Umstände vorhanden sind, ist der Strafwert gleich der höchsten Strafe des Totschlags. Der Richter kann nach Lage der Sache in Fällen, wie oben angeführt, auf ein Minimum erkennen. — Das hohe Maximum — selbst unter mildernden Umständen — sagt aber dem Richter deutlich, daß, wenn auf Mord erkannt ist, selbst unter mildernden Umständen eine langjährige Zuchthausstrafe auszusprechen ist, falls der Fall nicht zu den außerordentlichen gehört.

Die alternative Strafdrohung erspart eine erhebliche Zahl von Ausnahmebestimmungen, die bei absolut gedrohter Strafe notwendig gesetzt werden müßten.

Die Ausdehnung der Zuchthausstrafe bis zu 25 Jahren ist bei den Strafmitteln besprochen. Manche Gesetzbücher müssen die absolute Strafe, die lebenslängliche, auf ein Verbrechen drohen, und der Richter muß auf sie erkennen, weil er keine andere Wahl hat. Über 15 Jahren hört jede Unterscheidung, jeder Strafwert auf. Damit ist dann in der Anlage schon die Notwendigkeit gesetzt, nach 20 und 25 Jahren lebenslänglich Verurteilte zu begnadigen.

Die Strafzumessung. — Die angeführten Umstände beziehen sich sowohl auf Mord als auf Totschlag. Diejenigen, welche die schwerste Strafe anzuwenden gestatten, sind solche, die anderwärts als qualifizierte aufgeführt werden. Die Behandlung als Strafzumessungsgründe mit Reduktion auf bestimmte Strafsätze ohne Minimum vermeidet die Übelstände, welche mit den Qualifikationen sonst verbunden sind.

„Schändliche oder unehrliche Tötung.“ — Mord ist nicht unter allen Umständen

schändliche Tötung, wie z. B. in dem angeführten Fall oder wenn schwere Provokation oder Bedrohung Ursache waren. Der Totschlag hinwieder kann eine schändliche Tötung sein, z. B. Totschlag an Ascendenten, an Wehrlosen, Schwangern. Das gemeine Recht hob qualifizierte Tötungen hervor. Doch hat man diese Unterscheidungen aufgegeben. Ist die Tötung eine schändliche, so tritt die schwerste Strafe ein.

„Bei Begehung eines andern Verbrechens.“ — Damit sind die Fälle vorsätzlicher Tötung ins Auge gefaßt. (Art. 214 des R.-St.-Gb.) Art. 25 bezieht sich auf die gleichen Fälle unvorsätzlicher Tötung, welche die Gesetzbücher bei den genannten einzelnen Verbrechen hervorheben. (R.-St.-Gb. 251, 307, 312 u. a.)

„Betretung auf Schand und Easter.“ — Das ist alte Rechtsprache und altes Recht. Die mildeste Strafe tritt ein für den Schützer seiner Hausehre. Man ging sogar noch weiter:

Wer einen by syner Tochter, frouwen, syner Mutter ald Schwester zue unehren funde in dem synen ald ußerhalb, wo er in solicher Gestalt hüwe, ze tod stäch ald schlüge, soll er im und den synen geantwortet han. Ein Stück von diesem Recht ist der Fall Baumgarten, der den Bogt Wolfenschießen im Bad erschlug und von Tell gerettet wurde.

Art. 23. „Besondere Bestimmungen.“ Vgl. über diese allgemeine Kategorie des Gesetzbuches vorstehend XI.

Specialfälle mit ausgeprägtem Begriff und Thatbestand werden hier, auf den kürzesten Ausdruck gebracht, zusammengefaßt.

Tötung eines Einwilligenden ist von einigen Gesetzen mit besonderer Strafe ausgezeichnet, von andern nicht erwähnt. Unser Gesetz bezeichnet kurz den Fall mit seiner Strafe. Ebenso Zweikampf und Raufhandel. Das waadtländische Strafgesetzbuch bringt beides zusammen. Der Strafrahmen des erstgenannten genügt allen Anforderungen, ohne daß ausführliche Detailbestimmungen über das ohnehin seltene Delikt nötig wären, und 5 Jahre Gefängnis dürften genügen, nach dem Maßstab, mit dem gemeine Verbrechen in Wirklichkeit bestraft werden.

Bei Raufhandel tritt das Friedensrecht wirksam hervor. — Tötung oder Abtreibung der Leibesfrucht wird kaum höher als mit 5 Jahren Arbeitshaus bestraft. Für die schwersten Fälle, welche in den Zurechnungsgründen angeführt sind, ist Zuchthausstrafe zulässig und nach Art. 25, wenn durch Dritte Tötung bewirkt wurde, auch ohne erwiesene Absicht das Maximum des zeitlichen Zuchthauses.

Art. 24. Unvorsätzliche Tötung. Vgl. vorstehend: „Äußere That — Absicht.“ Vgl. Norm zu diesem Titel.

Art. 25. Besondere Bestimmungen über unvorsätzliche Tötung. Vgl. wie vorsteht. Die angeführten Einzelfälle sind in den Gesetzbüchern bei den bezüglichlichen Verbrechen hervorgehoben und mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht. — Wo man als höchste zeitliche Strafe 15 Jahre hat, muß allerdings für solche Fälle die nächsthöchste, die lebenslängliche, gedroht werden. Die 25 Jahre des Entwurfs dürften aber in allen Fällen genügen.

Zum Schlusse dieses Titels sei verwiesen auf das in hohem Grade selbständige und treffliche Strafgesetzbuch von Appenzell A. Rh., mit welchem die hier aufgestellten Positionen im wesentlichen übereinstimmen, nur die Formulierung ist schärfer, einfacher und einheitlicher. Von besonderem Interesse ist die Vergleichung mit der Behandlung der Tötungsverbrechen im neuen Strafgesetzbuch von Italien, Art. 364 ff.

Tit. II. Körperverletzung und Angriff.

Art. 26—28. Die Norm ist entscheidend für den Begriff der Körperverletzung und dessen Abgrenzung gegen thätliche Beleidigung (Realinjurie). Sie stellt den Gegenstand im wesentlichen auf den Boden des alten Rechts und der französischen Rechtsauffassung gegenüber der deutschen. (Strafrecht der Schweiz, S. 811 ff.)

Körperverletzung ist begrifflich und sachlich jede Einwirkung auf den Körper eines Andern, falls diese „feindlicher oder schimpflicher Weise“ erfolgt.

Die Integrität des Körpers, seine Unantastbarkeit im bezeichneten Sinne ist ein so hohes Gut, daß damit das Gefühl für persönliche Würde und Freiheit eng zusammenhängt. So ist es bei stolzen Naturvölkern, bei Soldaten, Studenten, im bürgerlichen Leben ausgebildet. In dem entehrenden Charakter der körperlichen Züchtung tritt jene Bedeutung am stärksten hervor. Das alte Recht zeigt hierin große Empfindlichkeit und das Handanlegen ist auf verschiedene Art häufig erwähnt und von ernststen Folgen. Die Merkmale „feindlicher oder schimpflicher Weise“, welche die Handlung abgrenzen, finden sich in unsern ältern Gesetzbüchern noch oft.

Diese Begehungsweise und der Akt der körperlichen Berührung setzen eine sinnlich wahrnehmbare Grenze für das Verbrechen und trennen es von der Ehrverletzung mit Worten. — Die äußere Erscheinung tritt bestimmend hervor, entgegen der gesetzgeberischen Tendenz, die Begriffe nach der Absicht zu bilden, Körperverletzung durch die Absicht zur Injurie zu machen, gleichwie die Injurie zum Verbrechen durch den animus injuriandi.

Dieser grundsätzliche Standpunkt bedarf nun einer besondern Anpassung an die Landesgewohnheit und Denkart. Während dem Begriffe nach, wie im französischen Recht und in schweizerischen Gesetzbüchern, die feindliche Berührung, der Angriff Körperverletzung ist — versteht man landesüblich unter Körperverletzung bloß erhebliche Verletzungen. (Strafrecht der Schweiz, S. 811—813.)

Damit tritt die Notwendigkeit ein:

a) Den grundsätzlichen Standpunkt zu erhalten, indem zusammengefaßt wird, was die Integrität des Körpers berührt, mit Ausschluß der Beleidigung.

b) Jene Verletzungen zu trennen:

1. in erhebliche, welche wenigstens Spuren der Gewaltthat am Körper zurücklassen (solche Bezeichnung der äußern Merkmale hat das alte Recht wie der Entwurf);
2. in unerhebliche Angriffe ohne Spuren (Art. 27).

Für die letztern ist dann der besondere Begriff aufgestellt, Mißhandlung oder Angriff. Vollkommen ist diese Unterscheidung zum Ausdruck gelangt im Strafgesetzbuch von Glarus. Das Landbuch von Uri, Art. 261, 7 spricht ebenfalls von „Angriff und Mißhandlung“. Auch das englische Recht unterscheidet assault und battery als selbstständige Vergehen des Schlagens, Stoßens u. dgl., während assault das Zucken und Bedrohen als Friedensbruch (breach of the peace) enthält, wie unser altes Recht.

Die Darlegung des Verhältnisses von Körperverletzung und Mißhandlung oder Angriff erfordert noch die nähere Bestimmung, was unter leichter Körperverletzung zu verstehen ist. Als Körperverletzung wird die erhebliche Verletzung bestimmt. Die einzelnen Fälle der Körperverletzung enthält Art. 26. Diese ist in herkömmlicher Weise dreifach abgestuft, als schwere, mittlere, leichte. Leichte Körperverletzung ist also der leichteste Grad (c). Derselbe ist von der Erheblichkeit, welche der Begriff erfordert.

Art. 26. Satz a) und b). Körperverletzung wird in die drei üblichen Grade geteilt nach der Schwere der Verletzung, beurteilt nach ihrer äußern Erscheinung im Anschluß an das alte Recht. Vgl. auch Landbuch von Uri, Art. 261, 5, 6.

Schwere Verletzungen sind die mit a) und b) bezeichneten. Krankheit, Arbeitsunfähigkeit. Es ist in jedem Fall bedenklich, eine bestimmte Zahl von Tagen zu bezeichnen. Soweit die schweizerischen Strafgesetzbücher es thun, weichen sie sehr weit von einander ab. Am besten ist es, die Bestimmung des Falles b) dem Richter zu überlassen. Es genügt, daß eine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit konstatiert sei. Ist diese gering, so kann er auf ein Minimum von Gefängnis oder Arbeitshaus herabgehen.

„Eine Schwächung von Dauer.“ Meist wird dieser Fall mit Krankheit und Arbeitsunfähigkeit verbunden sein, es sind aber auch Fälle denkbar, wo eine erst nicht beachtete Schwächung ernst wird und sich als nicht bloß vorübergehende erweist.

Satz c). Leichte Körperverletzung. Quetschung, Beulen, Bluttruns. Diese Verletzungen müssen mit Privatklage — wie Ehrverletzung verfolgt werden. Vgl. Motive zu Art. 21. — Falls aber solche Handlungen einen Friedbruch darstellen, oder wenn sie unehrlich oder erschwert sind, werden sie von Amts wegen verfolgt — jedoch nur auf Antrag des Verletzten. (Art. 28, Schlußsatz.)

Es giebt andauernde Mißhandlungen an Wehrlosen, Erdfälligen, durch Mehrere, im Überfall, nachts, welche keine schweren Folgen haben und die nicht der Privatklage anheimgestellt sein dürfen, denn dadurch kommt der Mißhandelte selten zum Recht. — Immerhin ist ein Antrag desselben nötig, denn oft vertragen sich in leichtern Fällen die Parteien auf Grund ausreichender Entschädigung.

Wirtshausverbot ist hier besonders am Platze. Auch in leichten Fällen (c) kann auf Arbeitshaus bis zu 14 Tagen erkannt werden, weil, wie eben bemerkt, die leichte Körperverletzung sich als unehrlich und erschwert erweisen kann.

Die Strafzumessung. — Schwere Verletzung ist vorhanden, wenn die a) und b) bezeichneten Folgen eingetreten sind; es ist nicht erforderlich, daß die Schwere beabsichtigt war; ist sie aber dies, so tritt die schwerste Strafe ein. War leichte beabsichtigt, wird leichtere Strafe ausgesprochen — jedoch immer nach a) und b). Die Strafzumessungs-

gründe finden auf a), b) Anwendung und, soweit sie nicht besonders von den schweren Verletzungen handeln, gleichfalls auf c). Ist sonach eine leichte Verletzung nach c) entstanden unter Umständen, welche „schwerste Strafe“ rechtfertigen, z. B. über Frieden, nachts mit Aufschauern, gegen Wehrlose — dann wird auch die leichte Verletzung mit Freiheitsstrafe, selbst Arbeitshaus bis zu 14 Tagen belegt und zudem tritt nach Art. 28 Amtsklage ein.

Der „Anfänger mit bösen Worten oder Werken“ hat leichte Verletzung an sich selbst zu tragen, Art. 20. War die Verletzung desselben eine schwere, so wird die Strafe durch die Urhah (Provokation) des Verletzten gemildert. — Bei gegenseitigen Thätlichkeiten, verbunden mit Beschimpfungen, kann der Richter verfahren nach dem Schlußsatz des Art. 28. „Böse Worte und Werke“ (alte Rechtsprache), Worte, die an die Ehre rühren, nicht bloß nichtige Neckerei. Die Sache hat der Richter nach dem vorliegenden Fall zu würdigen, gesetzlich feststellen läßt sie sich nicht.

Art. 27. Wie im alten Recht sind anschauliche Thatfachen, äußere Umstände angeführt und namentlich ist der wichtige Erdfall aufgenommen. Die Strafe ist vorwiegend Geldbuße, nur unter erschwerenden Umständen ist eine Gefängnisstrafe von höchstens 8 Tagen zulässig.

Art. 28. Er faßt eine Anzahl besonderer Bestimmungen zusammen über schwere und leichte Körperverletzung und Körperverletzungen, die im Kaufhandel, Duell, in Verbindung mit andern Verbrechen, oder fahrlässig begangen sind.

Zwei Punkte sind besonders hervorzuheben: Kaufhandel und Friedensrecht.

Im Kaufhandel begangene schwere Verletzung wird entsprechend Art. 23 c) bestraft, jedoch angemessen gemildert nach den Bestimmungen des Art. 26 über schwere Körperverletzung. Zum Beispiel, wenn eine schwere Verletzung, wie Art. 26 a) sie bezeichnet, zugefügt worden ist, erhält der Thäter Zuchthaus oder Arbeitshaus; alle, welche mißhandelten, Arbeitshaus in geringerem Grade nach Maßgabe ihrer Thätigkeit; alle Andern Gefängnis oder Geldbuße. Ist eine Verletzung von Art. 26 b) erfolgt, so erhält der Thäter Arbeitshaus von höchstens 5 Jahren; die an der Mißhandlung Beteiligten Arbeitshaus oder Gefängnis; alle Übrigen Geldbuße oder Gefängnis.

Leichte Verletzung im Kaufhandel, Zweikampf, Verletzung aus Fahrlässigkeit werden bestraft gemäß Art. 26 c) nach Maßgabe der That und der Umstände, in erster Linie mit Geldbuße. Wenn ein Friedgebot mißachtet wurde, tritt die Strafe des Friedbruchs ein. Das Friedensrecht ersetzte oder ergänzte im alten Recht manche Bestimmungen über Kaufhandel. (Stöß.) Vom „Scheiden“ und „Parteien“ ist nicht mehr die Rede, noch von der Pflicht Frieden zu bieten und zu scheiden. Aber das Friedgebot, die Verletzung des Friedbieters, der Friedbruch und die Friedensbürgschaft kommen noch ganz so zur Geltung und rechtfertigen namentlich bei geringeren Verletzungen unter Umständen ernste Strafe.

Tit. III. Gefährdung Hilfsbedürftiger.

Art. 29—31. Als Norm ist hier ein alter umfassender Rechtsbegriff neu konstruiert und in den einzelnen Artikeln, wie in der Zusammenfassung der Gruppen der Delikte ausgeprägt.

Die Pflicht zur Hülfeleistung war im alten Recht eine allgemeine und umfassende. Sie war nicht nur aufgestellt bei feindlichem Angriff, — öffentlichen Unruhen, — in gemeiner Not durch Feuer und Wasser, sondern sie erschien auch im Friedensrecht als Pflicht, auf Geschrei zu Hülfe zu eilen und Frieden zu bieten, zu helfen, zu scheiden.

Namentlich galt die moralische Pflicht, einem Menschen in Lebensgefahr zu helfen, zugleich als Rechtspflicht.

Heute sind davon nur noch einzelne Bestandteile vorhanden, und wer ein Kind am Wege findet und seinem Schicksal überläßt, wer einen Entblößten auf der Schwelle erfrieren läßt, wer einem Ertrinkenden zusieht, ohne ihm die rettende Stange oder Hand zu bieten, ist straflos — hat keine Pflicht verletzt. Das ist von Gesetzes wegen die Pflege der Selbstsucht und Roheit und Feigheit.

Hier gilt es, den ethischen Faktor wieder ins Recht zu bringen, wie dies in den andern Teilen des Gesetzes durchgeführt wurde.

Zu dem Ende ist zuerst unter einen Begriff zusammengefaßt worden, was im heutigen Recht in den Gesetzbüchern zerstreut an verwandten strafbaren Handlungen sich findet; so jene Gefährdungen von Leben und Gesundheit Einzelner, die bald da bald dort untergebracht, einer festen systematischen Stellung ermangeln; — dann die Unterlassung von Hülfe bei gemeiner Not und Lebensgefahr; und endlich die Unterlassung der Pflege von Kranken und Hilfsbedürftigen, an welche sich die Verwahrlosung anvertrauter, der Hülfe bedürftiger Personen anschließt.

Daraus ergab sich eine dreigeteilte Gruppe von Delikten unter den gemeinsamen Merkmalen der Hilfsbedürftigkeit auf der einen Seite und der Unterlassung der Hülfe und damit die Gefährdung auf der andern. Man hätte auch den Titel wählen können „Verletzung der Nächstenpflicht“. Der Ausdruck ist volkstümlich, bezeichnend, nur vielleicht zu umfassend. Der ethische Faktor wäre in schönster Weise zum Ausdruck gebracht. So sagt das Landbuch von Uri (Art. 206, § 6):

„Wer bei solchen Unglücken Hülfe und Beistand, die er als Christ und Mensch schuldig ist, verweigerte, soll nach Maßgabe des Fehlers gebührend und streng bestraft werden.“

Art. 29. Aussetzung. Die bezüglichlichen Bestimmungen der Gesetze sind sehr verschieden nach Inhalt und Ausdehnung. Der Thatbestand umfaßt nicht bloß Kinder, sondern Hilflose, Alte, Kranke, Leute, die sich nicht selber helfen können.

Die Handlung ist nicht bloß Aussetzen, sondern auch Verlassen in der Absicht, sich zu entledigen. Der Begriff umfaßt also mehr als den reinen Wortsinn. Die Norm wählt den Ausdruck „Verlassen“, weil auch der Aussetzende verläßt, nicht aber der Ver-

lassende immer aussetzt. Das bloße Verlassen setzt Pflicht zur Obhut voraus, wenn es im Sinne des Art. 29 strafbar sein soll als Aussetzung.

„Mit Gefährde“ — ein Verlassen, welches gefährdet und als solches bewußt ist. (Weigand, Wörterbuch der deutschen Synonymen.)

Geringere Strafe trifft denjenigen, der Hülfslose in Gefahr verläßt — auch wenn er keine besondere Pflicht zur Obhut hat.

Art. 30. Verwahrlosung ist ein gutes, in der schweizerischen Gesetzgebung gebräuchliches Wort. Voraussetzung der Strafbarkeit ist besondere Pflicht zur Fürsorge, Obhut. — Gegenstand des Verbrechens sind körperlich oder geistig franke Personen.

Hieran schließt sich gröbliche Verwahrlosung der Angehörigen, zu deren Hülfe und Hut Natur und Sitte verpflichten. Die Vernachlässigung muß „gröblich“ sein; nicht in jede Ungehörigkeit oder selbst Unordnung in der Familie soll der Staat eingreifen dürfen. Dann ist eine Verschuldung erforderlich, wie Niederlichkeit, Arbeitscheu, Verschwendung.

Das Gesetz spricht nicht von Zwangserziehung, Entzug der Kinder- und der Elternrechte oder von Unterbringung Niederlicher in Zwangsarbeitsanstalten.

Das ist Gegenstand von Verwaltungsmaßnahmen und eines besondern Gesetzes. Vgl. vorstehend „Von andern Maßnahmen und gemeinnützigen Bestrebungen“ und Motive zu Art. 7. — Uri. Verordnung gegen liederliche Hausväter vom 13. Januar 1844, Bd. IV, S. 35.

Art. 31. Unterlassene Hülfe. Hier ist reines altes Recht, ein Aufruf an die sittlichen Regungen im Volke. Ausführungen sind nicht nötig. „Beispringt“, zur Hülfe eilen, auf Hülfseruf. Außerdem ist Hülfe Pflicht, wenn der Hülfseruf vielleicht nicht mehr möglich und Leib und Leben bedroht sind. Das Hauptgewicht fällt doch auf den Hülfseruf, denn es sind Fälle denkbar, wo der Bedrohte selbst Hülfe nicht begehrt. Die Fälle sind so verschieden und es kommt so entscheidend auf die Umstände an, daß der Richter aus diesen das Richtige finden muß.

Es kann die Frage sein, ob noch besonders zu bestimmen wäre über die Anforderung zur Hülfeleistung bei Verhaftung. Landbuch, Art 217. Man kann wohl mit dem Gegebenen auskommen; andernfalls wäre als Specialfall c) die Hülfeleistung bei Verhaftung zu erwähnen.

Die Strafe muß der Art nach sehr verschieden sein und jedes Minimum der Freiheitsstrafe wäre unter Umständen übel angebracht, so daß es bei einem Verweis bleiben kann.

Die Strafzumessungsgründe sind für den ganzen Titel von Bedeutung. „Unvermögen“ zur Hülfeleistung, körperliches oder geistiges. Das Landbuch, Art. 211, nennt „Hinderung durch ehrenhafte Not.“ — Große eigene Gefahr mindert die Strafe — hebt sie nicht auf. Der in der Gesetzgebung verbreitete Satz: „falls die Hülfeleistung ohne eigene Gefahr möglich ist,“ widerspricht dem Geist und dem Ernst der Sache. Die Pflicht soll ernst sein und der Wille zur Hülfe heraustreten, auch wo es mit eigener Gefahr verbunden ist.

Tit. IV. Verbrechen gegen die Freiheit.

Art. 32—33. Die Norm enthält zwei Teile: 1. Freiheitsberaubung; Gegenstand ist die körperliche Freiheit. 2. Nötigung; Gegenstand ist die geistige Freiheit, die durch Zwang gegen den Willen aufgehoben wird. Mittel sind in beiden Fällen Gewalt, Arglist.

„Arglist“, dolose List. — „Wider Recht“ umfaßt auch die Freiheitsentziehung ohne jene bezeichneten Mittel, aber wider Recht, wie sie z. B. der Beamte oder Polizist zu üben im stande ist. Der Ausdruck „nötigt“ ist vermieden, weil damit Gewalt oder Drohung verbunden ist, während „zwingt“ weiter geht und auch den Zwang durch hypnotische Suggestion umfaßt.

Art. 32. Satz a). Menschenraub ist in dem in der Gesetzgebung zumeist anerkannten Begriff aufgenommen. Hinzugefügt ist der Fall des Menschenhandels mit Mädchen. Anwendung von Gewalt oder Arglist ist erforderlich, Einwilligung schließt das Delikt aus, falls nicht Einwilligung durch Arglist herbeigeführt wurde.

Satz b). Die sogenannte Entführung ist beschränkt auf Begehung mit Gewalt oder Arglist zu geschlechtlichem Zweck. — Es ist nicht erforderlich, die Entführung der Ehefrau noch besonders auszuzeichnen und etwa, wenn sie einwilligt, ein besonderes Recht für den Eheherrn aufzurichten, entsprechend dem Recht des Inhabers der vormundschaftlichen Gewalt zu Schutz und Schirm der Minderjährigen. Der Eheherr hat nach Art. 22 und 26 größte gesetzliche und richterliche Rücksichtnahme zu erwarten, wenn er bei Zeiten seine Hauschre kräftig schützt, und im übrigen . . .

Werden Minderjährige unter 16 Jahren mit ihrer Einwilligung arglistig entführt, so tritt die Strafe der Entführung ein. Der Fall ist der Entführung gleichgestellt, es ist aber nicht der geschlechtliche Zweck notwendig, es kann auf Benutzung zu Bettel oder zu selbstüchtigen Zwecken, zur Fälschung des Civilstandes abgesehen sein. Der Strafrahmen ist weit genug, diese Specialitäten zu würdigen.

Antragsdelikt ist Entführung nicht — selbst wenn es zur Ehe kommt; das Recht ist gebrochen und selbst der glückliche Entführer zahle die Schuld.

Satz c). „Wegen widerrechtlicher Freiheitsentziehung“ wird bestraft, wer einen Andern widerrechtlich gefangen setzt oder sonst der Freiheit beraubt, dauernd oder vorübergehend. Da andere Verbrechen in ihrer Durchführung auch etwa eine Verhinderung der Bewegungsfreiheit mit sich bringen, so ist für die widerrechtliche Freiheitsentziehung die hierauf gerichtete selbständige Absicht erforderlich.

Die Fälle der Freiheitsentziehung können sehr schwer sein und sehr leicht. Dies findet auch in der Strafdrohung Ausdruck. Die Dauer des Entzugs ist allein nicht maßgebend.

Die Strafzumessungsgründe sind für a), b) und c) maßgebend. Einzelne derselben sind in den Gesetzbüchern kasuistisch entwickelt in zahlreichen Paragraphen. Anspruch auf Entschädigung durch den Staat, wenn einem Unschuldigen im Prozeß die Freiheit entzogen wird. (Uri, Verfassung Art. 30.)

Art. 33. Nötigung. Obgleich überall das Merkmal der Rechtswidrigkeit selbstverständlich ist, wurde es hier doch in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der schweizerischen Gesetzbücher hervorgehoben „wider Recht“. Daß Nötigung eine ernstliche Einwirkung voraussetzt, liegt im Begriff; das Maß im Einzelnen ist abhängig von der Person des Genötigten und den Umständen. Ist der Zweck der Nötigung Aneignung fremden Gutes, so kommt Art. 37 zur Anwendung.

Einige Gesetzbücher geben noch Bestimmungen über die Freiheit der Arbeit. Obgleich es in der Zeit der socialen Kämpfe nahe liegt, hierüber einen Artikel aufzustellen, erscheint es doch besser, dies zu unterlassen. Er wäre nach der einen oder andern Seite ein Streitpunkt, abhängig von der jeweilig herrschenden Richtung, ein Agitations- und Aufregungsmittel. Mögen die Parteien kämpfen auf dem Boden des allgemeinen Rechts, ohne daß jede sich bestrebt zeige, Vorteile durch Ausnutzung des Strafrechts zu erreichen.

Tit. V. Ehrverletzung.

Art. 34—36. Die Norm bezeichnet die drei Hauptformen der Ehrverletzung und zwar in den bezeichnenden Ausdrücken, welche die Volkssprache und die Sprache unserer alten Rechtsquellen dafür haben.

Art. 34. Beschimpfung wird begangen durch Schimpf (a), leichtsinnig üble Nachrede (b) und Vorwurf wahrer Thatsachen bloß zum Zwecke, einen Andern zu beschimpfen (c).

Dagegen kennt das Gesetz keine „Realinjurien“. Was den Körper berührt aus feindseliger oder schimpflicher Absicht — ist eine Verletzung der körperlichen Integrität, vgl. Motive zu Art. 26 und 27.

Leichtfertige Nachrede, üble Nachrede. Die verbreiteten Gerüchte müssen ehrenrührig sein und unwahr. Als Beschimpfung gelten solche Nachreden, weil sie leichtfertig herumgesagt werden, gerüchtweise. Dem Inhalte nach können sie Schimpfliches oder Verleumderisches enthalten, d. h. schwere Vorwürfe, die zur Schande gereichen. Verleumdung ist erst dann vorhanden, wenn wider besseres Wissen die Verbreitung erfolgt.

Es liegt also keinesfalls eine „fahrlässige Verleumdung“ vor. Es giebt keine fahrlässige Verleumdung. Die Art und Schwere des Inhalts des verbreiteten Gerüchts bestimmt die Strafzumessung.

Verbreitung wahrer Thatsachen ist ein in der Gesetzgebung eingeführter, wenn auch nicht glücklicher Ausdruck. Die Verbreitung der Wahrheit, selbst wenn sie verlegend ist, — ist nicht strafbar. Das Wahre soll man sagen dürfen. Es giebt aber Fälle, wo der edle Schutz des wahren Wortes mißbraucht wird und zwar dann, wenn der Vorwurf oder die Verbreitung nichts bezweckt als Verletzung, Beschimpfung. Es wäre z. B. Unrecht, wenn derjenige, der die Strafe eines Vergehens abgebüßt hat und der in seinen bürgerlichen Rechten unverletzt oder wieder hergestellt ist, rechtlos in Bezug

auf die Ehre würde und immer und überall allen Vorwürfen eines rachsüchtigen Feindes ausgesetzt wäre. Dagegen kann wohl die Wahrheit in jeder Weise (öffentlich oder privatim) ausgesprochen werden, wenn dies nicht bloß Beschimpfung zum Zwecke hat, wenn es zur Verteidigung oder ehrlich geschieht. (Vgl. Art. 36 a.)

Das Gesetz kann hier unmöglich feste Grenzen ziehen, es kommt alles auf die Umstände und die Individualität der Personen und der Sache an, die nur der Richter genügend würdigen kann.

Die Strafe ist in erster Linie Geldstrafe; Gefängnis nur in schwereren Fällen bis zu acht Tagen.

Es ist im „Strafrecht der Schweiz“ durch alle Perioden der Entwicklung hindurch nachgewiesen, daß Ehrverletzung keinen hohen Strafsatz hat, trotzdem die Ehre als hohes Gut gilt. Die Reinigung vor den Genossen durch den Spruch des Richters ist die Hauptsache. (Strafrecht der Schweiz, S. 522, 819, 133, 137.)

In der Strafe ist der Beschimpfung gleichgestellt der Fall, daß der Ruf einer Person geschädigt wird durch Verletzung des Amts- oder Berufsgeheimnisses (Ärzte, Geistliche, Hebammen). Es ist zuweilen keine Beschimpfung, keine leichtfertige Verbreitung unbegründeter Gerüchte, keine Verbreitung wahrer Thatsachen mit Beschimpfungsabsicht — und doch ist der Erfolg ein schwerer und die Verantwortlichkeit der Vertrauens- oder Amtsperson eine große.

Art. 35. Verleumdung. — Einige Gesetzbücher und namhafte Kriminalisten haben einen wesentlichen oder grundsätzlichen Unterschied zwischen Beschimpfung und Verleumdung bestritten oder beide Begriffe als Ehrenkränkung zusammengefaßt, wobei die Umstände der Verleumdung als Strafzumessungsgründe gewürdigt werden.

Über die Gründe, weshalb beide Begriffe getrennt sein müssen, ist anderwärts Rechenschaft gegeben. (Strafrecht der Schweiz, S. 818.) Die beiden Thatbestände sind schon im alten Recht geschieden und deren volkstümlicher Charakter tritt bestimmt in der Norm heraus, sie ergänzen sich auch nicht auf ein Merkmal.

„Vorwurf von Verbrechen“ schließt an eine international gewordene Formel an, wogegen das nach französischem Recht oft damit verbundene „Herabwürdigen“ und „der Mißachtung aussetzen“ nicht aufgenommen worden ist, als zu weit und unbestimmt. Dafür ist bestimmt und dem schweren Charakter entsprechend gesetzt: „zur Schande gereichen“. Dieser charakteristische Ausdruck ist auch aus dem Grunde gerechtfertigt, weil „Verbrechen“ im Sinne des französischen Modells und Verbrechen im Sinne unseres Gesetzes nicht dasselbe sind und das starke Wort „zur Schande gereichen“ den schweren Charakter der vorgeworfenen Handlung — ob sie strafbar sei oder nicht — zum Ausdruck bringt.

Die Strafe der Verleumdung ist der schweizerischen Tradition entsprechend nicht hoch angesetzt. Zwei Monate dürften in allen Fällen genügend sein; für leichtere Fälle ist Geldbuße bis 500 Fr. vorgesehen. Dagegen erscheint der Charakter des Ehrabschneidens in der Strafart, dem Arbeitshaus und in der ausdrücklichen Hervorhebung der Zulässigkeit des Ehrenentzugs bis zu zwei Jahren in schweren Fällen. (Vgl. Landbuch, Art. 261, 10.) Damit sollten selbst die schwersten Fälle genügend getroffen werden können.

Die Androhung mehrjähriger Freiheitsstrafen ist zu hart, dem Lande fremd, in der Praxis nicht durchführbar und ein Mißverhältnis zur Strafandrohung anderer Verbrechen.

Strafzumessung. — Diese Gründe sind für beide Arten der Ehrverletzung zu beachten. Wenn die Strafe gering ist, so muß um so größerer Nachdruck gelegt werden auf die beharrliche (fortgesetzte, wiederholte) Schmähung, wie dies das alte Recht gethan hat. (Landbuch von Uri, 261, 10; vgl. Strafrecht der Schweiz, S. 821.)

Ist die Ehrverletzung auf Provokation erfolgt, so kann auf geringste Geldstrafe erkannt oder nach Art. 36 c), Art. 28 und 20 von Strafe ganz abgesehen werden. Die Fälle sind verschiedenartig. So streng das alte Recht war gegen einseitigen Angriff mit Worten oder Werken, so richtig behandelte es gegenseitige Schimpfereien, Zänkerei: „Welche mit so schlechten Sachen für uns kommen, so fast nichts antreffen.“ (Vgl. Strafrecht der Schweiz, S. 820.)

Art. 36. Wahrheitsbeweis schließt Strafe aus. Im Falle des Art. 34 c) kann aber doch Beschimpfung vorliegen und Strafe eintreten, falls nur Schimpf bezweckt war. Liegen aber ehrliche Gesinnung und rechtliche Endzwecke zu Grunde, so tritt Strafe nicht ein.

Der Widerruf hatte im alten Recht große Bedeutung und heute noch ist er außergerichtlich in Übung, selbst bei schwersten Fällen. Es ist wichtig, die vortreffliche Einrichtung wieder ins Gesetz einzuführen. Bereits machen die Ehrverletzungsflagen einen großen Teil der Strafprozesse aus. Daß der Widerruf Kraft hat und Schutz bewirkt, dafür sorgen die strengen Bestimmungen über Wiederholung und die Förmlichkeit bei Widerruf. Summarisches Verfahren für leichtere Fälle ist empfehlenswert. „Welcher dem andern an die Ehre redt und bereut, kann an dem nachfolgenden Tag vor dem Landammann Satisfaktion geben.“ (Strafrecht der Schweiz, S. 133.)

Ehrverletzung wird auf dem Wege der Privatklage verfolgt. Die Schlußsätze des Art. 28 über gegenseitige Verletzung kommen zur Anwendung.

Ehrverletzung und Friedbruch treffen leicht zusammen und es ist daher nötig, ein Verhältnis herzustellen, um so mehr als auch Privatklage und Amtsklage konkurrieren. Bei leichten Ehrverletzungen, die mit Friedbruch zusammentreffen, ist die Hauptsache der damit bewirkte Friedbruch. Die Bestrafung für Friedbruch absorbiert die Ehrverletzung; denn es geht nicht an, eine doppelte Bestrafung zuzulassen, erst für Friedbruch, dann für Ehrverletzung, wenn nur eine strafbare Handlung vorliegt. Zudem hat der Verletzte den Vorteil, daß Amtsklage wegen Friedbruch stattfindet — jedoch nur, wenn er den Antrag stellt, da es sein persönlichstes Interesse ist.

Anderes ist es, wenn die Ehrverletzung eine schwere ist, eine Verleumdung, öffentlich, oder gegen Beamte gerichtet. Dann ist es vor allem wichtig, die Wahrheit des Vorwurfs zu prüfen. Dann ist die Ehrverletzung die Hauptsache und der gleichzeitig bewirkte Friedbruch ist Straferhöhungsgrund. Es bleibt aber im Falle der Freisprechung der Friedbruch selbständig strafbar.

Es war die Frage, ob nicht Bestimmungen aufzunehmen wären über strafbare Creditschädigung (N. St.-G.-B. § 187) über Verletzung des Andenkens Verstorbener u. a. Der Entwurf sieht davon ab, teils, weil der Grund jener Gesetzesbestimmungen nicht vor-

handen ist (Berner nennt den Kreditchutzparagraphen ein Zeichen des damals herrschenden Liberalismus), teils weil das Obligationenrecht ausgreifend fürsorgt. — (Vgl. Kommentar zum schweizerischen Obligationenrecht von Fick und Schneider, Art. 55.)

Sehr zu beachten ist das famose „quasi-Schmerzensgeld“ für die moralischen Schmerzen, welche durch Ehrverletzung oder nicht ehrverletzende Äußerungen verursacht sind. Der Erfolg hat gezeigt, daß hier das Privatrecht in Wirklichkeit übergreifen kann in das Gebiet des Strafrechts, trotz formeller Trennung der Gebiete. Grundsatz soll sein: Ehrensache muß Ehrensache bleiben und der Schutz ein strafrechtlicher.

Über Preßdelikte hat der Entwurf keine Bestimmungen aufgenommen. Es besteht die Auffassung, daß Grundlage der Preßvorschriften die gemeinen Grundsätze des Strafrechts sein müssen, und daß Modifikationen sich in engen Grenzen, welche die besondere Natur des rechtsverletzenden Mittels unerläßlich fordert, halten sollen. Vorbildlich kann die Behandlung im Polizeistrafgesetz von Basel und in der Strafprozeßordnung desselben Kantons (§ 163 ff.) sein. Der Entwurf einer Strafprozeßordnung für Schaffhausen von Walter hat die letzteren in Art. 198 ff. acceptiert.

Tit. VI. Verbrechen gegen das Vermögen.

Art. 37—45. Die Verbrechen gegen das Vermögen werden von den Gesetzbüchern nach den verschiedenartigsten Gesichtspunkten in Gruppen zusammengestellt und der gewählte Gesichtspunkt ist hinwieder maßgebend mit den gleichen Merkmalen für die Bestimmung der einzelnen Begriffe.

a) Gemeinsam ist allen diesen Verbrechen:

1. Der Gegenstand: Vermögen, Vermögenswert.
2. Die Wirkung auf diesen Gegenstand: der Entzug, die Enteignung.

b) Verschieden ist:

1. Die Art des Gegenstandes, Wertes: bewegliche, unbewegliche Sachen, Vermögensrechte.
2. Die Thätigkeit: Wegnahme, behalten, schädigen, nötigen, erlisten.
3. Der Charakter der Thätigkeit: Gewalt, List, Trug, aus Gewinnsucht oder Vorteils wegen, gegen das Vertrauen, böswillig.

Daraus baut sich die ganze weitschichtige Materie nach einfachem Grundriß auf, wie ihn die Norm des Titels vorzeichnet.

Jene Verschiedenheiten kommen in den Strafgesetzbüchern zum Ausdruck: 1. begriffbildend — 2. als qualifizierende Momente — 3. als Strafzumessungsgründe — und zwar kann dasselbe Merkmal je nach dem Gesetzbuch das Eine oder Andere sein. Die Gesetzbücher zeigen darin die größte Mannigfaltigkeit.

Unser Gesetz behandelt nun diesen vielgestalteten Stoff so:

1. daß die Begriffe vereinfacht und die Qualifikationen beseitigt werden durch die Überführung in die Umstände der Strafzumessung, wie dieser Weg im ganzen Gesetz eingeschlagen ist;

2. daß eine Zusammenfassung der Begriffe nach der charakteristischen Begehungsart: mit Gewalt, ohne Gewalt, mit Lug und Trug, leichtsinnig, böswillig stattfindet;
3. daß die künstliche Abstufung der Strafdrohungen beseitigt wird, wo zwei verwandte Verbrechen von gleichem Strafwert, oder einer untergeordneten Differenz, die in der Strafzumessung berücksichtigt werden kann, sich finden. Gerade die schweizerische Strafgesetzgebung hat bei den Eigentumsverbrechen sich oft dieser Weise bedient. So ist der Strafwert des Diebstahls in seiner dreifachen Abstufung übertragen worden auf Unterschlagung, Fehlerei, Betrug, betrügliehen Bankrott. Jedes dieser Verbrechen hat damit eine angemessene Strafdrohung und kann gegebenen Falls die angemessene Strafe finden. Die gemeinsame Strafdrohung aber ist geeignet, von manchen künstlichen oder gesuchten Begriffsspaltungen abzulenken auf das gemeinsame Wesen und die Substanz des Strafworths.

Die Norm giebt die Übersicht und Einsicht, indem sie das ganze Gebiet der strafbaren Eigentumsverletzung im Wesen zusammenfaßt für jedermanns Verständnis.

Die Norm bestimmt zugleich als gemeinsamen herrschenden Gesichtspunkt, daß Schaden, Erfolg, thatsächlicher Entzug stattgefunden haben muß, und sie regiert in den einzelnen Artikeln die Festsetzung des Punktes der Vollendung des Verbrechens.

Einen zusammenfassenden Satz, wie ihn die Norm aufstellt, bieten auch unsere alten Quellen:

„Es sol niemand dem andern sein Gut und Hab, es siye liegends oder fahrends nichts vorenthalten, entweren, an Handen nehmen, noch mit Gewalt angreifen. Wer solches thut ist der Strafe verfallen.“

Art. 37. Raub, Erpressung. — Grundlage der Zusammenfassung ist: Entzug mit Gewalt oder schwerer Drohung. Der Entzug geschieht durch Wegnahme oder Nötigung. Die Begriffe „Gewalt“ und die enge Fassung der Drohung, beziehungsweise das Merkmal der „Drohung gegenwärtiger Gefahr“ — haben zur Folge, daß zwei besondere Fälle beigefügt werden müssen, der Raub mit vorgängiger Betäubung und die geringere Art der Erpressung. Dagegen ist nach Art. 25 nicht nötig, den Fall der Tötung hervorzuheben. Vollendung erfordert Wegnahme und Erpressungserfolg — „abgenötigt wird“. Was vor dieser handgreiflichen Grenze liegt, fällt ins Gebiet des Versuchs. Vollendung im Punkte der erfolglos nötigenden Thätigkeit, wie es einige Gesetze annehmen, ist hier grundsätzlich unmöglich.

Art. 38. Diebstahl, Unterschlagung. — Gemeinsam ist: Entzug einer fremden Sache ohne Gewalt, um sie sich zuzueignen. — Der Entzug geschieht durch Wegnahme aus fremdem Gewahrsam oder durch diebliches Behalten der fremden Sache im eigenen Gewahrsam.

Die Bestimmung der Unterschlagung zählt statt verallgemeinernder Regel die hauptsächlichlichen Verfügungshandlungen auf. (Anders R.=St.=G.=B.)

Unterschlagung ist nicht Antragsverbrechen. Wo es in den Gesetzbüchern unter Umständen als solches gilt, haben sich große Übelstände herausgestellt. Der Richter soll entscheiden und sein Ermessen ist weit genug, um jedem Maß von Schuld gerecht zu werden,

jeden mildernden Umstand richtig zu würdigen. Zudem kommt für geringe Beträge Art. 39 b) zur Anwendung.

Die Zusammenfassung beseitigt die Schwierigkeiten und viele Streitfragen, die mit einer formellen Scheidung und besondern Strafgrenzen verbunden sind. Ist auch theoretisch das Behalten, um sich anzueignen, scheinbar weniger strafwürdig als das Wegnehmen, so kommt doch in Wirklichkeit die Unterschlagung in vielen Fällen auf dieselbe Höhe, namentlich wo Vertrauensverhältnisse und hoher Betrag mit in Betracht fallen. Nach unten kann der Richter, wo es am Platze ist, die Differenz genugsam würdigen. Die Strafe ist in jedem Fall Arbeitshaus, weil solche Verbrechen als schimpflich und namentlich in der Urschweiz als schwer gelten.

Die Strafzumessung. — Die bezeichneten Fälle, welche die Anwendung der schärfsten Strafe bis zu 10 Jahren Zuchthaus begründen, sind dieselben, welche sonst als qualifizierte ausgezeichnet werden. Es sind die schweren Fälle einer besondern Pflichtverletzung, oder großer Gefährlichkeit mittelst der angeführten Art der Begehung. Neben Zuchthaus ist Arbeitshaus gedroht, um die Härte zu vermeiden, welche so oft zu Tage tritt, wenn auf ein qualifizierendes Merkmal hin die Strafe des ausgezeichneten oder schweren Diebstahls ausgesprochen werden muß. Hier ist ein solcher Zwang nicht gesetzt. Der Wert der Sache kommt innerhalb der drei Stufen als Strafzumessungsgrund (wie im R.-St.-G.-B.) in Betracht, er kompliziert sonst unnötig die Gesetzbücher.

Art. 39. Der Artikel faßt geringere Fälle von Diebstahl und Unterschlagung zusammen. Familiendiebstahl unter Angehörigen wird mit geringerer Strafe bedroht, jedoch nicht als Antragsverbrechen behandelt. Die mildere Auffassung kommt in der alternativen Zulässigkeit von Gefängnis und Verweis und im Ausschluß der Zuchthausstrafe zum Ausdruck. Da aber auch hier sehr schwere Fälle nicht selten sind und die Teilnahme in Betracht fällt, so ist Arbeitshaus nicht beschränkt auf 5 oder 2 Jahre, sondern es kann in seiner ganzen Ausdehnung zur Anwendung gelangen.

Kleine erstmalige Diebereien oder Unterschlagungen, Mundraub, können angemessen bloß mit Verweis oder einem Tag Gefängnis, oder Geldbuße belegt werden; auch kleine Betrügereien derselben Art können so bestraft werden, wie ja Betrug in der Strafe dem Diebstahl gleichgestellt wird.

Art. 40. „Der Fehler ist wie der Stehler.“ Der Fehler handelt um seines Vorteils willen und unterscheidet sich vom bloßen Begünstiger. (Art. 12.) Die gleiche Strafandrohung „wie für den Stehler“ rechtfertigt sich auch mit Rücksicht auf die Forderung, die sogenannten Ausbeuter der Verbrecher nachdrücklich zu treffen.

Art. 41. Er behandelt die Schädigung Anderer durch Lug und Trug, um einen Vorteil zu erlangen: Betrug und betrüglischen Bankrott. Die Strafe ist diejenige des Diebstahls.

Schwerste Strafe tritt ein, Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Arbeitshaus, in den bezeichneten Fällen, namentlich „wenn der Schaden groß und die Begehung eine abgefeimte war“. „Abgefeimt“ ist ein in den schweizerischen Gesetzbüchern oft vorkommendes

bezeichnendes Wort. — Wo die angeführten oder gleichwertige Umstände nicht vorhanden sind, tritt geringe oder eine mittlere Strafe ein, nach Umständen und Milderungsgründen.

Art. 42. Leichtsinniger Bankrott. — Mit Rücksicht auf Art. 23 der Verfassung, welcher auch hier in strenger Weise Ehrenentzug vorsieht, ist neben Gefängnis Arbeitshaus bis zu zwei Jahren gedroht, weil damit Ehrverlust verbunden werden kann. Jene Bestimmung ist hart. Es würde sich hier ebenfalls empfehlen, von der Rehabilitation abzusehen und Ehrverlust nicht auszusprechen „bis zur Rehabilitation“, welche nach Art. 23 der Verfassung erst nach Verfluß von 6 Jahren begehrt werden kann, sondern schon durch Urteil eine bestimmte Zahl von Jahren festzusetzen. In schweren Fällen betrügerischen Bankrotts könnte in Verbindung mit Zuchthaus auf Ehrenentzug bis zu 10 Jahren erkannt werden, in Verbindung mit Arbeitshaus auch bei leichtsinnigem Bankrott bis zu 5 Jahren. (Art. 3.)

Es sind auf diesem Boden gemeine Grundsätze des Strafrechts über Ehrenentzug auf beschränkte Zeit zu beachten, und Ehrenentzug in Fällen bloßen Mißgeschicks und ohne Verschulden dürfte nicht zulässig sein. — Das Strafgesetz würde nicht in Widerspruch mit der Verfassung treten, wenn nur bei leichtsinnigem Bankrott am Ehrenentzug festgehalten wird. Ist der Entzug auf bestimmte Zeit durch den Richter ausgesprochen, so hört eben nach Ablauf dieser Zeit der Entzug auf und der Besitz der bürgerlichen Ehren und Rechte erfolgt von selbst. (Vgl. Motive zu Art. 5.)

Art. 44. Wucher soll unter allen Umständen mit Arbeitshaus bestraft werden. Da die Geldstrafe, soweit sie nicht ausdrücklich genannt ist, mit Freiheitsstrafe nur bis zur Höhe von 1000 Fr. verbunden werden kann, so wird gerade bei diesem Verbrechen, deren Urheber meist vermögende Personen sind, dieselbe ausdrücklich bis auf 5000 Fr. erstreckt. (Handbuch Art. 139, 140. Sittenmandat von 1859, Bd. VI, S. 298.)

Art. 45. Böswillige Eigentumschädigung kann sehr schwer und auch gering ausfallen. Sogenannt „mutwillige“ Schädigung ist der böswilligen geringern Grades gleich zu achten. Sehr schwere, mit Grausamkeit verbundene Schädigung ist zuweilen gegen Tiere, gegen den Viehstand gerichtet und die schwerste Strafe wohl gerechtfertigt.

**Von den Verbrechen gegen den Frieden, gegen die gemeine Sicherheit, gegen öffentliche
Treu und Glauben, gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit,
gegen das Land und die staatliche Ordnung.**

Tit. I. Verbrechen gegen den Frieden.

Art. 46—51. Die Verbrechen gegen den Frieden stehen an der Spitze des zweiten Buches, welches die Verbrechen gegen das gemeine Wesen umfaßt. Am Schlusse befinden sich die Staatsverbrechen, gemäß ihrer wirklichen Bedeutung für uns.

Für die Schweiz, namentlich die Urschweiz, ist es gegebenes Recht. Es wurzelt noch in den Eigenschaften und Verhältnissen von Land und Volk. Zwei Dinge sind nötig: es muß den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt sein, — es muß in allen Teilen des Gesetzbuches als lebendiger Geist wirksam und verkörpert erscheinen.

Die Friedensbürgschaft für sich vereinzelt, ohne Zusammenhang, ist haltlos. Wenn aber der Geist, aus dem sie im alten Recht entstand, wieder in das Gesetz in seinen Einzelheiten einzieht, dann stützt Eines das Andere zu einem Ganzen.

Die Friedensbürgschaft muß begründet sein in einem Friedensrecht. — Ein Friedensrecht hat nur Bestand, wenn in den Volksgenossen Wort und Ehre, Treu und Glauben, Mannhaftigkeit und Wahrheit Geltung haben und Unehrlichkeit, Hinterlist, Feigheit, Wortbruch, niederträchtige Gesinnung als das Schändliche in der That erkannt und gewürdigt werden.

Diese Grundlage hatte das alte Recht und in allen Begriffen, Thatbeständen und Einrichtungen desselben ist sie verwirklicht.

Dasselbe gilt für unser Gesetz. Dasselbe erscheint in der Anlage des Gesetzbuches, in den Strafmitteln, in den Grundsätzen, in Gesetz und Urteil, in den Strafdrohungen, in Strafzumessung und Strafausschluß, in den einzelnen Thatbeständen, wie Tötung, Körperverletzung, Ehrverletzung, Pflicht zur Hülfeleistung, in der Grundlage der Friedenseinrichtungen und in den einzelnen Frieden dieses Titels.

Und wie Segesser vom Handfrieden im alten Recht erklärt hat, so steigt hier die Formel und die Bedeutung des gebotenen und gelobten Friedens aus den Verhältnissen des Einzelnen hinauf in die Verhältnisse des öffentlichen Lebens und die Existenzfragen des Staates.

Die Norm ergreift, was dem Bürger im Privat- und öffentlichen Leben das Höchste gilt, so gefaßt, daß es jedem Mann verständliche unmittelbare Sprache redet.

Den Frieden, Landfrieden, in seiner allgemeinsten Bedeutung setzt das Landbuch von Uri in Art. 260: „Weil durch Brechung des öffentlichen Landfriedens die gemeine Sicherheit gefährdet wird, oftmal die öffentliche Ruhe gestört werden, auch Leib, Leben, Ehre und Gut verloren gehen kann, so haben wir uns verbunden, einen stetswährenden Landfrieden

aufrecht zu halten, also, daß sich Keiner an des Andern Leib und Leben, Ehr und Gut vergreifen soll."

Art. 261 bestimmt sodann die einzelnen Fälle und ihre Strafen: Strafe des Angreifers, Anfängers, das Friedbieten und Scheiden, Parteien, Stoß, Wurf, Schlag, gefährliche Verletzung, Hausfriedensbruch (Angriff auf dem Seinigen) Eigengewalt, Herausforderung aus dem Seinigen, Ehrverletzung, Drohung und Friedensbürgschaft, Marktfrieden, Gerichtsfrieden, Dingfrieden, Kirchenfrieden, Kirchweih- und Schützenhausfrieden, Bruch des Friedens mit Worten oder Werken; Pflicht, Friedbrüche anzuzeigen.

Diesen Frieden bringt der Entwurf wieder zur Geltung. Die neuere Gesetzgebung der Schweiz und des Auslandes berücksichtigt jene Friedensbestimmungen wohl auch, jedoch stückweise und in anderm Sinne; — zerstreut da und dort bei einzelnen Delikten, namentlich in den qualifizierenden Umständen und in den Strafzumessungsgründen.

Der Entwurf schafft daraus im Zusammenhang des Ganzen wider das grundlegende Friedensrecht in lebendiger Weise. Es sind große Dinge zusammengefaßt, — es handelt sich nicht bloß um systematische Rubriken. — Aus bloßen Strafzumessungsgründen krystallisieren sich Begriffe und Thatbestände — während anderseits doktrinelles Begriffe und Thatbestände sich auflösen in Strafzumessungsgründen.

Art. 46. Der gebotene und gelobte Frieden, früher gemeines Recht, wie im Landbuch von Uri, ist eine vorzügliche Einrichtung germanischer Wurzel. Das Friedbieten ist noch enthalten in den Strafgesetzbüchern von Glarus, § 52, Appenzell A.-Rh., § 62; im Landbuch von Uri und im Sittenmandat vom 29. Dezember 1859, Art. 11, im Entwurf für den Kanton Aargau und noch geübt in Appenzell J.-Rh. Es lebt auch in andern Kantonen praktisch fort ohne rechtliche Konsequenzen und Anerkennung.

In England besteht die Friedensbürgschaft in ausgedehntem Maße in Fällen von gewaltsamem Angriff oder von Bedrohung, beginnendem Streit, oder wenn eine Person gerechten Grund zu der Befürchtung hat, daß ein Anderer sie mit Schaden und ernster Verletzung bedroht; ihre Ausdehnung zur allgemeinen Polizeimaßregel und zum Strafsurrogat ist nicht zu billigen. In den Jahren 1883/84 sind mehr als 17,000 Personen summarisch damit belegt worden. In der Ausdehnung, im Wesen und in den Folgen ist die Friedensbürgschaft verschieden von derjenigen, welche das schweizerische Recht ausgebildet hat.

Art. 46, Satz a), bedroht als Friedbrecher denjenigen, der den Streit nicht einstellt, auf das dritte förmliche Friedgebot.

„Drohende oder begonnene Thätlichkeit“, d. h. es muß schon ein Streit sein, nicht bloße Streitigkeiten. Die alten Quellen sagen „Span und Stöß“; bei Kaufhandel wird das Friedgebot von besonderer Bedeutung.

Die dritte Aufforderung: Eine kann überhört werden; drei sind feierlich und förmlich und finden ihr Gegenstück in der dreimaligen Aufforderung bei Aufruhr und Landfriedensbruch.

Die Formel ist wesentlich und daher im Gesetz ausdrücklich genannt: Ich biete Frieden! So sagt auch das Landbuch von Appenzell, „er soll den Frieden auf solche Form

fördern: Gieb Fried zum ersten Mal." Die unbestimmte Fassung im Strafgesetzbuch von Glarus schafft Schwierigkeiten und gefährdet das Institut.

Satz b). Der gelobte Frieden vor dem Landammann. Wer einen Andern bedroht, kann nach dem Landbuch zum Gelöbniß angehalten werden, den Andern nicht zu schädigen. Der Entwurf enthält dasselbe erweitert auf den Schutz bedrohter Rechte. Es kann im Civilwege ein gewaltthätiger Gegner Veränderungen am Streitobject vornehmen, welche den Ausgang des Rechtsstreites in Frage stellen oder zur Eigengewalt herausfordern. (Landbuch Art. 260.) Der Bedrohte verlangt Friedensbürgschaft und dieselbe wird jenem auferlegt mit dem Inhalt, jeden eigenmächtigen Schritt, jede Veränderung der Sache zu unterlassen und den Frieden zu halten „bis an ein Recht“.

Hält der Angreifer den gesetzten Frieden nicht, so ist er als Friedbrüchiger strafbar. Das Landbuch sagt Art. 161: „So er dann aber auf diese Anlobung hin den Andern beschädigen oder ihm Leids zufügen würde, soll er als meyneidig angesehen und dafür bestraft werden.“ Gleiche Sätze haben andere Quellen; so bestimmt das Stadtbuch von Zug: „Der friedbrüchige Mann soll 2 Jahr ein meineidiger, ehrloser, friedbrüchiger Mann seyn.“ Der Entwurf läßt das schimpfliche Arbeitshaus für schwere Fälle zu. Ein Seitenstück zu der Sicherheit durch Friedensgelöbniß und der Behandlung des Friedbrechers als meineidig ist das eidliche Angelöbniß einer Verpflichtung oder das eidliche Versprechen vor dem Richter. Eidbruch. Vgl. Freiburg Art. 364. Strafe: Geldbuße bis 300 Fr. oder Gefängnis bis 3 Monate. Vgl. R.-St.-G.-B. 162. Vgl. Motive zu Art. 58.

Der Schutz durch Sicherheit kraft Gelöbnißes belastet nicht weiter wie Real- oder Personalkaution; Haft im englischen Recht. Das Handgelübde sichert bloß. Es ist wohl nicht zu befürchten, daß Männer zu ängstlich die Friedensbürgschaft mißbrauchen. Unsere Friedensbürgschaft belastet nicht den in Frieden Gesezten — anderseits erschwert sie nicht das Begehren um Auferlegung des Friedens; — sie ist weder ein Präventivmittel für Bagabunden, noch ein kriminalpolitisches Strafmittel für Verbrecher. Sie ruht auf Wort und Ehre und unterscheidet sich im Wesen und in allen Äußerungen von der englischen Friedensbürgschaft. (Vgl. Strafrecht der Schweiz 832 ff., 828.)

Das Gelöbniß ist ein Handversprechen. Nach dem Landbuch hat „der Bedroher anzugeloben, dem Andern auf keine Art einiges Leid zuzufügen“. Andere Quellen bezeichnen als Zweck des Friedens, daß die Gegner sich „us forchten lassen“; der Eine soll vom Andern nichts mehr zu befürchten haben, Sicherheit und Friede sollen bestehen bis zum rechtlichen Austrag der Sache.

Die Auferlegung des Friedens erfolgt gegen hartnäckige oder schwierige Personen oder solche, die das ehrende Handgelübde nicht haben. (Rückfällige zweifelhafte Leute.) Man könnte zur Anlobung zwingen durch Androhung von Gefängnis; allein die Friedensbürgschaft soll nicht zur Strafe werden für erst drohende Handlungen, noch zu einem beschwerenden Zwangsmittel. Das Wort soll gelten. Wird es gebrochen, dann tritt Strafe ein gegen den Friedbrecher. Das ist schweizerische Friedensbürgschaft gegen englische.

Der Frieden ist beidseitig und die Parteien haben alle widerrechtlichen Schritte zu unterlassen, alle Angriffe, die den Frieden stören und zu Rechts- und Friedbruch führen,

wie Schimpf, Provokation, Verletzung, eigenmächtige Veränderung oder Einwirkung auf den Streitgegenstand, — zu vermeiden.

Die Dauer des Friedens erstreckt sich bis nach dem rechtlichen Austrag der Sache — nach Beseitigung der Ursache des Streites oder der Gefahr, oder nach Versöhnung, („Abtrinken des Friedens“); jedenfalls erlischt der besondere Friede nach Jahresfrist. Die Verhältnisse des konkreten Falles sind entscheidend und die Frist wird danach vom Landammann bemessen.

Die Handlung des Friedbruches ist nicht notwendig eine an sich strafbare That, sie wird es erst dadurch, daß sie über gebotenen oder gelobten Frieden geschieht; wenn sie aber für sich schon ein Verbrechen darstellt, dann ist die Begehung über Frieden ein Grund, der zur Anwendung der schärfsten Strafe unter Umständen berechtigt, wie dies vielfach bei einzelnen Thatbeständen im Gesetz besonders angeführt ist.

Unsere Quellen bezeichnen die Handlung folgendermaßen:

„Wenn von denen die Stoß gehabt Fried genommen ist, sollen dieselben nichts unfürntliches mehr mit einander fürnehmen, weder mit Worten noch mit Werken anders dann mit Recht und Rat.“

„Und welcher dem andern aufhebt sein oder seiner Fründen Thun und Lassen, Schmach und Schand in Schimpf oder Ernst, es wäre wahr oder nicht, item ihn anschwerte, übles wünschte, und andre böse Scheltwort ihm entbotte und der ander bezeugte es mit einem unpartheiischen Mann, so soll der Thäter ohn alle Gnad 3 Pfund erlegen.“ Ferner: „Wer über gemachten Frieden lügen heißt, oder er habe nicht die Wahrheit geredet, oder böse Wort bietet die Glimpf und Ehr berühren möchten soll 5 Pfund zahlen.“ Die Strafe der Ehrverletzung über Fried ist auf das Doppelte angesetzt.

Es sind demnach drei Punkte herauszuheben:

1. Äußerungen, die sonst nicht bestraft werden, trifft Strafe, wenn sie über Fried geschehen.
2. Ehrverletzung über Fried ist doppelt strafbar.
3. Wahrheitsbeweis beseitigt nur die Strafe wegen Ehrverletzung, aber nicht die wegen Friedbruch. Mit andern Worten, die Strafe der Ehrverletzung über Fried wird ausgefällt wegen Friedbruch ohne Rücksicht auf den Wahrheitsbeweis.

Dieses alte Recht liegt wieder im Entwurf.

Es liegt soviel Takt und Selbstbeherrschung und feines Ehrgefühl in diesen alten Satzungen, wie man heute es nur noch bevorzugten Ständen und ritterlichem Sinn zuzuschreiben gewohnt ist. Ist kontrahiert, so ist jeder weitere persönliche Tusch absolut ausgeschlossen bis zum regelrechten Austrag der Sache. — Wer es dennoch thut, stellt sich selbst das Zeugnis der Unehre öffentlich aus und wird ein friedbrüchiger Mann.

Das ist Ernst, Ehre, Schönheit und Kraft, feine Sitte und Zucht im Volksrecht. Erhalten wir es zur Ehre des schweizerischen Rechts und der Urkantone.

Die Strafe des Friedbruches ist nicht so hoch, wie sie in einzelnen Quellen angesetzt ist; sie muß aber doch ernst sein und fähig der Anpassung an die verschiedenartigen Fälle. Einige Rechte heben besonders den Friedbruch aus entschuldbarem Affekt hervor. Der Entwurf nennt in erster Linie die Geldbuße, dann Gefängnis und für die schwersten

Fälle das schimpfliche Arbeitshaus. Besondern Schutz genießt der Friedbieter. Schwerste Strafe steht auf Verletzung des Friedbieters und wiederholte Friedbrüche.

Von großer Bedeutung ist die schwere Folge des Friedbruches, welche in dem besonders betonten Verteidigungsrecht gegen den angreifenden Friedbrecher liegt: Er hat nach zahlreichen Satzungen die Folgen an sich zu tragen, er ist gebüßt. Bei Auferlegung des Friedens könnte auf den Nachteil aufmerksam gemacht werden, in den sich der Angreifer begiebt. (Strafrecht der Schweiz, S. 832.)

Aus bereits entwickelten Gründen darf die Auferlegung der Sicherheit nicht beschweren; daher kann Haft und Erlegung einer Summe, Personalsbürgschaft nur ausnahmsweise zur Anwendung gelangen, wenn besondere Gründe dafür vorhanden sind, wie dies unter der Strafzumessung bemerkt ist.

Antragsverbrechen. Zusammentreffen von Friedbruch mit andern Verbrechen. — Es kommt eine Reihe von Verhältnissen zum Teil prozessualer Natur in Betracht.

Der Friedbruch wird bestraft, auch wenn die friedbrechende Handlung kein selbständiges Verbrechen ist. — Der Friedbruch kann in einer für sich strafbaren Handlung bestehen. Dieselbe ist zugleich Friedbruch und Ehrverletzung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Drohung.

Die Handlung kann Friedbruch sein und zugleich ein anderes Verbrechen gegen den Frieden. Sie kann an sich leicht oder schwer sein und das Interesse des Einzelnen oder des Staates an der Verfolgung ein verschiedenes. Demgemäß verändert sich die Stellung im Prozeß.

Grundlage ist, daß Friede und Friedbruch große öffentliche Interessen berühren und daß ihre Verfolgung von Amts wegen geschieht. Es kann ein summarisches Verfahren dabei stattfinden.

Nun entsteht aber die Frage, wie der Verletzte und die Beteiligten sich stellen, wenn die friedbrechende Handlung an sich straflos ist oder einen so geringfügigen Angriff enthält, daß die Verfolgung nur im Privatinteresse liegt. Soll in diesem Fall auf bloße Anzeige die Amtsklage eintreten oder soll sie abhängen vom Antrag des Verletzten?

Folgende Prozeßformen fallen in Betracht:

1. Amtsklage. Sie ist Regel bei allen Verbrechen. Jede Anzeige bewirkt die Untersuchung. (Ausnahme: Antragsverbrechen.)
2. Amtsklage infolge des Antrages des Klagberechtigten, des Verletzten oder seines gesetzlichen Vertreters. Ohne diesen Antrag tritt Verfolgung nicht ein.
3. Privatklage. Bei Ehrverletzungen und geringfügigen Angriffen ist die Einlegung der Klage und deren Verfolgung Privatsache ohne Beteiligung des amtlichen Anklägers.
4. Subsidiärklage. Wenn der Staatsanwalt die Führung der öffentlichen Klage wegen eines amtlich zu verfolgenden Verbrechens abweist, kann der Verletzte die Klage auf eigene Kosten durchführen. (Vgl. Zürcher Rechtspflegegesetz, § 779, 778. Kommentar von Sträuli. Zachariä, Handbuch des Strafprozesses II, S. 39. — Ullmann, das österreichische Strafprozeßrecht 1879, S. 282 ff.) Diese ist hier nicht weiter zu berücksichtigen.

Der Entwurf ordnet bei den einzelnen Delikten diese Verhältnisse in einfacher Weise mit wenigen Worten, angemessen dem besondern Fall:

I. Ehrverletzung wird auf dem Wege der Privatklage verfolgt. Liegt in der Ehrverletzung ein Friedbruch, so kommt es darauf an, ob jene eine leichte oder schwere sei. (Art. 36, Schlußsatz.)

a) Ist die Ehrverletzung schwer, so steht ein großes Interesse des Verletzten und des Staates voran, daß über die Wahrheit oder Unwahrheit ein Urteil ergehe.

Beruhet die Ehrverletzung auf Wahrheit, so bleibt nur noch eine milde Strafe für den gebrochenen Frieden übrig.

Beruhet sie auf Unwahrheit, so wird die schärfste Strafe der Ehrverletzung ausgesprochen, weil sie über Frieden geschah.

b) Ist die Ehrverletzung eine leichte, so steht der Friedbruch als das schwerere im Vordergrund.

Der Friedbruch durch leichte Ehrverletzung wird allein als solcher bestraft, und die Strafe des Friedbruchs absorbiert diejenige der Ehrverletzung.

Es geht nicht an, Amtsklage und Friedbruchstrafe zu häufen mit Privatklage und Strafe geringer Ehrverletzung. Leichte Ehrverletzungen ohne Friedbruch werden auf dem gewöhnlichen Wege der Privatklage verfolgt.

II. Wer nach Artikel 46 a) den gebotenen Frieden nicht hält, den Streit fortsetzt, macht sich des Friedbruchs schuldig. Wie jedes Delikt wird dieser Friedbruch auf Anzeige — nicht erst auf Antrag des Verletzten gebüßt. Es wäre mit Schwierigkeiten verbunden, bei a) die Verfolgung abhängig zu machen vom Antrag des Verletzten oder ihn auszudehnen auf Antrag des Friedbieters oder der Beteiligten. Das öffentliche Interesse am Gehorsam gegen das Friedgebot ist entscheidend. Die Praxis wird für solche Fälle, die nicht weiter erschwert sind, bald zu einem bestimmten festen Bußsatz gelangen.

III. Nach Artikel 46 b) ist aus den besondern Verhältnissen, welche durch den gelobten oder auferlegten Frieden zwischen den Parteien gesetzt sind, regelmäßig der Angegriffene derjenige, der das Recht in Anspruch nimmt, und daher darf es von seinem Antrag abhängig gemacht werden, ob Klage und Strafe eintritt. Es bleibt dabei mit guter Wirkung der Weg der privaten Ausgleichung offen.

IV. Gerade so verhält es sich, wenn der Friedbruch im Falle a) eine geringe, jedoch selbständig strafbare Handlung, Drohung, Angriff enthielt. Dies geht auf Anzeige in der Friedbruchstrafe auf. Im Falle b) geht es ebenfalls in der Friedbruchstrafe auf; die Verfolgung geschieht aber bei letzterem erst auf Antrag des Verletzten. Daher sagt der Entwurf im letzten Satz des Art. 46: „diese Friedbrüche“.

V. Schwere Körperverletzung wird verfolgt wie jedes andere Verbrechen, und die Begehung über Fried hat die schwerste Strafe zur Folge. Liegt in der Begehung anderer schwerer Verbrechen zugleich ein Friedbruch, z. B. bei Mord, Totschlag, Freiheitsberaubung etc., so bewirkt die Begehung über Frieden die Zulässigkeit der schwersten Strafe.

VI. Wird ein Verbrechen gegen den Frieden des Tit. I erschwert durch Begehung über besondern Frieden des Art. 46, z. B. Hausfriedensbruch nach gelobtem oder auf-

erlegtem Frieden, so tritt dasselbe ein. — Wird ein Verbrechen an gefriedeten Stätten begangen, so wird es aufs schärfste bestraft. (Art. 51.)

Art. 47. Unter Friedensstörung sind eine Reihe rechtswidriger Handlungen begriffen, welche eine Kette bilden von der Drohung gegen Einzelne, Viele, bis zum Landfriedensbruch. Im Urner Landbuch hat der Landfrieden umfassende Bedeutung und „Brechung des Landfriedens“ (Art. 260) beschränkt sich nicht bloß auf Landfriedensbruch im engeren Sinn. Die schwere Drohung gegen Viele wird teils zum Landfriedensbruch gezogen (N.-St.-G.-B., § 126), teils erscheint sie als besonderes Delikt der Drohung von Verbrechen unter den Bestimmungen über Verbrechen gegen den Frieden (Zürcher St.-G.-B.). Auch Drohung von Verbrechen gegen Einzelne wird zu den Störungen des Landfriedens gerechnet.

Der Thatbestand des Landfriedensbruchs ist verschieden von demjenigen des Auf-
rührs. (Art. 68.)

Die äußere Erscheinung der That ist maßgebend für die Thatbestände. Es werden fertige Handlungen für die Vollendung des Verbrechens verlangt. Es genügen nicht schon allgemeine Kungebungen der rechtswidrigen Absicht („unternehmen“, „beabsichtigen“).

„Aufreizungen“ haben hier keinen Platz, weder solche gegen den Staat noch gegen Bevölkerungsklassen, noch Kanzelparagraphen.

Die Handlung muß sein: Einfallen, sammeln von Mannschaft oder Waffen, Begehen von Gewaltthätigkeiten. Ebenso deutlich ist die Aufforderung mit Trommelschlag und das Verharren, wenn es Teilnehmerschaft begründen soll.

Die schwere Drohung von Verbrechen muß wirklich in Angst und Besorgnis versetzen; bloße „rote“ Redensarten und Gewaltsprahlerei genügen nicht. Ein richtiges Verhalten auf diesen Grundsätzen, selbstsicher und würdig, beobachteten vor Jahren Glarus und Zürich. — Die Drohung gegen Einzelne hebt wieder die bestimmten Handlungen des alten Rechts hervor, namentlich das Messerzucken. (Vgl. Uri, Sittenmandat, Art. 11.) Als „bedrohliche Unternehmen“ werden nach diesem Satz c) auch manche Handlungen mit angemessener Strafe, Verweis, Friedensbürgschaft, belegt werden können, welche aus dem allgemeinen Gesichtspunkte entweder nicht strafbar sind, oder als selbständige Verbrechen (*delicta sui generis*) außerordentlich bestraft werden. Das Strafgesetzbuch von Appenzell hat hierüber eine treffliche Bestimmung.

Die Strafe für die Bedrohung Einzelner ist in jedem Fall eine geringe; es kann selbst nur Verweis ausgesprochen und auf Friedensbürgschaft erkannt werden. Darin liegt schon ein wirksamer Schutz.

Die Schlußbestimmungen des Art. 28 finden hier Anwendung. Es sind also solche Bedrohungen Einzelner, gerade wie Angriff und Ehrverletzung, durch Privatklage zu verfolgen. Sind aber die Drohungen durch die Umstände erschwert, z. B. gegen Ascendenden, Beamte wegen Ausübung ihrer amtlichen Thätigkeit, oder durch Bruch eines Friedens, — dann erfolgt die Amtsklage — jedoch nur, wenn der Bedrohte dies beantragt.

Art. 48. Störung des Religionsfriedens ist unter den Frieden in die richtige Stellung gesetzt und damit der Gegenstand mit derjenigen Wichtigkeit und Würde behandelt, die ihm zukommt. Schwierigkeit bereitet nur der Satz b), wo der berechtigte Schutz der religiösen Gefühle in Widerspruch mit dem Recht der freien Meinungsäußerung über religiöse Dinge geraten kann. (Art. 49 d. V.-V.) Einerseits darf man nicht zu ängstlich und streng sein, wo Gefühle und Überzeugungen unmittelbar zum Ausdruck gelangen, anderseits sollen die beschimpfende Absicht, die Roheit oder Gemeinheit der Äußerung oder der That nicht straflos bleiben, wenn sie die tiefsten Gefühle im Menschen verletzen und den religiösen Frieden schwer gefährden. Daher bedient sich der Entwurf einerseits der Worte „entweihen“, „freveln“, „verunehren“, „schänden“, um der Schwere und Bedeutung solcher Akte gerecht zu werden — anderseits wird verlangt, daß der Thäter „schimpflich schmäh“, „grobe Lästerung“ übt, „öffentliches Ärgernis“ giebt.

Das Erfordernis öffentlichen Ärgernisses hat auch das Strafgesetzbuch von Zug und der Urner Entwurf von 1865. — Öffentlich ist dasselbe, sobald einer oder mehrere Zuhörer oder Personen daran Ärgernis nehmen.

Anwendung finden die Bestimmungen nur auf eine staatlich anerkannte Kirche, Sekten aller Art haben bloß den Schutz der gemeinen Bestimmungen über Hausrecht, Eigentumsschädigung, Landfrieden. Die Strafe ist nicht von übermäßiger Strenge der zeitlichen Dauer, sie kann aber doch unter Umständen schwer in der Art sein.

Art. 49. Hausfriedensbruch. — Der Hausfrieden gehört zu den wertvollsten Gütern des Bürgers, und ist daher selbst in der Verfassung geschützt und im Prozesse gesichert. Er ist eine der ältesten mit starken Rechten umgebenen Einrichtungen. In Beziehung auf den Hausfrieden gewinnen eine ganze Reihe von strafrechtlichen Thatbeständen besondere Bedeutung. Das Haus ist eines jeden Burg.

Das alte Recht ging sehr weit im Schutz desselben und im Verteidigungsrecht des Bürgers, namentlich zur Nachtzeit. Unfug vor dem Hause, Steine werfen, Beschimpfung, Anwendung von Gewalt oder Eigentumsschädigung, Betreten, Herausforderung der Bewohner waren nicht allein strafbare Handlungen, sondern sie berechtigten den Inwohner zur weitgehenden Selbsthülfe und der Angreifer hatte den Schaden, der ihm widerfuhr, selbst zu tragen. Zum Hause gehört auch der umfriedete Raum und weiterhin „das Seinige“.

Landbuch, Art. 218: „Zu besserem Schutz und Sicherheit in dem Seinigen ist angenommen: Wenn man Einen oder Mehrere bei seinem Hause oder Speicher, oder Gaden auf einem verdächtigen, diebischen Angriff antreffen und den oder dieselben am Leib oder auch am Leben beschädigen würde; solle man dafür geantwortet haben.“ Art. 261, § 7: „Wer einen auf dem Seinigen angreift . . .“ (Vgl. auch Sittenmandat, Art. 10.)

Art. 50. Gerichts- und Landsgemeindfrieden. — Beide sind als Gerichts- und Dingfrieden altgermanischen Herkommens und teils gesondert, teils zusammen in den Landbüchern der Urschweiz genannt. Die Ruhe und der Frieden sind hier von besonderer Wichtigkeit im Interesse des Ganzen. Persönliche Feindschaft muß ruhen, — Thätlichkeiten und Beschimpfungen treten aus dem Kreise des Persönlichen heraus in denjenigen des öffentlichen Lebens.

Satz a) geht weiter als die Verletzung politischer Rechte des Art. 70 und Art. 72; namentlich ist hier nicht bloß Verletzung politischer Rechte bedroht, sondern es sind Gerichts- und Dingfrieden zusammengefaßt.

Art. 51. Hier sind allgemein alle Verbrechen, welche zugleich einen Frieden verletzen, der schärfsten Strafe unterstellt, sie sind qualifiziert.

Die Art der Strafdrohung „wird aufs schärfste bestraft“ ist der in den Landbüchern oft angewendeten entsprechend. Die Heraushebung der Einzelfälle ist bestimmt von der Art der Begehung oder dem Gegenstand, oder der Person, welche verletzt worden, und es war gleichzeitig das Bestreben leitend, ein paar typische und das Volksbewußtsein packende Einzelheiten herauszugreifen.

Tit. II. Gemeingefährliche Verbrechen.

Art. 52—57. Die Norm faßt die Verbrechen zusammen, welche um ihrer Gemeingefährlichkeit willen besonders strenge in jeder Beziehung behandelt werden. Neben Brand ist die Explosion hervorgehoben, welche in Bezug auf Pulvermagazine, Dampfkessel, Verkehrsmittel oder Mißbrauch von Explosivstoffen seit dem Code pénal — namentlich in der Neuzeit hervortritt. Gemeinsam ist der vorgerückte Punkt der Vollendung, die schwere Strafart und Strafdrohung und in gewissem Maße das Zurücktreten der Absicht hinter Gefahr und Erfolg.

Art. 52. Für den Begriff und die Vollendung der Brandstiftung genügt das „in Brand setzen“. Der Normalfall ist Inbrandsetzung von Wohngebäuden, daher steht die Abstufung der Schwere der Brandstiftung auf der Unterscheidung bewohnter, unbewohnter Gebäude und anderer Gegenstände.

Die Strafgesetze verfahren hier mit größter Willkür und Mannigfaltigkeit in Zusammenstellung der Thatbestandsmerkmale, der Qualifikations- und Strafzumessungsgründe.

Satz a). „Gegenstände, die jenen das Feuer mitteilen können.“ Hier muß der Richter einen weiten Spielraum haben. Jede nähere Bestimmung nach der Art des Gegenstandes, der Möglichkeit der Übertragung, der Voraussicht oder Voraussehbarkeit des Erfolges ist im gegebenen Fall ein Hemmnis für die Anwendung des Gesetzes.

Der Richter muß diese Umstände der That frei würdigen können und der Strafrahmen gestattet ihm, dies im weitesten Umfange zu thun. Über fahrlässige Begehung bestimmt Art. 55.

Mit Rücksicht auf die so außerordentlich in den Vordergrund gerückten Dynamitverbrechen könnte nach c) der Satz eingefügt werden:

„Dem Brandstifter gleich wird bestraft, wer, um zu schädigen, Explosivstoffe legt oder wirft, wo Menschen verkehren.“

Es ist aber zu beachten, daß bereits schwere Strafe möglich ist nach den Bestimmungen des Art. 12 b) und Art. 25, 28; dann kann nach Art. 47 b) Strafe eintreten. Gerade

in solchen Fällen des Versuchs könnte eine Strafe gesprochen werden, wie wenn das besondere Verbrechen vollendet wäre, und keine Ausrede mit ungefährlicher Absicht schützt gegen Art. 25, 28.

Die bestehenden Gesetze genügen, um auch diese Fälle zu beherrschen. Nichts ist gefährlicher als Gelegenheitsgesetze, zumal wenn sie eine Denunziationspflicht festsetzen, Anreizungen, Aufforderungen, Aufmunterung oder gar Rechtfertigung von Verbrechen u. dgl. unter Strafe stellen.

Das „Strafrecht der Schweiz“ hat die polizeistaatliche Herkunft solcher Vorschriften und ihre Gegenjählichkeit zu unserer strafrechtlichen Entwicklung positiv und grundsätzlich nachgewiesen. (Vgl. auch Cas. Pfyster, Meine Beteiligung an der Ven'schen Mordgeschichte 1846.) Sie schlagen immer zum Unheil aus. Gleich ändern werden sie vom Auslande unter Umständen benutzt, und durch Zusammenhang beeinflussen sie nachteilig das gemeine Strafrecht. Wir haben keinen Grund, in diesen Sachen voranzugehen für den Ruhm internationalen Vortrags oder diplomatischer Courtoisie und selbst die löbliche Vorsicht und der begründete Schrecken haben ihre Grenzen. Gegen Wühler und Hezer besteht die Ausweisung. Der Entwurf sieht Strafe gegen die Hezypione vor. Es kann Kauf und Verkauf, Verwendung, Besitz von Dynamit unter Verbot und polizeiliche Kontrolle und Strafe gestellt werden, wie dies mit dem Besitz von Waffen, Pulver, Giften geschehen ist und geschieht — wenn es für nötig gehalten wird. Ob es nütze, ist eine andere Frage. — Man töte die Dynamitwerfer — sie haben selber nichts dagegen — aber man verschone das Strafrecht in der Schweiz mit jenen Velleitäten.

Das Vergehen von Explosivstoffen an öffentlichen Orten ohne schädigende Absicht ist bedroht in Art. 54.

Die Strafen sind abgestuft nach der Gefahr für Menschenleben durch die Anzündung des bewohnten Hauses. Tritt als Folge der Tod ein oder schwere Körperverletzung, ohne direkt beabsichtigt zu sein, so kommen die Art. 25 und 28 zur Anwendung.

Satz b). Unbewohnte Gebäude, welche zum zeitweiligen Aufenthalt von Menschen dienen, sind Scheunen, Ställe, Gaden, Magazine u. a. Ist zur Zeit wirklich ein Mensch darin, so ist dies Erschwerungsgrund; wird er beschädigt, so treten die schweren Folgen ein nach Art. 25, 28.

Die Strafzumessung umfaßt die wesentlichen, von den Strafgesetzbüchern angeführten Qualifikations- oder Erschwerungsgründe. Ein gemeingefährliches Motiv ist es auch, wenn der Thäter anzündet aus Freude am Feuer, aus Frevelhaftigkeit oder um Versorgung zu finden; eine exemplarische Strafe ist am Platz.

„Thätige Reue“ ist berücksichtigt in Art. 53 c). Einzelne der Strafzumessungsgründe werden in andern Gesetzen als qualifizierende Umstände genannt. Sind dieselben gegebenen Falls vorhanden bei dem Thatbestand a), b) oder c), so tritt die schwerste Strafe ein.

Art. 53. Die Anzündung anderer Gegenstände als der genannten Art, wobei es auf Schädigung abgesehen ist, wird als Eigentumsschädigung bestraft. Zündet jemand ohne Gefahr für Andere in betrügllicher Absicht sein eigenes Gebäude an, so wird dies als Versicherungsbetrug bestraft.

Art. 54. Die Gruppe der Verbrechen gegen die Sicherheit des Verkehrs steht in Beziehung zum Bundesstrafrecht. Soweit dieses bestimmt, entscheidet es allein; in die Lücken tritt subsidiär das kantonale Gesetz.

„Dampffahrzeuge“, die Eigentümlichkeit des Maschinenbetriebs und die allgemeine Benützung dieser Verkehrsmittel, sowie die besonders schweren Folgen eines Unglücks geben den bezüglichlichen Vorschriften größere Schärfe. Es gehören hiezu auch die elektrisch betriebenen Fahrzeuge.

„Wer zerstört, schädigt oder schwächt oder entgegen besonderer Pflicht in gefährdenden Zustand geraten läßt,“ — die Handlungen, unter sich sehr verschieden, sind darin gleich, daß durch sie eine öffentliche Gefahr entsteht. Die Pflicht zur Sorgfalt ist sachgemäß eine strenge, und jeder, namentlich die Unternehmer solcher Betriebe, sind strafrechtlich schwer verantwortlich. Tritt der Erfolg, das Unglück, ein, so ist, seltene Fälle ausgenommen, die Ursache ein Mangel in Material, Konstruktion, Betrieb, welcher bei hoher pflichtmäßiger Sorgfalt hätte vermieden werden können.

„Verstellen von Weichen und Signalen.“ Jedermann kennt heute die Bedeutung dieser Dinge und die Folgen von Veränderungen. Daher ist in jedem Fall eine strenge Strafdrohung und Strafe am Platze. Oft ist eine bestimmte Absicht nicht nachweisbar oder nach einer andern Richtung vorhanden, z. B. wenn der Thäter nur die Absicht hat, dem Bahnwächter einen Streich zu spielen oder ihn in Strafe zu bringen. Das kann die Strafe des Thäters nicht ändern und dem entspricht die Fassung des Artikels.

Geringere Verkehrsgefährdungen an Straßen, Schutzwehren, Brücken stehen auf der Grenze krimineller und polizeilicher Verletzung. Gefährdung, sonst kann Eigentumschädigung Anwendung finden, oder ohne Gefahr polizeiliche Ahndung nach Art. 55.

Bei diesen Verbrechen spielen jugendliche Thäter eine hervorragende Rolle und auch der Bundesrat sah sich veranlaßt, durch Kreisschreiben an die Kantone zu Belehrung in den Schulen und zu geeigneten Schritten zu mahnen. In England machte man die Erfahrung, daß die zahlreichen Vergehen Jugendlicher gegen Eisenbahnen bei der laxen Behandlung durch die Gerichte sich mehrten, bis die Thäter zu 10 Hieben mit der Birkenrute verurteilt wurden. Das half gründlich. (Gerichtssaal 1888, S. 359, 618. Diese Strafe wurde gegen Knaben unter 16 Jahren sofort durch den Gerichtsvollzieher vollstreckt.)

Dasselbe wollen wir erreichen, ohne die Züchtigung als Strafmittel einzuführen, indem wir die stattgefundenen ausreichende häusliche Züchtigung als Strafmilderungsgrund aufstellen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Eltern freiwillige Züchtigung ausgiebig und unter Zeugen ausüben, wenn dies im Stande ist, die in Aussicht stehende Geldstrafe erheblich zu reduzieren.

Art. 55. Hier sind die bundesrechtlichen Bestimmungen heranzuziehen. Bundesrecht geht vor kantonalem Recht. Gefährdung und Beschädigung von Post oder Eisenbahnzügen sind behandelt in Art. 67 des Bundesstrafgesetzbuchs. Die Gefängnisstrafe des Bundesgesetzes umfaßt sowohl Gefängnis als Arbeitshaus nach unserm Gesetz. Art. 67 verlangt „erhebliche Gefahr“. Was ist erhebliche Gefahr? Dies zu bestimmen und damit die Grenze der Zuständigkeit, hat Schwierigkeiten bereitet. Fall Vasserma. Ist die Gefahr

nicht erheblich, so kommt kantonales Recht zur Anwendung, falls nicht bloß bahnpolizeiliche Übertretungen vorliegen. (Bundesgesetz betr. die Handhabung der Bahnpolizei vom 18. Februar 1878.) Dasselbe gilt, wenn die Schädigung Gefahr nicht enthält oder wenn im konkreten Fall einem Dampfschiff die Eigenschaft eines postführenden abgesprochen wird (Montblanc-Affäre). Hier muß kantonales Recht eingreifen. Das Entscheidende ist die vermehrte Gefahr durch Maschinentransport mittelst Dampf oder ähnlicher Bewegungskräfte. Daher stehen Dampfschiffe in jedem Fall unter dem Art. 54 a), wenn sie nicht als postführend unter Bundesrecht stehen. Andererseits sind nicht diesem Satze unterworfen gewöhnliche Fuhrwerke und Pferdebahnen. — Pferdebahnen sind gemäß bundesgerichtlicher Entscheidung dem Eisenbahnbetrieb gleichgestellt und nach eidgenössischem Recht zu behandeln.

Art. 56 und 57. Die Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit bilden zwei Gruppen; die eine ist in Art. 56, die andere in Art. 57 behandelt.

Die erste ist direkt gegen die Gesundheit der Menschen gerichtet und in drei Thatbestände geschieden: 1. Verbreitung von Krankheiten. 2. Gesundheitsschädliche Lebensmittel-fälschung und Vertrieb. 3. Herstellung und Vertrieb von gesundheitsschädlichen Gebrauchsgegenständen.

Auch hier entspricht der großen Gefahr für die Gemeinschaft eine gesteigerte Verantwortlichkeit, und nach allen drei Richtungen erweist sich der Kultus der speciellen Absichten als unzulänglich. Es kann Unglück, Ruin, Krankheit, Tod über eine ganze Gegend kommen durch Gewissenlosigkeit, frevelhaften Leichtsinns oder verwandtes Verhalten, und es sind weder definierte Schuldformen noch die Strafdrohungen für Fahrlässigkeit ausreichend.

Diese Erwägung hat dazu geführt, das Merkmal „wissentlich“ einzustellen; zugleich hat der Richter nach Lage der Sache ausreichenden Spielraum. „Wissentlich“, in der C. C. C. oft gebraucht, bezeichnet nicht den Dolus, es giebt die Kenntnis des Sachverhaltes an.

So ist auch im französischen Recht „wissentlich“ stehende Bezeichnung für die Kenntnis des sachlichen Zustandes, der mit Bestimmtheit nachzuweisen ist, wo der umständliche Nachweis des bestimmten Dolus Schwierigkeiten bereitet. Der Code pénal sagt „sciement, avec connaissance, ceux qui connaissaient“ etc.

Aus dieser Kenntnis kann sich nach Umständen der Dolus ergeben. In manchen Fällen ist derselbe aber nicht herstellbar und doch ist die Strafwürdigkeit nicht geringer. Auch bloße Unachtsamkeit ist nicht vorhanden, und versucht man es erst mit Definitionen, so bleibt schließlich nichts übrig als zu bekennen, daß, streng genommen, Definition und Sachverhalt sich nicht decken, daß das bestimmte Delikt, die bestimmte Schuldform nicht vorhanden ist. Dann wird praktisch durchgeschnitten und theoreisch gekünstelt ausgelegt.

Es bedarf zu strenger Strafe nicht erst der Absicht, die Krankheit zu verbreiten, es genügt die Kenntnis des Sachverhaltes. Dieser Beweis ist faßbar und zu erbringen, dagegen oft nicht derjenige der Absicht. Wer Kleider verkauft, von denen er weiß, daß sie von Cholerafranken stammen, und damit die Krankheit verbreitet, soll sich nicht der vollen Strafe entziehen können, selbst wenn er glaubwürdig macht, daß er nicht die Absicht hatte, die Krankheit zu verbreiten, daß er aus Gewinnsucht blindlings handelte.

In solchen Fällen sucht man den erforderlichen bestimmten Dolus, der eben nicht nachzuweisen ist, durch den unzulänglichen unbestimmten zu decken. „Am meisten Schein gewinnt die unbestimmte Absicht bei gewissen Verbrechen in Betreff der Eisenbahnen.“ (Vgl. vorstehend „Äußere That — Absicht“.)

Ebenso verhält es sich bei Tierkrankheiten, welche, durch gewissenlose Händler und Landwirte verbreitet, einen ganzen Bezirk schädigen können, und bei Verbreitung von Krankheiten durch den Verkauf gesundheitsgefährlichen Fleisches.

Dies gefährliche Verhalten ist nachdrücklich berücksichtigt im Landbuch, Art. 223. „Wenn immer einiger Verdacht von Ansteckung oder sonst zweifelhafte Fälle vorhanden, soll er bei schwerer Verantwortung angezeigt werden.“ (Vgl. Art. 57, Schlußsatz.)

Tit. III. Verbrechen gegen öffentliche Treu und Glauben.

Art. 58—62. Die Norm legt den Kern dieser Gruppe dar: Fälschung und Falschheit gegen öffentliche Treu und Glauben, Falschfunde vor Gericht, Münzfälschung, Urkundenfälschung, Fälschung und Unredlichkeit gegen die Verkehrstreue.

Damit ist über die selbständige Stellung der Urkundenfälschung entschieden. Als Fundament der Gruppe erscheint die falsche Befundung vor Gericht, in den drei Thatbeständen, falscher Eid, falsches Zeugnis, falsche Anklage. „Du sollst nicht falsch zeugen wider deinen Nächsten.“ — Es ist ein volkstümliches Motiv getroffen und ist besser als die Systemrubrik „Delikte gegen die Staatsverwaltung“ oder ähnliches.

Art. 58. „Wer vor Gericht . . . bekundet.“ Der zusammenfassende Ausdruck „bekunden“ ist durch keinen andern zu ersetzen; er findet sich öfter im Landbuch von Uri verwendet und in verschiedener Form. „Bekunden“, „Kundschaft“, „Kundschaftsweis“. (Art. 57 des Landbuches.)

Gemeinsam ist den drei Thatbeständen a), b) und c), daß vor Gericht wissenschaftlich — Falsches bekundet wird.

Meineid, die wissenschaftlich falsche Ablegung des Eides vor Gericht. Der Eid ist wichtig, wo er noch die wahre Grundlage hat. Ein Musterstück eindringlicher und kraftvoller Mahnung, die das Innerste ergreift, ist die Belehrung im Landbuch, N. S., Bd. I, S. 19.

Nach Art. 49 der Bundesverfassung darf niemand zur Vornahme einer religiösen Handlung gezwungen oder wegen Glaubensansichten mit Strafe belegt werden. Es sind daher weder Eideszwang noch Strafe, noch Verhängung von Rechtsnachteilen wegen Verweigerung zulässig. An Eidesstatt kann ein Wahrheitsgelübde gefordert werden in der Form einer feierlichen Erklärung oder eines förmlichen Handgelübdes. (Amtl. S., Bd. I, S. 97.) Dem Ernst der Auffassung des Eides entspricht die schwerste Strafe für Meineid, Zuchthaus. Eidbruch oder Nichterfüllung eines eidlichen Versprechens fällt nicht unter diesen Artikel und eine besondere Bestimmung darüber ist in Übereinstimmung mit der großen Zahl unserer Gesetzbücher nicht aufgenommen. Der Bruch einer durch Angelöbniß bestellten Sicherheit wird nach Art. 46 bestraft. Ungehorsam gegen Verfügungen nach Art. 69.

Satz c). Die falsche Anklage findet ihre richtige Stellung hier, wo öffentliche Treu und Glauben angegriffen sind. „Falsche Anklage“ ist die bessere Bezeichnung als „falsche Anschuldigung“. Volksbegriff gegen Schulbegriff. Man spricht vom falschen Ankläger, nicht vom Anschuldiger.

Erforderlich sind: 1. Anklage wegen eines bedeutenden Verbrechens. 2. Es muß die Untersuchung eingeleitet sein, wodurch bestimmte Angaben und eine feste Grundlage gesichert werden. In leichtern Fällen steht dem Angeschuldigten frei, auf Ehrverletzung zu klagen oder die Art. 50 und 55 des Obligationenrechtes anzurufen.

Die Strafe der wissentlich falschen Anklage eines schweren Verbrechens ist in jedem Fall eine schwere, mindestens Arbeitshaus. Das ältere Recht ließ den falschen Ankläger „in die Fußstapfen“ des falsch Angeklagten stehen.

Strafzumessung. — Einige dieser Umstände sind von den Strafgesetzbüchern teils als Einzelfälle, teils als qualifizierende Umstände behandelt.

Art. 59. Münzfälschung umfaßt in- und ausländisches Geld; erforderlich ist die Absicht, in Kurs zu setzen. „Inkurssetzung betreiben.“ Manche Gesetzbücher heben das Einverständnis mit dem Fälscher hervor, um den Fall auszuschließen, wo im Verkehr etwa eine falsche Münze weiter gegeben wird. Das Einverständnis mit dem Fälscher zieht aber dem schweren Fall zu enge Grenzen. Was getroffen werden soll, liegt in dem Worte „betreibt“. Wer bloß weiter giebt, betreibt nicht die Inkurssetzung; wer aber betreibt, steht in irgend einer Weise in einverständener Verbindung mit dem Fälscher oder seinen Mittelpersonen. Dasselbe gilt für Satz b). Das Weitergeben ohne den Charakter des „Betreibens“ gehört nicht zur Münzfälschung, ist als solche nicht strafbar.

„Beschneidet.“ Die Gesetze nennen noch verschiedenes, namentlich das Abfeilen; es genügt das typische Beschneiden: wer feilt oder anderes praktiziert, mindert den Wert. Manche Gesetze nennen auch das Aufertigen von Maschinen und führen allerlei Teilnahmehandlungen an.

Gleichgestellt sind Banknoten, Wertzeichen, Wertpapiere, die im Verkehr unter dem gleichen Schutz des öffentlichen Vertrauens kursieren.

Strafzumessung. — Auch hier sind einzelne Faktoren aufzuweisen, die da oder dort als besondere Fälle oder Qualifikationen angeführt werden.

Art. 60. Urkundenfälschung wird von der Gesetzgebung teils als selbständiges Verbrechen, teils als Mittel zum Betrug behandelt. Die selbständige Stellung der Fälschung sowohl privater als öffentlicher Urkunden erscheint geboten, weil Fälschung einen selbständigen, mit dem Fälschungsakte bestimmt abgegrenzten Thatbestand hat; es ist nicht wie bei Betrug der Eintritt eines Schadens erforderlich. In dieser Fassung nimmt die Fälschung in der Gruppe der Delikte gegen öffentliche Treu und Glauben ihren bestimmten und wichtigen Platz ein.

Bei dem Streit um den Begriff und die Merkmale der öffentlichen und privaten Urkunde ist eine einfache und zugleich umfassende Bestimmung und eine unmittelbare Nebeneinanderstellung der verwandten Begriffe nötig. Dadurch und durch die Anwendung zweier gleichartiger Strafmittel in zeitlich gleicher Dauer werden manche Unterscheidungen

und Schulfragen praktisch reduziert oder eliminiert. Gegenstand sind Schriftstücke, Drucke, Zeichen, die zur Beurkundung dienen, Grenzmarken, Siegel, Stempel, Eichzeichen.

Das Verbrechen ist vollendet mit der Fälschungshandlung um Vorteils willen oder Andern zu schaden. — Gleich steht der wissentliche Gebrauch durch Andere als den Fälscher. Es ist nicht erforderlich, daß der Fälscher selbst Gebrauch mache von der Urkunde. Die Bedeutung der Urkunden für alle Rechtsverhältnisse und für öffentliche Treu und Glauben rechtfertigt die Bedrohung der Fälschung für sich, sowohl derjenigen mit der Absicht auf Vorteil oder Schaden, als der Fälschung ohne solche. — Es war die Frage, ob nicht andere Thätigkeiten, wie Unterdrücken, Zerstören, angeführt und in der Strafe gleichgestellt sein sollten. Man darf darauf verzichten.

„Um des Vorteils willen oder um Andern zu schaden.“ Die bezweckten Vorteile und Schäden können sehr verschiedener Art sein, Vermögensvorteil ist nicht immer nötig.

Die Fälschung einer öffentlichen oder Privaturkunde ist auch dann strafbar, wenn sie ohne Absicht auf Vorteil oder Schaden begangen wurde, jedoch kann nach Sachlage eine geringe Gefängnis- oder Geldstrafe eintreten. Denn, wenn die Urkunde jene große Bedeutung für Treu und Glauben hat, so soll jede wissentliche Fälschung derselben bestraft werden. Die Urkunde muß an sich unantastbar sein; sie kann in andere Hände kommen und ohne Absicht des Urhebers der Fälschung wirksam werden. Öffentliche Treu und Glauben fordern, daß die Glaubwürdigkeit der Urkunden auch gegen solche Fälschungen, die ohne Absicht auf Vorteil oder Schaden unternommen werden, gesichert sei.

Art. 61. Verletzung von Treu und Glauben im Verkehr umfaßt eine Reihe von Handlungen von der Fälschung bis zur Unredlichkeit, wie dies die Norm bezeichnet. In den Strafgesetzbüchern erscheinen die verschiedenen Handlungen als strafbar nach dem gleichen Gesichtspunkt; sie sind aber nicht zusammengefaßt, wie es doch der gemeinsame Rechtsgedanke: Redlichkeit im Verkehr als öffentliches Interesse — verdiente.

Namentlich in der Urschweiz ist dieser Gedanke stark betont bis zum Gebot, unzügelichen Gewinns sich zu enthalten, und auch in der ganzen Schweiz gilt Redlichkeit und Tüchtigkeit im Verkehr als ehrenvoller Grundsatz. (Strafrecht der Schweiz, S. 106 ff.)

Satz a). Die Fälschung von Lebensmitteln ist an sich strafbar, wenn auch kein Schaden entsteht, wenn die Ware nicht verkauft wird, wenn keine Gefährdung der Gesundheit eintreten kann. Ist die Fälschung gesundheitsgefährdend, so kommt Art. 56 b) zur Anwendung, in andern Fällen die Vorschriften über Betrug.

Satz b). Das Bundesgesetz betreffend Schutz der Fabrik- und Handelsmarken muß jedenfalls hier mit dem Kern seines Inhalts angeführt werden.

Satz c) faßt eine Reihe unredlicher oder schwindelhafter Praktiken zusammen und bedroht sie mit Geldbuße; dabei ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht ein Eingriff in die freie Konkurrenz vorliege. — Man steht aber heute nicht mehr auf dem Boden, dieselbe unbedingt zu billigen, und namentlich in den Urkantonen sind ähnliche Bestimmungen längst zu Recht bestehend. (Vgl. Landbuch von Uri, Art. 183.) Die schrankenlose Verkehrsfreiheit und die wilden Auswüchse der Schmutzkonkurrenz sind der Ruin des soliden Verkehrs und des heimischen tüchtigen Gewerbestandes.

Das Strafgesetzbuch von Italien von 1890 hat ebenfalls nach der Urkundenfälschung eine Reihe solcher Handlungen gegen das öffentliche Vertrauen im Verkehr unter Strafe gestellt: Preissteigerung durch Täuschung an Märkten, Verabreichung anderer Sachen, Markenfälschung und Nachahmung, Unredlichkeit bei Versteigerungen, Aneignung von Fabrikgeheimnissen u. a. (Art. 293—299.)

Bestätigt ist jene Auffassung im Beschluß des Bundesrates vom 17. Oktober 1893 in Sachen Berger gegen die Regierung von Nidwalden betreffend Gewerbefreiheit und schwindelhaften Ausverkauf. In verschiedenen Kantonen sind Schritte gegen die ungebührliche Übervorteilung an Ganten, namentlich durch „Hosmeßger“, gethan worden.

Die Frage des Schutzes des Fabrikgeheimnisses ist neuerdings aufgeworfen und Strafschutz gegen diese Form der Verletzung von Treu und Glauben zu billigen.

Satz d). Die Handlung ist zweiteilig. Der eine Beteiligte sucht unredlichen Vorteil durch den Vertrauensmißbrauch des andern; es ist einerseits ein Erschleichen, anderseits ein Verrat. Die Strafe ist in erster Linie Geldbuße.

Satz e). Gegenstand des öffentlichen Vertrauens ist auch das Amts- und Berufsgeheimnis.

Tit. IV. Verbrechen gegen die Reinheit der Familie und die Sittlichkeit.

Art. 63—66. An der Spitze stehen Sache und Grundsatz, auf denen die einzelnen Bestimmungen dieses Titels beruhen.

Die Familie ist die Grundlage der Sittlichkeit. Reinheit und Sitte in der Familie, „die Hausehre“, begründen ihre Festigkeit und Tüchtigkeit. Es hängt so viel von diesen Dingen ab, daß man sagen kann, Wohl und Wehe der künftigen Generation in körperlicher und moralischer Beziehung sind davon abhängig. Die Familie aber ist die Grundlage des Staates, und wo ihre Zersetzung überhand nimmt, da geht der Staat in Fäulnis über. Es ist wichtig, dies zu betonen in einer Zeit, wo die Zersetzungsliteratur und die Unzucht-Comödie sich breit machen und Zerstreuung, Genußsucht und aller Sinnenfazel zum Kultus erhoben werden.

In der Urschweiz besonders ist bis auf diesen Tag streng an jenen Grundsätzen festgehalten worden, und schon geringere Vergehen werden ernstlich geahndet.

Die Norm bringt jene Bedeutung zum Ausdruck, — auch sprachlich. Sie enthält drei Gruppen: Familiendelikte, — Gewalt, Mißbrauch und Verführung, — öffentliches Ärgernis durch verschiedene unzüchtige Handlungen.

Art. 63. Satz a). Blutschande, auf nächste Blutsverwandte beschränkt, ist dem angeführten entsprechend anders behandelt, als dies nach französischen Gesetzen geschieht; sie ist strafbar ohne Einschränkungen. Es ist auch kein Grund vorhanden, viele Besonderheiten anzuführen, wie manche Gesetzbücher thun, oder einzelne Fälle auszuzeichnen nach Schwere oder Milde. All das, namentlich die Jugend, hat nach den Umständen der Richter zu würdigen. Das natürliche Gefühl der Scham weckt das Bewußtsein des Unrechts.

- Satz b). Verführung von Pflegebefohlenen umfaßt zwei verschiedene Fälle:
1. Verleitung zur Unzucht durch Pfleger gegenüber anvertrauten jugendlichen Personen.
 2. Beischlaf durch Anstaltsbeamte mit anvertrauten Personen.

Das Gesetz vermeidet auch hier die kasuistischen Aufzählungen und die willkürlichen Straf Abstufungen. — Im ersten der angeführten Fälle ist Beischlaf nicht erforderlich. Im zweiten ist Beischlaf nach diesem Artikel strafbar, auch wenn die Person einwilligt. — Es ist die Frage, ob für jugendliche Personen eine Altersgrenze festzusetzen sei, z. B. 19, 18, 16 Jahre, oder weniger, oder ob das Pflegeverhältnis unbeschränkt maßgebend sei? Immerhin setzen die Begriffe „Pflege“ und „jugendlich“ eine Grenze und der Richter muß im gegebenen Fall die Umstände erwägen. (Handbuch, Art. 120, § 18.)

Satz c). Ehebruch ist strafbar; jedoch muß die Klage abhängig sein vom verletzten Teil; denn gerade hier würde das plumpe Eingreifen der Polizei in zahlreichen Fällen mehr zerstören als bessern und oft die Lebensinteressen der Einzelnen und der Familie gefährden. (Handbuch, Art. 120, § 17.)

Dagegen ist das amtliche Einschreiten wohl gerechtfertigt in skandalösen Fällen, deren straflose Frechheit die öffentliche Sitte verletzt. Wir haben keinen Platz für den „mari complaisant“.

Besondere Bestimmungen über Strafe des unverheichelten Teils oder die Strafe der Ehefrau oder des Verführers oder Verführten sind nicht nötig. Es hängt alles von den Umständen ab, die nur der Richter würdigen kann, und es liegt allgemein in der Natur der Sache, daß das Weib strafbarer ist als der Mann, der Verführer mehr als der Verführte.

Der Schlußsatz weist dem Manne das alte natürliche Recht zu, welches gleicherweise das römische Recht wie unsere alten Quellen anerkennen. Erfolgt Tötung, so kann nach Art. 22 die geringste Strafe, kurzzeitiges Gefängnis, zur Anwendung kommen. Erfolgt „Verletzung“, so ist der Ehebrecher „gebüßt“, d. h. es tritt keine Strafe ein, selbst nicht bei schwerer Körperverletzung, welche nach Art. 20 sonst ausgenommen ist. Für jeden Fall Straflosigkeit der Tötung auszusprechen, wäre nicht empfehlenswert. Prüfung ist in jedem Falle nötig.

Doppelhe. Es ist nicht ausdrücklich hervorgehoben, daß der Thäter die zweite Ehe abschließe, wissend, daß die erste noch besteht. Er ist verpflichtet, ehe er die zweite eingeht, sich Gewißheit und Beweise zu verschaffen; unterläßt er dies, so ist er strafbar. Die Einrede des Nichtwissens oder der mangelnden Absicht schließt die Strafe nicht aus, sie kann bloß mildern.

Art. 64. Die Verbrechen dieses Artikels geschehen durch Gewalt, Mißbrauch, Verführung.

Satz a). Notzucht. — 1. Gewalttamer Beischlaf. Das Verbrechen ist auch dann gegeben, wenn die Gewaltanwendung umgangen und zur Erreichung des Zweckes betäubende Mittel beigebracht werden. (Ähnlich bei Raub.) Gleich steht die Verführung in willenlosen Zustand zu jenem Zwecke durch das Mittel hypnotischer Beeinflussung.

2. Gewaltfamer Mißbrauch genügt bei jugendlichen Personen unter 15 Jahren, mit denen Beischlaf nicht möglich ist.

„Wie Notzucht wird bestraft der Mißbrauch von Kindern, auch ohne Gewalt.“

Dies sind die schweren als Notzucht bezeichneten Fälle. Als schwersten Fall hat man stets den Mißbrauch von Kindern erachtet, obgleich zwei Merkmale der Notzucht, Beischlaf und oft Gewalt, fehlen. Von Willen, Einwilligung kann hier gar nicht die Rede sein, sondern nur vom Mangel der Gewalt. Aus dem gleichen Grunde darf auch nicht das negative Merkmal „willenlos“ verwendet werden und selbst die Bestimmung nach der Unreife hat Schwierigkeiten, gleichwie die Angabe einer bestimmten Altersgrenze.

Nun stehen aber zwei Thatsachen sich gegenüber:

1. Die Entwicklung des Willens und der Einsicht, verbunden mit körperlicher Reife, kann schon vor dem 15. Jahre in hohem Grade vorhanden sein, wie ja früher selbst Heiraten vor diesem Jahre vollzogen wurden.

Da wäre es in keiner Weise zu rechtfertigen, den Willen nicht zu berücksichtigen und wegen Notzucht zu bestrafen.

2. Der Staat hat ein hohes Interesse daran, in jedem Falle den geschlechtlichen Verkehr vor einem gewissen Jahre, den Mißbrauch und die Verderbnis der Jugend zu verhindern, die Mißachtung unter ernste Strafe zu nehmen.

Um nun beidem gerecht zu werden, bestimmt der Satz b) 2., daß hier die Strafe der Schändung eintritt. Das Strafmittel ist streng, aber der Richter kann nach Umständen auf kürzere Strafdauer erkennen als es nach dem Minimum beim Zuchthaus zulässig ist. Das Maximum der Strafe ist erheblich tiefer. Hier ist vom Willen die Rede, und nicht vom Kind, sondern von der jungen Person. Unmöglich ist es, eine einwandfreie allgemeine Grenze zu ziehen, selbst auf Grundlage körperlicher Beschaffenheiten. Es spricht das Gesetz auch hier von Mißbrauch.

Satz c). Verführung durch unehrliche Mittel, deren Anwendung die Einwilligung zur Folge hat. Hierzu gehört der oft angeführte, aber wohl seltene Fall der Täuschung einer Ehefrau, so daß sie den Akt für ehelich hält; ferner die Fälle der Verführung von Arbeiterinnen unter Mißbrauch ihrer Notlage und des Arbeitsverhältnisses. Damit entspricht das Gesetz einer oft erhobenen Forderung. Anderseits soll es nicht die angenehme Täuschung schützen, denn schließlich ist es nächste Pflicht und Interesse des Weibes, Verführung zu bekämpfen und den sichern Weg zu gehen, abseits der Täuschung. (Landbuch, Art. 120, § 16.3.)

Art. 65. Die Handlungen dieses Artikels erfordern, daß öffentliches Ärgernis gegeben worden sei. Wann ist dies der Fall? Es empfiehlt sich die Auffassung, welche der Kommentar zum Strafgesetzbuch von Zürich, Art. 123, folgendermaßen darlegt:

„Öffentliches Ärgernis entsteht: 1. durch Begehung unsittlicher Handlungen vor der Öffentlichkeit, d. h. vor Zeugen in nicht geschlossenen Räumen; 2. durch Begehung an sich nicht unsittlicher Handlungen, die durch Begehung an der Öffentlichkeit zu unsittlichen werden; 3. Handlungen, welche zwar mehr oder weniger geheim begangen worden sind, deren bloßes Nachbarwerden aber das sittliche Gefühl empört. Inbegriffen sind

namentlich auch unzüchtige Angriffe auf die Schamhaftigkeit der Jugend, sobald sie ruchbar werden.

Satz a). Widernatürliche Unzucht. — Hierüber sind Einzelheiten, wie sie manche Gesetzbücher anführen, zu vermeiden und die einfachsten Formeln, wie sie Zug und Schwyz und andere Kantone anwenden, empfehlenswert. Der Strafrahmen ist genügend weit, um das Mehr oder Weniger zu würdigen. Die Strafart ist das unehrliche Arbeitshaus. Es muß besonders erwähnt werden, daß dieser Charakter in der Volksanschauung über das Delikt begründet ist, und darin spricht sich das gesunde und normale Verhältnis aus. Heute macht sich das Urningtum in der Wissenschaft, vor Gericht und in der Literatur breit und plädiert auf Anerkennung und Straflosigkeit.

Satz b). Geringere unzüchtige Handlungen an Kindern oder mit Gewalt an ehrbaren Frauen, oder sonst öffentliches Ärgernis durch unzüchtige Handlungen werden, falls sie nicht als schwereres Verbrechen sich darstellen, nach Satz b) bestraft.

Satz c). Verbreitung von unzüchtigen Bildern oder Schriften ist um des großen moralischen Schadens willen ernst zu bestrafen, und auch das Blatt verdient Strafe, welches solche Sachen in Inseraten anbietet. Eine bedeutende Geldstrafe ist für sich allein oder in Verbindung mit Gefängnis oder Arbeitshaus am Platze.

Die Grenze zwischen Kunstleistungen und Bildern, die Erregung der Sinnlichkeit bezwecken, ist im konkreten Fall nicht allzuschwer zu ziehen. Es liegt im Bilde selbst, wie in der Absicht des Verfertigers, dessen „Kunst“ den gemeinen Sinn nicht decken darf.

Art. 66. Geringfügige Specialfälle. — Andere noch hinzuzufügen, wie außerehlichen Beischlaf oder Niederkunft, ist nicht empfehlenswert.

Tit. V. Verbrechen gegen das Land und die staatliche Ordnung.

Art. 67—72. Die Norm faßt alle Verbrechen gegen den Staat zusammen nach Gruppen in typischen Einzelheiten.

Die Verbrechen der Beamten sind zum Staate in die engere Beziehung gesetzt, die ihnen als Handlungen der Organe zukommt. Manche Gesetze behandeln sie nicht in dieser Verbindung.

Es paßt nicht, in der Norm zu sagen, „wer Landesverrat begeht“. Aufgabe und Bedeutung der Norm schließen solch farblose Begriffsangaben überall aus; daher ist hier der Ausdruck gesetzt, der sich oft in unsern alten Quellen für die Sache findet: Verrat am Lande üben.

„Recht und Gericht sich widersetzen.“ Das eben Bemerkte findet auch hier Anwendung. Es galt, eine Anzahl geringerer Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, wie sie Art. 69 enthält, zusammenzufassen. Die Bezeichnung als Vergehen gegen die öffentliche Ordnung ist zu allgemein. Solche Vergehen haben das Gemeinsame, daß sie auf Urteil, Verfügung, Anordnung des Gerichts oder der Behörden zurückführen. Es sind im engern Sinne Rechtsbrüche bestimmter Art, doch geht es nicht an, sie als „Rechtsbruch“ begrifflich fest-

zulegen. So hebt denn die Norm die typische Thätigkeit heraus, das ist: das Widersetzen, Widersetzen gegen Gericht und Recht. So fügt es sich treffend und passend in die Norm ein.

Art. 67. Das Bundesstrafrecht (Art. 36 ff.) bestimmt über die äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft. Diese ist stets in Mitleidenschaft gezogen, wo Kanton und Ausland in landesverrätherischer Beziehung gedacht werden können.

Vanderverrat und Hochverrat unter Kantonen kommen nicht vor in unserer Zeit, und es ist daher die Aufnahme dieses ganzen Rüstzeugs in kantonalen Gesetzbüchern nicht vonnöten.

Satz a). Art. 67 hebt nur zwei Fälle hervor. Was sich auf Festungen bezieht, ist für Uri, die Wacht am Gotthard, von besonderem Interesse. Die Sache ernst zu nehmen, hat ein neutrales Land, das selbst keine Militärspione versendet, allen Grund. Deutschland hat die beiden französischen Offiziere 1893 zu 4 und 6 Jahren Festung verurteilt. Hier ist ausnahmsweise neben Zuchthaus Gefängnis gesetzt.

Der Satz b) soll dem Bedürfnis entgegenkommen, die Sendlinge fremder Regierungen zu treffen, die hier wühlen und hegen, die Hezspione (agents provocateurs). Das deutsche „Spizel“ handwerksburschelt. (Strafrecht der Schweiz 608, 610.)

Art. 68. Das Verhältnis des Aufruhrs zum Hochverrat ist nach unsern Zuständen vortrefflich behandelt im Strafgesetzbuch von Zürich (Art. 37 ff.) und die Worte des Gesetzesredaktors Benz verdienen Anführung.

„Der Begriff des Hochverrats ist mit demjenigen des Aufruhrs verschmolzen, weil in einem republikanischen Staat ein Einzelner ohne Mitwirkung Anderer keine Handlung vorzunehmen im stande ist, in welcher eine Ausführung des verbrecherischen Vorhabens, die Verfassung gewaltsam zu ändern oder die Staatsgewalt aufzulösen, gefunden werden könnte. Damit begibt sich die äußere Erscheinung des Verbrechens genau auf die Linie, auf welcher der Aufruhr steht, nur darin sich unterscheidend, daß die Absicht weiter geht — auf Staatsumwälzung.“

„Die Abneigung, den Hochverrat an die Spitze des ganzen Abschnitts und aller Verbrechen zu stellen, was in Monarchien geboten erscheinen mag, in der Republik es aber nicht ist, hat dazu bestimmt, dieses Verbrechen in einem allgemeinen Begriff untergehen zu lassen.“

Anderer Kantone haben sich auf denselben Standpunkt gestellt.

Die Strafdrohung. — Der Umfang und die Abstufung der Strafdrohung entspricht der politischen Natur des Delikts und der sehr verschiedenen Strafbarkeit der Teilnehmer. Was in der Strafzumessung enthalten ist, wird von den Strafgesetzbüchern in großer Mannigfaltigkeit in Einzelthatbeständen und Qualifikationen ausgeführt. Die Geldstrafe allein kann verhängt werden und ist bei der Menge der Teilnehmer oft das allein Angemessene.

„Als Teilnehmer gilt . . .“ — Es ist notwendig, den Punkt, wo die Teilnahme beginnt, äußerlich und förmlich festzustellen. Das Fehlen einer solchen Bestimmung ist ein Hauptgrund der Schwäche und Unsicherheit bei Krawallen. Der Landfrieden wird bei Trommelwirbel ausgerufen.

Die feierliche dreimalige Aufforderung zum Landfrieden ist die höhere Form der Aufforderung zum einfachen Frieden, dem Friedgebot bei Stoß und Span. Aus den Verhältnissen des Einzelnen geht derselbe Frieden, dieselbe Form über auf das Staatsgebiet. Es wiederholt sich, was bei Landfriedensbruch festgesetzt ist.

Art. 69. Satz a). Widerhandlung gegen Verfügungen von Gericht und Behörden umfaßt Handlungen von geringerer Strafbarkeit, deren bedeutendste die Widersetzung mit Gewalt gegen Verfügungen kompetenter Behörden ist. Hier ist in jedem Falle Freiheitsstrafe angemessen. Oft ist es der Reiche oder Mächtige, der es sich erlaubt. Schwere Fälle, in denen sogar auf Arbeitshaus erkannt werden kann, sind solche, wo schwere Gewalt, Verletzung, Waffen und ähnliches zur Anwendung kamen; das Gesetz führt es nicht ausdrücklich an. Leichte Fälle können mit ein paar Tagen Gefängnis, mittlere mit Gefängnis und Geldbuße gesühnt werden. Jedenfalls muß der gewaltthätig Widersetzliche eingesperrt werden. Die Strafdrohungen der Gesetzbücher sind sehr verschieden im Maximum von 1 bis zu 5 Jahren Gefängnis.

Satz b). Ungehorsam gegen Verfügungen. — Voraussetzung der Bestrafung ist, daß in der Verfügung für den Fall des Ungehorsams Verweisung vor den Strafrichter angedroht sei.

Satz c). Befreiung von Gefangenen. — Auch hier sind die schweren Fälle von gleichem Charakter wie oben bezeichnet. „Pflichtwidrig entweichen läßt“ bezieht sich auf Beamte oder Bedienstete. Geschieht es mit Absicht, so ist der Fall ein schwerer, namentlich wenn noch Bestechung hinzukommt.

Satz d). Verweisungsbruch. — Landesverweisung kann ein schweizerisches Strafgesetz nicht entbehren und daher ebenfalls nicht die Bedrohung des Verweisungsbruchs, der sehr häufig sich ereignet. Um die Lust am Wiederkommen zu vermindern, ist neben Gefängnis Arbeitshaus angesetzt.

Art. 70. Verletzung der politischen Rechte ist für diese Gruppe eine bessere Bezeichnung als die sonst gebräuchliche „Störung der öffentlichen Ordnung“. (Zürich, § 81.)

Satz a). Die im zweiten Teil von Satz a) bezeichneten Versammlungen sind andere als die Landsgemeinde. Die Landsgemeinde, als Versammlung des ganzen Volkes, steht unter dem Dingfrieden und Gerichtsfrieden des Art. 50 und hat die ausgezeichnete Stellung, die ihr zukommt.

Die Strafdrohung ist nach den Gesetzbüchern sehr verschieden, bis 1 Jahr, bis 1 Monat, bis 6 Monate. Die 2 Monate des Entwurfs, womit Geldbuße verbunden werden kann, dürften genügen.

Art. 71. Der Artikel behandelt die Verbrechen von Beamten im allgemeinen und die Verletzung besonderer Amtspflichten. Zugleich stellt er an die Spitze dieser Vergehen ein Prinzip — einerseits die Pflichttreue und strenge Verantwortlichkeit — anderseits die entsprechende Ehre aus der besondern Aufgabe und ihrer Erfüllung.

Es ist nicht nötig, wie manche Gesetzbücher thun, einzelne gemeine Verbrechen, von Beamten begangen, besonders hervorzuheben.

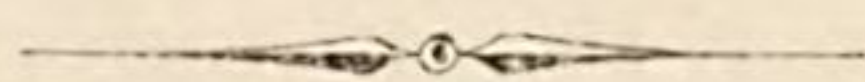
Der zweite Satz nennt die hauptsächlichsten Erschwerungsgründe; der dritte die Verletzungen der Amts- und Dienstpflicht im allgemeinen, aus Absicht oder Fahrlässigkeit.

Art. 72. Satz a). Bestechung oder Beeinflussung. — „Unberechtigte Annahme“; hiefür haben die Gesetzbücher verschiedene Bezeichnungen. Einige fordern, daß künftige Amtshandlungen durch Bestechung herbeigeführt werden. Andere verlangen dies nicht. Ebenso verhält es sich mit dem Merkmal der Pflichtwidrigkeit der Amtshandlung, welches theils gefordert, theils ausdrücklich vereint wird (Zürich), theils gar nicht besonders hervorgehoben ist. Wesentlich ist, daß der Beamte für Amtshandlungen weder Geschenke noch Versprechungen, noch Vorteile unberechtigt annehmen darf, denn dadurch leidet die Integrität des Beamtenstandes, die Unparteilichkeit und Unbefangenheit. Gegebenen Falls kann es sehr schwer fallen, zu bestimmen, ob die Vorteile für künftige oder für stattgehabte Dienstleistung zugewendet wurden.

Die Pflichtwidrigkeit der erwarteten Leistung ergiebt den schwerern Fall mit schwerer Strafe, — Bestechung ohne an sich pflichtwidrige Leistung den leichtern. (Zug, Zürich.)

Satz b). Der Beamte soll, während Amtsbeziehungen statthaben, keine Geschenke von Beteiligten annehmen, selbst wenn Absicht auf Bestechung nicht vorhanden ist. Damit ist das sogen. „Schmieren“, worin oft eine verdeckte Bestechung liegt, gemeint.

Satz c). Das Berichten einer Partei außer dem Verfahren ist der Gegenpartei nachtheilig und eine Art der Beeinflussung, welche unter leichte Strafe gestellt sein muß.



Straftafeln.

Vgl. XV. XVI. S. 67. 70.

I. Buchstaus.

Lebenslänglich.	Bis zu 25 Jahren.	Bis zu 15 Jahren.	Bis zu 10 Jahren.	Bis zu 5 Jahren.
Mord.	Mord unter mildernden Umständen.	Totschlag und Tötung im Kaufhandel.	Schwerste Körperverletzung. Aussetzung, schwere Fälle	Raub, leichte Fälle. Erpressung, leichte Fälle.
	Totschlag, schwerste Fälle	Raub. Erpressung.	Menschenraub.	Brandstiftung, leichte F.
	Tötung ohne Absicht in Begehung anderer schwerer Verbrechen.	Gefährdung von Dampffahrzeugen.	Raub, mittlere Fälle. Erpressung, mittlere Fälle	Verrat.
	Konkurrenz.	Brandstiftung.	Brandstiftung, m. F.	Blutschande, schwere Fälle
		Wissentliche Verbreitung von Krankheiten.	Diebstahl, schwere Fälle. Unterschlagung, schw. F. Betrug, schwere Fälle. Betrüglischer Bankrott, schwere Fälle. Fehlerei, schwere Fälle.	
		Notzucht.		
		Schwere Körperverletzung in Begehung eines andern Verbrechens.	Meineid, schwere Fälle. Falsches Zeugnis, schw. F. Falsche Anklage, schw. F. Münzfälschung, schw. F.	
		Abtreibung, schwere Fälle	Urkundenfälschung, schwere Fälle.	

B e m e r k u n g e n .

Die schwerste Art der Freiheitsstrafe nach Dauer, Vollzug und Ehrenfolgen geht zeitlich auf 25 Jahre in den außerordentlich schweren, besonders bezeichneten Fällen; — auf 15 Jahre, wo bloß Zuchthaus gedroht ist. Sie wird nicht unter 5 Jahren angedroht und kann nicht weniger betragen im gegebenen Fall als 6 Monate.

Die Verbrechen, welche im Maximum mit 15 Jahren bedroht sind, stellen sich dar als solche schwerer Gewaltthat gegen Leib und Leben oder schwerster Gefährdung des Lebens oder der öffentlichen Sicherheit: Totschlag, schwere Körperverletzung bei Begehung anderer Verbrechen, schwere Fälle der Abtreibung mit Gesundheitsschädigung. Gewaltthat durch Notzucht, durch Raub, durch Erpressung. — Gemeingefährliche Handlungen gegen Eisenbahnen, wissentliche Verbreitung von Krankheiten, Brandstiftung.

Die mittlere Stufe der Zuchthausstrafe im Maximum von 10 Jahren findet Anwendung:

- auf mittlere Fälle der Gewaltthat gegen die Person (Leib, Leben, Freiheit, Eigentum);
- auf schwere Fälle von Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Hehlerei;
- auf schwere Fälle von Fälschung und Falschkunde vor Gericht;
- auf mittlere Fälle von gemeingefährlichen Verbrechen.

Die niedrigste Stufe der Zuchthausstrafe im Maximum von 5 Jahren findet Anwendung:

- auf leichtere Fälle der genannten Verbrechen;
- auf Landesverrat (neben Gefängnis);
- auf Blutschande.

Die beiden letztgenannten Delikte nehmen eine besondere Stellung ein, wie ihr Strafwert zeigt und wie es der besondere Charakter der Strafgesetzbücher bestätigt. Es wäre schwer, das eine wie das andere Verbrechen einer Gruppe mit höherem oder geringerem Strafwert zuzuteilen. 5—6 Jahre für Blutschande stellt eine Reihe von Gesetzbüchern auf, durchweg mit einem andern Strafwert als für Notzucht oder Schändung und andere Verbrechen dieser Gruppe. — Die Handlungen des Art. 67 (Verrat) können nicht wohl höher bedroht werden und würden keiner Gruppe sich anschließen. Der Anschluß an Aufruhr und Landfriedensbruch (2 Jahre) dürfte allein in Betracht fallen. — Die besondere Art dieses Verbrechens findet auch darin Ausdruck, daß neben Zuchthaus Gefängnis angedroht ist, was sonst in keinem Falle vorkommt.

II. Arbeitshaus.

Bis zu 10 Jahren	Bis zu 5 Jahren	Bis zu 2 Jahren	Bis zu 6 Monaten	Bis zu 2 Monaten	Bis zu 14 Tagen
Kaufhandel m. Tod, wer mißhandelt. Tötung infolge von Körperverletzung. Schwere Körperverletzung. Kindsmord. Menschenraub. Entführung, schw. F. Gefangenhalten, schwere Fälle. Verwahrlosung, schwere Fälle. Brandstiftung, mittlere Fälle. Gefährdung von Dampffahrzeugen Verbreitung von Krankheiten, l. F. Gefährliche Lebensmittelfälschung. Verbreitung von Viehseuchen. Falsches Zeugnis. Falsche Anklage. Münzfälschung. Urkundenfälschung. Schändung. Bestechung, schw. F. Diebstahl, Unterschlagung, Betrug neben Zuchthaus. Familiendiebstahl neben Gefängnis und Verweis.	Abtreibung, l. F. Blutschande, l. F. Verführung von Pflegebefohlenen. Bigamie. Widernatürliche Unzucht. Totschlag, l. F. Tötung eines Einwilligenden. Schwere Körperverletzung, m. F. Aussetzung, mittlere Fälle. Diebstahl, m. F. Raub, leichte Fälle. Erpressung, l. F. Hehlerei, m. F. Betrug, mittlere Fälle Betrüglischer Bankrott. Eigentumschädigung, schwere Fälle. Fälschung des Civilstandes, schw. F.	Nötigung, schw. F. Erpressung, l. F. Untreue. Diebstahl, Unterschlagung. Betrug, leichte Fälle. Leichtfertiger Bankrott, schwere Fälle. Wucher, neben hoher Geldstrafe. Gefährl. Fälschung und Verkauf von Futtermitteln. Landfriedensbruch, schwere Fälle. Befreiung von Gefangenen, schw. F.	Verführung, schw. F. Kuppelei. Unzüchtige Handlungen, schwere Fälle. Prostitution. Verbreitung unzüchtiger Bilder. Pfandunterschlagung Gefährdung des Verkehrs. Schwere Drohung. Widersetzung. Verlassen Hülfloser. Unterlassene Hülfe. Verweisungsbruch, schwere Fälle.	Friedbruch, schwere Fälle. Bruch des Friedens des Hauses, des Gerichts, d. Landsgemeinde, der Religion. Verleumdung.	Leichte Körperverletzung, schw. F.

B e m e r k u n g e n.

Arbeitshaus ist Mittelstufe der Strafarten, nach Dauer, Vollzug und Ehrenfolgen, und Mittelglied zwischen Zuchthaus und Gefängnis. Es ist demgemäß übergreifend in die Dauer der Zuchthausstrafe und in diejenige des Gefängnisses und wie dieses ohne eine untere Grenze. In sechs Strafstufen geteilt bietet es durch diese die Strafgrößen für die nebenstehenden Verbrechen und Verbrechen Gruppen. Dem Charakter einer mittleren Strafart entspricht die dreifache Abstufung, von 6 Monaten abwärts. Zwischen Zuchthaus und Gefängnis stehend, wird es neben dem einen und dem andern alternativ gedroht, und Thatbestände aus beiden finden sich unter den Drohungen des Arbeitshauses.

Von entscheidender Bedeutung ist der Charakter dieser Strafart. (Vgl. Motive.) Sie findet daher Anwendung auf gewisse Deliktsarten, z. B. Diebstahl — oder auf Handlungen, die zwar dem Begriffe nach nicht unehrlich sind, es aber werden durch die besondere Art der Begehung, z. B. Körperverletzung — heimtückisch, gegen Wehrlose.

So trifft diese Strafart leichtere Fälle solcher Verbrechen, die mit Zuchthaus bedroht sind — anderseits schwere Fälle solcher, die mit Gefängnis geahndet werden.

Arbeitshaus bis zu 10 Jahren. — Hier fallen die schwersten Verbrechen von Tafel I aus: Es kehrt aber die große Zahl mit Zuchthaus bedrohter Verbrechen in leichtern Fällen wieder, vermehrt um andere gleicher Art, welche jene schwere Strafart nicht haben, oder solche, die einer neuen Gruppe von Verbrechen angehören.

In einigen Fällen war die Frage, ob nicht Zuchthaus allein gedroht werden sollte. Allein die Rücksicht auf das Minimum von 6 Monaten bei Zuchthaus und die Möglichkeit, daß dies in manchen Fällen zu hoch sein könnte, wo sonst Merkmale eines schwersten Falles vorliegen, bestimmte für alternative Drohung von Arbeitshaus neben Zuchthaus. Die Regel alternativer Drohung fand nur in wenigen Fällen Ausnahme.

Es sind demnach mit Arbeitshaus bis zu 10 Jahren, hier in größerer Ausdehnung, bedroht: die mittlern Fälle der in Tafel I aufgeführten Verbrechen der Gewaltthat und der Gefährdung von Leben und Freiheit.

Dann die geringern Fälle, der in Tafel I alternativ mit 10 Jahren Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen: Eigentumsverbrechen, Falschkunde vor Gericht, Fälschungen, und in weiterem Umfange die Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit.

Endlich kommen hinzu eine Anzahl von Delikten, welche mit Zuchthaus zu schwer bedroht wären, die aber nach Charakter und Schwere das höchste Maß des Arbeitshauses und einen weiten Umfang der Dauer in Anspruch nehmen, wie Bestechung, Kindsmord, Schändung — dann Entführung und Gefangenhalten, die viele Jahre oder wenige Tage als Sühne fordern können.

Arbeitshaus bis zu 5 Jahren. — Die Dauer dieses Ansatzes reicht an die Mindestdrohung des Zuchthauses und an die höchste des Gefängnisses heran. Unter diesem Maximum treten drei Gruppen hervor: Die Sittlichkeitsdelikte ohne Gewaltanwendung. Der Ansatz von 5 Jahren entspricht der Höhe, welche die meisten unserer Gesetzbücher bestimmen. Die zweite Gruppe bilden die mittleren Fälle der Eigentumsdelikte, soweit nicht neben der höchsten Arbeitshausstrafe auf Zuchthaus erkannt werden kann; namentlich ist zu nennen die Eigentumschädigung in schwersten Fällen. — Die dritte Gruppe besteht aus leichten Fällen von Verbrechen gegen Leib und Leben. In allen drei Gruppen tritt gemeine Gesinnung oder Unehrlichkeit entschieden hervor, sei es in der Deliktsart oder in der besondern Art der Begehung bei den Verletzungen des Körpers. Neben den letztern ist angemessen Gefängnis anwendbar.

Arbeitshaus bis zu 2 Jahren. — Bei dieser Strafdrohung fällt Zuchthaus außer Betracht und tritt die Konkurrenz mit dem Gefängnis ein. Die Höhe von 2 Jahren ist das verbindende Mittelglied zwischen 5 Jahren und 6 Monaten der Drohung. Es ist ausgeführt worden, warum die willkürlichen Ansätze von einem Jahr, drei Jahren, vier Jahren ausgeschlossen sind und es hat sich in der Arbeit kein Bedürfnis gezeigt, solche anzusetzen. Nur eine geringe Zahl von Delikten fallen unter diese Drohung, und es sind diejenigen mit gleich hoher Gefängnisstrafe zur Vergleichung heranzuziehen. Bei Gefängnis tritt der übereinstimmende Charakter der Delikte, deren Strafwert auf 2 Jahre gestellt ist, noch entschiedener heraus.

Voran stehen Staats-Delikte sowohl bei Gefängnis als bei Arbeitshaus des bezeichneten Maximum. Mit Arbeitshaus ist Landfriedensbruch und Befreiung von Gefangenen bedroht, dagegen nicht der Aufruhr, weil dafür als rein politisch nur Gefängnis angesetzt ist. Ferner sind mit 2 Jahren Arbeitshaus im Maximum bewertet leichte Eigentumsdelikte, Nötigung und leichte Erpressung, gefährdende Lebensmittelfälschung und leichte Eisenbahngefährdung. — Zwei Delikte sind besonders zu erwähnen: der niederträchtige Wucher, der einen höhern Ansatz hätte rechtfertigen können. Der Entwurf sieht aber hier als Ergänzung schwere Geldstrafe vor. Der leichtsinnige Bankrott wäre wohl mit Gefängnis genügend gesühnt. Da aber nach Landesrecht Ehrenfolgen verbunden sein können und Gefängnis dies ausschließt, so ist alternativ Arbeitshaus neben Gefängnis gedroht.

Arbeitshaus bis zu 6 Monaten. — Dieser Drohung unterstehen verschiedenartige geringere Vergehen, die begrifflich gemein sind, wie die Gruppe der geringeren Sittlichkeitsvergehen, oder die im gegebenen Fall durch die Art der Begehung diesen Charakter tragen. — Besonders zu erwähnen ist der Verweisungsbruch, denn hier hat ein besonderer Grund für die Anwendung dieser Strafart neben Gefängnis den Ausschlag gegeben. (Vgl. Motive.)

Arbeitshaus bis zu 2 Monaten. — Dieser Strafwert kommt neben Gefängnis den Delikten gegen den Frieden zu, wenn der Friedbruch erschwert oder unehrlich ist; ebenso der unehrlichen Ehrenkränkung, Verleumdung.

Arbeitshaus bis zu 14 Tagen ist nur für leichte Körperverletzung mit unehrlicher Begehungsart vorgesehen. Weiter herab geht die Drohung dieser Strafart nicht, es setzt dann das Gefängnis ein.

III. Gefängnis.

Bis zu 5 Jahren	Bis zu 2 Jahren	Bis zu 6 Monaten	Bis zu 2 Monaten	Bis zu 14 Tagen	Bis zu 8 Tagen
Totschlag, leichte F. Tötung eines Einwilligenden. Tötung infolge von Körperverletzung. Tötung aus Fahrlässigkeit. Tötung im Zweikampf. Körperverletzung mittlerer Art, b) leichtere Fälle. Fahrlässige Brandstiftung. Fahrlässige Gefährdung von Verkehrsmitteln und leichte Gefährdung wissentlich. Verbreitung von Krankheiten, Seuchen, Vergiftung von Gebrauchsgegenständen, l. F. Fahrlässiger Falsch-Eid. Fahrlässig falsche Anklage. Fahrlässig falsches Zeugnis. Aufruhr. Landesverrat. Amtspflichtverletzung. Bestechung ohne Pflichtverletzung.	Zweikampf mit schwerer Verletzung Teilnahme am Raufhandel. Fahrlässige schwere Körperverletzung. Nötigung, leichte F. Entführung, l. F. Aussetzung, leichte Fälle. Leichtsinniger Bankrott. Markenfälschung. Aufruhr, mittlere Fälle. Landfriedensbruch. Befreiung von Gefangenen.	Verwahrlosung, leichte Fälle. Verlassen Hülfloser, leichte Fälle. Unterlassene Hülfe. Gefangenhaltten, leichte Fälle. Ehebruch. Unzüchtige Handlungen, leichte Fälle. Verführung, leichte Fälle. Unzüchtige Bilder, Schriften. Widersehung, leichte Fälle. Schwere Drohung, leichte Fälle. Verweisungsbruch. Pfandunterschlagung, leichte Fälle. Fundunterschlagung. Eigentumschädigung leichte Fälle. Schädigung der Verkehrswege, leichte Fälle. Erschleichen von Fabrikgeheimnissen. Fälschung von Lebensmitteln, l. F. Fälschung von Futtermitteln. Fälschung von Urkunden, ohne Absicht auf Vorteil. Verbreitung von Seuchen, l. F.	Vergehen gegen bürgerliche Rechte. Friedbrüche. Religionsfriedensbruch. Hausfriedensbruch. Bruch des Gerichtsfriedens und Landsgemeindefriedens. Ungehorsam. Befreiung von Gefangenen.	Verwahrlosung der Angehörigen aus Niederlichkeit. Konkubinat. Dieberei in kleinen Beträgen, erstmals ohne Erschwerung. Einfache Drohung. Leichte Körperverletzung, ohne Erschwerung. Aufruhr, leichte Beteiligung daran. Amtsanmaßung. Ablösung von Siegeln, Plakaten. Schriftenfälschung. Fälschung des Civilstandes, leichte Fälle. Verletzung des Briefgeheimnisses.	Beschimpfung. Angriff.

B e m e r k u n g e n.

Das Gefängnis, sechsfach abgestuft, besteht in einfacher Freiheitsentziehung ohne Ehrenfolgen. Wo nach dem Begriff oder nach der Handlungsweise Unehrlichkeit oder niedrige Gesinnung in der Handlung liegen können, da setzt das Gesetz wahlweise Arbeitshaus neben Gefängnis und der Richter erkennt hierauf vorkommenden Falls — dagegen auf Gefängnis, wo dieser Grund fehlt. Diese Unterscheidung ist die Grundlage für die Delikte, welche die Tafel aufstellt.

Der höchste Strassatz von 5 Jahren findet auf die bedeutendsten Vergehen solcher Art Anwendung: Es sind vorwiegend Vergehen der Fahrlässigkeit, Staatsdelikte, leichtere Fälle der Gewaltthat und leichte Gefährdungsdelikte.

Der Strafwert der letzteren sind von zwei maßgebenden Gesichtspunkten (vgl. Motive) bestimmt:

1. Es sind oft nur geringfügige Schädigungen, teils mutwillige, teils boshafte, teils ohne bestimmte Absicht auf gemeinschädlichen Erfolg;
2. die Gefahr ist groß und das Interesse der öffentlichen Sicherheit in hohem Maße beteiligt.

Beides hat bewirkt, daß zwar die leichte Strafart — diese aber auch im ganzen Umfang angesetzt und dem richterlichen Ermessen ein weiter Spielraum gegeben wurde.

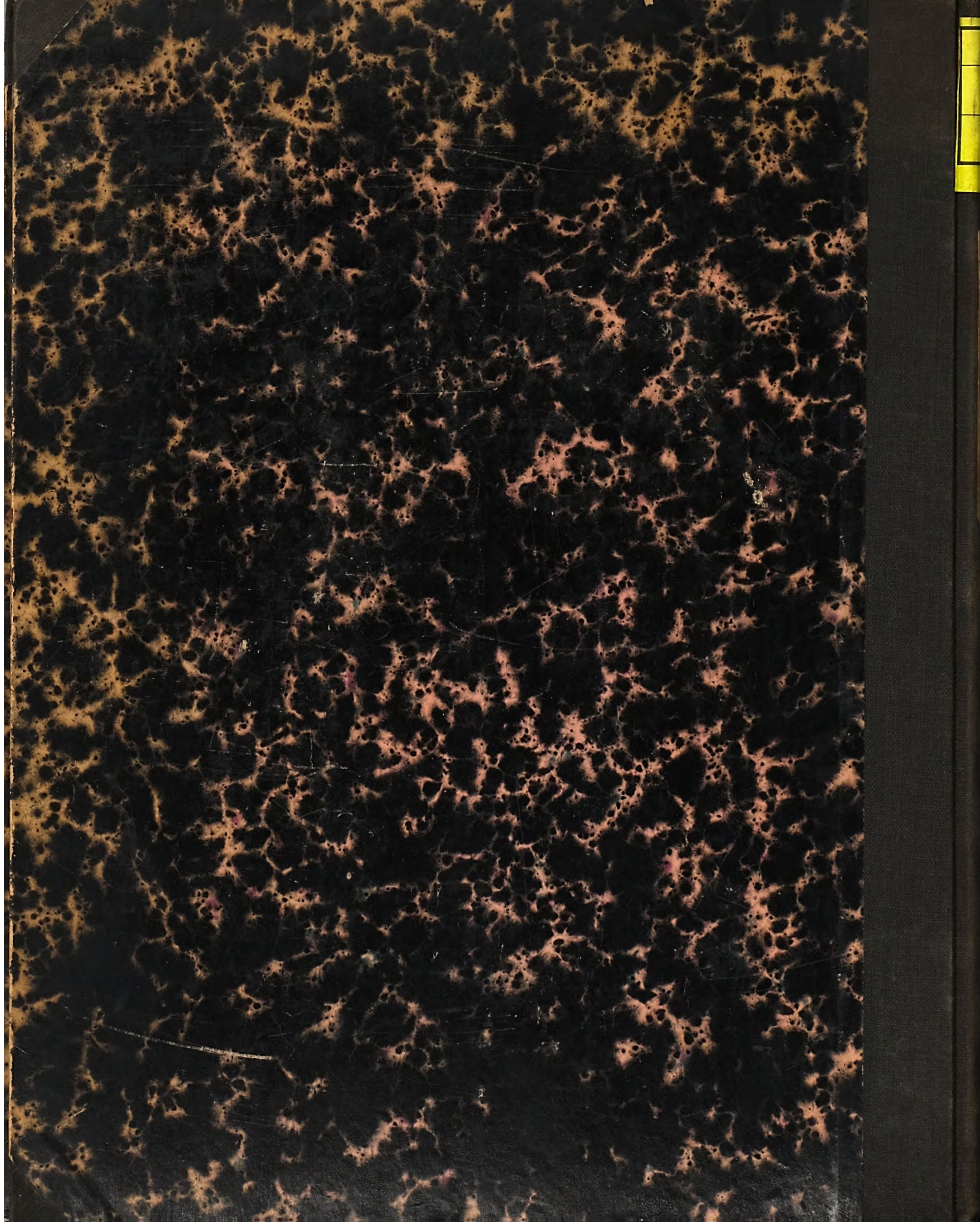
Gefängnis bis zu 2 Jahren. — Hier ist zur Vergleichung herbeizuziehen, was bei Arbeitshaus von gleicher Dauer bemerkt wurde, und die Nebeneinanderstellung der hier und dort angeführten Verbrechen ist bemerkenswert. Hier stehen mit dem rein politischen Aufruhr die nicht entehrenden Handlungen gegen den Staat und seine Ordnung in erster Linie. Es fehlen ganz die gemeinen Eigentumsverbrechen. Unter den gewaltthätigen strafbaren Handlungen steht Zweikampf voran. Daneben die bloße Beteiligung an Raufhandel, leichte Fälle der Entführung, Nötigung, fahrlässige schwere Verbrechen und leichte Fälle der Aussetzung. Keines dieser leichteren Verbrechen ist begrifflich mit gemeiner Gesinnung verknüpft. — Leichtsinziger Bankrott und das Markenvergehen werden meist nur mit Gefängnis bedroht.

Gefängnis bis zu 6 Monaten. — Unter dieser Strafdrohung erscheint eine große Zahl verschiedener Vergehen, weil als Strafwert die längste Dauer der nach Monaten bemessenen Gefängnisstrafe gesetzt ist. Zum Teil sind diese Verbrechen schon unter Arbeitshaus gleicher Dauer angeführt, soweit ihre Begehungsweise erschwert oder unehrlich sein kann. Keines aber der hier angeführten Delikte trägt einen unbedingt unehrlichen oder entehrenden Stempel, weder in den Vergehen gegen die Sittlichkeit, gegen die öffentliche Ordnung, noch selbst gegen das Eigentum. Einige Deliktsarten fehlen ganz, wie z. B. die Körperverletzungen, überhaupt Gewaltthat, die entehrenden Eigentumsverbrechen; andere treten in geschlossener Masse auf.

Gefängnis bis zu 2 Monaten. — Ist nur auf Staatsdelikte, auf Friedbrüche ohne Erschwerung, Ungehorsam und in leichten Fällen der Befreiung von Gefangenen gedroht. Die erstgenannten trifft nur Gefängnis. Die Friedbrüche in schweren Fällen Arbeitshaus.

Gefängnis bis zu 14 Tagen gibt den Strafwert für eine Anzahl geringfügiger strafbarer Handlungen, welche zwar in den Strafgesetzbüchern aufgeführt, jedoch nur mit kurzer Haft bedroht sind oder so bestraft werden. Sie haben zum Teil polizeilichen Charakter. Das Konfubinat bestrafen manche Gesetze nicht, sondern sie regeln die Handlung polizeilich oder sittenrichterlich. Dies und manch andere Gründe haben bestimmt, kein höheres Strafmaximum, namentlich nicht die 6 Monatsstrafe, in Anwendung zu bringen, wie bei den andern verwandten Verbrechen des Art. 66, die überdies Arbeitshaus verdienen.

Gefängnis bis zu 8 Tagen. — Die geringste Strafdrohung der leichtesten Strafart geht tiefer als bei Arbeitshaus; ihr unterstehen die Gruppe der Beschimpfung und des Angriffs oder der leichten Mißhandlung. Die Art der Delikte und die Zahl der Fälle rechtfertigen einen eigenen Strafwert.



Pfenninger, Heinrich,

Entwurf eines Strafgesetzbuchs für den Kanton Uri Im Auftrage der
Regierung ausgearbeitet ; mit Motiven

Frauenfeld 1894

4 Crim. 96 f

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11481893-7